REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 451 · 7.6.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Just do it: Stop deportation!
2. Thung D. zu vier Jahren Knast verurteilt
3. Noch ist Italien nicht verloren. Aber die Rechtsregierung wird länger Bestand haben als 1994 - Js.
4. Telefonüberwachung total. Rot-Grün "verschlimmbessert" die Abhörbefugnisse des BND - Albrecht List
5. Papiere jetzt! Konferenz eröffnet Kampagne zur Legalisierung von Flüchtlingen ohne Papiere - Knut Rauchfuss
6. Keine Änderung in Sicht. Die Berliner "Aktionstage gegen die Residenzpflicht" - Anke Sckwarzer
7. Rage against Abschiebung - DSe
8. International gegen die Festung Europa. 1 x Genua, 4 x Grenzcamp - h., AG3F
9. Innere Grenzen im Visier. Grenzcamp 2001 am Frankfurter Flughafen - h., AG3F
10. Nichts mehr zu verlieren. Die Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen in Spanien - Tom Kucharz, Madrid
11. Verdrängte Mädchengeschichte. Eine Rezension des Buches "Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark" - co
12. Akkordarbeit und Rübensuppe. Zwangsarbeit von polnischen Jugendlichen im I.G. Farbenwerk Leverkusen - Angela Martin
13. "Aufstehen gegen Rassismus und Neofaschismus". Gedenkfeier zur Befreiung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück - Gertrud Müller
14. Adieu, weibliches Kollektivsubjekt. Wofür Feministinnen die Identität "Frau" nicht mehr brauchen - Stefanie Gräfe
15. Wessen Identitäten? Wessen Politik? Sichtbare und unsichtbare Formen von Identitätspolitik - Umut Erel
16. Der Kanak-Attak-Aha-Effekt. Die Überwindung der antirassistischen Arbeitsteilung - ein Gespräch mit Menschen von Kanak Attak - Thomas Seibert/Martin Glasenapp
17. Standpunkttheorie und Identitätspolitik. Über den Zusammenhang von Unterdrückung und Bewusstsein - Christian Klesse
18. Die albanische Frage. Die Krise in Mazedonien wirft Fragen über Fragen auf - Lösungen sind nicht in Sicht - Boris Kanzleiter
19. "Keine Lösung in Sicht." Interview mit Prof. Bekaroglu zum Todesfasten in der Türkei
20. Türkei: Privatwirtschaft fordert radikalen Politik-Wechsel - Karin Leukefeld
21. Billiglohn als Aufstandsbekämpfung. Interview mit Carlos Fazio zu Industrialisierung, Geopolitik und US-Interessen in Mexiko
22. Kolumbianische Arbeitsteilung. Regierung, Ultra-Rechte, EU und USA gemeinsam gegen Guerilla - Raul Zelik
23. "Du willst es nicht wahr haben." Ein neuer Film dokumentiert das "Verschwindenlassen" in Kolumbien - Matthias Döring
24. Abu Sayyaf meldet sich zurück. Erneute Geiselnahme in den Südphilippinen - Rainer Werning
25. Präsidenten als nationale Sicherheitsrisiken. Folgt Wahid (Indonesien) Estrada (Philippinen) in den politischen Orkus? - Rainer Werning
26. Gewaltkonflikte im Südpazifik (Teil II). Salomonen zwischen Krieg und Frieden - Vo
27. Bilanz der Nietzsche-Debatte - Th. Seibert, K-P Lehmann, D. Hartmann
28. Globale Dörfer & europäische Häuser. Warum eine internationale Bewegung lokale Fundamente braucht - gruppe arachne
29. Ein Ja zur bürgerlichen Realpolitik. Winfried Wolf zum "drohenden Programm-Putsch" in der PDS - Winfried Wolf
30. Lufthansa canceled. Vom Streik der Piloten und gewerkschaftlichen Neidern - gw.
31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

32. Darf's ein bißchen liberaler sein? Das WTO-Abkommen GATS liberalisiert den Dienstleistungssektor - Heiko Wegmann
33. Querstellen ohne Ende. Castortransporte aus Brunsbüttel und Stade gestört - DSe
34. Renaissance der französischen Anti-Atom-Bewegung. Überraschende Blockaden und Proteste gegen Castortransporte in Frankreich - Markus Pflüger
35. Wessen Müll? Plädoyer für eine Anti-Nationalismus-Debatte in der Anti-AKW-Bewegung - Daniel K. Manwire
36. Troubled MOX. Frankreich will Plutoniumfabrik schließen - DSe
37. Haubentaucher und Flamingos. Walter Mossmann und die Anti-AKW-Bewegung - DSe
38. Lachen über Auschwitz? Kritische Anmerkungen zum Internationalen Symposium "Filmkomödien und Holocaust" - Susanne Kunte
39. Kommunist ohne Parteibuch. Am 19. Mai starb Hans Mayer. Nachruf auf einen freien Intellektuellen - Js.
40. Afrikanisches Kaleidoskop. Die Ausstellung "The Short Century" im Berliner Martin-Gropius-Bau - Anke Schwarzer
41. Vertrauensbildende Maßnahme. "Black Box BRD" im Kino - Tim Gallwitz
42. AUFGEBLÄTTERT
43. LESERBRIEFE
44. KALENDER
45. EDITORIAL
46. Quelldatei liste.htm
47. Quelldatei titelbu.htm
48. Identitätspolitik: Entwicklung und Zerstörung von Kollektivsubjekten

1. Just do it: Stop deportation!

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/titel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:titel

Die Lufthansa will im Jahr 2005 40 Prozent ihrer Umsätze im Internet erwirtschaften. Für das antirassistische Netzwerk kein mensch ist illegal und die Initiative Libertad! ist das ein Anlass, den Protest gegen die Beteiligung der Airline an der bundesdeutschen Abschiebepolitik in den virtuellen Raum zu tragen. Sie rufen für den 20. Juni um 10 Uhr zu einem virtuellen Go-In auf die Internetseiten der Lufthansa auf. An diesem Tag treffen sich in Köln die AktionärInnen. Wenn "Konzerne, die mit Abschiebungen Geld verdienen, ihre größten Filialen im Netz aufbauen, muss man genau dort demonstrieren", schreiben die AktivistInnen. Ähnlich wie bei einer Sitzblockade soll der Zugang zur Lufthansa-Homepage versperrt werden. Unter http://go.to/online-demo und http://Stopp-depclass.scene.as kann rechtzeitig vor diesem Termin eine Software heruntergeladen werden, damit auch Computerunkundige per Mausklick an der Demo teilnehmen können.

Aus Deutschland werden jährlich über 30.000 Menschen abgeschoben - rund die Hälfte davon in Flugzeugen der Lufthansa. Oft wehren sich die Menschen gegen ihre Abschiebung, immer wieder kommt es dabei zu schweren Misshandlungen. Mehrere Menschen - "Schüblinge" werden sie im Behördendeutsch verächtlich genannt - sind dabei zu Tode gekommen: 1994 starb an Bord einer Lufthansa-Maschine der Nigerianer Kola Bankole. Im Mai 1999 kam der Sudanese Aamir Ageeb ums Leben, weil BGS-Beamten ihm einen Helm aufgesetzt und den Kopf so nach unten gedrückt hatten, dass er erstickte.

Seit mehr als einem Jahr wendet sich kein mensch ist illegal im Rahmen ihrer Kampagne "stop deportation class" vor allem gegen die Lufthansa, weil die Airline ihre Flugverbindungen in die ganze Welt für Abschiebungen zur Verfügung stellt und sich so zum willfährigen Handlanger der brutalen Abschiebepraxis macht. Gespannt darf man sein, wie Lufthansa auf die online-Demo reagiert. Sollte es trotz der enormen Rechnerkapazität des Konzerns gelingen, die Homepage wie geplant zu blockieren, würde dies sicherlich nicht das Vertrauen der KundenInnen fördern, die zukünftig nicht mehr im Reisebüro, sondern im Internet buchen sollen. Dem Image der Fluglinie wäre eine erfolgreiche Blockade sicherlich abträglich.

Nicht nur mit Image, sondern vielmehr mit handfesten ökonomischen Interessen hat die momentane Diskussion über Zuwanderung und die Notwendigkeit eines Einwanderungsgesetzes zu tun. Deutschland einig Zuwanderungsland - auf den ersten Blick gibt es nur noch AnhängerInnen dieser Forderung. Unverhohlen wird da debattiert, wie viele Menschen dieses Land benötigt, um den Lebensstandard seiner "angestammten" EinwohnerInnen auch in den nächsten Jahrzehnten zu sichern. 40.000 Menschen soll nach Meinung der Zuwanderungskommission unter Leitung von Rita Süssmuth die Möglichkeit eröffnet werden, sich in Deutschland niederzulassen. Wer kommen darf, bestimmen natürlich deutsche Behörden.

Wie dieses neue Migrationsregime in der Europäischen Union aussieht, lässt sich in Spanien beobachten. "Scheinbar unbemerkt entwickelt sich der spanische Staat zum Vorreiter einer harmonisierten EU-Migrationspolitik, die auf den Ausbau der ‚Festung Europaæ setzt, sowie Einreise und Aufenthalt von ‚Arbeitskräftenæ je nach Bedürfnissen der Wirtschaft reguliert", so die Analyse der Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen auf der iberischen Halbinsel.

Anders als in der Bundesrepublik ist dort zumindest der Umgang mit MigrantInnen ohne Papiere zum öffentlichen Thema geworden. Erste Ansätze, auch hier das Schicksal der "Papierlosen" stärker in die Öffentlichkeit zu bringen, zeichnen sich ab. Wie die "Kampagne gegen die Residenzpflicht", die mit ihren Aktionen in Berlin im vergangenen Monat wohl ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, soll nun mit einer Konferenz der Startpunkt gesetzt werden, um mit der Forderung "Papiere jetzt!" in die laufende Debatte um Zuwanderung einzugreifen.

Antirassistische Politik ist Kärrnerarbeit. Dass mensch aber auch durchaus erfolgreich sein kann, zeigen die Erfahrungen mit den Grenzcamps. In diesem Sommer ist es wieder so weit. Bei vier Camps in Spanien, Slowenien, Polen und Deutschland, aber auch bei den Gegenmobilisierungen zum G8-Gipfel in Genua stehen die rassistischen Grenzziehungen im Innern wie an den Außengrenzen der EU im Zentrum. Sichtbar soll dabei gegen eine Politik protestiert werden, die die Menschen in Kategorien wie "nützlich", "hinreichend angepasst" oder "kulturell bereichernd" sortiert.

Seite 6-8

2. Thung D. zu vier Jahren Knast verurteilt

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:38

Für das Recht auf Selbstverteidigung - Rassistischen Angriffen entgegentreten." Unter diesem Motto versammelten sich am 15. Mai Anti-RassistInnen vor dem Landgericht Bautzen. Dort stand der 15-jährige Thung D. vor Gericht. Im Dezember vergangenen Jahres kam im ost-sächsischen Bernsdorf nach einem Überfall durch 20 Neonazis einer der Angreifer durch einen Messerstich Thungs um, ein anderer wurde verletzt. (vgl. ak 450). Nach zwei Verhandlungstagen verhängte das Landgericht Bautzen eine Jugendstrafe von vier Jahren wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Eine Verurteilung ab drei Jahren führt für Thung zur Abschiebung.

Das Gericht folgte in der Tatsachenfeststellung und der rechtlichen Bewertung nahezu vollständig der Verteidigung. Während die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift von Tötungsabsicht ausging, ergab die Beweisaufnahme nicht nur, dass Thung die beiden Nazis nur verletzten wollte. Das Gericht erkannte auch an, dass Thung rassistisch angepöbelt und angegriffen wurde und ging von einer erheblich verminderten Schuldfähigkeit aus. Obwohl diese "mildernden Umstände" vom Gericht formell anerkannt wurden, schlug sich das nicht im Strafmaß nieder.

Milde lässt das Gericht eher deutschen Jugendlichen gegenüber gelten. So wurden vor dem Landgericht Bautzen 1993 zwölf Neonazis, die während eines linken Konzerts unter den Rufen "schlagt die Zecken tot" einen Besucher ermordeten, zu Haft- und Bewährungsstrafen unter vier Jahren verurteilt. Drei davon waren wegen rassistischer Straftaten bereits vorbestraft.

Thungs Wunsch eine Ausbildung zu machen, ist durch das Urteil unmöglich geworden, weil er nicht mehr zur Schule gehen kann. Seine Anwältin hat Revision eingelegt. Um Thungs Familie zu unterstützen, die wie die anderen vietnamesischen Familien Bernsdorf aus Angst vor Übergriffen verlassen musste, und um die anstehenden Prozesskosten zu decken, bittet die Antirassistische Initiative Berlin um Spenden:

Antirassistische Initiative Berlin

Bank für Sozialwirtschaft

BLZ 10020500

Kontonummer 309606

Stichwort "Spende für Thung"

3. Noch ist Italien nicht verloren. Aber die Rechtsregierung wird länger Bestand haben als 1994

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:03

Silvio Berlusconi hat Recht behalten: Er ist der Beste, der Erfolgreichste, der Sieger. Denn wer es - mit welchen Methoden auch immer - zum reichsten Mann Italiens bringt, empfiehlt sich automatisch für höhere Aufgaben.

Dieser schlichten Message hatten seine Konkurrenten nichts entgegenzusetzen - weil sie nach dem gleichen Prinzip Politik machen: Der Unternehmer ist ein Wohltäter, und gut ist, was ihm nützt. Anders als 1994 stehen Berlusconis Klassenbrüder voll hinter ihm: Soll er sich ruhig bereichern - es ist genug für alle da. Allerdings nur, wenn die, denen genommen wird, stillhalten.

Roberto Benigni hat sein Bestes gegeben. Noch am Freitag vor der Wahl hatte der Star-Komiker und Oscar-Preisträger ("Das Leben ist schön") alle Register gezogen, um Silvio Berlusconi der Lächerlichkeit preiszugeben. Er wolle nicht über Politik, sondern nur über Berlusconi reden - jenen Berlusconi, der "immer die Hauptperson sein will - bei einer Hochzeit der Bräutigam und bei einem Begräbnis der Tote", hatte er in der Fernsehshow "Raggio verde" (auf RAI 2) gescherzt und Berlusconis spektakulärsten TV-Auftritt gelobt: Dessen Wahlversprechen in Form eines "Vertrages mit den Italienern" sei ein genialer Gag, weshalb Benigni die Videokassette in seine Sammlung klassischer Sketche eingereiht habe. Eugenio Scalfari, der ehemalige Chefredakteur der Tageszeitung La Repubblica, brachte allerdings das Dilemma des Mitte-Links-Bündnisses in dieser Wahlkampagne auf den Punkt: "Der wahre Widersacher Berlusconis war Benigni - ein Mann des Spektakels und der Kommunikation wurde durch einen deutlich überlegenen Mann des Spektakels und der Kommunikation geschlagen" - mit 27,3 zu 18 Prozent Einschaltquote. Denn zeitgleich mit Benigni (und Francesco Rutelli, der in derselben Sendung auftrat) monologisierte Berlusconi in der "Costanzo Show" seines hauseigenen Senders Canale 5 über die bevorstehende "italienische Revolution".

Forza Italia - die Partei neuen Typs als Erbin der DC

Nach Auszählung der Stimmen zeigte sich, dass die deutliche Mehrheit für das bessere Fernsehprogramm in den Wahllokalen keinen Bestand hatte. Berlusconi mag viel von seinem Glanz als großer Kommunikator verloren haben - gewählt wird er doch. Daran ändern auch die ständigen Hinweise auf seine dubiosen Geschäfte nichts, die Vorwürfe wegen Korruption, Bilanzfälschung, Kontakten zur Mafia. All das ist ebenso bekannt wie die fortdauernde Interessenkollision, in der er sich als Politiker und Medienunternehmer befindet. Seine wirtschaftliche Macht lässt Berlusconi als Regierungschef sogar besonders geeignet erscheinen - jedenfalls denjenigen, die sich einen starken Mann wünschen. Und das tun Berlusconis Wählerinnen und Wähler schon deshalb, weil sie hoffen, an seinem Erfolg und Reichtum zu partizipieren. Der Erfolgsmensch Berlusconi hat es verstanden, offensichtlich unseriöse Wahlversprechen als realisierbar zu verkaufen: Steuersenkungen für alle, insbesondere die Besserverdienenden; eine Mindestrente von umgerechnet 1.000 DM; 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze. Seine gläubigen Anhänger nehmen da gern in Kauf, dass die Umsetzung seiner übrigen Pläne vor allem ihm selbst nützen würde: die Privatisierung des Rentensystems, von der sein Versicherungskonzern Mediolanum profitiert; die Justizreform, die ihm die lästigen Staatsanwälte vom Hals schafft; der Umbau der Verfassung, durch den die Exekutive gestärkt würde.

Nach den eindeutigen Umfrage-Ergebnissen der vergangenen Monate ist der relativ knappe Ausgang der Wahl für das Mitte-Links-Bündnis Ulivo fast schon ein Erfolg. Der Linksdemokrat und ehemalige Premier Massimo D'Alema tröstete sich damit, Mitte-Links habe nur mangels Einigkeit verloren - nicht nur Rifondazione Comunista (5 Prozent), auch die Partei des ehemaligen Staatsanwalts Di Pietro (3,9 Prozent) traten allein an. Addiert man deren Stimmenanteil zu dem des Ulivo, dann hat sich Mitte-Links gegenüber 1996 sogar leicht verbessert. Demgegenüber erscheint der Zugewinn des Rechtsblocks (von 44 auf 49,5 Prozent) in einem weniger strahlenden Licht, wenn man das unterschiedliche Taktieren der Lega Nord in Rechnung stellt: 1996 hatte die Lega als unabhängige rechte Kraft 10,1 Prozent erreicht; zusammen mit den 0,9 Prozent der ultrarechten Fiamma Tricolore hatte das rechte Lager damit stattliche 53,1 Prozent eingefahren. Der Ulivo konnte 1996 nur dank rechter Zersplitterung und eigener Geschlossenheit die Mehrheit der Mandate erringen.

Heißer Sommer - heißer Herbst

Nun also verfügen die Rechten in beiden Kammern des Parlaments über eine komfortable Mehrheit. Berlusconi ist nicht einmal auf die Stimmen der Lega Nord angewiesen. Eine Wiederholung des Debakels von 1994 ist daher ausgeschlossen: Damals hatte Umberto Bossi nach nur sieben Monaten Berlusconi die parlamentarische Unterstützung entzogen und ihn damit zum Rücktritt gezwungen. Mit einem Stimmenanteil von nur 3,9 Prozent für die Lega ist Bossi auch politisch kein ernsthafter Konkurrent mehr. Gleiches gilt für die beiden designierten Vize-Premiers Gianfranco Fini und Pierferdinando Casini. Finis neofaschistische Alleanza Nazionale verlor 3,7 Prozentpunkte gegenüber 1996 (15,7 Prozent), Casinis rechtskatholisches Parteieinbündnis Biancofiore scheiterte gar an der Vier-Prozent-Hürde. Demgegenüber ist Forza Italia mit 29,4 Prozent (1996: 20,6 Prozent) die mit Abstand stärkste Partei.

Aller Voraussicht nach wird Berlusconis Regierung also diesmal Bestand haben. Auch aus dem Ausland hat sie nichts zu befürchten. Die Konservativen, allen voran die deutsche CDU und die spanische Volkspartei (PP), jubeln und hoffen auf die Trendwende, während die französischen und die deutschen Sozialdemokraten das Wahlergebnis reserviert "zur Kenntnis nehmen". Der brachiale Rassismus der Lega Nord und die Mussolini-Verherrlichung der Neofaschisten war in den europäischen Hauptstädten bisher ohnehin kaum Anlass zur Beunruhigung. Eher sorgt man sich um eine allzu verschwenderische Ausgabenpolitik, die das italienische Staatsdefizit erhöhen und die Stabilität des Euro gefährden könnte.

Francesco Rutelli, der telegene Strahlemann, hat erheblich dazu beigetragen, dass der Sieg der Rechten nicht zum Erdrutsch wurde. Künftig will er als Wortführer des Ulivo eine "harte Opposition" betreiben. Dazu wird er mehr als genug Gelegenheit haben. Denn die neue Regierung will auf breiter Front demokratische und soziale Standards angreifen. Um die "innere Sicherheit" zu gewährleisten, sollen "Spezialpolizisten" bzw. - in kleineren Gemeinden - auch Bürgerwehren durch die Wohnviertel patrouillieren, um "illegale Ausländer" aufzuspüren; die Beschäftigungsoffensive wird mit noch mehr Flexibilisierung und Angriffen auf den Kündigungsschutz verbunden sein.

Die geschlagene parlamentarische Linke wird einige Zeit brauchen, um sich von ihrer Niederlage zu erholen. Die aus dem PCI hervorgegangenen Linksdemokraten (DS) haben gegenüber 1996 4,6 Prozentpunkte verloren und sind mit 16,6 Prozent nur noch knapp stärkste Mitte-Links-Kraft vor Rutellis Bündnisliste Margherita (14,5 Prozent). Relativ gut da steht die von Fausto Bertinotti geführte Linkspartei Rifondazione Comunista (RC), die 5 Prozent erreichte und damit als einzige der bündnisunabhängigen Kleinparteien die 4-Prozent-Hürde überspringen konnte; 1996 hatte RC zwar noch 8,6 Prozent erreicht, aber das war vor der Abspaltung der "Realo"-Kommunisten (PdCI), die jetzt gerade mal auf 1,7 Prozent kamen.

Gegen die rechte Regierung hilft keine Palastrevolte

Als parlamentarisch einflusslose Kraft bleibt RC gar nichts anderes übrig, als sich auf die Mobilisierung der Straße zu konzentrieren. Dass sie dazu in der Lage ist, hat sie 1999 bewiesen: Damals spielte die Partei bei den Protesten gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien eine wichtige Rolle. In nächster Zeit wird es vor allem darum gehen, soziale Abwehrkämpfe zu organisieren. Sicher dürfte sein, dass die Opfer der bevorstehenden ultraliberalen Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht lange stillhalten werden. Schon einmal, im Herbst 1994, musste Berlusconi nach Massenprotesten seinen Angriff auf die staatliche Altersversorgung einstellen. Um die "vertraglich" zugesicherten Steuergeschenke finanzieren zu können, müsste Berlusconi dem wirtschaftlich schwach entwickelten Süden des Landes Subventionen entziehen. Gerade dort aber hat er Hoffnungen geweckt und - auch durch Vermittlung der Mafia - fast flächendeckend gewonnen.

Noch ist Italien nicht verloren, die Schreckensvision eines neuen Faschismus mit einem ewig lächelnden Medien-Diktator nicht Wirklichkeit geworden. Auch die gute alte internationale Solidarität könnte zur Schwächung des scheinbar so starken Mannes beitragen. Im Juli tagt der G8-Gipfel in Genua - ein guter Anlass, um den versammelten Herren der Welt massiv entgegenzutreten. Für Gastgeber Berlusconi könnten militante Proteste besonders peinlich werden - und sein Sieger-Image ernsthaft beschädigen. Die Mobilisierung hat längst begonnen und dürfte durch den Wahlsieg der italienischen Rechten noch gefördert werden. Derzeit wird mit 200.000 GegendemonstrantInnen gerechnet.

Js.

Zwei stabile Blöcke

Zahlen lügen nicht, aber sie verzerren das Bild: Der deutliche Zugewinn der Rechten gegenüber den Wahlen von 1996 erklärt sich vor allem aus veränderten Bündniskonstellationen. Vor fünf Jahren trat die Lega Nord als unabhängige Kraft an. Demgegenüber gehörten dem Mitte-Links-Bündnis Ulivo damals auch Rifondazione Comunista (RC) und die Gruppierung um Antonio Di Pietro an. Wählerwanderungen vom linken zum rechten Lager gab es kaum, wohl aber erhebliche Umschichtungen innerhalb der beiden Blöcke. Die deutliche Mandatsmehrheit für die Rechten ist Folge des Wahlverfahrens: Drei Viertel der Sitze fallen an die siegreichen WahlkreiskandidatInnen, nur das restliche Viertel wird per Verhältniswahl (mit 4%-Klausel) vergeben. Im folgenden die Ergebnisse der Listenwahl zur Deputiertenkammer (in Klammern Vergleichzahlen von 1996, soweit vorhanden).

COLUMNS(3), DIMENSION(IN), COLWIDTHS(E3,E1,E1), VGUTTER(0.0394), KEEP(OFF)

TABELLENTEXT, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT

Ulivo - 34%,, 242 Sitze:, +, +

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS

DS, 16,6, (21,1)

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, TABELLENTEXT

PdCI, 1,7,

Margherita, 14,5,

Girasole, 2,2,

COLUMNS(3), DIMENSION(IN), COLWIDTHS(E3,E1,E1), VGUTTER(0.0394), KEEP(OFF)

TABELLENTEXT, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT

Casa delle libertà - 49,5%,, 368 Sitze:, +, +

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS

Forza Italia, 29,4, (20,6)

Alleanza Nazionale, 12,0, (15,7)

Biancofiore, 3,2, (5,8)

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, TABELLENTEXT

Nuovo PSI, 1,0,

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS

Lega Nord, 3,9, (10,1)

COLUMNS(3), DIMENSION(IN), COLWIDTHS(E3,E1,E1), VGUTTER(.0433), KEEP(OFF)

TABELLENTEXT, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT

"Blockunabhängige":, +, +

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS

RC, 5,0, (8,6)

Bonino, 2,3, (1,9)

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, TABELLENTEXT

Di Pietro, 3,9,

Democrazia Europea, 2,4,

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS

Fiamma Tricolore, 0,4, (0,9)

Im Senat, der zweiten Kammer des Parlaments, gehen 177 Mandate an die Rechten, 125 an den Ulivo; Rifondazione Comunista stellt 3 Senatoren und 11 Abgeordnete in der Deputiertenkammer.

4. Telefonüberwachung total. Rot-Grün "verschlimmbessert" die Abhörbefugnisse des BND

Autor: Albrecht List · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:17

Keine Frage, in vielen Bereichen ist der grüne Regierungsteil schwer belastet mit Kohlschen Altlasten - und gerade im Bereich Innere Sicherheit sind viele dabei, an denen die SPD mitgeschaufelt hat. Keine Frage auch, Altlasten dieser Art kann keine Regierung einfach mal so nebenbei rückgängig machen. Um so energischer aber sollte sie zugreifen, wenn unverhofft höhere Mächte - z.B. das Bundesverfassungsgericht - die Karten neu mischen, wie z.B. 1999 als es Teile des G10-Gesetzes für verfassungswidrig erklärte.

Eine hochkarätige Chance, eine Steilvorlage sozusagen für eine bürgerrechtsorientierte Regierungspartei, Teile eines Gesetzes rückgängig zu machen, das von seinen Schöpfern als "Tendenzänderung" der Politik der Inneren Sicherheit hin zum - noch stärkeren - starken Staat gefeiert worden war.

Kritische Stellungnahmen der Datenschützer in Bund und Land und besonders der Humanistischen Union u.a. ließen nicht viel Gutes am neuen Gesetz. So richtig zu verstehen ist dieser Ärger allerdings erst, wenn man sich die Geschichte des Gesetzes vor Augen hält. Das Verbrechensbekämpfungsgesetz (VBK) von 1994 ist eines der Kantherschen Gesetzespakete, mit denen er die Ernte der öffentlichen Kampagnen zu Beginn der 90er Jahre zur Inneren Sicherheit mit ihren starken rassistischen Anteilen in Gesetzesform einfuhr: Veränderungen in der Strafprozessordnung und im Strafgesetzbuch nach dem Motto "schneller, härter strafen", die befristete Einführung der Kronzeugenregelung für den Bereich Organisierte Kriminalität, Verschärfungen im Betäubungsmittelgesetz und im Ausländergesetz gegen "Schlepper" und "Drogenhändler".

Das VBK enthielt bzw. enthält auch die Neufassung des G10-Gesetzes, das Einschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses zu Gunsten des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Verfassungsschutzes (VS) beinhaltete. Diese Regelungen riefen damals die heftigsten Reaktionen in den Medien, bei Datenschützern und JuristInnen hervor. "Staubsauger im Äther", ein von BNDlern selbst geprägter Begriff machte die Runde, die taz sprach u.a. von der "bestellten Fahrkarte für den autoritären Staat". (9.4.94)

Ohne konkrete Verdachtsmomente kann der BND seitdem legal den nicht-leitungsgebundenen Fernmeldeverkehr kontrollieren, mit Schlüsselwörtern abhören und Erkenntnisse daraus an andere Dienste und Polizeien als Strafverfolgungsbehörden weitergeben. "Die strategische Fernmeldeüberwachung", schrieben Deutsche Vereinigung für Datenschutz und Republikanischer Anwältinnen und Anwälteverein am 15. Februar in einer Presseerklärung, "entwickelte sich in dieser Zeit (der Kohl-Kanther-Ära, Anm. ak) von einem Ausnahmeinstrument der Außen- und Sicherheitspolitik unter den Bedingungen des Kalten Krieges zu einem gesetzlichen Normalfall für eine Vielzahl von Bedrohungslagen der inneren Sicherheit, einschließlich der Verfolgung normaler Kriminalität."

Mit der Fassung des G10-Gesetzes im VBK waren die Fans der Innerern Sicherheit einem ihrer übergeordneten Ziele einen mächtigen Schritt näher gerückt: der kompletten legalen Einbeziehung der Geheimdienste, im Falle des BND eben auch des "Auslandgeheimdienstes", in die allgemeine Beobachtung und (Straf-) Verfolgung im Bereich der allgemeinen Kriminalität; und damit auch der endgültigen Überwindung des Trennungsgebotes von Geheimdiensten und Polizei.

Vor allem gegen dieses G10-Gesetz hatten unter anderem ein Verfassungsrechtler, Michael Köhler, und die taz mit ihrem Anwalt Johannes Eisenberg vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. In dem Urteil des Verfassungsgericht vom 14.7.1999 ist nach zu lesen, dass das Kanthersche VBK in sieben Punkten bei der strategischen Fernmeldeüberwachung ganz oder teilweise gegen Art. 10 Grundgesetz (Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnis), gegen die Pressefreiheit und gegen die Rechtsschutzgarantie verstoße. U.a. sind das:

- die Sammlung von Nachrichten, deren Kenntnis notwendig ist, um im Ausland begangene Geldfälschungen zu erkennen und abzuwehren;

- Übermittlungsbefugnisse von Informationen an den Militärischen Abschirmdienst (MAD), VS, Polizeien u.a.;

- Benachrichtigungspflichten gegenüber Betroffenen.

Grundsätzlich hat das Bundesverfassungsgericht den Einsatz des BND allerdings nicht bemängelt. Es ging um rechtsstaatliche Detailfragen, an denen jedoch den damaligen Gesetzesmachern viel gelegen war. So bot sich mit dem Verfassungsgerichtsurteil plötzlich die Chance für die rot-grüne Bundesregierung, besonders natürlich für die Grünen, zumindest im G10-Bereich, und damit im Umgang mit BND und VS, aus Kanthers Schatten treten zu können. Zeit dafür gab das Bundesverfassungsgericht bis zum 30. Juni 2001.

Staubsauger im Äther, jetzt auch im Netz

Hans-Christian Ströbele, Partei- und Fraktionslinker der Grünen, scheint in der Auseinandersetzung um die Neufassung des G10-Gesetzes als tragische Figur ausgeguckt und in eine fast schon Mitleid erregende Position gedrückt worden zu sein. Positiv an der Neuregelung - so Ströbele - seien vor allem die erweiterten Kontrollbefugnisse für die parlamentarischen Gremien (Parlamentarisches Kontrollgremium , G10-Kommission). Besonders der Einblick in den "gesamten Prozess der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten" (so Rolf Gössner im Freitag) sah er als Fortschritt.

Zudem hob Ströbele im Bundestag hervor, müsse das neue Gesetz in zwei Jahren überprüft werden. Dabei spielt er aber offensichtlich mit gezinkten Karten. Zum einen ist diese "Befristung" kein grüner Erfolg - sie ist der massiven Kritik und Forderung des Bundesdatenschützers Dr. Joachim Jacob zu verdanken. Zum anderen ist diese Befristung keine Befristung im Sinne des Bundesdatenschützers, wenn das Wort überhaupt eine Bedeutung außerhalb der Gültigkeit grüner Parlamentstaktik hat. Denn es geht dabei nur um einen ausführlichen Bericht über die Effektivität des neuen Gesetzes in zwei Jahren! Dr. Jacob hatte aber gefordert, strittige Neuregelungen zu befristen, um danach in zwei Jahren eine Entscheidungen des Parlaments zu erzwingen. Und zum dritten schließlich gibt es wenige, die so genau wie Ströbele wissen, wie mit solchen Befristungen umgegangen wird. Die "befristete Kronzeugenregelung" wurde trotz erwiesenem und öffentlich diskutiertem Misserfolg zwei Mal verlängert, weil sie gut ins Konzept passte.

Noch interessanter ist die Argumentation mit der "technologischen Lücke", die geschlossen werden müsse. 1998, bei der Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht, gab der BND-Vertreter an, dass sein Dienst von den täglich acht Millionen Telefonverbindungen zwischen dem Ausland und Deutschland nur zehn Prozent abhöre. Nach Zufallsprinzip würden maschinell nach Suchbegriffen etwa 700 Verbindungen überprüft. 20 davon würden zu Auswertung weitergegeben, weil sie "Anhaltspunkte" böten. (Teleopolis, 16.02.01)

Daraus wird nun messerscharf auf die Unergiebigkeit der Beschränkung auf Satellitenübertragung geschlossen und die Ausweitung auf leitungsgebundenen Verkehr gefordert. Vor dem Bundesverfassungsgericht wurde noch betont, dass der BND nur in der Lage sei, täglich 15.000 Telekommunikationen zu überprüfen - in der offiziellen Begründung zum Gesetz heißt es nun dagegen ca. 100.000 könnten erfasst und in die Wortbanken geleitet werden.

Zu Recht stellt Heribert Prantl in der SZ vom 11.05.01 fest, dass alleine schon diese Vervielfachung eine Änderung der Geschäftsgrundlage bedeute. Immerhin hatte das Bundesverfassungsgericht die geringen Möglichkeiten als Begründung für die Harmlosigkeit der Lauscherei herangezogen ... Die Entdeckung der "technologischen Lücke" wird in Zukunft nach Einschätzung der DatenschützerInnen zu einer riesigen Ausweitung der erfassten Gespräche führen, da sich die technischen Möglichkeiten der Kontrolle natürlich entsprechend schnell entwickeln werden.

Aktuell gravierender und für die generelle Einbeziehung des "Auslandsdienstes" BND in die allgemeine Politik der Inneren Sicherheit sind die neuen Überwachungsziele, die nicht nur die strategische, sondern auch die Individualkontrolle betreffen:

- Geiselnahmen im Ausland (Beispiel Jolo),

- Vorbereitung von Partei- und Vereinsverboten,

- Zufallsfunde. Ausdrücklich und ausführlich in der Gesetzesbegründung genannt: Anti-Castor-Aktionen, Strommasten ...

Trennungsgebot weiter ausgehöhlt

"Volksverhetzung", "gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr" oder "Störung öffentlicher Betriebe" sind einige der juristischen Formeln, mit denen die Lizenz zum Abhören umgesetzt wird. Entscheidend dabei:

"terroristische Vereinigungen" sind nicht mehr nötig. Es genügen Einzelpersonen bzw. weniger als drei, sofern man ihre Bestrebungen als "gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes" gerichtet ausgeben kann.

Und schließlich wird so ganz nebenbei auch das BND-Gesetz geändert und Spontanübermittlungsbefugnisse für Bundesbehörden an den BND eingeführt. Ein kleiner, aber wichtiger Schritt bei der weiteren Zusammenarbeit von Diensten und Polizeien.

Trotz der Vorlage durch das Verfassungsgericht und trotz lautstarker und überzeugender Kritik aus den Reihen der Bundes- und LandesdatenschützerInnenvereinigungen, trotz einer detaillierten Kritik der Humanistischen Union haben die Grünen ihre blamable Vorstellung durchgezogen.

Die Liste der KritikerInnen des Entwurfs bis zur letzten Lesung liest sich wie eine frühere Unterstützerliste der Grünen gegen diese oder jene Maßnahme der Kanther-Regierung. Die Grünen haben der Durchführung einer Anhörung nicht zugestimmt und sie haben keinen der 13 Entschließungs- bzw. Änderungsanträge der PDS unterstützt, die nichts weiter enthielten als die Kritik der Datenschützer und der Humanistischen Union.

Der Druck auf die Grünen muss sehr groß, der Wille ihm nachzugeben sehr stark gewesen sein, wenn profilierte Geheimdienstkritiker wie Ströbele zu solchem Tiefflug ansetzen: "Das Gesetz wird voraussichtlich keine nennenswerte Nutzung von Geheimdienstinformationen durch die Strafverfolgungsbehörden ermöglichen. In den letzten fünf Jahren sind den Strafverfolgungsbehörden drei Dutzend Fälle von der strategischen Fernmeldeüberwachung mitgeteilt worden. Kein einziger dieser Fälle hat zu einer Anklage oder zu einem Strafverfahren geführt. Das wird sich auch nicht ändern."

Vom Paulus zum Saulus

Von sechs Punkten war dies der vierte, mit dem Ströbele in seiner Rede am 11. Mai - zweite und dritte Lesung des Gesetzes - begründet, warum die Grünen "wenn auch mit erheblichen Bauchschmerzen" zustimmen. Statt aus Kanthers Schatten zu treten, sind sie auf seine Schulter gesprungen und haben so den Schatten verlängert.

Albrecht List

"Nach Angaben der Bundesregierung fallen derzeit täglich weltweit mehrere Milliarden Telekommunikationen an. Davon werden circa 50 Millionen von und nach Deutschland geführt. Die Empfangsanlagen des Bundesnachrichtendienstes können täglich circa 100.000 Telekommunikationen erfassen und in die Wortbank leiten. Darunter befinden sich rund 750, die von oder nach Deutschland geführt werden. Rund 40 dieser 750 ... enthalten Suchbegriffe aus einer Anordnung, die dann von Mitarbeitern des BND inhaltlich und rechtlich geprüft werden. Als Ergebnis der Prüfung werden rund 37 Telekommunikationen sofort vernichtet, drei werden täglich der weiteren Auswertung zugeführt." (Telepolis, 16.2.01)

Nicht zu verwechseln mit diesen Lauschaktionen sind die Lauschangriffe nach §100 Strafprozessordnung, mit denen der BND nichts zu schaffen hat. Diese Aktionen sind von 3-4000 pro Jahr auf inzwischen nahezu 13.000 Lauschangriffen angewachsen. Damit, so Max Stadler (FDP) in der Bundestagsdebatte, sei die BRD Weltmeister in der Telefonüberwachung.

Während das "alte" G10-Gesetz beim Bundesverfassungsgericht lag, ließ Kanther verlauten, dass er die Hürden bei der Zusammenarbeit zwischen Geheimdienst und Polizei beseitigen wolle, um die "Informationsblockade" aufzuheben. Ein Weg dahin sei es, dass das Bundeskriminalamt und der BND in nahezu allen Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung Hospitanten austauschen sollten. (taz, 19.8.98)

5. Papiere jetzt! Konferenz eröffnet Kampagne zur Legalisierung von Flüchtlingen ohne Papiere

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:06

"Der Pass ist das edelste Stück des Menschen" - dieser zynische Satz ist die bittere Wahrheit für Hunderttausende von Menschen, die in Deutschland leben. Sie sind "illegal" in den Augen der Behörden und Gerichte, doch ihr Verbrechen besteht in ihrer bloßen Existenz auf deutschem Boden. Denn ihnen fehlt ein Stück Papier: die Aufenthaltsgenehmigung. Sie werden in die Illegalität gedrängt.

Während die Bundesregierung die Notwendigkeit von Einwanderung für die Bilanzen der Märkte und der Bevölkerungsstatistik propagiert, bleiben jene, die in diesem Rahmen keiner Verwertbarkeit unterliegen, außerhalb der öffentlichen Debatte. Wann immer das Thema die Bühne staatlicher Politik erreicht, sind die Debatten auf die Abwehr "illegaler" Einwanderung und die Abschiebung der zuvor Illegalisierten ausgerichtet.

Obgleich es in einigen umliegenden europäischen Ländern gelang, MigrantInnen ohne Papiere in unterschiedlichem Ausmaß Wege zum legalen Aufenthalt zu eröffnen, ist in der Bundesrepublik auch von Seiten der UnterstützerInnen von Illegalisierten bislang kein ernsthafter öffentlicher politischer Vorstoß zur massenhaften Legalisierung von Flüchtlingen ohne Papiere unternommen worden.

Die aktuelle Diskussion um ein "Einwanderungsgesetz" haben die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum und das Büro der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (PDS) zum Anlass genommen, die Debatte um ein Bleiberecht für MigrantInnen ohne Papiere anzustoßen und mit eigenen Forderungen nach Legalisierung in die öffentliche Diskussion einzutreten.

So werden Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen am 23. Juni in Bochum auf einer bundesweiten Konferenz ihr Konzept zur Legalisierung von Menschen ohne Aufenthaltstitel unter verschiedenen Gesichtspunkten erarbeiten und als Forderungskatalog der Öffentlichkeit präsentieren. (siehe Kalender in dieser Ausgabe)

Grundlage der Konferenz bildet eine Studie, die im Auftrag von Ulla Jelpke erstellt wurde. Unter dem Titel "Sans Papiers in Deutschland - Vorschläge für ihre Legalisierung" werden Legalisierungsprogramme, welche in den vergangenen Jahren in Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland und Portugal durchgeführt worden sind, kritisch unter die Lupe genommen. In den genannten Ländern wurden seit 1997 Papiere an mehrere Hunderttausend Menschen vergeben. Kleinere Maßnahmen, vorwiegend im Rahmen von Altfallregelungen, wie sie in den Niederlanden, Großbritannien und in Deutschland stattfanden, streift die Studie nur kurz.

In ausführlichen Länderbeispielen wird die jeweilige politische Motivation zur Legalisierung von MigrantInnen ohne Papiere untersucht sowie die beabsichtigten Fallen und die ungewollten Grenzen, die die jeweiligen Regierungen und Verwaltungen den AntragstellerInnen setzten, herausgearbeitet.

So schildert die Arbeit, dass die durchgeführten Amnestien im wesentlichen Fälle erfassten, in denen AsylbewerberInnen zuvor abgelehnt worden waren, aber dennoch nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben werden konnten, oder deren Anträge nicht innerhalb einer bestimmten Frist bearbeitet worden waren. In Deutschland und Großbritannien sind bisher ausschließlich derartige Fälle legalisiert worden, in Belgien bildeten sie einen wesentlichen Teil derer, die die Kriterien zur Vergabe von Papieren erfüllen konnten, und auch in Spanien betraf die Legalisierung all jene, die in den Vorjahren einen Antrag gestellt hatten und abgelehnt worden waren.

Anders in Griechenland und Portugal. Die dort getroffenen Maßnahmen orientierten sich in erster Linie an arbeitsmarktpolitischen Erwägungen. Mit dem Ziel eine bessere Kontrolle über den Sektor der Schwarzarbeit zu erlangen, sollte die Legalisierung von vorwiegend ArbeiterInnen ohne Arbeitserlaubnis, die illegal Beschäftigten in den offiziellen Arbeitsmarkt zurückführen.

Europäische Beispiele und

ihre Schwächen

Die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen an Illegalisierte, die eine gesicherte ökonomische Existenzbasis nachweisen mussten, wie hauptsächlich in Italien, den Niederlanden und Frankreich, kann als einwanderungspolitische Maßnahme verstanden werden, die maßgeblich wirtschaftlich und bevölkerungspolitisch motiviert war.

Im Zuge der migrations- und flüchtlingspolitischen Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten der EU gerieten in den neunziger Jahren die Länder Südeuropas für ihre Legalisierungspolitik und gelegentlich großzügigen Einwanderungsbedingungen zusehends unter den Druck ihrer nördlichen Nachbarn, die die eigene Abschottungspolitik gefährdet sahen. Damit wurde die relativ immigrationsfreundliche Politik insbesondere Spaniens und Italiens, aber auch Griechenlands speziell von deutscher Seite zur "offenen Flanke" der Festung Europa ideologisiert. Unter diesem Druck und gebunden durch die Regelungen als Mitgliedsstaat des Schengener Abkommens verschärfte nicht nur Italien den Umgang mit ImmigrantInnen.

In diesem Rahmen erfüllten die jüngsten Legalisierungsprogramme noch einen anderen als ihren vordergründigen Zweck. Gekoppelt an restriktive einwanderungspolitische Maßnahmen und im Paket verabschiedet und umgesetzt, dienten die Amnestien auch der Besänftigung fortschrittlicher gesellschaftlicher Kräfte, die an der Seite von Flüchtlingen für die Ausweitung von Einwanderungs- und Zufluchtsmöglichkeiten und die Stärkung von MigrantInnenrechten eintraten. Gekoppelt an eine Legalisierungskampagne ließen sich restriktive migrationspolitische Maßnahmen gegenüber dieser Öffentlichkeit gegen einen geringeren Widerstand durchsetzen.

Hochgesteckte Ziele

Bei der Legalisierung von MigrantInnen ohne Papiere kamen in den verschiedenen Ländern im wesentlichen vier Kriterienkomplexe zur Anwendung:

- Amnestien bei Nachweis des Aufenthaltes im Lande zu einem bestimmten Stichtag (Stichtagsregelung) und/oder über einen längeren Zeitraum (kontinuierliche Legalisierung).

- Soziale Komponenten (Familienzusammengehörigkeit, Schulbesuch, Krankheit, erlittene Gewalt).

- Ökonomische Kriterien (eigenes Einkommen, dauerhafte Beschäftigung oder Beschäftigungszusicherung, ausreichender Wohnraum, wirtschaftlicher Stellenbedarf).

- Fehlende Vorstrafen.

Zusätzlich wurden in Italien und vorübergehend auch in Spanien im Rahmen neuer Einwanderungsgesetze die statusunabhängigen Rechte von MigrantInnen gestärkt.

Schwierigkeiten für die AntragstellerInnen ergaben sich auf mehreren Feldern. Zunächst rechneten manche Länder nicht mit einem entsprechend hohen Antragsaufkommen, da sie die Zahl der Illegalisierten deutlich unterschätzten. Der aus der Anzahl der Anträge erwachsende Bearbeitungsaufwand stand in drastischem Widerspruch zu den bereitgestellten personellen und infrastrukturellen Ressourcen und führte bei Einzelfallprüfung zu überlangen Bearbeitungszeiten der Anträge. Aus den langen Wartezeiten resultierte für viele AntragstellerInnen die erneute Illegalisierung nach Ablauf eines kurzzeitig legalen Status, da immer wieder nötige Verlängerungen der Anfangsphasen von Regularisierungsprogrammen den Eintritt in Folgephasen verzögerten oder ganz verhinderten.

In anderen Fällen hinterließen überzogene Anforderungskataloge eine große Anzahl von AntragstellerInnen, die diese Kriterien nicht erfüllen konnten. Teilweise mangelte es an der entsprechenden Informationspolitik, was zu entsprechenden Verfahrensfehlern führte. Andererseits herrschte in zahlreichen Ländern eine völlige Fehleinschätzung der Möglichkeiten von Illegalisierten vor, ihren illegalen Aufenthalt oder illegale Arbeit mittels Dokumenten nachweisen zu können.

In der Mehrzahl der Legalisierungsprogramme waren zwar klare Schritte für jene vorgezeichnet, deren Anträge anerkannt würden. Garantien für Abgelehnte fehlten jedoch völlig. Speziell in Belgien und Frankreich, aber auch in Spanien wurde dies für viele AntragstellerInnen zum Verhängnis, als die ersten Abschiebungen einsetzten. Mit ihrem Antrag hatten sie sich aus der Deckung der Illegalität herausgewagt und ihre persönlichen Daten und Aufenthaltsort den Behörden preisgegeben.

Andererseits stellten jene, die Dank einer gewissen Skepsis diese Probleme voraussahen und ihrem Legalisierungsgesuch eher geringe Chancen beimaßen, erst gar keinen Antrag. Sie verblieben weiter in der Illegalisierung.

Basierend auf diesen Erfahrungen schlägt die Studie ein Legalisierungsprogramm für die Bundesrepublik Deutschland vor. Sie unternimmt den Versuch, jenen Problemen, die mit den analysierten Kampagnen verbunden waren, Rechnung zu tragen und sie im eigenen Vorschlag weitgehend auszuschließen. Auch wird berücksichtigt, dass nach einer einmaligen Stichtagsregelung für eine Amnestie notgedrungen weiterhin Illegalisierung erfolgen muss, wenn nicht gezielte statusunabhängige Rechte dies verhindern. Die Studie stellt daher Kriterien auf, denen ein Legalisierungsprogramm genügen sollte:

- Verzicht auf eine langwierige Einzelfallprüfung im Rahmen der Amnestie. Wer den Kriterien genügt, sollte automatisch das Recht auf einen Status erhalten. Das eigentliche Antragsverfahren dient damit nicht mehr dem Erwerb des Rechtsstatus, sondern nur noch dessen formaler Festschreibung, so dass auch Menschen, die diese Festschreibung noch nicht vollzogen haben, bereits als "legal" zu gelten haben.

- Die einfachste Lösung des Problems das sich aus der Ablehnung von AntragstellerInnen ergibt, deren Aufenthaltsort mit dem Antrag den Behörden bekannt geworden ist, besteht in einer Minimierung der zu erfüllenden Kriterien. Darüber hinaus sind weit reichende Garantien für abgelehnte AntragstellerInnen durchzusetzen, die einen umfassenden Abschiebeschutz einschließen müssen.

Umfassende Rechte und Garantien

- Neben einer Stichtagsregelung müssen Möglichkeiten für eine regelmäßige Legalisierung jener festgeschrieben werden, die erst nach dem Stichtag einreisen.

- Die statusunabhängigen Rechte von MigrantInnen müssen in einem umfassenden Gesetzeswerk gestärkt werden.

- Die ausreichende, mehrsprachige Ankündigung der Programme bei gleichzeitiger Bereitstellung von ausführlicher dezentraler Beratung in notwendigem Umfang muss gewährleistet sein.

Neben einer umfassenden Wiederherstellung und Ausweitung des Grundrechtes auf Asyl, sowie weit reichenden legalen Einwanderungsmöglichkeiten für nicht politisch Verfolgte fordern die AutorInnen daher:

- Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für alle MigrantInnen ohne legalen Status, die sich zu einem festzulegenden Stichtag in der BRD aufhalten und sich seit mehr als einem halben Jahr in der Bundesrepublik Deutschland befinden - ohne Einzelfallprüfung.

- Die regelmäßige Legalisierung auf Einzelantrag für MigrantInnen, die erst nach dem Amnestie-Stichtag in die BRD eingereist sind und seit mehr als einem halben Jahr bei einer Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland gemeldet sind.

- Die sofortige Legalisierung auf Antrag für Opfer von Gewaltverbrechen, von Schlepperbanden und von Zwangsprostitution.

- Die sofortige Legalisierung auf Antrag für Kinder.

Um mittels statusunabhängiger Garantien die Rechte von MigrantInnen mit dauerhaften Einwanderungsabsichten zu stärken und damit auch jene, die keine Papiere erhalten, vor Illegalisierung zu schützen, werden als zusätzliche Forderungen aufgestellt:

- Die sofortige Erteilung einer Arbeitserlaubnis, einschließlich des Rechtes auf selbstständige Arbeit und der Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

- Die Sicherung des Zugangs zu medizinischer Regelversorgung in vollem Umfang mit speziellem Rechtsanspruch auf Bereitstellung eines Therapieplatzes für traumatisierte Gewaltopfer.

- Die Gewährleistung des Rechtes auf Bildung, einschließlich der Möglichkeit des Universitätsbesuches und des Bezuges staatlicher Ausbildungsförderung.

- Die Aufnahme in Sozialversicherungssysteme und Anspruch auf den Bezug von Sozialleistungen in vollem Umfang.

- Die Ausdehnung der Geltung verfassungsmäßiger Grundrechte auf alle EinwohnerInnen der Bundesrepublik Deutschland.

- Die Gewährleistung des Rechtes auf freie Wahl des Aufenthaltsortes.

- Die Sicherung des Rechtes auf Familienzusammenführung.

- Die Abschaffung sämtlicher diskriminierender Sondergesetze und -normen.

- Die Abschaffung des Vollzugs aufenthaltsbeendender Maßnahmen.

- Die verpflichtende Bereitstellung von Integrationshilfen.

- Die Gewährleistung des Rechtes auf gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung mit Einrichtung entsprechender dezentraler Beratungs- und Beschwerdestellen.

- Die Ratifizierung der "UN-Konvention zum Schutze der Rechte von Wanderarbeitern und ihren Familienangehörigen" von 1990 und die Aufhebung der deutschen Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention von 1992.

Knut Rauchfuss

Informationen unter www.bo-alternativ.de/

papiere-jetzt

6. Keine Änderung in Sicht. Die Berliner "Aktionstage gegen die Residenzpflicht"

Autor: Anke Sckwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:37

Diesmal haben sie nicht nach einer Reiseerlaubnis gefragt: Rund 300 Flüchtlinge trafen sich am Wochenende vom 17. bis 19. Mai in Berlin, um an den "Aktionstagen gegen die Residenzpflicht" teilzunehmen. Zur Demonstration am Samstag, 19. Mai, kamen neben den 1.000 deutschen UnterstützerInnen weitere 1.200 AsylbewerberInnen - die meisten aus afrikanischen Staaten - mit Bussen u.a. aus Suhl, München, Mühlhausen, Rathenow, Hamburg, Karlsruhe und Magdeburg.

Viele Flüchtlinge sahen es als "Akt des zivilen Ungehorsams" an, für die Aktionstage keinen "Urlaubsschein" bei den Ausländerbehörden zu beantragen und dafür zu bezahlen. Auf dem in der Mitte Berlins gelegenen Schlossplatz campierten sie in Zelten (so weit dies die Polizei zuließ) und machten mit Ausstellungen und Flugblättern auf ihre Situation aufmerksam.

Am ersten Tag der Aktionstage überreichte eine sechsköpfige Delegation der Bundestagsabgeordneten Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen) ein "Memorandum der Flüchtlinge in Deutschland". Darin werden Bundesregierung und Abgeordnete aufgefordert, alle rassistischen Sondergesetze abzuschaffen und ein Antirassismus-Gesetz zu verabschieden: "Die deutsche Regierung kann nicht vorgeben, Rassismus zu bekämpfen, während gleichzeitig rassistische Gesetze den Hass schüren." 250 Organisationen, darunter Pro Asyl und mehrere Flüchtlingsräte haben das Memorandum unterzeichnet.

50 AktivistInnen besuchten am zweiten Tag die Zentrale Ausländerbehörde am Friedrich-Krause-Ufer in Wedding. In den Warteräumen verteilten sie Flugblätter an AsylbewerberInnen und MigrantInnen und entrollten vom Dach der Behörde ein Transparent mit der Parole "Bewegungsfreiheit für alle". Eine fünfköpfige Delegation forderte den Leiter der Behörde, Harald Bösch-Soleil, auf, eine Anweisung an seine MitarbeiterInnen zu unterzeichnen. Diese sah vor, "den Spielraum bei der Erteilung der Erlaubnis zum vorübergehenden Verlassens des Aufenthaltsbereiches zu Gunsten der Flüchtlinge auszunutzen". Der Leiter lehnt dies nach einer fast einstündigen Diskussion ab.

Ein Nachbereitungstreffen zu den Aktionstagen steht noch aus, die InitiatorInnen von The Voice und der Flüchtlingsinitiative Brandenburg werteten die Aktionen aber bereits als Erfolg: Trotz Einschüchterung durch die Ausländerbehörden im Vorfeld und der Polizeirepression (u.a. in Jena wurde ein Bus gestoppt, weil die Polizei die Namen der AsylbewerberInnen haben wollte) gelang es, zahlreiche Flüchtlinge zu dem Treffen zusammenzubingen. Enttäuscht waren die VeranstalterInnen aber über das geringe Medienecho. Auch die permanente Präsenz von Polizei und deren Schikanen (u.a. Körperabtastungen, versuchte Festnahmen, Schlafverbot auf dem Platz) hätten ein bedrohliches Klima geschaffen und Diskussionen unter den Flüchtlingen gehemmt, so Cornelius Yufanyi von The Voice.

Er kritisierte auch Teile der deutschen AntirassistInnen: "Viele warten nur auf uns, weil sie nicht wissen, was sie selbst machen können." Anstatt mit den Asylsuchenden vor Ort zu diskutieren, würden viele Gruppen einfach eine Hand voll aktive Flüchtlinge kreuz und quer durch die Bundesrepublik schicken und zu Vorträgen einladen. Es sei notwendig, dass auch die deutschen Linken eigene Widerstandsformen und Positionen zum Thema Residenzpflicht und den rassistischen Sondergesetzen entwickeln. Cornelius Yufanyi befürchtet, dass die Mobilisierungsfähigkeit der Flüchtlinge überschätzt wird. Für sie sei es immer noch eine enorme Kraftanstrengung, den Einschüchterungsversuchen standzuhalten und das Risiko, beim Übertreten der Residenzpflicht erwischt zu werden, auf sich zu nehmen.

Weitere Aktionen gegen die aufenthaltsbeschränkenden Maßnahmen sind noch nicht geplant. Die Prozesse gegen Flüchtlinge wegen Verstoßes gegen das Internierungsgesetz laufen derweil weiter und werden von manchen Flüchtlingen offensiv geführt. Aktueller Fall ist ein Asylbewerber aus dem Raum Oldenburg, der vor Gericht aussagt, dass er in Zukunft nicht mehr um eine Reiseerlaubnis fragen und auch kein Bußgeld bezahlen wird.

Erst nach den Aktionstagen wurde bekannt, dass eine afrikanische Frau ohne Papiere am 15. Mai aus Angst vor der Polizei aus dem Fenster ihrer im zweiten Stock liegenden Wohnung in Berlin-Spandau gesprungen ist und sich dabei tödlich verletzte. Weil der Tod erst mit siebentägiger Verspätung von der Polizei gemeldet wurde, fragt sich die Antirassistische Initiative Berlin, ob die Nachricht bewusst bis nach Beendigung der "Aktionstage gegen die Residenzpflicht" zurückgehalten wurde.

Die schikanösen Kontrollen setzen sich ungemindert fort: Ende Mai verhafteten vier Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS) in Zivil acht Personen aus Bremen und Hamburg im Zug nach Bonn, die als Referenten zu einer Veranstaltung zu den sogenannten Botschaftsanhörungen reisten. Im Zug verlangte der BGS die Papiere ausschließlich von den Personen mit schwarzer Hautfarbe - zur "Routinekontrolle". Die Gruppe weigerte sich, wurde festgenommen und in Münster mehrere Stunden festgehalten, teilweise nackt durchsucht (Verdacht auf Drogenbesitz), unter Androhung von Zwang auf Alkoholkonsum getestet und erkennungsdienstlich behandelt. Es folgten Anzeigen wegen Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht.

Die Abschaffung dieses diskriminierenden Gesetzes ist noch lange nicht in Sicht: Es tönt zwar gut, wenn sich die Grünen-Sprecherin Claudia Roth gegen die Residenzpflicht ausspricht, Taten in diese Richtung folgen aber nicht. Ganz im Gegenteil: Die rot-grünen Landesregierungen in NRW und Hamburg haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Ausweitung der Residenzpflicht auf geduldete AusländerInnen vorsieht. Kein Wunder also, dass die Bundestagfraktion der Grünen im Gegensatz zur PDS keinen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Residenzpflicht erarbeitet haben. Der ist auch nicht vorgesehen: Er könnte das Klima mit dem Koalitionspartner SPD beeinträchtigen. Hardliner Otto Schily setzt sich im Zusammenhang mit den Verhandlungen über EU-Mindestnormen für die Aufnahme von AsylbewerberInnen jedenfalls vehement dafür ein, dass Deutschland auch weiterhin an dem Internierungsgesetz festhalten kann.

Die PDS will ihren Gesetzentwurf in den nächsten Wochen in den Bundestag einbringen. Dieser sieht vor, die aufenthaltsbeschränkenden Maßnahmen des Asylverfahrensgesetzes zu streichen. Um das eigene Klientel, KommunalbeamtInnen und die anderen Parteien nicht zu verschrecken, verzichtete die PDS von vornherein auf eine "Radikalversion", nämlich auch die freie Wohnortwahl für Flüchtlinge in dem Gesetzentwurf zuzulassen.

Anke Schwarzer

7. Rage against Abschiebung

Autor: DSe · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:22

Regenbogen in der Hamburger Markthalle

Im September finden in Hamburg Bürgerschafts- und Bezirkswahlen statt. Dazu tritt die WählerInnenvereinigung Regenbogen - Für eine neue Linke erstmals an. Sie gründete sich, als die Grünen vor zwei Jahren den Kosovokrieg befürworteten und diesen auch noch unter den Mantel der humanitären Hilfe stellten. Dies war der Tropfen, der das Fass des Regierungskoalitions-Gehabes zum Überlaufen brachte. Fünf Bürgerschaftsabgeordnete trennten sich von der GAL (und behielten ihr Mandat), in vier Bezirken gründeten sich eigenständige Regenbogen-Fraktionen. Mit einem großen Konzert am 22. Juni in der Hamburger Markthalle läutet Regenbogen nun den Wahlkampf ein. Unter dem Titel Rage against Abschiebung treten nicht nur bekannte linke Größen auf. Informiert wird auch über die Abschiebepolitik eines rot-grünen Senats, der bundesweit Spitze ist.

Monsters rule the world heißt es auf der aktuellen CD von Schorsch Kamerun, dem Frontmann der Goldenen Zitronen. Und dass diese nicht nur hinter Schreibtischen irgendwelcher Ausländerbehörden sitzen, sondern auch von rot-grünen SenatorInnen gedeckt werden, kann seit nunmehr drei Jahren in Hamburg eingehend studiert werden. Mit fast 2.000 Abschiebungen im letzten Jahr ist die Hansestadt bundesweit führend. Überfallartig holen Staatsvertreter die Betroffenen in den frühen Morgenstunden aus ihren Unterkünften, reißen Familien auseinander. Selbst ärztliche Atteste schrecken die amtlichen Vollstrecker nicht, Anwälte sind rechtsstaatlicher Schnickschnack, wenn der Flieger wartet. Und strampeln die Betroffenen weiter rum, dann gibt es auch schon mal eine Pille oder Spritze zur Beruhigung. Todesfälle, wie sie bundesweit schon verursacht wurden, werden bei diesen Abschiebungen einkalkuliert. Mit Rage against Abschiebung hat sich Regenbogen vorgenommen, einer breiteren Öffentlichkeit diese unmenschliche Praxis im vermeintlich weltoffenen Hamburg bekannt zu machen und die Verantwortlichkeit der rot-grünen Regierung zu benennen. Unterstützt wird Regenbogen von Schorsch Kamerun, der sofort bereit war, gegen die Abschiebepolitik auf die Bühne zu steigen und dort eine Variation seiner Performance Sylvester Boy aufzuführen. Wer den dazugehörigen Videoclip bei MTV oder Viva gesehen hat, weiß, dass da nicht nur eine (antiamerikanische) Druckwelle auf einen zukommt, sondern viel Schrilles für das Auge geboten wird. Nach wie vor ist Kamerun einer derjenigen Künstler, der seine politische Haltung einbringt: "Ich glaube an die Aussagekraft von Texten - und auch eine bestimmte Ästhetik kann unmissverständlich sein. Ideale sind keine Mode, die man wegwerfen kann wie einen Turnschuh, wenn man ihn nicht mehr mag." Doch nicht nur als Punker und Antirassist ist der Pudel-Club-Betreiber (www.pudel.com) Kamerun, von der Süddeutschen Zeitung zum Pop-Anarcho stilisiert, aktiv. Im letzten Jahr führte er am Hamburger Schauspielhaus Regie und brachte Hubert Fichtes Text Die Palette auf die Bühne.

Dazu hatte er sich die Unterstützung von Thomas Ebermann geholt. Der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete und Ende der 80er Jahre aus den Grünen ausgetretene (Ex-)Öko-Sozialist wird gemeinsam mit Rainer Trampert, damals unter anderem Bundesvorstandsmitglied der Grünen, ebenfalls am 22. Juni dabei sein. Die beiden grünen Gründungsmitglieder und Mit-Herausgeber des Rolling Stone touren seit einiger Zeit mit der bewegenden Frage: "Verpasst Deutschland den Anschluss an das 21. Jahrhundert?" durch die Lande. Sie brillierten mit einer Satire über "die tiefgründige Dialektik des Umweltministers Trittin" (www.rock-links.de) im Herbst letzten Jahres auf einer Demonstration in Gorleben. Für Rage against Abschiebung wird es einige neue Satire-Werke der beiden geben.

Ebenfalls dabei sein werden Lisa Politt & Band, besser bekannt als Herrchens Frauchen (Sperma ist ekelhaft). Vor wenigen Wochen feierten diese ihr 16-jähriges Jubiläum mit der Darbietung ihres Erstlingswerkes Fühlt euch wie zuhause (vielleicht erinnern sich ja einige). Auf Tour sind Lisa Politt (Frauchen) und Gunther Schmidt (Herrchen) gemeinsam mit Ralf Schwarz (Strombolis) und Jo Jacobs (Per Anhalter durch die Galaxis - live) mit dem Programm Vorläufiges Endergebnis. Darin wird nicht nur eine Verbindung von persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Realitäten geknüpft (das Private ist politisch), sondern auch musikalisch Bewegendes geboten (Mach das Licht aus,

http://kabarett-chanson.de/home.html).

Die Erben der Scherben mögen auch in der Hip-Hop-Szene, in Flensburg, Stuttgart oder der Hamburger Schule zuhause sein. Doch ganz dicht dran am Originalton der Ton Steine Scherben dürften wohl Funky Götzner und Dirk Schlömer (Ex Ton Steine Scherben) sowie Jörg (Mischka) Mischke und Jochen Hansen (Ex-Rio-Reiser-Band) sein, die sich mit dem Sänger Michael Kiesling zu Neues Glas aus alten Scherben (siehe ak 439, www.neues-glas.com) zusammengetan haben. Zweieinhalb Stunden spielten sie Ende letzten Jahres im Hamburger Logo vor einem begeisterten Publikum Land in Sicht, Mein Name ist Mensch, Wenn die Nacht am tiefsten oder Der Traum ist aus. Ihr Auftritt bei Rage against Abschiebung wird bestimmt dafür sorgen, dass die junge und die alte Linke in heftige Bewegung geraten. Die Verantwortung dafür trägt Rio Reiser und die Musik und Texte, die er hinterlassen hat. Vor zwei Jahren hat sich Neues Glas zusammengetan und eine CD mit Scherben- und Reiser-Songs aufgenommen, teilweise bislang unveröffentlichtes Material. Derzeit arbeitet die Band in der Berliner Ufa-Fabrik an ihrer neuen CD, die im Oktober erscheinen soll. Dort werden nun erstmals auch eigene Songs von Neues Glas drauf sein, von denen es in der Markthalle einiges zu hören geben wird.

Regenbogen versammelt für Rage against Abschiebung in der Hamburger Markthalle linke Gegenkultur, die so nur selten gemeinsam auf der Bühne steht - und hoffentlich auch davor! Dass im Foyer Infostände von Flüchtlingsgruppen und linken Projekten (inklusive eines Standes von ak - analyse & kritik) vorhanden sein werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Überschüsse aus dem Konzert gehen an den gerade von zahlreichen Hamburger Flüchtlingsprojekten gegründeten Flüchtlingsfonds. Der will von Abschiebung bedrohte Menschen finanziell unterstützen, sich gegen die Schikanen einer unmenschlichen Abschiebemaschinerie besser zur Wehr setzen zu können. Gut, wenn ein sicherlich spaßiger und unterhaltsamer Abend Politik und Widerstand nicht außen vor lässt.

DSe

8. International gegen die Festung Europa. 1 x Genua, 4 x Grenzcamp

Autor: h., AG3F · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:02

"The right of movement - das Recht auf volle Freizügigkeit wird eine der Schlüsselfragen des kommenden Jahrhunderts sein." Mit diesem Satz beginnt ein Aufruf antirassistischer Gruppen aus Österreich, die im Juli unter dem Motto "no border - no nation - no one is illegal" als Bus- und Aktionskarawane quer durch Europa ziehen wollen. Ihre internationale Tour (www.no-racism.net/

nobordertour/) verbindet gleich mehrere Projekte, in denen im nächsten Monat die europäischen Grenzregimes thematisiert werden. (www.noborder.org)

2.7. bis 8.7.: Grenzcamp im südspanischen Tarifa.

Die Straße von Gibraltar gilt seit Jahren als Massengrab der Festung Europa. Denn Tausende von Flüchtlingen und MigrantInnen sind schon ertrunken beim Versuch, von Marokko aus nach Europa zu gelangen. Sie verloren ihr Leben an einer völlig militarisierten Seegrenze, an der die spanische Marine und die Grenzpolizei alles dafür tun, um unerwünschte EinwanderInnen abzufangen und gleich wieder auf den afrikanischen Kontinent zurückzuschieben. Aufrüstung der Grenzkontrollen, Abschiebungen und Abschiebegefängnisse gehören mit dem Schengenbeitritt und der "Harmonisierung der europäischen Migrationspolitik" auch in Spanien zunehmend zum Alltag. Vor diesem Hintergrund bereiten antirassistische Gruppen aus mehreren spanischen Städten erstmals ein Grenzcamp vor, das einerseits die bessere Vernetzung der jeweiligen Initiativen anstrebt und andererseits nicht zufällig direkt an einem der "Brennpunkte" der Einwanderung, nämlich in Tarifa, stattfindet. Neben vielfältigen Öffentlichkeitsaktionen, die an eine Bevölkerung gerichtet ist, die sich in Teilen der von Madrid aus geschürten Denunziationsstimmung widersetzt, sollen an der Seegrenze auch unmittelbar neuankommende Flüchtlinge unterstützt werden.

5.7. bis 12.7.: Grenzcamp in Bialystok/Krynki in Ostpolen.

Bereits zum zweiten Mal laden Gruppen aus Polen zu einem Grenzcamp ein. Nachdem vergangenes Jahr ein Pilotprojekt im Dreiländereck zur Ukraine und der Slowakei stattfand, werden dieses Jahr die Zelte in der Nähe von Bialystok an der weißrussischen Grenze aufgeschlagen. Die Forderung nach Freizügigkeit richtet sich in erster Linie gegen die migrationspolitischen Bedingungen, die Polen im Rahmen der anstehenden EU-Mitgliedschaft zu erfüllen hat und die insbesondere an dessen Ostgrenze immer deutlicher zu spüren sind. Verschärfte Einreisebestimmungen oder gar Visumpflicht zerstören nicht nur den regional sehr bedeutenden grenzübergreifenden Kleinhandel. Das neue Grenzregime zerschneidet auch gewachsene Verbindungen in traditionell multikulturell geprägten Regionen wie z.B. bei Bialystok. Große Teile der dort lebenden Bevölkerung sehen die mit EU-Geldern finanzierte Grenzaufrüstung entsprechend kritisch, darauf bezogen stehen öffentliche Diskussionen und öffentlichkeitswirksame Aktivitäten auch im polnischen Camp ganz oben auf der Tagesordnung. Von besonderer Bedeutung ist zudem, dass der Vorbereitungskreis des polnischen noborder-camps international zusammengesetzt ist: Gruppen aus Grodno und Minsk (Weißrussland), aus Kiew (Ukraine) und Moskau beteiligen sich an der (mehrsprachigen) Programmgestaltung.

4.7. bis 8.7.: Grenzcamp in Petisovci bei Lendava in Slowenien.

Die Vorverlagerung der Abschottung, den Druck, den die EU in Sachen Grenzkontrollen auf Slowenien ausübt, thematisiert auch das "Open borders summer camp", das in unmittelbarer Nähe zur ungarischen und zur kroatischen Grenze stattfinden wird. Schon in den vergangenen Monaten wurden mehrere antirassistische Kundgebungen veranstaltet, die zumindest auf die Medienberichterstattung Einfluss nehmen konnten, wenngleich dies die zunehmend repressiven, staatlichen Vorgehensweisen gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen nicht verändert hat. "Right of global movement and universal citizenship" sind zentrale Forderungen, die die slowenischen AktivistInnen gemeinsam mit Gruppen im benachbarten Italien entwickelt haben. Ein "transalpines Netzwerk" zielt auf eine grenzfreie Region zwischen Adria und Alpen, die Mobilisierung nach Genua spielt insofern auf dem slowenischen Camp eine wichtige Rolle...

19.7. bis 22.7.: Aktionstage gegen den G-8-Gipfel in Genua.

Die Karawane aus Österreich wird zunächst im Camp in Slowenien Station machen, um dann, gemeinsam mit TeilnehmerInnen von dort, nach Genua aufzubrechen. "Ein neues Gespenst geht um in Europa, das der Illegalen, der MigrantInnen, der Flüchtlinge ...", so beginnt der Aufruf italienischer AktivistInnen für ihre Mobilisierung nach Genua, wo den Mächtigen anlässlich des Weltwirtschafts(G-8)-Gipfels ein heißer Empfang bereitet werden soll. Ein antirassistischer Ansatz steht im Mittelpunkt der Aktionen gegen dieses Symboltreffen neoliberaler Politik. Der Kampf gegen die Mauern der Festung Europa soll in den Kontext antikapitalistischer Bewegung gerückt werden. Dementsprechend beginnen die Aktionen am 19. Juli mit einem "Tag der MigrantInnen". Getragen wird diese Demonstration einen Tag vor Gipfelbeginn von MigrantInnencommunities aus Genua, mobilisiert wird zudem von den "italienischen Sans Papiers", die in den vergangenen Monaten in einigen Städten beachtliche Erfolge in ihren Kämpfen für Legalisierung verbuchen konnten. Am 20. Juli starten frühmorgens die Blockadeaktionen, die ausdrücklich die Verhinderung des G-8-Gipfels zum Ziel haben. Eine zentrale Rolle wird hierbei den Gruppen zukommen, die, als sog. "Tute Bianche" behelmt, unter den weißen Overalls gut ausgepolstert und mit LKW-Reifen gegen Polizeiketten vorgehend, mittlerweile europaweit für Aufsehen gesorgt haben, unter anderem in Prag und Nizza. Je nach Verlauf dieser Blockaden wird sich der nächste Tag in Genua gestalten: Fortsetzung der Blockaden und/oder Teilnahme an einer Großdemonstration, zu der auch viele linke Parteien und Gewerkschaften aufrufen und zu der über 100.000 Menschen erwartet werden. Und ab dem 22. Juli startet die eingangs erwähnte Karawane dann aus Genua zu ihrem letzten Zielpunkt: dem Grenzcamp am Frankfurter Flughafen.

h., AG3F

9. Innere Grenzen im Visier. Grenzcamp 2001 am Frankfurter Flughafen

Autor: h., AG3F · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:01

Die Zelte werden voraussichtlich auf "historischem Gelände" aufgeschlagen: Zwischen Mörfelden und Walldorf, wo 1982/83 GegnerInnen der Startbahn 18 West ihre Pfingstcamps veranstalteten, findet vom 27.7.01 bis 5.8.01 das vierte antirassistische Grenzcamp von kein mensch ist illegal statt.

Die Entscheidung, nach drei Jahren im "tiefen Osten" dieses Mal nach Frankfurt/Main zu gehen, fiel nicht einfach. Die große mediale Aufmerksamkeit, die den Grenzcamps in Görlitz, Zittau und Forst allein durch ihr Stattfinden zukam, der gute Ruf, den dieses Ereignis bei Linken und interessierten Jugendlichen dort zunehmend gewann und der sich nicht zuletzt in wachsenden Teilnehmerinnenzahlen ausdrückte, waren gewichtige Argumente, die für ein Bleiben in dieser Grenzregion sprachen. Dennoch setzte sich letztlich die Idee durch, erstmals in den Westen zu gehen, das Grenzcamp bewusst ins Landesinnere zu legen und die Standortwahl Frankfurt/Main und Flughafen als mehrfache Herausforderung zu begreifen.

Über 10.000 Abschiebungen pro Jahr, also mehr als 30 abgeschobene Menschen pro Tag, machen den Rhein-Main-Airport bekanntlich zum BRD-Abschiebeflughafen Nr.1. Das dort befindliche Internierungslager, in dem Flüchtlinge, denen die Einreise verweigert wird, zum Teil über Monate eingesperrt sind, stellt sich quasi als Grenzgefängnis dar. Die rassistischen Grenzziehungen finden zudem auch immer stärker im Landesinneren statt. In Form von Kontrollen, Razzien und Residenzpflicht ziehen sich die inneren Grenzen bis in die Innenstädte hinein, spürbar insbesondere auch in der multikulturellen Metropole Frankfurt.

Das "Camp 01", wie es intern abgekürzt wird, hat sich den Anspruch gesetzt, rassistische Ausgrenzung in diesem umfassenden Sinne zu thematisieren und zu attackieren. Im vorläufigen Programm (siehe Kasten) sind erste entsprechende Schwerpunkte gesetzt.

"Gegen eine Politik, die Menschen in Kategorien ‚nützlich, ‚hinreichend angepasst` und ‚kulturell bereichernd` sortiert und lenkt, sollen all die Initiativen und Praktiken unterstützt werden, die diese Ordnung durcheinander bringen und sich ihr entziehen. Die politische Perspektive des Camps macht nicht halt bei Erleichterungen, Greencards oder ‚humanitären` Verbesserungen, sondern streitet für das Recht und die Möglichkeiten, dass jeder Mensch dorthin gehen und leben kann, wohin und wie er und sie will. Ohne wenn und aber." Dieses Zitat aus einem der Campaufrufe steht nach den medialen Vereinnahmungsversuchen im vergangenen "Antifasommer" für die erklärte Absicht der Campvorbereitungsgruppen, dem flexibilisierten Rassismus eines sich modernisierenden Migrationsregimes eine eindeutige Position entgegenzuhalten.

Die zentrale Eröffnungsveranstaltung des "Camps 01" am 29. Juli wird dementsprechend den neuen Einwanderungsdiskurs (und die bis dahin ja veröffentlichten Vorschläge der Regierungskommission) ins Visier nehmen. Überregional soll zum Abschluss am 4. August für die Schließung des Internierungslagers auf dem Flughafen demonstriert werden. Aufgerufen sind hierzu ausdrücklich auch alle, die sich nicht an der Campwoche beteiligen konnten.

Mindestens 600 bis 1.000 AktivistInnen werden für die Camptage erwartet, Leute genug, um jederzeit auch spontane, überraschende Unternehmungen zu starten. Für die regionalen Widerstandsstrukturen in Rhein-Main zeigt das Campprojekt bereits jetzt positive Wirkungen. Die Vorbereitung wird von zahlreichen Initiativen aus verschiedenen Städten getragen, und die gemeinsam inhaltlich Diskussionen haben länger nicht mehr auf diesem Niveau stattgefunden. Daneben besteht die Chance, mit dem Camp in der Flughafenregion den Widerstand gegen Abschiebungen in die sich ausweitende Struktur der Bürgerinitiativen gegen die erneute Flughafenerweiterung einzubringen. In Mörfelden-Walldorf wurden diesbezüglich schon erste Schritte unternommen.

h., AG3F

Weiter Informationen unter

www.aktivgegenabschiebung.de

Kontaktadresse: Campbüro c/o

3. Welthaus, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt,

Tel.: 069/79201772 (Mi. 18-22 Uhr),

Email: dwhffm@t-online.de (Betr.: Camp)

Das vorläufige Programm des "Camp 01"

Samstag, 28.7.01: Auftaktaktionen in der Region - Infostände und Verteilung der Campzeitung, Sternfahrt (Autokorsi, Fahrraddemos ...) mit Kundgebungen und mobilen Musikanlagen durch mehrere Städte und über mehrere Routen in die Frankfurter City.

Sonntag, 29.7.01: Auftaktaktion im Flughafenterminal: "Musik gegen Grenzen" - klassisches Konzert der Gruppe Lebenslaute sowie weitere kulturelle und künstlerische Aktivitäten im Abfluggebäude: Präsentation der Plakatausstellung gegen die Deportation-Class vor dem Check-In der Lufthansa, Theater, Transparentwettbewerb ... Abendveranstaltung: Informations- und Diskussionsveranstaltung "zum neuen Grenzregime", zu den Veränderungen in der Asyl- und Migrationspolitik.

Montag, 30.7.01: Aktionen für die sofortige Auszahlung der Entschädigungsgelder an die ZwangsarbeiterInnen. Abendveranstaltung: Präsentation der Grenzcamps in Spanien, Polen und Slowenien, der Aktionstage gegen den G-8-Gipfel in Genua und Diskussion über Stand und Perspektiven des europäischen Vernetzungsprojektes "noborder".

Mittwoch, 1.8.01: Tagsüber in der Frankfurter City dezentrale Aktionen gegen rassistische Kontrollen, gegen Razzien, gegen Überwachungskameras... Infostände, Widerstandsrallye und "Spiele ohne Grenzen" in verschiedenen Stadtteilen. Abends am Frankfurter Hauptbahnhof ein "Attack-Kontrollraum"- Happening, Musik und Rave bis in die Nacht.

Donnerstag, 2.8.01: Aktionen gegen die Residenzpflicht

Freitag, 3.8.01: Vormittags im Kongresszentrum am Flughafen: "Tod im Transit - Menschenrechtsverletzungen an Flughäfen" - Internationales Hearing gegen Internierung und Abschiebung. Abends: (Gast)Veranstaltung vom Bündnis gegen Rechts/Leipzig zu Antifaschismus und Antirassismus.

Samstag, 4.8.01: Überregionale Demonstration gegen Internierung und Abschiebung, Kundgebung im Flughafenterminal, "Belagerung mit Knastbeben" am Tor in der Nähe des Internierungslagers. Abends: Abschlussfest.

Zusätzlich in Planung: Workshops und Filme im und außerhalb des Camps; Veranstaltung und Aktion gegen die Flughafenerweiterung und zur Rolle des Flughafens für das rassistische Ausbeutungsgefälle; Aktionen gegen Abschiebefluggesellschaften (Tarom, Air Algerie ..) und Bundesgrenzschutz; Antifaschistische Aktionen und Veranstaltungen; Campradio, Webjournal, Indymedia und vieles andere mehr ...

10. Nichts mehr zu verlieren. Die Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen in Spanien

Autor: Tom Kucharz, Madrid · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:05

"Sie nennen mich den Illegalen, weil ich keine Papiere bei mir trage ... ging in eine Stadt im Norden, um zu arbeiten ... ließ mein Leben zwischen Ceuta und Gibraltar." Die Musik von Manu Chao - spanischer Pop, zu dem Millionen tanzen - beschreibt die brutale Realität tausender Menschen, die versuchen, mit Schlauch- oder Fischerbooten auf das spanische Festland oder die Kanarischen Inseln zu gelangen. In den letzten Jahren entwickelte sich Spanien immer mehr zum Vorreiter eines neuen Grenz- und Migrationsregimes innerhalb der Europäischen Union (EU). Stichworte hierfür sind die Aufrüstung an der Grenze und das neue Ausländergesetz.

Zwischen der nordafrikanischen Küste und den Stränden von Tarifa liegen nur 14 km. Eine zu kurze Entfernung, um nicht zu versuchen, in die "Europäische Union des Wohlstands, der Demokratie und der Freiheit" zu flüchten, um dadurch Unterdrückung und Elend zu entkommen. Allein in Marokko sind es 90 Prozent der Jugendlichen, die wegwollen. Doch seit den 1991 zur Abschottung eingeführten Visabestimmungen wurde es immer gefährlicher, den Fuß aufs "gepriesene Abendland" zu setzten. Mehr als Tausend Menschen mussten in den letzten Jahren die EU-Migrationspolitik an der spanischen Grenze mit ihrem Leben bezahlen. In den Nachrichten des spanischen Fernsehens gehörten die täglichen Meldungen über "abgefangene Illegale", "ertrunkene Migranten" oder "erfolgreiche Grenzschützer" zum obligatorischen Programm.

79 Prozent der spanischen Bevölkerung sind laut aktuellen Umfragen dagegen, MigrantInnen ohne Arbeitsvertrag ins Land zu lassen. Dass mensch unter diesen Umständen mit einer restriktiven Migrationspolitik Stimmen gewinnen kann, weiß der regierende Partido Popular (PP). In der vergangenen Legislaturperiode, als die PP-Minderheitsregierung vom baskischen und katalanischen NationalistInnen gestützt wurde, konnte der PP Ende 1999 nicht verhindern, dass die Parlamentsmehrheit das alte Ausländergesetz im Sinne einer "arbeitgeberfreundlicheren" Regulierung von Arbeit und Aufenthalt der "illegalen AusländerInnen" reformierte. Das von Sozialdemokraten und katalanischer Regierung erarbeitete Ausländergesetz ermöglichte im Jahr 2000 mehr schlecht als recht einem Teil der illegalisierten MigrantInnen wenigstens den befristeten Aufenthalt samt Arbeitserlaubnis. Die damals von den Massenmedien gezeigten Warteschlangen vor den Ausländerbehörden nutzte der PP zum Anheizen des politischen Klimas. "Das neue Ausländergesetz provoziert genau den Anziehungseffekt, vor dem wir schon vor dem In-Kraft-Treten gewarnt hatten", empörte sich ein PP-Parteisprecher.

"Die Einwanderung ist das größte Problem für das Zusammenleben der nächsten zehn Jahre in Spanien", erklärte der zu dieser Zeit amtierende Innenminister, Jaime Mayor Oreja. Während der rassistischen Pogrome im andalusischen El Ejido Anfang Februar 2000 forderte der heutige Außenminister, Josep Piqué, ein neues Ausländergesetz. "Illegale Einwanderung durch Mafiabanden, angestiegene Kriminalität und fehlender Wille zur Integration" waren nach Ansicht der PP Auslöser für die rassistische Gewalt der spanischen Bevölkerung. Die Menschen in El Ejido seien nicht rassistisch, doch die Hetzjagd habe gezeigt, dass der "Rechtsstaat handeln muss", so Oreja.

"Ein verschärftes Ausländergesetz war Wahlversprechen von Aznar und so brauche sich jetzt niemand über die Initiative der Regierung wundern", stellte PP-Generalsekretär Javier Arenas im Juli letzten Jahres klar, als der PP-Gesetzesvorschlag vorlag. In Anspielung auf den Wahlsieg der PP bei den Parlamentswahlen im März 2000 unterstrich Arenas, "die Gesellschaft verlangt von der Regierung, sich bei solchen wichtigen Themen zu einigen und straft jene, die es nicht können". Die PP-Sprecherin für Einwanderungsfragen, Angeles Muños, verteidigte die Gesetzesverschärfung, da die Regierung "Flüchtlingsströme planen und dirigieren" müsse. Ihrer Meinung nach muss ein "Rahmen für das Zusammenleben" gefunden werden, anhand "unsere reellen Möglichkeiten zur Integration".

Kontrolle, Steuerung, Eindämmung

Um diese niedrig zu halten, sollen MigrantInnen "zeitlich begrenzt" arbeiten, nicht wählen und vor allem schnell abgeschoben werden können. Das neue Gesetz verhindert generell, Familien zusammenzuführen oder einen

festen Aufenthaltsstatus zu erlangen. Für den parlamentarischen Sprecher der PP, Luis de Grandes, war die Reform von höchster Eile, nicht nur um die "Welle der illegalen Einwanderer" zu stoppen, sondern im besonderen "unser Gesetz dem europäischem Modell zur Kontrolle der Einwanderung anzupassen". Nur so könne man die "Flüchtlingsströme" überwachen, betonte de Grandes damals. Es sei vollkommen verfassungsgerecht, die "Einwanderungsströme einzudämmen, wie es in der gesamten EU geschieht", um die "sozialwirtschaftliche Realität" sowie die "Aufnahmekapazität Spaniens" zu berücksichtigen.

Nach einem von der Flüchtlingsorganisation CEAR erstellten Bericht zur Lage der Flüchtlinge in Spanien, leben mehr Spanier im Ausland als Migranten in Spanien. Im EU-Vergleich hat Spanien die niedrigste EinwanderInnenquote. Doch der PP weiß mit ihrer Anti-MigrantInnenstimmung nicht nur Wahlerfolge zu erringen und die Schengengrenze nach deutschem Vorbild auszubauen, sondern auch den Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft gerecht zu werden. Einer Studie der Weltbank zufolge, benötige das Land pro Jahr 300.000 MigrantInnen, um Renten und BIP stabil zu halten. Das nun am 23. Januar in Kraft getretene neue Ausländergesetz spricht den MigrantInnen "ohne Papiere" (Sin Papeles) nicht nur jegliche Rechte ab, sondern macht sie einmal mehr zu "SklavInnen" der spanischen Ökonomie.

Grenzsicherung, die über

Leichen geht

Nach Angaben der OECD und des Internationalen Währungsfonds liegt Spanien im Wirtschaftswachstum EU-weit an der Spitze. Blühende Konsumgesellschaft und Rassismus - mit diesen beiden Themen gewann der Ministerpräsident der rechts-konservativen PP-Regierung, Jose Maria Aznar, im vergangenen Jahr die absolute Mehrheit. Kein Wunder also, dass seiner Ansicht nach das neue Ausländergesetz das "fortschrittlichste der Welt" ist. Etwa 200.000 Menschen ohne Papiere müssen fortan mit der Angst und Unsicherheit leben, abgeschoben zu werden. Straßenszenen, in denen MigrantInnen in Polizeifahrzeuge verfrachtet werden, gehören nun zum Alltag. Scheinbar unbemerkt entwickelt sich der spanische Staat zum Vorreiter einer harmonisierten EU-Migrationspolitik, die auf den Ausbau der "Festung Europa" (Schengen, Europol ...) setzt, sowie Einreise und Aufenthalt von "Arbeitskräften" - je nach den Bedürfnissen der Wirtschaft - reguliert.

"Demokratie? Für wen? Für den reichen Migranten: Tourismus. Für den armen: Rassismus", so fasste eine jungen Frau aus Marokko ihre Erfahrungen zusammen, als sie über die sich täglich verschlechternden Zustände in Almeria berichtete. "Familien ohne Dach übern Kopf. Kinder mit Hunger. Ja, Hungern in der Europäischen Union." Mit dem neuen Gesetz landeten viele Menschen in der völligen Armut. Denn Unternehmen und Großgrundbesitzer weigerten sich "aus Furcht vor juristischen Konsequenzen", "illegale" MigrantInnen einzustellen. In den Gemüse- und Obstplantagen im Süden des Landes waren lange Zeit bis zu 10.000 Stellen unbesetzt. Nun kehren die "Sin Papeles" auf die Plantagen zurück. Allerdings arbeiten sie nun unter ausbeuterischeren Bedingungen als vor der Gesetzesänderung. Weil sie "wegen der Beschäftigung von Illegalen" eventuell juristisch belangt werden könnten, zahlen die Unternehmer jetzt weniger.

Wer sich wehrt, kann schnell selber im Gefängnis landen. Denn "Sin Papeles" ist nach dem Ausländergesetz nicht erlaubt, sich gewerkschaftlich zu organisieren oder zu demonstrieren. Und wer "illegal" arbeitet, wird nach den neuen Bestimmungen abgeschoben. In den Regionen von Murcia und Almeria, ebenso in Katalonien und Castilla de la Mancha häufen sich die humanitären Notsituationen dutzender illegalisierter Familien. Es fehlt an Nahrungsmitteln, Unterkunft und gesundheitlicher Versorgung. Viele MigrantInnen mussten ihre Kinder zu Angehörigen geben, weil sie nicht mehr für die Ernährung garantieren konnten. Hunderte Menschen leben auf der Straße. In den Metropolen häufen sich Obdachlose "ohne Aufenthaltsstatus". Viele suchen in verlassenen Industrieruinen Unterschlupf, wo sie regelmäßig von der Polizei vertrieben werden. Auf dem Land leben sie zwischen Plastikplanen und Holzpaletten neben den Plantagen oder in alten Militärbunkern.

Die Regierung versucht unterdessen, die MigrantInnen verschiedener Nationalitäten gegeneinander auszuspielen. Im Februar noch sollten die 150.000 "illegal" in Spanien lebenden EkuadorianerInnen in ihr Herkunftsland zurückfliegen. Dort "Arbeitsverträge ausgeteilt" bekommen und mit der Einwilligung, nicht dauerhaft in Spanien zu bleiben, wieder einreisen. Landesweite Proteste, fehlende organisatorische Kapazitäten der Regierung (bis zu zwei Jahren hätte diese "freiwillige" Rückkehr gedauert) sowie Finanzschwierigkeiten (die Regierung finanzierte die Flüge) zwangen den Innenminister zum Abbruch dieser

Aktion. Kurzerhand entschloss er sich Ende April, den 25.000 EkuadorianerInnen - die damals einer "freiwillige Rückkehr" zustimmten - Papiere zu geben. Ekuador unterzeichnete zudem ein bilaterales Abkommen zur geregelten Einreise von ArbeitsmigrantInnen. Die Erntesaison steht vor der Tür. Und es sind eben die niedrigen Lohnkosten, die Obst und Gemüse aus Spanien auf dem EU-Markt so wettbewerbsfähig machen. Neben Ekuador sind Marokko, Kolumbien und Polen die Wunschkandidaten für Einwanderungskontingenten für Billigarbeitskräfte.

Was die europäische "Einwanderungspolitik" anbelangt, so startet die paramilitärische Guardia Civil (u.a. verantwortlich für die Grenzüberwachung) ab Sommer diesen Jahres ein neues Pilotprojekt: SIVE - Integriertes Externes Überwachungssystem. Mit einem neu-entwickelten System aus Radarschirmen und Infrarotkameras mit Reichweiten von 15 km in Zusammenarbeit mit mobilen Einheiten zu Land, Luft und Meer sollen zukünftig die blauen Grenzen "geschlossen" werden. 20 Milliarden ESP investiert die Regierung. Innenministerien aus Italien, Polen, USA und Portugal haben bereits Interesse angemeldet.

Entrechtlichung als Programm

Zu den täglichen Todesmeldungen von MigrantInnen in der Meerenge von Gibraltar summieren sich immer häufiger Vorfälle mit tödlichem Ausgang, in die die GrenzpolizistInnen direkt verwickelt sind. Das neue Ausländergesetz macht es den Sicherheitsbehörden einfacher, an der Grenze aufgegriffene Menschen ohne Papiere sofort wieder nach Marokko abzuschieben. Mit der Anweisung des Innenministeriums, "das Eintreten der Illegalen" unter allen Umständen zu verhindern, wurde nicht nur die Präsens der Polizei erhöht, sondern haben sich vor allem deren Maßnahmen verschärft. Um nicht von Polizeistreifen aufgegriffen und zurückgeschoben zu werden, kommen MigrantInnen vermehrt in extreme Gefahrensituationen. In den Polizeiberichten heißt es dann "Unfall". Von Januar bis März wurden an den spanischen Küsten etwa 2.600 Menschen verhaftet. Nach offiziellen Angaben registrierten die Behörden im letzten Jahr 87 gestrandete Leichen. Nach Angaben von Flüchtlingsorganisationen sind allerdings inzwischen mehr als 200 Personen beim Versuch, der Polizei zu entkommen umgekommen.

Tom Kucharz, Madrid

11. Verdrängte Mädchengeschichte. Eine Rezension des Buches "Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark"

Autor: co · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:15

Mitte der 90er Jahre erfuhren wir (...) zum ersten Mal etwas über das Jugendschutzlager Uckermark. Wir, wie auch einige andere Frauen, haben uns gefragt, wie es passieren konnte, dass die Geschichte von über 1.000 Mädchen und jungen Frauen, die dort während des Nationalsozialismus inhaftiert wurden und gequält wurden, in Vergessenheit geraten konnte." Mit diesen Worten leiten Katja Limbächer, Maike Merten und Bettina Pfefferle den von ihnen herausgegebenen Sammelband ein. Und in der Tat ist die Geschichte des Mädchenkonzentrationslagers Uckermark überhaupt erst in den letzten Jahren öffentlich wahrgenommen worden: erst 1995 errichtete die Lagergemeinschaft Ravensbrück/ Freundeskreis e.V. auf dem bisher eher ignorierten Gelände des ehemaligen "Jugendschutzlagers" Uckermark das Schild "Ihr seid nicht vergessen!". Bei verschiedenen Workcamps seit 1997 wurden unter anderem Barackenfundamente gefunden.

Von 1942-1945 waren ungefähr 1.200 Mädchen und junge Frauen im so genannten Jugendschutzlager Uckermark inhaftiert. Im Mädchenkonzentrationslager sollten "gemeinschaftsfremde" Mädchen ausgesondert und diszipliniert werden. Viele junge Frauen wurden im Lager ermordet. Durch die unmittelbare Nachbarschaft zum Frauenkonzentrationslager Ravensbrück konnten die Aufseherinnen von Uckermark dessen Strukturen mitnutzen. So musste ein Teil der inhaftierten Mädchen in den für Zwangsarbeiterinnen in Ravensbrück errichteten Produktionsstätten des Siemens-Konzerns arbeiten.

Jugendämter, Fürsorgeerziehungsbehörden und Kriminalpolizeidienststellen arbeiteten verstärkt zusammen und wiesen ab 1938 als "asozial" stigmatisierte Mädchen zur "Bewahrung" ein - zunächst in Fürsorgeinstitutionen und ab 1942 nach Uckermark. Konkret bedeutete das den Freiheitsentzug auf unbestimmte Zeit auf der Grundlage des Erlasses zur "Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" von 1937. Mit diesem Erlass wurde bestimmt, vor welchen Personen die "Volksgemeinschaft" "geschützt" werden sollte: Das Konstrukt der "Asozialen", durch "gemeinschaftswidriges Verhalten" definiert, wurde auf "Arbeitsscheue", Vorbestrafte, "Nicht-Sesshafte" und "Verwahrloste" ausgedehnt. Unter "Verwahrloste" wurden diejenigen Mädchen und jungen Frauen gefasst, die sich nicht den herrschenden Sexualnormen unterwarfen und daher als "sexuell gefährdet" eingeordnet wurden. Diese Kategorie wurde nur auf Mädchen bzw. junge Frauen angewendet. Insgesamt sollten die Jugendschutzlager - bereits 1940 war das Jugendschutzlager Moringen für Jungen entstanden - hauptsächlich zur Abschreckung für andere Jugendliche dienen.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert: Zunächst werden die historischen Sachverhalte zum Lager selbst erläutert, aufschlussreich hierbei etwa die Rolle der Fürsorge bei der Einweisung nach Uckermark. Im zweiten Teil kommen Überlebende zu Wort, insbesondere eine Gruppe slowenischer Frauen, und im letzten Teil wird vom Umgang mit der Geschichte des Mädchenkonzentrationslagers berichtet.

Mit der Frage "Wie geht es weiter mit dem Uckermark-Gelände?" wird der Bogen zu Gegenwart und Zukunft gespannt: "Die als ‚Asoziale` verfolgten Opfer des Nationalsozialismus gehören bis heute zu den ‚vergessenen` und verdrängten Opfern. Sie gehören darüber hinaus zu den Opfergruppen, deren Verfolgung und Diskriminierung auch nach 1945 nicht endete. (..) Die Gedenkstätte Uckermark sollte die längst überfällige Anerkennung und Würdigung der ‚asozialen` Mädchen und jungen Frauen zum Ausdruck bringen."

Trotz Anerkennung der Erinnerungsarbeit äußern die AutorInnen Kritik am musealen Konzept der Gedenkstätten, bei dem u.a. die Gestaltungswünsche der Überlebenden zu wenig berücksichtigt werden. Als Gegenmodell schlagen sie eine offene Forschungsstätte Uckermark vor, die als Teil der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück frei zugänglich sein soll. An einem solchen Gedenkort könnten Forschungsarbeiten mit Workcamps stattfinden, an denen sich nicht allein WissenschaftlerInnen, sondern auch andere Interessierte beteiligen können.

co

Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark. Herausgegeben von Katja Limbächer, Maike Merten und Bettina Pfefferle. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart. Oktober 2000. Unrast Verlag Münster, 294 Seiten, DM 24,80.

12. Akkordarbeit und Rübensuppe. Zwangsarbeit von polnischen Jugendlichen im I.G. Farbenwerk Leverkusen

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:21

Bereits zwei Tage nach dem Überfall auf Polen, am 3. September 1939, richtete die Arbeitsverwaltung des "Dritten Reiches" in Schlesien eine erste Dienststelle ein. Ende September 1939 gab es bereits 70 deutsche Arbeitsämter im besetzten Polen. Sie arbeiteten mit Polizei, SS und Gestapo zusammen, wenn es darum ging, Arbeitskräfte für Deutschland anzuwerben oder zwangszuverpflichten. Bald gingen sie dazu über, arbeitsfähige Menschen in Razzien z.B. in Kinos oder Schulen aufzugreifen oder einfach auf der Straße zusammenzutreiben und nach Deutschland zu verschleppen. Nach polnischen Schätzungen mussten während des Zweiten Weltkrieges 2,8 Millionen PolInnen in Deutschland oder den von Deutschland besetzten Gebieten Zwangsarbeit leisten.

Während es in Polen kaum neuere Forschungen zu diesem Thema gibt, entstehen in der Bundesrepublik immer mehr Lokal- und Regionalstudien über ZwangsarbeiterInnen. Selten allerdings stehen PolInnen im Mittelpunkt dieser Arbeiten. Jetzt hat die Historikerin und Soziologin Valentina Maria Stefanski ein Buch über Zwangsarbeit in Leverkusen veröffentlicht, das Ergebnis eines Forschungsprojektes am Deutschen Historischen Institut Warschau. Auf knapp 600 Seiten schildert sie Lebens- und Arbeitsbedingungen junger PolInnen, die von 1940 bis Kriegsende im I.G. Farbenwerk Leverkusen eingesetzt wurden. Ihr Anteil an den ZwangsarbeiterInnen in diesem Werk erreichte 1941 gut 70 Prozent und pendelte sich später bei einem knappen Drittel ein. Mehr als 1.600 PolInnen mussten hier insgesamt von 1941 bis 1943 arbeiten und chemische Grund- und Farbstoffe sowie Medikamente herstellen.

Stefanskis Arbeit ist nicht die erste, die den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen in einem I.G. Farbenwerk untersucht. Die meisten AutorInnen, die sich mit diesem Thema befassten, konzentrierten sich aber auf das sogenannte Buna-Werk in Monowice/Monowitz bei Auschwitz, wo die I.G. Farben den Bau eines Konzentrationslagers initiierte und finanzierte. "Neben den Ungeheuerlichkeiten, die dort passierten, verblassen die Vorgänge, die zu anderen I.G. Farbenwerken dokumentiert sind", schreibt Stefanski, die bewusst einen "normalen" Industriebetrieb für ihre Studie ausgewählt hat. Und sie geht in ihrer Untersuchung von der Sicht der Opfer aus, während in den meisten anderen Arbeiten über Zwangsarbeit in einer bestimmtem Firma das jeweilige Unternehmen im Mittelpunkt steht - z.B. in den einschlägigen Arbeiten über VW, Daimler-Benz und Ford. Stefanski befragte 53 Menschen aus Polen und führte mit 38 ZeitzeugInnen ausführliche Interviews. Außerdem zog sie umfangreiches schriftliches Quellenmaterial vor allem aus dem Werksarchiv der Bayer AG heran.

Interviews mit

38 ZeitzeugInnen

Die meisten der Befragten waren zwischen 15 und 21 Jahre alt, als sie verschleppt wurden. "Ihre Erfahrungen waren mit Sicherheit in vielerlei Hinsicht ganz andere als die der älteren ZwangsarbeiterInnen. Ihre Jugend zum Zeitpunkt der Deportation hatte auch Einfluss auf ihre Wahrnehmung, so dass sie über viele Bereiche nicht berichten können (Sabotage, Widerstand, Abtreibung und Schwangerschaftsverhütung). Auf der anderen Seite erklärt das jugendliche Alter ihren Wagemut bei der Organisation von zusätzlichen Lebensmitteln und den unbändigen Lebenshunger."

"Displaced Persons"

Ihre Erfahrungen in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges beschreiben die InterviewpartnerInnen als alte Menschen. Vielen erscheint das damalige Leid im Rückblick "nicht mehr so ungeheuerlich und bedeutsam", wie sie es als Jugendliche empfanden, schreibt Stefanski. Die Passagen, in denen sie die Art des Erinnerns ihrer GesprächspartnerInnen beschreibt, gehören zu den interessantesten des Buches. Stefanski betont die Reflektiertheit und Differenziertheit der ZeitzeugInnen, beschreibt aber auch, wie die Erinnerung über die Jahre verformt wurde, z.B. durch Fotos aus den Lagern. Für diese Aufnahmen hatten die

ZwangsarbeiterInnen oft versucht, eine "heile Welt" mit gut frisierten Mädchen und elegant gekleideten jungen Männern in einer sauberen, freundlich wirkenden Baracke zu inszenieren. Von ständigem Hunger und zerrissenem Schuhwerk, von Wanzen und dreckigen Strohsäcken ist auf diesen Fotos nichts zu sehen.

Trotz solcher Verklärungen vermitteln die Interviews ein deutliches Bild von der Situation der polnischen ZwangsarbeiterInnen in Leverkusen, von ihren verschiedenen Wegen dorthin, den Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Lagern bzw. im I.G. Farbenwerk und den Beziehungen zur deutschen Bevölkerung. Stefanski schildert die Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung, die hygienischen Verhältnisse und die medizinische Betreuung, Bewachung, Bestrafung und Fluchtversuche. Dabei zitiert sie ausführlich aus den Interviews und konfrontiert teilweise schriftliche NS-Quellen mit diesen. In den Kapiteln über Überlebensstrategien geht es um die Beschaffung zusätzlicher Nahrungsmittel und Kleider, aber auch um verbotene Kinobesuche oder heimliche Liebesbeziehungen. Liebe und Sexualität waren auch mehr als 50 Jahre danach oft noch Tabuthemen für die Befragten, die vor allem dann bereit waren darüber zu sprechen, wenn ihre Liebesbeziehungen den Krieg überdauert hatten und in eine Ehe gemündet waren.

Schwierige Rückkehr

nach Polen

Einen großen Abschnitt hat die Autorin dem Leben im Nachkriegsdeutschland und der Rückkehr nach Polen gewidmet - ein schwieriges Kapitel. Denn während die UkrainerInnen und "OstarbeiterInnen", sofern sie aus der Sowjetunion kamen, auch gegen ihren Willen nach Kriegsende in die UdSSR transportiert wurden und die "WestarbeiterInnen" auf dem schnellsten Wege in ihre Heimatländer zu kommen trachteten, wurden die polnischen "Displaced Persons" Opfer der Spaltung Europas. "Sie registrierten die Anwerbung durch die Amerikaner auf der einen Seite und die Ankündigungen von Transporten auf der anderen. Sie hörten von Angeboten, nach Übersee (USA, Kanada und Australien) auszuwandern. Und zwischen all dem wetteiferten Vertreter der Exilregierung in London und der kommunistischen Regierung in Polen um die Köpfe und Herzen der polnischen DPs."

Stefanski hat nur Menschen interviewt, die nach Polen zurückgekehrt sind. Bei vielen der ersten Heimkehrer war die Sehnsucht nach der Familie ausschlaggebend; über die politischen Verhältnisse in Polen wussten sie oft nichts. Für andere war der Weg in den Westen versperrt, den sie lieber gewählt hätten, weil sie über die neue Regierung oder die Armut in Polen informiert waren. Einige konnten sich in der schwierigen Nachkriegssituation in Polen zurechtfinden, andere hat die Zwangsarbeit gebrochen. Heute leben die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen oft in sehr ärmlichen Verhältnissen. Sie müssen noch immer auf eine Entschädigung warten.

Stefanski hat ihr Buch mit einem wissenschaftlichen Apparat ausgestattet, in einem Eingangskapitel geht sie auf den Forschungsstand ein und reflektiert ihre Methoden. Das freut die Historikerzunft, sollte andere LeserInnen aber nicht abschrecken. Die sehr persönlichen und konkreten Erinnerungen der ZeitzeugInnen ziehen einen schnell in den Bann - wozu auch die etwa 40 Fotos beitragen. Also einfach blättern und lesen. Es lohnt sich.

Angela Martin

Valentina Maria Stefanski: Zwangsarbeit in Leverkusen. Polnische Jugendliche im I.G. Farbenwerk (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 2), fibre Verlag, Osnabrück 2000, 585 Seiten, 48,- DM.

13. "Aufstehen gegen Rassismus und Neofaschismus". Gedenkfeier zur Befreiung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück

Autor: Gertrud Müller · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:07

"Wir stehen hier auf einem besonderen Ort in besonderer Zeit. Die Zeit ist der Anfang des dritten Jahrtausends und der Ort ist derjenige, an dem die größten und grausamsten Verbrechen des zweiten Jahrtausends verübt wurden. Ich gehöre zu den überlebenden Opfern dieses Ortes und noch viele Jahre nach der Befreiung hatte ich schreckliche Träume von Ravensbrück. Manchmal habe ich das Gefühl gehabt, es hätten zehn Generationen meiner Großmütter leben müssen, um das alles zu verstehen, was ich in Ravensbrück verstanden habe."

So begann Krystina Usarek, Vizepräsidentin des Internationalen Ravensbrück-Komitees, ihre Ansprache beim 56. Jahrestag der Befreiung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück. Zahlreiche Menschen, unter ihnen viele Überlebende und deren Angehörige, verschiedene FrauenLesben-Gruppen und andere Interessierte, hatten sich am 29.4. diesen Jahres zur Befreiungsfeier auf dem Gelände der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück versammelt. Nachdem die Vorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück / Freundeskreis Rose Vadehra-Jonas die Gedenkveranstaltung eröffnete hatte, fanden eine Reihe von Ansprachen statt. Danach wurden Kränze an den Gedenksteinen für die verschiedenen Nationalitäten der ermordeten Frauen und am Mahnmal niedergelegt. Später am Tag wurde der Eingangsbereich des ehemaligen KZ-Geländes, der Bereich der Lagerstrasse 1 und der nördliche Bereich des ehemaligen Industriehofes, für öffentlich zugänglich erklärt. Das Gelände war bis Februar 1994 von GUS-Truppen genutzt worden und ist jetzt für BesucherInnen der Gedenkstätte begehbar.

Wir dokumentieren im Folgenden die Rede, die Gertrud Müller, Ehrenvorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis und Vizepräsidentin des Internationalen Ravensbrück Komitees, auf der Gedenkfeier gehalten hat.

Meine Damen und Herren,

ich begrüße sie alle sehr herzlich, ganz besonders herzlich begrüße ich meine Kameradinnen des Auslandes.

Nun, verehrte Anwesende, liebe Kameradinnen und Kameraden, es darf niemals vergessen werden, was sich in der Zeit von 33-45 und insbesondere hier in Ravensbrück von 1938 bis 1945 ereignet hat. Zehntausende Frauen, Kinder und Männer wurden hier in Ravensbrück Opfer einer unmenschlichen SS-Verbrecherbande. Es waren Christen, Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, Sinti und Roma, Parteilose, es waren Frauen, Kinder und Männer aus den von den Faschisten okkupierten Ländern.

Welchen Sinn kann das Leiden und Sterben der Opfer des Faschismus gehabt haben, wenn nicht den, dass Nachgeborenen Weg und Richtung gewiesen wird? Die Richtung, so haben es unsere überlebenden Kameraden von Buchenwald nach ihrer Selbstbefreiung geschworen, das ist eine Welt des Friedens und der Freiheit. Der Weg dahin beginnt mit der Vernichtung des Faschismus mit all seinen Wurzeln. Das ist der Auftrag von uns Überlebenden wie der Toten von damals. Das ist auch der Auftrag der Mitglieder unserer Lagergemeinschaft von Ravensbrück, den auch alle AntifaschistInnen angenommen haben. Dieser Auftrag ist so aktuell wie damals. Heute stehen wir wieder da, wo die vielen, die zum Opfer wurden, und die wenigen, die überlebt haben, damals am Ende der Weimarer Republik und am Beginn des Faschismus, standen. Vor der selben Entscheidung, sie heißt: Zusehen, Abwarten, Laufen lassen oder aber: Widerstand leisten. Viele zu viele Menschen sind in den letzten zehn Jahren zu neuen Opfern faschistischer Gewalt geworden. Auch diesen Opfern können wir nur eine, eine letzte Würde geben: wachsam zu sein gegen Faschismus, Neofaschismus, Rassismus und Gewalt.

Selbst diese letzte Würde wird ihnen streitig gemacht. Die offizielle Kriminalstatistik hat bis vor kurzem die Zahl der Opfer der neofaschistischen und rassistischen Gewalt mit 25 angegeben, jetzt wurde sie korrigiert auf 35. Ich kann ihnen die Namen von 97 nennen, dazu kommen die Opfer, denen die Namen genommen wurden, lediglich die Zahlen sind der öffentlichen Erinnerung geblieben, wie die der vielen Verbrannten. Sie summieren

sich auf mindestens 180, und nicht nur im Osten, sondern auch im Westen: 180 Menschen verbrannt, tot geschlagen, erstochen, vor den Zug geworfen, von Briefbomben zerfetzt.

Der Auftrag an die Statistiker lautet offensichtlich: Es kann nicht sein, was die Exportrate schädigen könnte. Die Exportrate, oder in anderen Worten, das Ansehen Deutschlands im Ausland, war auch im Spiel, als es in den letzten Jahren, 55 Jahre zu spät, um die Entschädigung der Sklavenarbeit ging. Jetzt ist ein Gesetz in Kraft, wonach dafür insgesamt 10 Mrd. DM zur Verfügung stehen. Mindestens 170 Mrd. hat die deutsche Wirtschaft an der Ausbeutung der Zwangs- und SklavenarbeiterInnen verdient, fünf Mrd. ist sie bereit, zur Entschädigung beizusteuern, und davon kann sie die Hälfte von der Steuer absetzen. Wirklich ein gutes Schnäppchengeschäft. Und dennoch warten die Überlebenden noch immer auf die ersten Zahlungen. Es geht nicht um die Exportrate, es geht auch nicht um das Ansehen Deutschlands in der Welt, es geht um Menschen!

Die Mahnung der Opfer aus Geschichte und Gegenwart lautet: Macht endlich Schluss mit dem braunen Spuk. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Das größte Verbrechen der Menschheit! Es ist erst 56 Jahre her, dass der deutsche Faschismus und der von ihm angezettelte Krieg 60 Mio. Todesopfer forderte, vergast, verbrannt, erhenkt, geköpft, erschossen, erschlagen, verhungert, vergiftet, abgespritzt, in millionenfachem Leiden zu Tode gequält.

Für mich ist es unfassbar, dass nach diesen Massenmorden nun darüber diskutiert wird, ob faschistische Parteien verboten gehören. Sie brauchen nicht verboten zu werden, sie müssen endlich schnell und vollständig aufgelöst werden, und zwar alle, nicht nur die NPD, sondern auch die Reps und die DVU. Das sagt das Grundgesetz, das in Artikel 139 die Bestimmungen der Alliierten zur Befreiung von Faschismus und Militarismus ausdrücklich bekräftigt. Der neofaschistische Mob, der keine Sprache hat als die Gewalt, jagt und tötet Menschen, weil sie keinen deutschen Pass haben, weil sie nicht aussehen wie "normale Deutsche", weil sie sich angeblich nicht benehmen wie "ordentliche Deutsche", weil sie AntifaschistInnen waren oder gar Linke, was "anständige Deutsche" nicht sind und nicht sein dürfen, weil sie Juden oder Zigeuner waren oder dafür gehalten wurden. Kurz: weil sie irgendwie nicht dem entsprechen, was sich der faschistische Mob unter guten Deutschen vorstellt.

Währenddessen geben andere, die niemals einen Baseballschläger anfassen würden, die stattdessen aber Worte haben, um Begriffe zu besetzen, dieser Auswahl, die der Mob getroffen hat, nun einen Namen: "deutsche Leitkultur". Spätestens seit Wilhelm II. hat der deutsche Gebrauch des Wortes deutsche Kultur eine besondere Bedeutung und nur so kann das Wort von der deutschen Leitkultur heute verstanden werden: Als Herabminderung und Ausgrenzung der anderen, als Schikane für alle, die auf eine Einreiseerlaubnis oder eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung angewiesen sind, weil ihnen die gleichen demokratischen Rechte und das Recht auf Asyl seit Jahren vorbehalten werden.

Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, hat darauf hingewiesen: "In einem Land, dessen so genannter nationaler Ausdruck vor weniger als 60 Jahren 60 Mio. Tote gefordert hat, kann es nur noch eine Leitkultur geben: sie steht im Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen ist die Aufgabe aller staatlicher Gewalt."

Man kann den Faschisten nicht entgegentreten, indem man ihre Ideologie salonfähig macht und die Forderungen aufgreift. Faschismus kann nur bekämpft werden, wenn man seine Ideologie, seine Parolen, seine Propaganda täglich zurückweist. Das Verbrechen Faschismus beginnt nicht erst, wenn Menschen zu Tode kommen, es beginnt, wenn das Recht des Stärkeren und des Profits über das Recht aller Menschen auf Leben in Würde und sozialer Sicherheit gestellt wird. Es beginnt, wenn Menschen nicht mehr gleich gelten, sondern sortiert werden in "Arier" oder "Juden", "Deutsche" und "Ausländer", "nützliche Greencard-Anwärter" oder "unnütze Flüchtlinge", "Gesunde" oder "Behinderte". Der Faschismus beginnt in den Köpfen. Er beginnt, wenn bei viel zu vielen als normal gilt, was niemals normal sein darf. Ist es normal, dass der Bundestag in einem Gebäude tagt, das nun wieder Reichstag heißt? Ist es normal, dass Straßen, Plätze, Schulen, die bisher den Namen antifaschistischer Widerstandskämpfer trugen, nun wieder nach Kaisern, Königen und Generälen benannt werden?

Der Bundeskanzler hat den Aufstand der Anständigen ausgerufen. Weil es nicht normal sein darf, das fast täglich Menschen beleidigt, gehetzt, verprügelt, verbrannt und tot geschlagen werden. Es darf auch nicht Normalität werden, dass jüdische Synagogen angezündet, die Friedhöfe und Gedenkstätten der Opfer von

damals erneut geschändet werden. Darin sind wir mit dem Bundeskanzler einig. Doch was nun das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe für Vorgaben für Verbote rechtsextremistischer Demonstrationen macht, ist einfach nicht zu fassen. Und zwar allein die Erwartung, die VeranstalterInnen und die voraussichtlichen TeilnehmerInnen würden nationalsozialistisches oder jedenfalls rechtsextremes Gedankengut verbreiten, reiche nicht für die Untersagung einer Kundgebung - die Neofaschisten können also überall auftreten.

Nun, die Geschichte gebietet, ja diktiert es, das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes der Gefolterten, Erschossenen, Gehenkten, Geköpften, durch Seuchen, Hunger, Spritzen, Vergiften und Gas Ermordeten zu erfüllen und den Faschismus mitsamt seinen Wurzeln zu beseitigen.

Niemals wieder Ravensbrück!

Niemals wieder ein anderes KZ in Deutschland oder in anderen Ländern!

Alles für den Frieden!

Gertrud Müller

Ehrenvorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis

und Vizepräsidentin des

Internationalen Ravensbrück Komitees

14. Adieu, weibliches Kollektivsubjekt. Wofür Feministinnen die Identität "Frau" nicht mehr brauchen

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Theorie; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:36

Über Identitäten zu sprechen ist vielerorts immer noch oder neuerdings en vogue. Oft wird dabei ein aufgeregter Ton angeschlagen: Manche halten die Dekonstruktion von Identitäten für das ultimative Programm, das selig macht und keine Wünsche offen lässt. Andere reden über Identitäten wie über bedrohte Tierarten. Tatsächlich besteht kein Grund zur Aufregung. Denn dass jede Identitätspolitik früher oder später ihre eigenen Grundlagen in Fragen stellen muss, ist sowieso unvermeidlich. Das ultimative Programm zur effektiven Bekämpfung aller Herrschaftsverhältnisse ist aber weder Identitätspolitik noch ihre Dekonstruktion. Identitätspolitik zu hinterfragen heißt nicht mehr und nicht weniger als das eigene Politikverständnis zum Objekt von Herrschaftskritik zu machen. Was das bedeutet, wird im folgenden an einem Fallbeispiel erläutert: der feministischen Identität "Frau".

Es ist eigentlich unmöglich, die Geschichte von Identitätspolitik in Vergangenheitsform und die Kritik der Identitätspolitik im Präsens zu erzählen. Das klingt, als hätte die Kritik alle Formen von Identitätspolitik aus der Welt geschafft und als wäre "die" Frauenbewegung mittlerweile erfolgreich geläutert. Dem ist nicht so. Eher ist völlig unklar, auf wen oder was sich heute der Name "Frauenbewegung" überhaupt bezieht. Auch ist es unzulässig verkürzt, von "Schwarzen" und "Weißen" Frauen zu sprechen, denn es unterstellt, diese Bezeichnungen hätten einen festen und eindeutigen Bezugspunkt. Auch den gibt es nicht. So können "vorher", "nachher", "schwarz" und "weiß" nicht mehr sein als grobe Orientierungshilfen, die die Kritik an Identitätspolitik auf sehr subjektive Weise erzählbar machen. Viele andere Erzählungen sind denkbar.

In dieser Erzählung sind Identitätspolitiken alle Politikansätze, die sich auf ein gegebenes Kollektiv beziehen. Wobei die Betonung auf "gegeben" liegt: Nicht die gemeinsame Politik ist das Verbindende, sondern umgekehrt entsteht die gemeinsame Politik aus einer bereits existierenden Verbindung. Die kann ganz unterschiedlich begründet sein, historisch-politisch, psychologisch, esoterisch oder biologisch. Im Fall der feministischen Identität "Frau" gilt: Wie unterschiedlich, widersprüchlich und heterogen feministische Identitätspolitiken auch waren und sind, sie alle gehen davon aus, dass es etwas gibt, was Frauen prinzipiell von Männern unterscheidet. Der kleine Unterschied wird in feministischer Identitätspolitik groß gebeamt.

So ist ein mögliches Ziel feministischer Identitätspolitik, das wiederzuerobern, was im Patriarchat "entfremdet" oder "unterworfen" ist - der Kampf um das, was Frauen "in echt" ausmacht. Was ja nicht dasselbe ist wie die gesellschaftliche Realität von Frauen. Feministischer Identitätspolitik geht es gerade darum, diese Realität von Frauen so zu verändern, dass ein nicht-entfremdetes Frausein frei entfaltet werden kann. Wenn es aber eine "eigentliche" Weiblichkeit gibt, die von der gesellschaftlich definierten Weiblichkeit abweicht, dann muss das um der Klarheit willen auch begrifflich unterschieden werden. Deshalb wurde für Feministinnen die Unterscheidung zwischen dem biologischen und dem sozialen Geschlecht wichtig. Sie sollte Wunsch und Wirklichkeit, Wesen und Utopie von Frauen auseinander halten helfen. Englischsprachige Feministinnen hatten es in dieser Hinsicht von Anfang an leichter, unterscheidet man im Englischen doch sowieso zwischen sex, dem biologischen Geschlecht und gender, dem sozialen Geschlecht. Jedenfalls kann mit diesen Begriffen der Ort, an dem die Unterdrückung stattfindet, präzise bestimmt werden als gender, als soziales Geschlecht. Das eigentliche Geschlecht, sex, bleibt entsprechend verschont von politischen Forderungen und feministischen Utopien - es bleibt Natur.

Feministische Identitätspolitik zielte, anders formuliert, vor allem darauf ab, das soziale Geschlecht Frau von seinen patriarchalen Fesseln zu befreien, um es zur Wahrheit des natürlichen Geschlechtes zurückzuführen. Feministische Identitätspolitikerinnen kritisierten zwar die spezifische, patriarchale Bestimmung des sozialen Geschlechts. Die Unterscheidung zwischen sex und gender stellten sie aber nicht in Frage. Und das hieß auch, dass die naturgegebene Existenz zweier (und nur zweier) grundsätzlich verschiedener Geschlechter fraglos akzeptiert wurde.

Feministische Identitätspolitik ging davon aus, dass es ein alle Frauen verbindendes Band gibt, und zwar unabhängig davon, in welcher Klasse, in welchem Land und zu welcher Zeit Frauen geboren werden. Stärker esoterisch eingefärbte Strömungen begaben sich zum Beispiel auf die Suche nach der eigentlichen Weiblichkeit, von der angenommen wurde, dass sie das Gegenteil traditioneller Charakterzuschreibungen verkörperte: weiblich sein sollte heißen, wild zu sein, unbeherrschbar, körperlich, lustbetont, stark und widerspenstig. Autonome linke feministische Strömungen definierten in Abgrenzung dazu als gemeinsame Grundlage für die Identität "Frau" weniger einen idealtypischen "Wesenskern" der Frau, als vielmehr die kollektive Erfahrung von patriarchaler Unterdrückung. Sie beschäftigten sich folglich mit sexueller Gewalt, ökonomischer Ausbeutung, repressiver weiblicher Sozialisation und struktureller Benachteiligung von Frauen. Diese Form von Identitätspolitik brachte in der Vergangenheit viele bis dahin ungehörte Erfahrungen in- und außerhalb der Linken ans Tageslicht; so etwa die Thematisierung alltäglicher sexualisierter Gewalt. Sie eröffnete für Frauen einen Raum, untereinander, aber auch öffentlich über ihre Erfahrungen zu sprechen. Deswegen war sie wichtig. Gleichwohl ist sie an zentralen Punkten problematisch geworden.

Widerspruch dem Hauptwiderspruch

So unterschiedlich die einzelnen Strömungen waren, eines verband sie auf jeden Fall bis ungefähr Ende der 80er Jahre: die Annahme einer universalen Unterdrückungsstruktur, die materiell und ideologisch Leben, Arbeit, Reproduktionsarbeit und Körper von allen Frauen weltweit unterwirft und ausbeutet. Eben das Patriarchat. Aber irgendwann geriet das Statut vom universellen Patriarchat ins Wanken. Wobei das innerhalb der Frauenbewegung kein Selbstgänger war, sondern das Ergebnis zäher, harter und - für diejenigen, die die Kritik vorgebracht hatten -, auch frustrierender Kämpfe.

Die Kritik an einem Patriarchatsbegriff, der auf der Annahme eines universalen feministischen Kollektivs basiert, wurde von Schwarzen Frauen in den USA und in der Bundesrepublik von Migrantinnen und Schwarzen deutschen Frauen artikuliert. Sie wies nach, dass die Unterstellung "das Patriarchat ist universal" oder, positiv gewendet, "Frauen weltweit sind Schwestern" nichts anderes war als der Reflex eines Emanzipationsbegriffes, der von und für weiße, europäische Mittelklasse-Frauen gedacht war. Den Anspruch, für alle Frauen dieser Welt sprechen zu können, konfrontierten Schwarze Frauen mit dem faktischen Ausschluss von Frauen. Dabei beschränkten sie sich nicht darauf, die Ausschlussmechanismen der bürgerlichen, patriarchalen Gesellschaft zu kritisieren.

Sie skandalisierten gerade die üblicherweise unsichtbar arbeitenden Verfahren der Ausgrenzung innerhalb der Frauenbewegung und anderen sozialen, linken Bewegungen. Denn die Ausblendung von konkreten Erfahrungen von Frauen, die von der weißen, europäischen Mittelschichtsnorm abweichen, war vielerorts unhinterfragte Basis auch feministischer Theorie und Praxis. Diese Ausblendung und die These vom universellen Patriarchat gehörten zusammen, stützten und bedingten einander. Damit wurde die Frage nach den Unterschieden zwischen rassistischer und sexistischer Unterdrückung zweitrangig. Frauen galten nicht wenigen weißen Feministinnen als "Neger der Welt" und damit erschöpfte sich ihr Beitrag zum Thema Rassismus.

Die rassistische Verteilung von Ressourcen und Macht unter Frauen zu thematisieren, stand nicht auf der Tagesordnung. Welche Frauen die Möglichkeit haben, an akademischen und/oder politischen Diskursproduktionen teilzuhaben, wurde nicht systematisch hinterfragt und so, ob gewollt oder ungewollt, stabilisierte feministische Identitätspolitik rassistische und Klassen-Hierarchien. Konsequenterweise wurden Schwarze Frauen in einer solchen Logik dann häufig entweder als pädagogische Objekte konstruiert nach dem Motto "weiße Akademikerinnen wissen, was (schwarze) Frauen wünschen", womit sich der bürgerliche weiße Feminismus wiederum als Maßstab etablierte. Oder umgekehrt wurden Schwarze Frauen zu Expertinnen für Rassismus erklärt, womit sich Weiße Frauen ihrer Zuständigkeit und Verantwortung entledigten.

Fallstricke der Identitätspolitik

Dem Mythos der "großen feministischen Familie" entgegneten Schwarze Feministinnen, dass es eben kein universelles Subjekt Frau gibt, sondern vielfältige unterschiedliche Positionen von Frauen, die aus der Überschneidung von Geschlecht, "Rasse" und Klasse entstehen. Macht werde eben nicht nur von Männern über Frauen ausgeübt, sondern auch von Weißen über Schwarze. Unterdrückung entstehe nicht aus einem grundlegenden Hauptwiderspruch, sondern aus der Verflechtung verschiedener ineinander greifender

Unterdrückungsstrukturen. Und diese Kritik ist konsequent feministisch. Denn der Feminismus und die Neue Frauenbewegung waren gerade auch als Reaktion auf eine Linke angetreten, die immer wieder die Produktionsverhältnisse als Hauptwiderspruch und das Proletariat als revolutionäres Subjekt konstruiert hatte. Eine Linke, die davon ausging, dass sich die Frage der Ungleichheit der Geschlechter nach der Revolution schon von selbst erledigen würde. Insofern war es historisch nur folgerichtig, dass der Feminismus von innen heraus genau da in Frage gestellt werden musste, wo er seinerseits einen Hauptwiderspruch konstruierte.

Die Diskussion um Rassismus ist sicherlich das bekannteste Beispiel für die innerfeministische Kritik an Identitätspolitik. Etwas weniger populär sind die folgenden zwei Fälle: erstens die Diskussion um den Mythos vom "Faschismus als höchste Form des Patriarchats", in dem dann Frauen logischerweise vor allem Opfer gewesen sein sollen - inklusive KZ-Aufseherinnen und SS-Ehefrauen.

Die sogenannte Debatte um Mittäterschaft - wobei der Begriff auch bereits problematisch ist, da er eine originäre Täterschaft von Frauen ausschließt - stellte diesen Mythos von "der Frau" als Opfer des NS und als allgemeines Opfer des Patriarchats in Frage. Zugleich wurde, auf die Gegenwart bezogen, die Frage nach der Beteiligung von Frauen an Verhältnissen materieller und auch sexueller Gewalt und Ausbeutung gestellt. Die Rolle von Frauen/Müttern im Zusammenhang mit sexueller Gewalt in der Familie wurde hinterfragt, die Debatte um "Täterschutz", auch in der Linken, begann. Hier wurde gleichzeitig versucht, die Mittäterinnenschaft von Frauen zwar abstrakt zu denken, allerdings ohne die gemeinsame Identität als Opfer aufzugeben, nach folgendem Muster: Frauen werden durch Sozialisation von sich selbst so entfremdet, dass sie darauf getrimmt werden, sich schützend vor gewalttätige Männer zu stellen; andererseits sagen Frauen, sobald es um sexuelle Gewalt geht, immer die Wahrheit. Diese widersprüchliche Identitätskonstruktion in praktische Politik umzusetzen, erwies sich häufig als sehr schwierig; und nicht wenige linke Männer nutzten diese "konzeptionelle Schwäche" der autonomen Frauenbewegung in äußerst unangenehmer Weise, um sich mit Nachdruck entweder als "Opfer des Feminismus" oder als "gute Männer" zu konstruieren. Verhandelt wurde weniger die Frage der Gewalt als vielmehr die Frage des Geschlechts, und genau das machte es so schwierig, effektive Strategien gegen Gewalt zu entwickeln.

Unvermeidliche Provokationen

Zweiter Fall: Im Zusammenhang mit vorgeburtlicher Diagnostik und künstlicher Befruchtung wurde der für die Neue Frauenbewegung so grundlegende Begriff der individuellen Selbstbestimmung mehr als heikel. Auf einmal stellte sich heraus, dass die scheinbar selbstverständliche Forderung nach dem Recht auf Kontrolle über den eigenen Körper eugenische Phantasmen von Auslese nähren. Denn die Pränataldiagnostik verspricht ja die Möglichkeit der vorgeburtlichen Selektion "abweichender", also behinderter Föten. Weil damit plötzlich auch die Reproduktion maßgeschneiderten Nachwuchses um jeden Preis gemeint sein konnte, bekam das trotzige "mein Bauch gehört mir" einen ganz anderen Ton: nicht mehr Kampfparole gegen patriarchalen Staat und Gebärzwang, sondern beruhigende Antwort auf ein angebliches moralisches Dilemma. Behinderte Feministinnen stellten die Frage, inwieweit ein Selbstbestimmungsbegriff als feministische Kampfparole taugt, der die Verantwortung für das Existenzrecht behinderter Menschen zurückweist.

Die Antwort blieb aus. Das konkrete Entscheidungs-Problem lösen die meisten betroffenen Frauen inzwischen privat oder mit Hilfe staatlich oder kirchlich geförderter, auch "feministischer" Beratungsstellen. Die einen nehmen Pränataldiagnostik in Anspruch, die anderen nicht - politisiert wird dieses Thema kaum noch. Dieser Rückzug ins Private schließt in gewisser Weise logisch an Identitätspolitik an. Wenn die Möglichkeit eugenischer Selektion, je nachdem, als Herausforderung, Gefährdung oder Schutz weiblicher Identität verhandelt wird und nicht als Herrschaftsstrategie, die ganz bestimmte Konstruktionen von Weiblichkeit erst auf den Markt wirft, dann kann kaum ein politischer Umgang mit diesem Thema entwickelt werden.

Für die Frage nach feministischer Identitätspolitik bedeuteten diese unterschiedlichen Verwerfungen vor allem eins: Verunsicherung. Und in Phasen politischer Verunsicherung wird Theorie wichtiger. So traf es sich gut und keinesfalls zufällig, dass Anfang der 90er Judith Butlers "Gender Trouble" auf deutsch ("Das Unbehagen der Geschlechter") erschien. Einige fühlten sich allerdings durch Butlers Thesen regelrecht provoziert, manche sogar bis heute. Dabei war Butlers theoretische Intervention vor allem klärend und deshalb notwendig. Denn Butler, US-amerikanische, lesbische Philosophin und akademische Kultfigur der 90er, geht davon aus, dass nicht nur gender Produkt gesellschaftlicher Machtverhältnisse ist. Das hatten Feministinnen schon lange vor ihr gedacht, etwa Simone de Beauvoir - wir werden nicht als Frauen geboren, wir werden dazu gemacht. Butler

denkt, dass die Differenz zwischen sex und gender selbst Produkt eben dieser Herrschaftsverhältnisse ist. Für sie gehört es zu den effektivsten Strategien "patriarchaler" Macht, dass sie nicht nur in den Köpfen, sondern bis in jeden Winkel der Erfahrung, der Empfindungen, Ängste, Sehnsüchte und Vorstellungen die Fiktion verankern konnte, dass Menschen in zwei und nur in zwei Geschlechtern zu denken sind und dass diese zwei Geschlechter in ganz bestimmter Weise aufeinander bezogen sind: nämlich gegensätzlich oder ergänzend, auf jeden Fall aber hierarchisch.

Das Adjektiv "patriarchal" muss man aus dieser Sicht deshalb in Anführungsstriche setzen, weil Patriarchat für Herrschaft von Männern über Frauen steht. Butler behauptet aber, dass eine viel grundlegendere Herrschaftsstruktur dafür verantwortlich ist, dass Männer als Männer und Frauen als Frauen überhaupt erst denkbar werden. Dafür sei eine ständige Aussonderung des "Abweichenden" erforderlich. So sei Heterosexualität kein Naturphänomen, sondern eine rigide Norm, die auch unserer Vorstellung von der Natürlichkeit zweier Geschlechter zugrundeliegt. Für die Durchsetzung dieser heterosexuellen Norm sei beispielsweise die Verwerfung von Homosexualität Voraussetzung; z.B. indem sie als krank oder pervers konstruiert wird. Dass das Geschlecht sozial konstruiert ist, heißt für Butler nicht, dass Menschen ihr Geschlecht wählen und wechseln können wie Jacke oder Hose. Aber es wird eben nicht als Effekt von Natur, sondern als Effekt von Herrschaft gedacht.

Notwendig, aber nicht hinreichend

Kritik von Identitätspolitik ist aus dieser Sicht Herrschaftskritik. Denn die "Verwerfungslogik" ist nicht nur für die heterosexuelle, sondern für jede Identitätsbildung Bedingung. Und jede als unumstößlich behauptete Identität bildet sich demnach vor einem unsichtbaren Schatten ab, der für die Identität bedrohlich wird, sobald er sein Schattendasein verlässt. Die schwarze, die behinderte, die lesbische, die bisexuelle, die transsexuelle, die nicht-westliche Frau, aber auch die weiße Mittelschichtsfrau, die vom Kapitalismus, vom Klassensystem, vom institutionalisierten Rassismus usw. profitiert - und viele mehr bevölkerten und bevölkern den Schatten der universalen feministischen Identität "Frau". Deshalb ist Kritik an Identitätspolitik vor allem eine Kritik an Ausschließungsverfahren und zwar gerade an solchen, die nicht auf den ersten Blick offensichtlich sind. Kritik an Identitätspolitik bedeutet den Abschied von der Idee, es gäbe ein einziges Unterdrückungssystem, das alle anderen dominiert und Kritik an Identitätspolitik bedeutet, sich zu weigern, gesellschaftliche Positionierungen, egal welcher Art, als irgendwie "natürlich" zu denken.

Es bedeutet, den Grund für gemeinsames politisches Handeln nicht primär in der Vergangenheit, dem gegebenen, "natürlichen" Band zu suchen, das die einzelnen verbindet, sondern in der Zukunft, in den gemeinsamen politischen Zielen. Aber umgekehrt ist Kritik an Identitätspolitik alleine noch kein Programm. Sie ist kein Garant für besonders progressive Politik. Und auch das ist logisch. Denn Kritik von Identitätspolitik ist Kritik an totalisierenden Denk- und Praxisformen. Deswegen kann sie umgekehrt nicht dazuführen, prinzipiell jede Form von Identitätspolitik für unmöglich zu erklären. Bestimmte historische Situationen erfordern gerade das Sprechen über Identität als Bedingung für politische Artikulation. Doch dieses Sprechen sollte offen bleiben dafür, von innen heraus in Frage gestellt zu werden. Es sollte sein eigenes Verschwinden als klares Ziel vor Augen haben. Identitätspolitik wäre dann nie mehr als der bewusst einkalkulierte, vorübergehende Effekt strategischer Entscheidungen, die unter absolutem Verzicht auf absolute Wahrheiten gefällt werden.

Alle hier behandelten Probleme hatte und hat die gemischte Linke selbstverständlich auch. Während die Debatte in der Frauenbewegung schließlich auch intensiv geführt wurde, konnten sich ihr viele männliche Linke bis heute erfolgreich entziehen. Und das ist ein Grund, auf feministische Organisierung nicht zu verzichten, ebenso wie die Erkenntnis, dass Männer für die Abschaffung materieller Ungleichheit entlang der Geschlechtergrenze in der Regel wenig Einsatz an den Tag legen. Oder, wie Judith Butler sagt, der Feminismus braucht die Frauen, aber er muss nicht wissen, wer sie sind.

Stefanie Gräfe

Die Bilder auf den Seiten 11, 12, 13, 16 und auf der Titelseite unten sind dem Buch "Alberto Giacometti" entnommen.

Hrsg.: Christian Klemm, Carolyn Lanchner, Tobia Bezzola und Anne Umland. Kunsthaus Zürich und Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin 2001, 296 S., 98.- DM

Alberto Giacometti 1901 - 1966

15. Wessen Identitäten? Wessen Politik? Sichtbare und unsichtbare Formen von Identitätspolitik

Autor: Umut Erel · Rubrik: Theorie; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:32

Der Begriff der Identität wurde der Psychologie entlehnt und tauchte zum ersten Mal im Zusammenhang mit "Identitätskrise" auf. Politisiert wurde der Begriff der Identität mit der Kritik der Auswirkungen des Kolonialismus auf die Psyche und das Selbstwertgefühl der Kolonisierten. Die Kolonisierten hätten die Dominanz der Kolonisatoren auch psychisch internalisiert und würden so zu Komplizen des Systems ihrer eigenen Unterdrückung und Ausbeutung. Folglich sei eine psychische Emanzipation notwendig, damit sich die Kolonisierten nicht von Außen, sondern durch ihre eigene Kraft befreien könnten. Dabei ging es nicht so sehr darum, vorher bereits bestehende Identitäten aus einer präkolonialen Vergangenheit auszugraben. Vielmehr sollten kollektive Identitäten durch demokratische Kämpfe um soziale Veränderung erst hervorgebracht werden. Diese neuen, positiven Identitäten werden als zentral gesehen, um ein Recht auf Selbstbestimmung durchzusetzen. (1)

Diese Ideen wurden in den USA der 60er in der Schwarzen Bewegung, in der Frauen- und Schwulen- sowie der lesbischen Bewegung als Identitätspolitiken formuliert. Eine Grundannahme von Identitätspolitiken ist, dass die persönliche Identität eines Menschen im Bezug zu seinen politischen Handlungen und Zielen steht. Das Individuum wurde aufgewertet und gleichzeitig angehalten, Verantwortung für soziale Veränderung zu übernehmen. Gleichzeitig ermöglichte solch ein Zugang traditionelle Organisationsformen und die Unterscheidung von Privatem und Politischem zu hinterfragen. Politische AktivistInnen konnten somit auch für ihr "privates" beispielsweise sexistisches oder rassistisches Verhalten zur Verantwortung gezogen werden.

Zwar waren Slogans wie "Black is beautiful" "Sisterhood is powerful" oder "Gay Pride" an Individuen adressiert, um bis dahin abgewertete Identitäten positiv zu bewerten. Aber sie wurden angehalten, sich als Mitglieder einer unterdrückten Gruppe zu verstehen und diese Unterdrückung kollektiv zu bekämpfen. Ein wichtiges Mittel, um persönliche Identitäten zu politisieren, war das Consciousness Raising, d.h. sich seiner Unterdrückung bewusst zu werden, seinen Bewusstseinsgrad zu erhöhen. Diese Methode baut darauf auf, auch individuelle Erfahrungen von Unterdrückung in einem kollektiven Rahmen zu analysieren, so dass individuelle Unterdrückungserfahrungen nicht mehr als persönliches Unglück oder Versagen, sondern als Auswirkungen struktureller Machtverhältnisse erkannt werden können. (2) Das bedeutet, dass Erfahrung als eine Quelle von Erkenntnis und politischer Analyse eingeführt wurde. Das ist ein wichtiges Verdienst von Identitätspolitik, das uns heute erlaubt, etwa sexuelle Gewalt oder auch alltägliche rassistische Angriffe, die ja "nur" subjektiv erfahren werden, zu politisieren.

So ist ein besonders attraktiver Aspekt von Identitätspolitik, dass sie an eigenen Erfahrungen ansetzt, um diese zu theoretisieren und mit den Erfahrungen anderer in Verbindung zu bringen. Daher hat sie auch eine andere Glaubwürdigkeit als Stellvertreterpolitik oder Politik, die bei Theorien beginnt und die Bedürfnisse von Menschen im Hier und Jetzt ignoriert. In diesem Sinn kann Identitätspolitik ermöglichen, in zwischenmenschliche Herrschaftsverhältnisse einzugreifen, ohne erst die Revolutionierung des Systems abwarten zu müssen. Darüber hinaus kann Identitätspolitik auch dazu dienen, formalisierte und herrschende Organisationsstrukturen in Frage zu stellen sowie Themen, die zuvor nicht als politisch, sondern als "privat" galten, zum Gegenstand von Politik zu machen.

Ein wichtiges Problem von Bewegungen, die sich ausgehend von Identitäten organisiert haben, war lange Zeit, dass in ihrer politischen Analyse häufig ein einziges Herrschaftsverhältnis thematisiert wurde. So haben beispielsweise Frauen, in den USA und auch anderswo, die in Schwarzen Bewegungen aktiv waren, oft erlebt, dass Sexismus innerhalb der Bewegungen und auch als gesamtgesellschaftliches Problem ignoriert wurde. Wenn sie selbst Sexismus politisiert und angegriffen haben, so wurde ihnen häufig vorgeworfen, dass sie dem Ruf der Bewegung schaden, oder dass sie mit einem nebensächlichen Problem die Bewegung spalten. Sie würden, so der Vorwurf, den Zusammenhalt der Schwarzen Bewegung zu Gunsten Weißer Feministinnen verraten. Andererseits erging es Schwarzen Frauen, die in Weißen Feministischen Zusammenhängen arbeiteten, nicht besser: Wenn sie dort Rassismus als ein Herrschaftsverhältnis auch zwischen Frauen thematisierten, wurde ihnen vorgeworfen, die Frauenbewegung zu spalten oder herunterzuspielen, dass auch Weiße Frauen schwerwiegende Unterdrückung erleben. (3)

Identitätspolitik als Organisationsform

Identitätspolitik neigt dazu, die Vielfalt von Identitäten auf eine einzige zu reduzieren. Natürlich haben sich in der Zwischenzeit auch Schwarze Frauenbewegungen gebildet, die sowohl Rassismus als auch Sexismus und Klassenherrschaft bekämpfen und mehrfache Identitäten als Frau, als Schwarze, als Lesbe anerkennen. Ich denke, sie haben gezeigt, dass eine Politik, die sich auf mehrere Achsen von Unterdrückung beruft, durchaus handlungsfähig ist und sogar in ihren Analysen und Aktionen tiefer greift.

Andererseits besteht auch bei Bewegungen und Gruppen, die sich ausgehend von mehrfachen Identitäten organisieren, die Gefahr, dass eine ganz bestimmte Identität als Leitbild aufgestellt wird und diejenigen, die z.B. als Schwarze Frau bestimmte Erfahrungen machen, weil sie anderen Generationen angehören, ausgeschlossen werden. Häufig wird diesen Personen vorgeworfen, nicht "richtig Schwarz" oder nicht "richtig Frau" zu sein und daher nicht mitreden zu können. Für mich aber geht die Frage, wessen Definition von Schwarzsein die richtigere oder die kämpferischere sei, am Problem vorbei. Es gibt nicht bloss eine einzige Art, seine Identitäten zu verstehen und zu politisieren und es gibt auch nicht einen einzigen Rassismus, der auf alle Menschen gleich wirkt. Anstatt gegen vielfältige Rassismen eine einheitliche Identität zu setzen, sollte sich besser gegen jegliche Formen von Rassismus zur Wehr gesetzt werden, auch wenn sie nicht die eigene Erfahrungswelt berühren. Und hier ist es besonders wichtig, eine Form der Organisierung und Mobilisierung zu betreiben, die nicht innerhalb vorgegebener ethnischer Grenzen verharrt, sondern über ethnische Grenzen hinweg zusammenarbeiten kann.

Als Kritik an staatlicher Vereinnahmung möchte ich ein Beispiel bringen aus Britannien, wo multikulturalistische Identitätspolitik viel stärker institutionalisiert ist und als staatliche Minderheitenpolitik betrieben wird. Es gibt dort verschiedene ethnisch identifizierte Gruppen, die darum kämpfen, vom Staat als Vertreterinnen ihrer community anerkannt zu werden, um so für bestimmte Projekte finanzielle Förderung zu bekommen. Allerdings geht diese Identitätspolitik mit der staatlichen multikulturalistischen Politik ein Bündnis ein, bei dem diejenigen Gruppen am repräsentativsten für ihre ethnische Gruppe anerkannt werden, die den Stereotypen des britischen Multikulturalismus am meisten entsprechen. (4) So sind die meisten Projekte ethnischer Minderheiten, die staatlich gefördert werden, religiöse Projekte. Denn dass, was von einer weißen, britischen Norm am weitesten entfernt scheint, muss schließlich am besten eine ethnische Minderheit repräsentieren. (5) Eine feministische asiatische Gruppe muss sich dann vor den staatlichen Institutionen rechtfertigen, ob sie wirklich asiatisch genug ist, um für förderungswürdig befunden zu werden. So kann Identitätspolitik leicht in eine Konkurrenz um Ressourcen münden, wobei der Zwang, sich als VertreterInnen einer ethnischen Gruppe darzustellen, Vorrang vor einer emanzipatorischen Selbstdarstellung gewinnt. Außerdem kann sie staatlich genutzt werden, um Konkurrenz zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen zu erzeugen.

Die Rhetorik von Identität ist inzwischen so beliebt geworden, dass sie häufig auch für reaktionäre Projekte genutzt wird. So begründen beispielsweise Eltern die Entscheidung, ihre Kinder aus einer multiethnischen Schule in eine weiß dominierte Schule umzumelden damit, dass ihren Kindern die nationale Identität und das Christentum abspenstig gemacht würden. Rassistische Nachbarschaftsorganisationen behaupten, die Identität ihres Stadtteils sei bedroht durch die ausländischen Geschäfte und die Menschen darin. Und natürlich begründen auch FaschistInnen ihre Gewalt und Politik damit, dass sie ihre Identität wahren müssten. Selbst RegierungspolitikerInnen bangen um die deutsche Identität des Staates vor der Bedrohung durch zu viele MigrantInnen. Solch eine Rhetorik kehrt die realen Machtverhältnisse um, indem die dominante Mehrheit für sich die Rolle einer Minderheit, eines unterdrückten Opfers beansprucht und behauptet, dass die echten RassistInnen die MigrantInnen und Schwarzen seien. (6)

Reduzierung

der Vielfältigkeit von Identitäten

Identitätspolitik ist keine umfassende Organisations- oder Erkenntnisform. Elemente von Identitätspolitik finden sich in verschiedenen politischen Organisationen und Gruppen wieder. Identitätspolitik wird meist nur dann als solche erkannt, wenn es sich um unterdrückte, marginalisierte Identitäten handelt. Das heißt, Frauen, Migrantinnen, Behinderte, Schwule und Lesben betreiben Identitätspolitik, wenn sie eigene Interessen formulieren und sich organisieren. Wenn Männer, weiße Deutsche, Heteros und Nicht-Behinderte sich

organisieren, so behaupten sie, geschehe dies nicht auf der Grundlage ihrer Identität/en, sondern auf Grund ihrer politischen Interessen, die im Sinne aller seien.

Gesellschaftlich dominante Gruppen zeichnen sich dadurch aus, dass sie über einen privilegierten Zugang zum Staat, den Medien, ökonomischen und anderen Ressourcen verfügen. So können sie selbstredend ihre Sicht der Welt als die gültige, als Normalzustand darstellen. (7) Diese Gruppen definieren, was allgemein gültig und im Interesse des Gemeinwohles ist und welche Sicht der Welt und welche Interessen andererseits nur einer speziellen Identität entstammen können. Wenn sie ihre politischen Interessen formulieren, so kommen die einfach aus ihrer politischen Haltung heraus, nicht etwa aus einer eigennützigen, engstirnigen Identitätspolitik. Diese Definitionsmacht darüber, wessen Identitäten und Interessen speziell oder aber allgemein gültig sind, wirkt so allgegenwärtig, dass dominante Identitäten in der Regel als neutral, als Nicht-Identität wahrgenommen werden. Diese scheinbare Neutralität erlaubt diesen Identitäten dann auch, sich als Maßstab für alle anderen, "besonderen" Identitäten zu behaupten.

Ich denke, dass es wichtig ist, dominante Identitäten und ihre Ausschlussmechanismen sichtbar zu machen. Das gilt nicht nur, aber auch im Rahmen linker Politik. So gibt es viele linke Gruppen, die sich auf Grund ihrer Themen definieren und nicht auf Grund ihrer Identität. Leider heißt das nicht, dass sie keine Ausschlussmechanismen haben, die auf Identitäten basieren. Diese Ausschlussmechanismen wirken auf der sozialen Ebene, indem zum Beispiel Frauen nicht zu Wort kommen, sexistische oder rassistische Witze gerissen werden oder keine Zeit für lästige Übersetzungen ist. Wichtige Informationen und Strategien werden oft bei informellen Treffen in der Kneipe besprochen und nicht auf den dafür vorgesehenen Sitzungen. Und dann ist es eben Zufall, dass bei den Kneipentreffen keine Frauen, MigrantInnen, Lesben oder Schwule (oder alles zusammen) sind. Oder man legt die Treffen für die Strategiebesprechung so, dass nur die berufsmäßigen Revolutionäre teilnehmen können, zum Beispiel an einem Wochentag am Vormittag. Oder man bittet die ausländische Genossin nur um ihre Meinung, wenn es um Rassismus oder Sexismus geht und lehnt sich so lange zurück, da das einen ja nichts angeht bzw. da man das Gefühl hat, auf Grund seiner Identität dazu nichts sagen zu "dürfen". Auf der inhaltlichen Ebene verlaufen Ausschlussmechanismen, indem man sich nicht dauernd mit Sexismus- oder Rassismusdiskussionen vom eigentlichen Thema ablenken lassen möchte. Ich denke, ein sehr wichtiges Problem besteht darin, dass diese unsichtbare oder versteckte Identitätspolitik zu wenig kritisiert oder überhaupt wahrgenommen wird.

Für die Linke ebenfalls interessant ist die Frage: Können weiße Deutsche überhaupt antirassistische Politik oder Männer feministische Politik machen oder nicht? Meiner Meinung nach geht das nur, wenn die Illusion aufgegeben wird, dass man dadurch, dass man sich eine antirassistische Identität erarbeitet, seine nationale, ethnische und rassialisierte Identität ablegen kann, oder dass man, indem man antisexistische Politik macht, seine Geschlechteridentität ablegen kann. Patricia Hill-Collins formuliert das Zusammenwirken verschiedener Identitäten so: Sexualität, Geschlecht, Klasse und Ethnizität sind ineinander verwobene Unterdrückungssysteme, die auf das Leben von jeder und jedem von uns wirken. Allerdings leiten sich für jedes Individuum unterschiedliche Privilegien und Unterdrückungen daraus ab. Darum hat auch jede Einzelne von ihrer eigenen Erfahrung her nur eine beschränkte Sicht auf Unterdrückung, niemand hat also die umfassende Analyse aller Unterdrückungsformen für sich gepachtet. (8) Wenn wir also anerkennen, dass wir als Individuen und auch als Mitglieder von Gruppen sowohl privilegierte als auch unterdrückte Positionen einnehmen, können wir anfangen, im Dialog und Austausch die Wirkung von Herrschaftsverhältnissen und Privilegien umfassender zu bekämpfen.

Minderheiten werden staatlich vereinnahmt

Nira Yuval-Davis schlägt für einen solchen Dialog zwischen Frauen aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen anstelle von Identitätspolitik sogenannte "transversale" Politik vor: Dabei geht es darum, die Verwurzelung in der eigenen (Gruppen-)Identität zwar anzuerkennen, gleichzeitig diese jedoch auch zu verschieben und zu verändern, um in Austausch zu treten mit Frauen, die eine andere Gruppenidentität haben. Dieser Dialog soll nicht darauf hinauslaufen, die eigenen Werte aufzugeben; ebenso wenig sollte die "andere" Gruppe als einheitliche Gruppe imaginiert werden. (9) Es lassen sich nicht alle Unterschiede überbrücken. So gibt es neben unterschiedlichen Identitäten auch sehr unterschiedliche politische Ziele und Interessen, die nicht miteinander zu vereinbaren sind. Wichtig ist, sich klarzumachen, wie Identitäten mit politischen Forderungen und Positionen verknüpft sind.

Ich hoffe, dass es möglich ist, Formen von antirassistischem Weißsein und von antisexistischem Mannsein zu entwickeln. Allerdings reicht es nicht, die eigene Identität nur in einem Lippenbekenntnis zu Beginn einer Rede kurz aufzulisten: "Ich als weiße, deutsche, christlich sozialisierte Frau denke ..." Stattdessen gilt es, sich in jeder Situation neu klarzumachen, dass die "Normalität" dominanter Identitäten eine zwar wirkmächtige, aber dennoch nur eine mögliche Sicht der Welt darstellt. Und dann kann man anfangen, in Dialog zu treten.

Umut Erel

Anmerkungen:

1) Mercer, K. 1990: Welcome To the Jungle: Identity, Diversity and Postmodern Politics. In: Rutherford, J. (Hg.): Identity, Community, Culture, Difference. London

2) Rowbotham, S. 1992: Women in Movement. Feminism and Social Action. London

3) Collins, P.H. 1990: Black Feminist Thought. Knowlegde, Consiousness, and the Politics of Empowerment. London; hooks, bell 1990: Ain't I a woman? London

4) s. Bhabha, H. K. 1990: The Third Space. In: Rutherford, J.(Hg.): Identity, Community, Culture, Difference, London; Anthias, F. & Yuval-Davis, N. 1992: Racialized Boundaries. Race, Nation, Gender, Colour and Class and the Anti-Racist Struggle. London

5) Sahgal, G. & Yuval-Davis, N. (Hg.) 1992: Refusing Holy Orders: Women and Fundamentalism in Britain. London

6) s. Gilroy, P. 1987: Problems in Antiracist Strategy. London

7) Anthias, F. & Yuval-Davis 1992

8) Collins 1990, S. 229

9) s. Yuval-Davis 1994, S. 193

16. Der Kanak-Attak-Aha-Effekt. Die Überwindung der antirassistischen Arbeitsteilung - ein Gespräch mit Menschen von Kanak Attak

Autor: Thomas Seibert/Martin Glasenapp · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:34

Kanak Attak hatte geladen und viele hundert Menschen kamen am 13. April in die Berliner Volksbühne. Gegeben wurde unter anderem die Kanakhistoryrevue "Opel-Pitbull-Autoput". Die Volksbühne war ausverkauft, die anschließende Medienresonanz nicht zu verachten. Die Veranstalter - der antirassistische Zusammenschluss Kanak Attak - zeigten sich mit ihrer Arbeit zufrieden. Über die Geschichte, die Perspektiven und das Selbstverständnis kanakischer Linker in Deutschland unterhalten sich Thomas Seibert und Martin Glasenapp mit Ellen Bareis, Manuela Bojadzijev und Vassilis Tsianos und diese sich wiederum untereinander.

MG: Es heißt, dass sich Kanak Attak Ende 1997 an einem netten Abend in der Schweiz gegründet hat. Vier Jahre später seid ihr nach vielen Veröffentlichungen und einigen Veranstaltungen mit einem größeren Event in Berlin-Mitte angekommen.

MB: Ein schöner Mythos. Unsere grundlegende Einschätzung war, dass der aktuelle Antirassismus ziemlich am Boden lag, ohne dass sich an den rassistischen Gewaltverhältnissen viel geändert hätte. Dies galt letztlich für alle, die deutschen UnterstützerInnengruppen, die lobbyistischen Organisationen, die Gruppen der Exillinken. Aber auch die radikalen Selbstorganisationen, die sich in Abgrenzung von der deutschen Linken gebildet hatten, schienen alle müde geworden zu sein. Das war unser Ausgangspunkt. Wir haben dann angefangen mit einem Manifest, an dem verschiedene Leute geschrieben haben und das in seiner ersten Version als Einladung dienen sollte. Darauf folgte ein erstes bundesweites Treffen in Frankfurt. Das war eines meiner großartigsten politischen Erlebnisse, eine wirkliche Aufbruchstimmung. Schon kurze Zeit später bildeten sich lokale Gruppen in Berlin, Mannheim, Bielefeld, München, Frankfurt, Köln und anderswo, von denen es einige heute nicht mehr gibt.

Eines unserer Ziele war, die Geschichte des antirassistischen Widerstands von MigrantInnen zu rekonstruieren, eine ungeschriebene und auch unbekannte Geschichte. Wir wollten eine Tradition freilegen, die zum Teil nur untergründig gewirkt hat und verschüttet war. Die Idee war: Wenn du eine eigene Geschichte hast, bist du machtvoller, kannst du auf etwas verweisen, was überliefert und angeeignet werden kann. Das wollten wir nutzen, um organisierend zu wirken. Es ging also auch um ein Bildungsprojekt für uns selbst und nach außen hin. Das Ziel war, aus den Niederlagen und Erfolgen der Kämpfe seit den 60er Jahren zu lernen und zu verstehen, wie sich Rassismus in Deutschland geändert hat.

EB: Die sozialen Kämpfe, die wir erinnern und untersuchen wollten, waren nicht nur die Kämpfe von MigrantInnen, sondern breitere Widerstände, bei denen MigrantInnen aber organisierend gewirkt haben. Kämpfe umfassen Bündnisse mit eigenen Dynamiken. So entstand auch die Idee, eine Revue zu inszenieren und nicht nur einen Artikel oder ein Buch zu schreiben. Wir wollten bewusst mit Bildern arbeiten und die unterschiedlichen künstlerischen, politischen oder auch theoretischen Interessen der Leute nutzen und kombinieren. Dazu gehört auch, dass nicht alle immer schon im üblichen Sinne "politisch" gearbeitet haben. Auch unsere Organisierung sollte so sein.

VT: Kanak Attak sollte ein Exodus aus diesem kurzen schrecklichen Jahrhundert sein. Wie kann man Emanzipation in diesem Jahrhundert denken? Wir wollen herausfinden, wo sich welche Widerstände artikulieren und in welchen Formen. Dabei wollten wir nicht den Fehler der Wohlfahrtsausschüsse wiederholen, wie ein UFO irgendwo zu landen, wo man glaubte, die Leute unterstützen oder belehren zu müssen. Vielmehr wollten wir dort, wo wir auftreten würden, organisiert sein, damit sich in diesen Städten auch was ändert.

TS: Könnt ihr etwas zur Erfahrung der Selbstorganisierung sagen, die nach der Wiedervereinigung und unter dem Eindruck der Eruption rassistischer Gewalt in den 90er Jahren vollzogen wurde?

VT: Die kanakische Selbstorganisierungserfahrung politisierte sich in entschiedener Abgrenzung zur deutschen Linken und zum Rassismus in der deutschen Linken. Hinzu kam bei manchen, wie zum Beispiel bei

Café Morgenland, ein katastrophischer Bezug auf die Geschichte des Holocaust und seine im Grunde kausal gedachten Nachwirkungen, was auch mit der Bindung an die Antinationalen zu tun hatte, die damals die einzigen waren, die genau in dieser katastrophischen Weise vom Holocaust redeten.

In dieser Selbstorganisierung wirkte eine bestimmte Rassismuskonzeption, die immer einen einzigen, homogenen Rassismus unterstellte, der sich direkt vom Holocaust herleitete. Das führt bei einigen zu einem Habitus des unglücklich-antirassistischen Bewusstseins. Das hat auch damit etwas zu tun, wie solche Bilder im eigenen Leben funktionieren. Sie wurden zur überdeterminierenden Instanz.

MB: Es gab Leute in der Selbstorganisierung, die bereit waren, mit ihrem Leben immer wieder gegen die Wand zu rennen, die gegen die Wand rennen wollten, weil sie glaubten, das zu müssen: eben weil der Rassismus immer derselbe ist, immer die gleichen Leute unterwirft und man immer dagegen anrennt. Das wurde als Lebensaufgabe gesehen, als Askese.

MG: Aber das ist doch eine Selbststilisierung, in der man die Verhältnisse so determiniert, dass man sie nicht verändern muss, weil man sie nicht verändern kann. Bei allem, was daran richtig ist, nimmt man sich selber argumentativ die Interventionsebene ...

VT: ... und genau dagegen setzen wir den Kanak-Attak-Aha-Effekt, der dem geschichtlichen Rückbezug auf etwas entspringt, das nicht diese katastrophischen und ahistorischen Dimensionen hat, sondern auf real existierende historische Kampferfahrungen verweist, die auch von Kanaken getragen wurden. Das wirkt nicht nur befreiend, sondern eröffnet die Möglichkeit, den Antirassismus zusammen mit anderen sozialen Kämpfen zu artikulieren, was in der Selbstorganisierung absolut undenkbar war, weil es dieses Denkverbot gab.

EB: Der Kanak-Attak-Aha-Effekt liegt darin, dass die eigene Erfahrung und politische Haltung nicht bloß aus der eigenen aktuellen Befindlichkeit, sondern im Kontext der Geschichte kanakischer Widerstandspraxen artikuliert wird. Das ist eine ganz andere Art, politisch zu denken und zu handeln. So wollten wir mit unserer Revue nicht nur die Geschichte der Repression und der Niederlagen erzählen. Die einfachen Konstruktionen, etwa dass der Staat der alleinige Produzent des gesellschaftlichen Rassismus sei, wollten wir knacken und so etwas wie einen Aufbruch signalisieren; nicht voluntaristisch überspannt, sondern im Bewusstsein, dass Leute immer schon Widerstand geleistet haben, auf vielfältige Weise, und dass dieser Widerstand die Herrschaft immer modifiziert hat.

MB: Uns wurde immer klarer, dass es den Generationstransfer bei MigrantInnen nicht gegeben hat. Wenn Du z.B. mit Gewerkschaftsleuten redest, dann sagen die, unsere Kinder haben keine Ahnung mehr davon, was wir gemacht haben. Ich saß mit einem Redakteur der Brücke zusammen, der sagte, unsere Eltern haben nichts gemacht, die haben lediglich Kulturvereine betrieben und der Widerstand hat erst in den 80ern begonnen. Aber das Gegenteil trifft zu, es ist die Erfahrung der 60er und 70er, woran wir anknüpfen wollen.

MG: Ihr habt Kanak Attak als linkes Projekt von MigrantInnen bezeichnet. Was ist euch wichtiger: das linke Projekt oder das MigrantInnenprojekt?

VT: Die Artikulation von beidem. Der Bezug auf soziale Kämpfe ist nicht nur eine taktisch-politische Erwägung, sondern von fundamentaler Bedeutung. Die Art und Weise, wie wir Rassismus konzipieren und analysieren, schließt einen operaistischen Ansatz ein: Die Erfahrung, dass der Rassismus historisch-punktuell besiegt worden ist, dass es keine lineare Erfolgsgeschichte rassistischer Verhältnisse in diesem Land gegeben hat.

MG: Antwortet ihr damit auch auf die Erfahrung der Exillinken, auf die Praxis exilierter KommunistInnen und deren Verständnis von Politik in einem fremden Land?

VT: Das ist Teil meiner Biografie. Ich weiß, dass wir in der griechischen eurokommunistischen Partei ein solches Verständnis nicht wirklich hatten. Es gab eine Heimatorientierung, aber die wurde immer rekontextualisiert. Wir mussten GenossInnen unterstützen, europaweit unsere Netze aufbauen und dabei kommunistischen Internationalismus betreiben. Wir hatten unsere internen Kämpfe und gleichzeitig unsere Überlebenskämpfe. Wir hatten keine Räumlichkeiten, also benutzen wir die Räume der DKP. Du kannst dir nicht vorstellen, was das für ein beschissenes Gefühl war, Räumlichkeiten von Stalinisten zu nehmen und dort das permanente Gefühl zu haben, von der deutschen Repression beobachtet, vielleicht festgenommen und ausgewiesen zu werden. Das war eine Sackgasse, da musste es eine Schwerpunktverschiebung geben, und als die nicht kam, bin ich ausgetreten.

TS: Welche Veränderungen im Denken der eigenen Praxis bedeutet es, wenn man feststellt, man kommt zum Beispiel aus dieser strengen, sektoralen Selbstorganisierung mit harter Abgrenzung zur deutschen Linken oder aus anderen sektoralen sozialen Kämpfen, und auf der anderen Seite entdeckt man in der Geschichte diesen ausgetragenen Zusammenhang von Antirassismus und Klassenkampf? Was kann man über eine durch bewußte Erinnerung wieder ermöglichte Praxis sagen? Gibt es taktische Überlegungen zu Verbindungen von verschiedenen Akteuren ohne Vereinheitlichung?

VT: Man muss die antirassistische Arbeitsteilungsmisere überwinden, die sich wiederum auf die Kristallisierung eines rassistischen Kräfteverhältnisses bezieht, das dabei ist, sich selbst aufzuheben. Es gibt ungefähr eine Million Menschen, die im Antirassismus-Geschäft tätig sind, von Betreuung bis zu Aktionismus, ein großes Feld: sogenannte "Ausländerpolitik" bzw. "interkulturelle Einrichtungen", Flüchtlingspolitik, migrantophile Politik von sogenannten "fortschrittlichen Parteien" und radikal linken Gruppen, die antirassistische Arbeit machen. Auch die Antifa und die migrantische Selbstorganisierung sind Stränge in dieser antirassistischen Arbeitsteilung. Diese Arbeitsteilung ist ein Spiegelbild der Hegemonie des rassistischen Regimes in den 90er Jahren.

Die zu Grunde liegende Struktur, die ethnische Stratifikation (Schichtung, Anm. ak), wurde in keinem Ansatz praktisch in Frage gestellt, weil sie die objektive Bedingung für die Politisierung in diesem begrenzten Feld war. Es muss Flüchtlinge geben, die ich betreuen kann, damit ich Pro Asyl bin. Es muss wilde Kanaken geben, die die deutsche Linke satt haben, damit ich mit denen Selbstorganisierungspolitik machen kann ...

MB: ... Wie bitte?

VT: Die real existierende antirassistische Arbeitsteilung ist eine Reaktion auf rassistische Verhältnisse, die sich heute so nicht mehr artikulieren. Ein Beispiel: IBM wollte eine Dependance in Berlin gründen. Das wäre für die Stadt allein steuerpolitisch gesehen ein immenser Gewinn gewesen. Über diesen Umzug wurde ein Jahr lang debattiert, dann wurde er abgeblasen, weil die IT-Kanak-Spezialisten in Bayern dagegen waren. Die haben gesagt, München ist für uns eine sichere Stadt, Berlin nicht. IBM geht nicht nach Berlin, basta. Das hat Berlin Milliarden gekostet.

EB: Ich versteh' dein Beispiel nicht ganz, denn das gibt es schon seit Anfang der 90er, dass der Rassismus gegen die Innovations- und Investitionspolitik steht. Im Zuge des "Aufbau Ost" war immer eins der Argumente, dass dem Rassismus was entgegengesetzt werden muss, weil die internationalen Firmen sonst nicht nach Ostdeutschland gehen. Was ist daran neu?

VT: Neu ist der Subjekt-Faktor. Man kann sagen, die IT-Kanaken sind elitär und vielleicht sind das auch Arschlöcher, aber sie haben sich gewehrt. Nicht unbedingt im Sinne des Marktes, sondern auf Grund rein individueller Interessen.

MB: Was hat das mit der antirassistischen Arbeitsteilung zu tun? Meinst du die Notwendigkeit, die Themen wieder zusammenzubringen: Etwa dass zu einer Stellungnahme zum Einwanderungsgesetz eine Forderung nach Legalisierung der Illegalisierten gehört; dass es gut wäre, im Rahmen der Abschaffungsforderungen der Residenzpflicht das weite Feld fehlender sozialer Mobilität für MigrantInnen zur Sprache zu bringen oder auf die Stratifikation der Gruppen der Migration aufmerksam zu machen?

VT: Ja, es geht um die Neuzusammensetzung der Ethno-Arbeitskraft. Die sozial betreuten Kanaken sind nicht mehr die gleichen Individuen wie Anfang der 90er Jahre. Der Alltag wird anders organisiert, und unabhängig davon funktionieren die überindividuellen Prozesse der Klassenfragmentierung anders. Dies gilt auch für die Reaktionen des Staates. Das Einwanderungsverhinderungsregime hat sich in ein selektives Einwanderungsbefürworterregime transformiert. Und das ist nicht nur eine symbolische Neuinszenierung von Politik. Auf diese Verhältnisse ist die antirassistische Arbeitsteilung der späten 80er und frühen 90er Jahre nicht eingestellt, und deshalb ist sie selbst Teil des Problems. Für mich besteht die Kanak Attak-Position darin, diese Arbeitsteilung in Frage zu stellen, um in der Kritik der Defensive die Möglichkeit der Offensive zu denken und zu erproben.

MB: An dem Punkt sind jetzt einige. Der Antifa-Kongress in Göttingen hat das angesprochen und ARAB in Bremen etc. Worauf ich hinauswill: Wenn ich in die letzten Jahre zurückdenke, dann haben die einen immer gesagt, dass alles immer gleich bleibt und sie kämpfen nicht, sondern leben ihr Leben, das mit Politik nichts zu

tun hat, und schon gar nichts mit linker Politik. Die anderen bildeten eine bestimmte Identität als "Kämpfer" aus und hatten damit die Möglichkeit zu sagen: "Das sind die Schweine, auf welcher Seite bist Du?" Auf beiden Positionen gab es keine Widersprüche mehr. Darauf käme es aber an: die Widersprüche zu thematisieren.

VT: ... Dazu gehört, die widersprüchlichen Lebenserfahrungen von MigrantInnen, die mit Erfolg, mit Anpassung, mit Unterwerfung und partieller Entunterwerfung zu tun haben, nicht als apolitisch zu negieren. Eine solche Delegitimierung ist auch in migrantischen Gruppen und in der deutschen Linken beständig der Fall; eine allgemeine und permanente Delegitimierung von Widerstandspotenzialen in der eigenen Praxis, im eigenen Alltag. Da sage ich: Es gibt Alltage und Alltage. Kanak-Alltag kann alltäglich langweilig sein, aber er ist auch kanakisch überdeterminiert.

EB: Das genau zeigt die Revue: widerständige oder auch dissidente Praktiken, deren Feld der Alltag ist, vor der Ebene des formell Politischen und jenseits einer bloß moralischen Haltung. Wobei man natürlich sagen muss, dass wir das noch nicht konkret-historisch ausgearbeitet haben. Überträgt man den Operaismus, könnte man sagen, dass der Rassismus immer die Konterrevolution ist und dass das Andere immer die revolutionären Bewegungen sind, die die Geschichte machen bzw. deren Motor sind. Aber da muss genauer hingeschaut werden. Denn die Frage ist, in welcher Weise ändern sich die rassistischen Formationen auf Grund alltäglicher, im Effekt antirassistischer Widerstandspraxen. Verschiedene Aspekte spielen hier eine Rolle. Zum Beispiel bestimmte ökonomische Interessen, die zwar auch, aber nicht nur Produkt der Kämpfe sind. Man kann die Geschichte nicht einfach umdrehen und den Katastrophismus durch Operaismus ersetzen.

VT: Aber auch die Repression ist nicht nur Repression, sondern auch immer - die Betonung liegt nicht auf dem "auch", sondern auf dem "immer" - repräsentiert. Das heißt, die Repräsentationsformen der Repression sind gleichzeitig Orte, Einmischungsmöglichkeiten, an denen man solche Repressionsrepertoire auch unterwandern und durcheinander bringen kann.

MB: Was meinst du mit "Repräsentationsformen"?

VT: Etwa das Ausländergesetz. Es ist nichts anderes als die zum Gesetz gewordene Materialität der Repression, sozusagen die gesetzliche Form, in der die Repression organisiert und gleichzeitig repräsentiert ist. Veränderungen innerhalb des Ausländergesetzes haben reelle Effekte auf die Überlebensorganisation des kanakischen Alltags und auf die Art und Weise, wie Kanaken repräsentiert werden. Ob diese Repräsentationsformen unter einem migrantophilen oder einem einwanderungsfeindlichen Label funktionieren, ist ein immenser Unterschied, der nicht unterschätzt werden darf.

MG: In der Revue fiel mir eine Szene auf, in der ihr Bilder von Solingen gezeigt habt, Bilder von türkischen Kids, die das Faschistenzeichen gemacht haben. Was stand hinter der Überlegung, diese Bilder auch mit einzubeziehen?

MB: Diese Leute waren vor Ort und haben sich gewehrt. Das ist das Interessante. Und darüber hinaus muss man sagen, dass wir uns mit diesen Leuten nie zusammen organisieren würden und dass unser Projekt die Möglichkeit schafft, über diese Widersprüche anders als aus der bloßen Betrachtung reden zu können. Natürlich ist für uns jede Zusammenarbeit mit türkischen Faschisten kategorisch ausgeschlossen, weil wir ein antirassistisches und linkes Projekt sind.

MG: Ich wollte darauf hinaus, dass die Gegenwehr legitim und berechtigt ist. Das sagt nichts darüber aus, was die Leute im Einzelnen für sich denken und es spricht sie auch nicht politisch heilig, im Gegenteil. Es können völlig reaktionäre Leute in bestimmten Situationen, in denen sie auf Grund ihrer gesellschaftlichen Stellung angegriffen werden, genau das Richtige tun.

MB: Nehmen wir doch einmal die Erfahrungen aus den USA, wo im Moment die stärkste schwarze Gruppe die Nation of Islam ist. Schwarze Linke haben da natürlich ein echtes Problem. Wenn sie klug sind, sagen sie zu Recht, dass die Nation of Islam richtige Punkte aufgreift, nämlich die sozialen Probleme der Leute, aber sie in falscher Weise artikuliert. Weil sich das Problem auch uns stellt, ist es legitim, die Bilder aufzunehmen: Wir artikulieren sie in einem komplett anderen Kontext. Wären die türkischen Faschisten eine starke gesellschaftliche Kraft, wäre es noch einmal anders. Es gibt aber auch Leute bei uns, die Solingen und die Proteste immer beschissen fanden und sagten, wir dürfen uns darauf nicht beziehen. Das resultiert aus der Erfahrung in den türkischen communities.

TS: Berührt das nicht auch eure Einstellung zur vielgerühmten und viel geschmähten "Identitätspolitik", dem Versuch, sich dem Entweder-Oder zu entziehen?

MB: Am Anfang war das einer unserer meistgeäußerten Sätze: Identitäten durchkreuzen zu wollen. Das ist mir mittlerweile so fern, ein abstraktes Gerede, das nirgendwohin führt. Eine Selbsttäuschung, in der politische Fragen so weit subjektiviert werden, dass man glaubt, wenn man im Alltag verschiedene Identitäten zurückweist oder verwischt, habe man schon eine widerständige Praxis. Das ist ein Baustein, der zwar interessant sein kann, für sich aber nicht ausreicht, weil das Umbauen von Identitäten ständig und auf allen Ebenen geschieht und als solches nicht notwendigerweise widerständig ist. Identitäten durchkreuzen, das tun alle.

VT: Andererseits muss festgehalten werden, dass die Denunzierung migrantischer Selbstermächtigungsstrategien als "bloße Identitätspolitik" nicht weniger abstrakt ist: Ich habe darin immer die Sprache der Kolonisation gehört. Vor allem das Gerede der Poplinken hatte, obwohl es zum Teil berechtigt war, überhaupt keinen Bezug zu dem, was KanakInnen in ihrer Selbstermächtigungspraxis taten. Das war ein Diskursautomatismus, der diskriminierend und ausschließend wirkte und der als ein Auswertungskriterium für das Politische und die politische Betätigung von nicht-weißen Mehrheitsangehörigen galt. Eine bestimmte Unart, alles was Deutschland so schrecklich macht, anderen zum Problem zu machen. Für mich gibt es nur Identitätszwänge und Identifizierungsprozesse, d.h. Prozesse ohne Subjekte. Wir sind eine Zeit lang in diese Falle geraten, aber jetzt kann uns das kein Spex-Redakteur mehr ins Gesicht schmeißen, dann wird er gebissen ...

MG: Mit der Veranstaltung in der Volksbühne ist ein bestimmter Prozess zum Abschluss gekommen, sagt ihr und meint damit das "Bildungsprojekt", den Versuch, Geschichte zu begreifen und ein Selbstverständnis zu formulieren. Wie aber soll jetzt der Prozess der Intervention, denn ihr für euch reklamiert, organisiert werden und welche Rolle gebt ihr euch selbst dabei?

TS: Nach der Revue hat euch ein TAZ-Schreiber vorgeworfen, dass ihr gar nicht "von unten" kommt, sondern bloß Intellektuelle seid, die vorgeben, für die "von unten" zu reden ...

MB: Im Grunde sind wir bisher eher ein Projekt, das auf andere Projekte zugeht und dann diskutiert, was wir machen und für richtig halten. Eher geht es uns darum, Vorschläge zu machen, die andere vielleicht in ihre eigenständige Praxis aufnehmen. So vergrößert sich nicht das Projekt, sondern die Idee. Davon abgesehen, wäre es sicher richtig, an Basisinitiativen wie die Frühstücksküchen der alten Black Panther oder an Stadtteilarbeit anzuknüpfen. Aber das ist für uns im Moment illusorisch. Ich denke hier auch in längeren Zeitabschnitten. Momentan machen wir genau das, was wir auch wirklich tun können.

VT: Mir geht es darum, ein Projekt, das avantgardistisch vorgeht, zu perfektionieren und multiplikatorisch und katalysatorisch in andere politische Felder wirken zu lassen. Und ich verlasse mich dabei einfach auf den Spontaneismus der beteiligten Personen und auf die Einfallsvielfalt der Praxen, in denen wir leben.

EB: Es gibt eine Reihe von Punkten, wo Bündnisarbeit sinnvoll ist, wie jetzt beispielsweise mit der Online-Demo am 20. Juni gegen die Abschiebeflüge der Lufthansa. Es gibt Leute im Projekt, die sich vorstellen, jetzt über die Dörfer zu reisen, um dort Ortsgruppen zu bilden. Bei mir scheitert diese Vorstellung im Moment daran, dass ich nicht wüsste, wie diese Diskussion zu organisieren wäre. Natürlich ist es richtig, in konkreten Situationen mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten und zu wissen, man kann sich auf die Leute verlassen, man kann auf ihre Ressourcen zurückgreifen und sie bei Bedarf um Hilfe bitten. Mindestens 80% der Leute, die bei der Revue mitmachten, sagten zu, ohne dass wir ein Honorar versprechen konnten. Vielleicht lässt sich das auf lange Sicht hin auch in Richtung einer Basisstruktur verbreitern, auf Praxen, die jenseits von Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit liegen.

TS: Wo finden Leute Kanak Attak, wenn sie sich euch anschließen wollen? Wie hängen lokale und bundesweite Organisierung zusammen? Hat sich die Revue schon ausgewirkt?

MB: Es haben sich schon einige Leute gemeldet. Bestimmte Diskussionen, wie etwa eine Analogisierung der BRD mit dem NS-Regime wollen wir in unserem Projekt aber einfach nicht haben - wir sind bereit, darüber mit anderen Gruppen oder auch einzelnen Leuten zu streiten, aber nicht bei uns selbst. In dieser Hinsicht sind wir keine offene Gruppe. Die Form der Mitarbeit ist dann aber frei. Einige Leute von uns kommen nur zu den

Bundestreffen und gehören keiner lokalen Gruppen an, andere arbeiten nur in der Gruppe vor Ort und es gibt welche, die nur bei konkreten Ereignissen mitmachen. Zudem halten wir bewusst feste Verbindungen zu Leuten, die anderswo organisiert sind, mit denen wir aber bestimmte Initiativen gemeinsam machen.

TS: Diese Art und Weise, mit der Organisierung umzugehen, scheint mir eine der wirklichen Neuerungen der letzten Jahre und zudem ein Sprung über das hinaus zu sein, was einerseits im autonomen Milieu und andererseits in den klassischen Parteiprojekten üblich war. Ihr legt großen Wert auf Organisierung, betrachtet die jeweilige Organisationsform aber nicht als Selbstzweck, sondern begreift sie eher als ein Mittel, das über die Organisation selbst hinaus weist. Deshalb ist es möglich, eventuell sogar nötig, sich mehrfach oder gar quer zu organisieren; je nachdem, was man selbst und was andere in einer bestimmten Situation für relevant halten und worüber ein bestimmter Konsens erzielt werden kann, der dann die Organisierung trägt.

MB: Ja, dies beinhaltet auch die Möglichkeit, dass sich die Hegemonie, die den Konsens begründet, ändern kann. Dann würde ich Kanak Attak verlassen. Genauso kann es sein, dass andere Projekte entstehen, die eine größere Kraft haben. An einem Projekt an sich möchte ich nicht festhalten, mich interessieren seine Möglichkeiten.

Die kanakische Selbstorganisierungserfahrung politisierte sich in entschiedener Abgrenzung zur deutschen Linken und zum Rassismus in der deutschen Linken.

Uns wurde immer klarer, dass es den Generationstransfer

bei MigrantInnen nicht gegeben hat.

... dass man glaubt, wenn man im Alltag verschiedene Identitäten zurückweist oder verwischt, habe man

schon eine widerständige Praxis.

17. Standpunkttheorie und Identitätspolitik. Über den Zusammenhang von Unterdrückung und Bewusstsein

Autor: Christian Klesse · Rubrik: Theorie; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:19

Seit den sechziger Jahren haben politische Bewegungen verstärkt die Unterdrückungsverhältnisse um Gender, Sexualität, race/Ethnizität und Behinderung angegriffen. Das hat traditionelles Politikverständnis tief greifend verändert. Die neue Frauenbewegung, die lesbische und schwule Bewegung, die Behindertenbewegung, Schwarze Bewegungen und MigrantInnenbewegungen gingen Machtverhältnisse an, die in traditioneller linker Politik wenig Beachtung gefunden hatten. Dadurch politisierten sie gesellschaftliche Bereiche, Beziehungen und Identitäten, die lange als privat gegolten hatten. Identitätspolitische Ansätze gründeten sich auf dieser Neudefinition des Politischen.

Identitätspolitik wurde in der dominanten Linken nicht sehr gut aufgenommen. Sie wurde gemeinhin als das Ende von Politik schlechthin verworfen. Identitätspolitik galt als Nabelschau, verschwendete Energie auf dem Kampfplatz von Nebenwidersprüchen und das Ende von antikapitalistischer Massenpolitik. Von ihr drohte Zersplitterung und Politikunfähigkeit. Separatismus war der gängigste Vorwurf an AktivistInnen, die diesen Themen Priorität schenkten (vor allem wenn sie selber Frauen, Lesben, Schwule, Ethnisierte oder MigrantInnen waren).

In solchen Reaktionen drückte sich der mangelnde Wille dominanter Identitäten aus, sich mit Rassismus, Sexismus, Heterosexismus und (ja auch!) Klassenwidersprüchen innerhalb der Linken auseinander zu setzen. Menschen ohne Zugang zu Bildung, ethnisierte Leute, sexuelle Nicht-KonformistInnen, Frauen und Behinderte finden sich oft außen vor in der Linken. Privilegien werden eben nicht gerne aufgegeben.

Verstärkt wird das Problem durch eine reduktionistische Herrschaftsanalyse traditioneller linker Theorie. Es ist ein enormes Verdienst dieser Bewegungen, zu einer komplexeren Machttheorie beigetragen zu haben. Identitätspolitik formierte sich gerade gegen die Blindheit der Linken gegenüber bestimmten Herrschaftsverhältnissen. Sie ist damit auch eine Antwort auf die Erfahrung, in Kämpfen keine Verbündeten zu finden.

Reduktionistische Herrschaftsanalyse

Das US-amerikanische Combahee River Collective macht das sehr deutlich in ihrem Black Feminist Statement (1979): "Wir erkennen, dass wir selbst die Einzigen sind, die uns wichtig genug nehmen, um beständig für unsere Befreiung zu arbeiten. Unsere Politik erwächst einer gesunden Liebe für uns selbst, unsere Schwestern und unsere Community. Das ermöglicht uns unseren Kampf und unsere Arbeit fortzusetzen. Dieses Sich-auf-unsere-eigene-Unterdrückung-Beziehen ist in dem Konzept Identitätspolitik ausgedrückt." (1) Das Statement fährt fort, eine differenzierte politische Programmatik zu beschreiben mit einer feministischen, anti-rassistischen, antikapitalistischen und anti-heterosexistischen Ausrichtung und dem erklärten Interesse an der Kooperation, ungeachtet sexueller Präferenz, mit schwarzen Männern, Frauen und Kindern.

Identitätspolitik beschreibt also eine Politik, die als Ausgangspunkt die eigene Position und die mit ihr einhergehende Erfahrung von Unterdrückung hat. Ziel ist die Beendigung bestimmter (oder aber auch aller) Unterdrückungsverhältnisse und die Aufwertung untergeordneter Subjektpositionen. Identitätspolitik mag auch Organisationsformen und Allianzen beeinflussen - Bündnisentscheidungen können dabei komplex und vielfältig sein. Der Gedanke von Autonomie ist jedoch immer zentral.

Identitätspolitik hat sowohl eine individuelle als auch eine kollektive Dimension. Persönliche Erfahrung ist wichtige Motivation und Ressource. Sie ist auch Basis von Analyse und Theorie. Consciousness-Raising-Gruppen versuchten durch den kollektiven Austausch mit anderen, auf der Analyse persönlicher Erfahrung einen kollektiven Gruppenstandpunkt zu begründen.

Der Gedanke eines kollektiven Standpunktes lässt sich in allen identitätspolitischen Bewegungen finden. Sogenannte Standpunkt-Theorien bauen auf der Annahme struktureller Unterdrückung und kollektiver Erfahrung auf. In der Regel begründet Standpunkt-Theorie auch eine spezifische Epistemologie, d.h. eine Erkenntnisphilosophie, über was und wie wir wissen können. Standpunkt-Epistemologie nimmt an, dass aus geteilter Erfahrung ein bestimmter Blick auf die Gesellschaft hervorgeht. Patricia Hill Collins drückt das

folgendermaßen aus: "Standpunkt-Theorie argumentiert, dass Gruppen, die die gleiche Platzierung in hierarchischen Machtverhältnissen einnehmen, auch die gleichen Erfahrungen in solchen Machtbeziehungen teilen. Der gemeinsame Blickwinkel versetzt diejenigen in ähnlicher sozialer Positionierung in die Lage, diese Erfahrungen auf ähnliche Weise zu interpretieren." (2)

Standpunkt-Theorie geht ferner davon aus, dass unterdrückten Gruppen (seien es schwarze oder ethnisierte Frauen, Frauen im allgemeinen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, oder die ArbeiterInnenklasse) ein privilegiertes Verständnis der Gesellschaft ermöglicht ist. Marginalisierung resultiert somit in einer besonderen und besseren Perspektive auf die Dynamiken von Machtverhältnissen. Unterdrückte Gruppen kennen eben ihre eigene Kultur, aber auch die Regeln und Kultur der dominanten Gruppen. Die ambivalente Positionierung unterdrückter Gruppen wird oft mit Metaphern wie "doppelte Sichtweise", "doppeltes Bewusstsein" oder "Außenseiterin/Innenseiterin" (outsiders within) belegt. (3) Es ist der gemeinsame Standpunkt in einer hierarchisch strukturierten materiellen Lebenswelt, der unterdrückten Gruppen eine bessere Einsicht in das Wirken gesellschaftlicher Zusammenhänge ermöglicht. Das Wissen dominanter Kollektive (z.B. weiß, heterosexuell, männlich, bourgeois, usw.) dagegen ist auf Grund ihrer Erfahrung und Interessenlage pervertiert und entstellt.

Standpunkt-Denken hat starke Wurzeln in Marxistischer Theorie. In scharfer Abgrenzung zur Philosophie des Idealismus behaupteten Marx und Engels in ihren frühen Werken, dass individuelles Bewusstsein durch die materiellen gesellschaftlichen Beziehungen bedingt sei. Gemäß ihrer ökonomischen Analyse war es das Proletariat, dem auf Grund seiner Position in den Produktionsverhältnissen der Wille und die Fähigkeit zugeschrieben wurden, die Widersprüche des kapitalistischen Systems in revolutionärer Aktion zu überwinden. Diese frühen Fragmente einer materialistischen Bewusstseinsphilosophie wurden später durch Georg Lukács zu einem Standpunkt des Proletariats systematisiert. (4) Klassenbewusstsein entspricht nach Lukács einer rationalen Haltung, die einer bestimmten Position im Produktionsprozess zugerechnet ist. Es beschreibt die potenzielle Kapazität einer Klasse, die gesamte Gesellschaft gemäß ihrer Interessen in einer revolutionären Situation zu organisieren. Für Lukács ist klar: Gesellschaft- und Produktionsverhältnisse können in ihrer Ganzheit nur vom Standpunkt des Proletariats gesehen werden.

Zentralität von Autonomie

Nancy Hartsock z.B. übersetzt Lukács' Ideen direkt in einen feministischen Standpunkt. Auf Grund der besonderen Einbindung von Frauen in den Produktionsprozess ist in ihrer Analyse nicht die gesellschaftliche Arbeitsteilung in der Produktion, sondern die "sexuelle Arbeitsteilung" in der Reproduktion zentral. Die materiellen Lebenspraxen von Frauen (einschließlich Mutterschaft) bringen sie in intensiveren Kontakt mit Natur und auch Kindern. Das "führt zu einer viel tieferen Einheit von Kopf- und Handarbeit, sozialer und natürlicher Welten, als das bei männlichen Arbeitern im Kapitalismus erfahren wird." (5)

Materialistische Bewusstseinsphilosophie

Viele feministische Standpunkt-Theoretikerinnen teilen solche Ideen einer angeblich vorteilhaft entwickelten emotional-kognitiven Fähigkeit von Frauen.

"Der untergeordnete Status von Frauen bedeutet, dass sie ungleich Männern kein Interesse daran haben, die Welt zu mystifizieren. Deshalb ist es wahrscheinlicher, dass sie ein klareres und glaubwürdigeres Verständnis der Welt erlangen. Die Vorstellung von Realität von einem Frauenstandpunkt ist objektiver und weniger interessengeleitet als die dominanten Vorstellungen, die einen männlichen Standpunkt reflektieren. Das Konzept eines Frauenstandpunktes (...) bekräftigt, dass die soziale Position von Frauen ihnen Zugang zu Aspekten und Feldern von Realität gibt, die Männern nicht einfach zugänglich sind (...) Der Frauenstandpunkt enthüllt mehr des menschlichen oder nicht-menschlichen Universums als der Standpunkt von Männern." (6)

Wegen der starken Generalisierung von Frauenleben und der Beschwörung traditioneller Femininität sind solche Ideen auch innerhalb der feministischen Bewegung heftig kritisiert worden. Diese Idealisierung von Frauen verschleiert ferner ihre eigene Beteiligung in Unterdrückungsverhältnissen (z.B. um race, Ethnizität, Klasse, Sexulität). Ethnisierte und behinderte Frauen entlarvten die Tatsache, dass sich hinter dem in der dominanten Frauenbewegung formulierten so genannten kollektiven Standpunkt die Interessen weißer heterosexueller Mittelklasse-Frauen verbargen. Diese Debatten resultierten oft in der Formulierung neuer Standpunkte, z.B. um die Erfahrungen von Sexualität und race/Ethnizität. Ähnliche Entwicklungen und Brüche

fanden in anderen Bewegungen statt. Die Geschichte von Standpunkt-Theorie ist somit eine der Multiplizierung von Standpunkten. Theoretisch können alle politisierten kollektiven Identitäten einen Standpunkt begründen. Die Ausarbeitung neuer Standpunkte löst das Problem aber nicht wirklich.

Julia Sudbury macht das sehr deutlich: "Das Konzept von Autorität, das in Standpunkt-Theorien enthalten ist, unterminiert ihr demokratisches Ziel. Standpunkt Theorien schätzen die authentische marginalisierte Stimme. Aber sobald das Marginale zum Zentrum gerückt wird, werden neue Randbereiche geschaffen." (7) Standpunkt-Theorie und Identitätspolitik sind immer mit dem Problem entweder der Vereinnahmung oder des Ausschlusses verbunden. Weil sie die Einheitlichkeit von Identität und Erfahrung proklamieren, haben sie unumgängliche Schwierigkeiten, Differenzen innerhalb der Identitätskategorien anzuerkennen. Da Identitätspolitik ferner dazu neigt, einzelne Unterdrückungsverhältnisse hervorzuheben, entsteht auch die Gefahr, Unterdrückung oder Standpunkte zu hierarchisieren. Standpunkt-Denken ist somit eine recht problematische Erkenntnistheorie.

Obwohl viele Standpunkt-TheoretikerInnen betonen, dass ein Standpunkt auch von Menschen anderer Identität erarbeitet werden kann und weiterhin, dass er nicht einfach von Identität ableitbar ist, sondern in politischer und intellektueller Praxis erkämpft werden muss, wird das in der Proklamierung von Standpunkten im Alltag meist nicht berücksichtigt.

Vereinnahmung und Ausschluss

Die Gleichsetzung bestimmter Identitäten mit Erkenntnisvorteil in politischer Debatte führt zu Autoritarismus und Hierarchisierung. Die Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Gruppe sagt gar nichts über die Selbstverortung einer Person in gesellschaftlichen Widersprüchen und Kämpfen. Die Positionierungen von Individuen in den sich gegenseitig durchdringenden Unterdrückungsverhältnissen von race/Ethnizität, gender, Sexualität und Klasse sind auch zu komplex, um eindeutige Standpunkte zu benennen. KritikerInnen von Standpunkt-Theorie haben hervorgehoben, dass es in Wirklichkeit nicht um Identität, sondern um soziale und politische Werte geht. Alison Assiter betont, dass Wissen kollektiv in sozialen Prozessen produziert wird. "Wissen über Realität wird erlangt von der Perspektive einer Community mit weitgehend gleich gesinnten Menschen." (8) Sie spricht aber nicht von identitätsgebundenen Standpunkten, sondern von epistemologischen Communities. Der Gedanke einer ethisch-politischen Gemeinschaft legt niemanden auf eine bestimmte Identität fest und versucht gleichzeitig, den Raum für eine Auseinandersetzung über Differenzen hinweg offen zu halten.

Die Autonomie der diversen Bewegungen muss unbedingt anerkannt werden. Dennoch ist die Bemühung und der Beitrag jeder/s einzelnen -welcher Identität auch immer- von Bedeutung, wenn wir über Standpunkte hinweg revolutionäre Politik entwickeln wollen.

christianklesse@hotmail.com

Anmerkungen:

1) In: P.M. Nardi/B.E. Schneider (1998) Social Perspectives in Lesbian and Gay Studies. London

2) P. H. Collins (1997) Comment on ... Feminist Standpoint Theory Revisited. Signs 22 (21);

3) z.B. in Liz Stanley/Sue Wise (1993) Breaking Out Again. London; Maria Mies (1983) Towards a methodology for feminist research. in: G. Bowles/R. Duelli Klein (Hrgs.) Theories of Women's Studies. London; P. H. Collins (1990) Black Feminist Thought. New York; Dennis Altman (1971) Homosexual. Oppression and Liberation. Sydney

4) Georg Lukács (1968) History and Class Consciousness. London

5) N. Hartsock (1983) The Feminist Standpoint. in: S. Harding/M. B. Hintikka (Hrgs) Discovering Reality. Dodrecht

6) Alison Jaggar (1983) Feminist Politics and Human Nature. Brighton

7) J. Sudbury (1998) Other kinds of dreams. London

8) A. Assiter (1996) Enlightened Women.London

18. Die albanische Frage. Die Krise in Mazedonien wirft Fragen über Fragen auf - Lösungen sind nicht in Sicht

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Mazedonien · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:39

Trotz hektischen Krisenmanagements der Europäischen Union (EU) und der NATO droht der Konflikt zwischen albanischen NationalistInnen und der mazedonischen Armee weiter zu eskalieren. Auch die nach wie vor ungelöste Frage des künftigen politischen Status des Kosovo birgt weiterhin Konfliktpotenzial. Wenn die Situation auf dem südlichen Balkan auch widersprüchlich und verworren scheint, ist doch eines klar: Die "albanische Frage" lässt sich durch Friedensappelle nicht von der Tagesordnung verbannen. Gefangen in ethno-nationale Diskursen, Macht- und Verteilungskämpfen politischer Eliten setzt sich die Dauerkrise in Mitten wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit fort.

Die Kämpfer der albanischen Nationalen Befreiungsarmee UCK konnten in den vergangenen Wochen durch ihre Provokationsstrategie zu einem politischen Faktor avancieren, an dem in Mazedonien niemand mehr vorbei kann. Durch Überfälle auf Polizei- und Militäreinheiten forderten sie die mazedonische Armee zu einer Offensive heraus, unter der auch die albanische Zivilbevölkerung zunehmend leidet. Die slawisch-orthodoxe Mehrheit steht der albanischen Minderheit heute mit tieferem Misstrauen denn je seit der Staatsgründung 1992 gegenüber, als sich das Land von Jugoslawien abspaltete. Gleichzeitig treiben die militärischen Operationen der mazedonischen Armee die albanische Bevölkerung zunehmend ins Lager der bewaffneten Nationalisten. Das Kalkül der UCK geht auf: Die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich und der Weg zur territorialen Teilung des Staates entlang ethnischer Grenzen wird immer sichtbarer.

OSCE-Chef löst Krise aus

Daran scheint auch die Bildung einer Allparteien-Regierung in der mazedonischen Hauptstadt Skopje nichts zu ändern. Unter dem Druck von EU und NATO erklärten sich Mitte Mai die beiden albanischen Parteien PDP und DPA sowie die Parteien der slawischen Mehrheit bereit, eine Große Koalition unter Ministerpräsident Ljubco Georgievski zu formieren. Die offiziellen Vorgaben der EU- und NATO-Abgesandten an die neue Regierung bestanden in zweierlei: Einerseits sollen Reformen dafür sorgen, den Status der albanischen Minderheit zu verbessern. Andererseits soll die mazedonische Armee gegen die UCK vorgehen. Dabei allerdings möge sie die "Zivilbevölkerung schonen", mahnte der außenpolitische Koordinator der EU Javier Solana die mazedonische Regierung.

Obwohl die "internationale Gemeinschaft" die UCK zum Gewaltverzicht und zur Abgabe der Waffen aufruft, bläst sie ihr andererseits Wind in die Segel. Unter internationalem Druck hat sich der mazedonische Präsident Boris Trajkovski bereit erklärt, den Forderungen der UCK entgegenzukommen. Mittlerweile willigt er ein, innerhalb der nächsten drei Monate die Verfassung des Landes zu Gunsten der AlbanerInnen zu ändern. Unter anderem sollen die Albaner als zweites Staatsvolk anerkannt werden und das Albanische als zweite Staatssprache zugelassen werden. Mit einigem Recht kann sich die UCK nun als Vorkämpferin der Interessen der AlbanerInnen in Mazedonien profilieren. Sie habe mit ihrer Strategie in wenigen Wochen mehr erreicht als die politischen Parteien der AlbanerInnen zusammen in zehn Jahren, argumentiert ihr Sprecher Ali Ahmeti. Die auf Grund von Korruptionsskandalen und Bereicherungsversuchen ihrer Funktionäre ohnehin nicht sonderlich angesehen albanischen Parteien verlieren zusehends an Unterstützung.

Kernpunkte der Forderungen der UCK sind die Anerkennung der Albaner als Staatsvolk, das Albanische als Staatssprache, die Verteilung der öffentlichen Stellen nach Bevölkerungsanteil und ein Vetorecht der albanischen Parlamentarier gegen Beschlüsse der mazedonischen Mehrheit. Zwar ist von einer territorialen Abspaltung derzeit vordergründig nicht die Rede, Vertreter der UCK schließen das aber auch nicht aus. Und im Kontext ethno-nationaler Einheitsbestrebungen auf dem Balkan steht die Bildung eines "Großalbaniens" oder zumindest eines "Großkosovo" als territorialer Zusammenschluss albanischer Siedlungsgebiete immer im Hintergrund.

Falls ihre Forderungen nicht erfüllt würden, kündigte UCK Kommandant Sokoli an, auch slawisch-mazedonische ZivilistInnen angreifen zu wollen. Bisher habe die UCK sich an die Genfer Konventionen gehalten und nur auf Uniformierte geschossen, meinte er gegenüber einer kosovarischen

Nachrichtenagentur. Dies könne sich aber ändern, falls die mazedonische Armee nicht aufhöre ZivilistInnen zu bombardieren.

Kaum war Mitte Mai die fragile Allparteienregierung gebildet, drohte auch schon ihr Ende. Auslöser waren Geheimverhandlungen zwischen der in der Regierung vertretenen albanischen Parteien mit der UCK. Am 22. Mai traf sich UCK-Chef Ahmeti in Prizren, der Hauptstadt des deutschen Sektors des Kosovo, mit den Führern von DPA, Arben Xhaferi, und PDP, Imer Imeri. In einer bisher nicht veröffentlichten "Plattform von Prizren" sollen sie sich unter anderem auf die Forderung nach einer Amnestie für die UCK-Kämpfer verständigt haben, wie es in Presseberichten heißt. Die UCK-Kämpfer sollten außerdem in die Polizei- und Militärstrukturen in den mehrheitlich albanisch bevölkerten Landesteilen integriert werden.

Eingefädelt hatte das Treffen Robert Frowick, Chef der Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE) in Mazedonien und langjähriger Mitarbeiter des US-Außenministeriums. Zuvor war er maßgeblich am Zustandebringen der Großen Koalition in Skopje beteiligt, deren Ende er nun beinahe provozierte. Denn nachdem das Treffen bekannt wurde, sprachen slawisch-mazedonische Medien und Politiker von einer "Kriegserklärung" und "Hochverrat".

"gekämpft und dabei nichts gewonnen"

Durch das Treffen finden die Befürchtungen in der slawisch-mazedonischen Bevölkerung Nahrung, die albanischen Gruppen könnten gemeinsam auf eine gewaltsame Teilung des Landes zusteuern. Die staatliche Nachrichtenagentur berichtete unter der Überschrift "Neue anti-mazedonische Konspiration", dass das Treffen dem Schutz "von Terroristen und ihrem politischen und ideologischen Ziel eines Großalbanien" diente.

Auch die Repräsentanten von NATO, USA und EU zeigten sich erbost über Frowicks Initiative. Die US-Botschaft nannte die Vereinbarung einen "komplett inakzeptablen Versuch, die UCK in die Staatsstrukturen zu integrieren." Die OSCE distanzierte sich von Frowick und behauptet, er habe "allein gehandelt". Frowick selbst ging auf Tauchstation und verließ einige Tage nachdem das Treffen der "Plattform von Prizren" bekannt wurde Mazedonien in Richtung Rumänien.

Viele Beobachter halten die offiziellen politischen Ziele der UCK lediglich für eine vorgeschobene Programmatik, um die Machtinteressen der Führung der Truppe zu legitimieren. In einem Report des Londoner Institute for War and Peace Reporting (1) wird ein kosovo-albanischer Beobachter zitiert, der sich mit der Führung der UCK getroffen hat. "Sie sagten mir, dass sie militärisch in einer recht guten Lage seien, sich aber politisch isoliert fühlen", meint der Beobachter. "Die meisten ihrer Führer haben niemals etwas anderes getan, als ihr ganzes Leben mit Kämpfen zu verbringen." Über ihre Motivation eine Front in Mazedonien aufzubauen, erklärte er: "Sie haben im Kosovo gekämpft und dabei nichts gewonnen. Thaci und die (kosovarische) UCK erhielten einige Macht, Kontrolle über Tankstellen, schöne Autos und einigen Respekt. Aber die mazedonischen Jungs konnten noch nicht einmal nach Hause gehen. Sie wollen etwas für sich selbst: Macht, Geld, Respekt und sind bereit das Land dafür zu zerstören." NATO-Generalsekretär George Robertson erklärte zur UCK: "Einer Bande bewaffneter Schläger sollte nicht erlaubt werden, eine multi-ethnische Demokratie zu zerstören."

Nun scheint es zwar einigermaßen absurd, dass ausgerechnet die NATO vor den durchsichtigen Motiven der UCK-Führung warnt. Schließlich hat sich das westliche Verteidigungsbündnis der kosovarischen UCK-Strukturen, aus denen der mazedonische Ableger hervorgegangen ist, lange Zeit bedient und diese politisch unterstützt sowie mit Logistik und Waffen versorgt. Die Einschätzung über die Motive der mazedonischen UCK dürfte dennoch der Realität recht nahe kommen. Denn ginge es der UCK tatsächlich um eine Verbesserung der Lage der albanischen Bevölkerung in Mazedonien, dann wäre der bewaffnete Kampf genau das falsche Mittel.

Schließlich war Mazedonien zwar keine "multi-ethnische Demokratie", wie Robertson behauptet, aber die Gesellschaft barg vor der Offensive der UCK zumindest die Möglichkeit ethnische Grenzen zu überwinden. Davon zeugen die Reformen der vergangenen Jahre, welche den Status der albanischen Bevölkerung verbessert haben. Jetzt scheinen die Gräben so unüberwindbar, dass die unter internationalem Druck erzwungenen Zugeständnisse der Regierung Georgievski an die AlbanerInnen zur Folge haben werden, die aggressiven NationalistInnen auf der slawisch-mazedonischen Seite zu stärken. Die angestrebte Verfassungsänderung kann schnell zu einem Phyrussieg der selbst ernannten NATO-Friedensstifter werden,

wenn in den nächsten Wochen die slawisch-mazedonische Rechte die Regierung für ihren "Verrat" angreifen wird. Schon operieren paramilitärische Gruppen, denen an Vergeltung an der albanischen Bevölkerung liegt.

Brisanz birgt die Krise in Mazedonien nicht zuletzt auch auf Grund der Entwicklung im benachbarten Kosovo. Gerade die von den mazedonischen AlbanerInnen geforderte Verfassungsänderung kann nicht aus diesem Kontext gelöst werden. Denn im Kosovo zielt die albanischen Führung beharrlich auf die Unabhängigkeit und das bleibt der slawisch-mazedonischen Gesellschaft alles andere als verborgen. Und die Unabhängigkeit des Kosovo würde einen Anschluss der albanischen Gebiete Mazedonien unweigerlich auf die Tagesordnung setzten.

Am 15. Mai kündigte der Chef der UN-Übergangsverwaltung im Kosovo, Hans Haekkerup an, dass am 17. November Wahlen für ein Kosovo-Parlament stattfinden sollen. Dieses soll dann einen Präsidenten wählen, während Haekkerup selbst den Regierungschef ernennen wird. Die neue Regierung wird die Provinz zusammen mit der UN verwalten. Zwar verspricht Haekkerup, dass er dafür sorgen wolle, dass sich die "provisorische Selbst-Regierung an die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates" hält. Diese betrachtet Kosovo als ein Bestandteil Serbiens. Die kosovo-albanischen Politiker aller Parteien sehen das aber ganz anders. Sie bestehen nach wie vor auf einer Unabhängigkeit der Provinz und sehen die Wahlen als einen weiteren Schritt in diese Richtung.

Hasim Thaci, Ex-Kommandant der UCK und heute Chef der PDK, kritisiert Haekkerups Initiative, weil sie explizit kein Referendum über die Unabhängigkeit vorsieht, wie dies noch in der Resolution 1244 versprochen wurde. Auch LDK-Vorsitzender Ibrahim Rugova und Ramush Haradinaj von der AAK, die beiden anderen führenden kosovo-albanischen Politiker, beklagen sich über die Absage an das Referendum. Dennoch werden alle drei Parteien an den Wahlen teilnehmen. Mit der Legitimität einer gewählten Regierung im Rücken wird die Chance auf ein Unabhängigkeitsreferendum in nicht allzu fernen Zukunft steigen, spekulieren sie nicht ohne Grund.

Kosovo Wahlen - Schritt zur Unabhängigkeit

Die im Kosovo verbliebenen SerbInnen und die Regierung in Belgrad lehnen die Wahlen dagegen ab. Der serbische Premierminister Zoran Djindjic kündigte einen Boykott der Wahlen durch die serbische Bevölkerung an, sollte sich die "internationale Gemeinschaft" bis dahin weiterhin weigern, den Beginn der Rückkehr der über 200.000 seit Sommer 1999 aus dem Kosovo vertriebenen SerbInnen zu gewährleisten. Er warnte vor einer "großen Krise" während des Sommers, falls diese Forderung nicht erfüllt werde.

Die "albanische Frage" ist alles andere als gelöst und die "internationale Gemeinschaft" trägt durch ihr widersprüchliches Handeln auch nicht dazu bei, die Situation zu stabilisieren. Solange es keinen ethnisch-homogenen albanischen Einheitsstaat gibt, werden albanische Nationalisten für ihn kämpfen. Dabei nutzen sie die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der miserablen sozialen Situation und die trügerische Hoffnung eine Einigung der AlbanerInnen auf dem Balkan werde diese verbessern, um ihre eigenen Machtinteressen durchzusetzen. Mit der mittlerweile etablierten Kriegsökonomie können die bewaffneten Gruppen gut leben, bietet ihnen der Griff zur Waffe doch Kontrolle über Ökonomie und Handel. Doch die Bildung eines "Großkosovo" oder "Großalbaniens" setzt voraus, Grenzen gewaltsam zu verschieben - mit unabsehbaren Folgen für die zahlreichen anderen Konflikte, welche der Ethno-Nationalismus auf dem Balkan noch bereit hält.

Boris Kanzleiter

Anmerkung:

1) Balkan Crisis Report, No. 251, 30 May 2001.

19. "Keine Lösung in Sicht." Interview mit Prof. Bekaroglu zum Todesfasten in der Türkei

Interview mit Prof. Bekaroglu zumTodesfasten in der Türkei

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:11

Professor Dr. Mehmet Bekaroglu ist türkischer Parlamentarier und stellvertretender Vorsitzender der islamischen Fazilet-Partei. Als einer der wenigen türkischen Politiker setzt er sich für die Einhaltung der Menschenrechte auch in den Gefängnissen ein und steht einer Kommission vor, die zwischen Regierung und Gefangenen zu vermitteln versucht. Das Interview mit ihm führte Peter Nowak. Es wurde redaktionell gekürzt.

Seit weit über 200 Tagen befinden sich mehr als 500 politische Gefangene im Todesfasten. Mehr noch sind im Hungerstreik. Hat sich die türkische Öffentlichkeit damit abgefunden, dass ständig Leichen aus den Gefängnissen transportiert werden?

Es macht nicht nur mich unendlich traurig, dass es so viele tote Gefangene gegeben hat. Ich werde alles tun, damit es zu einer Verständigung zwischen Regierung und Gefangenen kommt und das sinnlose Sterben endlich aufhört. Damit kann und werde ich mich nicht abfinden. Ich bin überzeugt, dass es bald zu einer solchen Einigung kommt.

Ihr Optimismus muss verwundern. Schließlich gab es im Dezember letzten Jahres schon eine Verhandlungskommission. Nach deren Scheitern ließ die Regierung 20 Gefängnisse stürmen. Das Resultat waren 28 tote Gefangene. Warum kam es damals nicht zu einem Kompromiss?

Wir standen Mitte Dezember unmittelbar vor einer Lösung. Doch dann verhärteten sich plötzlich die Fronten auf beiden Seiten. Die Gefangenen wollten nur Zellen mit mindestens 18 Personen als Vermittlungslösung akzeptieren. Die Regierung hatte überhaupt kein Interesse mehr an Verhandlungen. Kurze Zeit später ließ sie die Gefängnisse stürmen.

Ende April verkündete das Kabinett in Ankara Verbesserungen für die Gefangenen. Sind das mehr als kosmetische Maßnahmen?

Tatsächlich sind einige Maßnahmen beschlossen worden, die die Situation der Gefangenen verbessern könnten. Doch es sind allerhöchstens erste Schritte in die richtige Richtung. So soll sich eine Unabhängige Kommission mit der Situation in den Gefängnissen befassen. Doch die jetzt ernannte Kommission ist wegen des Übergewichts der Parteienvertreter nicht wirklich unabhängig. Die wichtigste Neuerung aber wäre die Lockerung des Isolationssystems. Die Gefangenen sollen zwar weiterhin in Einzelzellen bleiben. Doch für bestimmte Aktivitäten wie Sport oder Fortbildungsmaßnahmen sollen sie in Gemeinschaftsräumen zusammenkommen. Das war bisher nicht möglich. Doch diese Regelung ist an die Bedingung geknüpft, dass sich die Gefangenen resozialisieren lassen. Da aber ein Großteil der inhaftierten Gefangenen wegen Meinungsdelikten inhaftiert ist, hieße eine Resozialisierung, dass sie ihre politische Meinung aufgeben müssten, um nicht mehr isoliert zu sein. Das allerdings ist in einer demokratischen Gesellschaft sicher der falsche Weg.

Die Regierung argumentiert, dass die Einzelzellen verhindern sollen, dass sich in den Gefängnissen terroristische Strukturen verfestigen. Was sagen Sie zu diesem Argument?

Ich bin mir bewusst, dass es in unserem Land das Problem des Terrorismus gibt. Deswegen habe ich Verständnis dafür, dass die Regierung bestimmte gesetzliche Maßnahmen dagegen einleitet. Aber kein demokratischer Staat darf dabei die rechtsstaatlichen Grundsätze außer Acht lassen. Es ist einfach eine Tatsache, dass die große Mehrheit der Menschen, die sich im Hungerstreik oder Todesfasten befinden, nicht wegen terroristischer Aktionen sondern wegen Verteilen von Flugblättern, Kleben von Plakaten oder Rufen bestimmter Parolen auf Demonstrationen im Gefängnis sitzt. Viele sitzen in Untersuchungshaft und sind nie verurteilt worden.

Wie haben die Gefangenen auf die Reformvorschläge der Regierung reagiert?

Drei Mitglieder unserer Kommission haben den todesfastenden Gefangenen den Inhalt der Reformen vermittelt. Die Gefangenen haben dazu erklärt, dass damit ihre Forderungen nicht erfüllt sind und ihr Widerstand weiter geht. Das ist aus ihrer Sicht verständlich. Denn nach diesem langen für die Gefangenen sehr teuer bezahlten Widerstand wird es ohne die Aufhebung der Isolationshaft zu keiner Lösung mit den Gefangenen kommen.

Angehörige haben von Misshandlungen und Vergewaltigungen von Gefangenen in den neuen Isolationsgefängnissen berichtet. Konnte Ihre Kommission den Vorwürfen nachgehen?

Wir sind solchen Vergewaltigungs- und Foltervorwürfen nachgegangen und haben sie geprüft. In vielen Fällen haben sich diese Vorwürfe bestätigt. Wir haben Berichte darüber angefertigt, die wir an alle Stellen geschickt haben, die dafür in Frage kommen. Damit haben wir das getan, was unserer Kommission möglich ist.

Gibt es nicht im Militär und der Regierung viele Kräfte, die an einer Lösung mit den Gefangenen gar nicht interessiert sind?

Ich kann mich hier nur als Menschenrechtler und nicht als Parteipolitiker äußern. Ich will hier das Beispiel des Menschenrechtsausschusses des türkischen Parlaments anführen. Nachdem im letzten Herbst eine engagierte Menschenrechtlerin als Vorsitzende vom Parlament abgelöst wurde und ein Politiker des rechten Koalitionspartners MHP diesen Posten übernommen hat, ist dieses Gremium leider politisch völlig inaktiv geworden.

Selbst wenn es bald zu einer Lösung in der Gefangenenfrage kommen sollte, werden viele Gefangene durch die lange Dauer des Hungerstreiks irreparable gesundheitliche Schäden davon tragen. Müsste es nicht auch für diese Menschen eine humanitäre Lösung geben?

Ich weiß sehr gut um das Problem der Folgeschäden von Gefangenen nach Beendigung des Hungerstreiks oder Todesfastens. Ich habe selbst als Arzt in Gefängnissen gearbeitet. Noch heute leiden Gefangene unter den Folgen des Hungerstreiks von 1996, obwohl der viel kürzer war als der aktuelle Widerstand. An eine Lösung dieses Problems ist aber nur zu denken, wenn es zu einer Übereinkunft zwischen Regierung und Gefangenen und einem Ende von Hungerstreik und Todesfasten gibt. Dafür setzte ich mich mit meinen Möglichkeiten ein.

20. Türkei: Privatwirtschaft fordert radikalen Politik-Wechsel

Autor: Karin Leukefeld · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:27

Mitte Mai hat der IWF zum 18. Mal einem Kredit an die Türkei zugestimmt. 14,8 Mrd. Dollar soll das Land erhalten. Dazu kommen noch rund drei Mrd. Dollar von der Weltbank. Fast zeitgleich sind erneut die Preise für Gas und Benzin gestiegen. Sofort folgten Preiserhöhungen für den Öffentlichen Verkehr. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt derzeit bei 2.400 Dollar pro Jahr, einem Stand wie 1990. Die Pro-Kopf-Verschuldung hingegen beträgt für jedes neu geborene Kind 3.000 Dollar. Der neue IWF-Kredit kann nicht einmal die Zinsen der Auslandsverschuldung des Landes in Höhe von 114,3 Mrd. Dollar decken. Die Inlandsverschuldung beträgt rund 60 Mrd. Dollar. Nach Auskunft des Finanzministeriums muss die Türkei allein für das Jahr 2001 rund 30 Mrd. Dollar Schulden zurückzahlen. Während der letzten drei Jahre hat die Türkei von ihrem Haushalt 77% der gesamten Steuereinnahmen, rund 84 Mrd. US-Dollar, für Zinsrückzahlungen ausgegeben.

Während die staatlich nicht kontrollierte KESK (Föderation der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst) gegen den Gesetzentwurf der Regierung für ein neues Gewerkschaftsgesetz protestierte, wobei es in Ankara zu mindestens 2.000 Festnahmen kam, wurden die Lohnverhandlungen zwischen der Regierung und dem staatlich anerkannten "gelben" Gewerkschaftsverband der ArbeiterInnen im Öffentlichen Dienst, Türk-Is, am 22. Mai beendet. Der Türk-Is Vorsitzende Meral Bayram hatte zuvor für die 450.000 ArbeiterInnen im Öffentlichen Dienst noch bis zu 30% Lohnerhöhung für das Jahr 2001 sowie einen Ausgleich für die hohe Inflation (seit Februar 40%) gefordert. Jetzt stimmte er einer eher bescheidenen Vereinbarung zu. Gemeinsam mit Ministerpräsident Bülent Ecevit und Wirtschaftsminister Kemal Dervis verkündete er eine 15%ige Lohnerhöhung für 2001. Dieses Geld soll erst Anfang 2002 ausgezahlt werden, da die Regierung derzeit nicht darüber verfügt.

Mit seinem Bericht über die "Perspektiven für die Demokratisierung in der Türkei und die Kopenhagener Kriterien der EU" hat der Türkische Industriellenverband (TÜSIAD) deutlich gemacht, dass die Reorganisierung der türkischen Wirtschaft dringend einer "radikalen Veränderung der politischen Strukturen" bedarf. Die ökonomische Krise sei nicht nur auf "wirtschaftliches Ungleichgewicht", sondern auch auf "Unzulänglichkeiten im politischen System und der Verwaltung" zurückzuführen. Der TÜSIAD-Vorsitzende Tuncay Özilhan erklärte, man hoffe, dass der Staat sich zukünftig aus der Wirtschaft heraushalte und sich mehr seinen eigentlichen Aufgaben wie "Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur, der regionalen Entwicklung und der sozialen Sicherung" widme. Das werde der Produktivität des Landes gut tun. Die Privatwirtschaft werde sich auf Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren.

Kapital fordert Perspektiven

Der TÜSIAD-Bericht lässt keines der Reizthemen aus, auf die Regierung und Militär meist äußerst empfindlich reagieren: Die Industriellen fordern ein neues Parteiengesetz für mehr Demokratie, die Todesstrafe soll abgeschafft, das Strafrecht geändert, Folter untersucht und strafrechtlich verfolgt werden. TÜSIAD fordert das Recht, Radio- und Fernsehsendungen in der Muttersprache zu senden. Die Meinungs- und Gedankenfreiheit sei gesetzlich zu verankern. Weiterhin fordert der Bericht Organisations- und Versammlungsfreiheit, um zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu stärken.

Das starke Engagement des Industriellenverbandes TÜSIAD für die Umsetzung der Kopenhagener Kriterien verwundert nicht. Die Interessen der Privatwirtschaft werden durch die verkrustete politische Struktur negativ beeinflusst. Um "die Türkei zu einem der starken und einflussreichen Länder der Welt zu machen", fordert TÜSIAD einen "radikalen Wechsel". Das stärkt die Position von Wirtschaftsminister Kemal Dervis, der nicht nur von den fortschrittlichen Gewerkschaften als "Mann der USA und des IWF" abgelehnt wird. Auch die national-chauvinistische MHP, Mitglied der Regierungskoalition, lehnt große Teile des Wirtschaftsprogramms von Dervis ab.

An diesem Punkt besteht Übereinstimmung zwischen linken und rechten Organisationen. Die Einordnung nach rechts und links ist in der Türkei nicht mehr unbedingt gleichzusetzen mit "fortschrittlich" und "konservativ". Besonders die bei der Linken verbreitete nationale Orientierung auf den Kemalismus von Atatürk wird sowohl

von der Regierung als auch vom Militär geteilt. Die kemalistische Idee hatte zur Zeit ihrer Entstehung (um 1920) einen fortschrittlichen Charakter im Gegensatz zu den Strukturen des Osmanischen Reiches. Die Frauen erhielten früher das Wahlrecht (zwischen 1930-34) als beispielsweise in den USA. Auch die Trennung von Staat und Kirche, der Laizismus, ist ein Fortschritt. Gleichzeitig dient der Kemalismus als Legitimation für die starke Position der türkischen Armee und für das Vorgehen gegen die Kurden. Wer sich nicht explizit auf den Kemalismus bezieht, wie die (islamisch orientierte) Fazilet Partei oder die HADEP oder ihn gar ablehnt, wie die antimilitaristischen Gruppen in der Türkei, wird als Feind betrachtet.

Verkrustete politische Struktur

Während die Ablehnung des IWF-Programms durch die linken Organisationen und Gewerkschaften dem traditionellen antiimperialistischen Gedanken folgt, hat die Ablehnung der MHP eher mit dem Druck der Basis zu tun. Die besteht aus Bauern, Kleinhändlern, Arbeitern - den größten Verlierern aller bisherigen Wirtschaftskrisen. Die Maßnahmen des IWF dienen zweifelsohne dem internationalen Kapitalmarkt, der sich die Türkei als Brücke für die Märkte in Zentralasien und im Mittleren Osten, aber auch die Billigproduktionszonen erhalten will. Die IWF- und Weltbankkredite werden die ökonomische Lage der Mehrheit der Bevölkerung nicht verbessern. Die politischen Strukturveränderungen allerdings, mit denen die Geldgeber ihre Maßnahmen verknüpfen, könnten dazu beitragen, die undemokratischen politischen Strukturen zumindest teilweise aufzubrechen und neuen politischen Entwicklungen einen Raum zu verschaffen.

Karin Leukefeld

21. Billiglohn als Aufstandsbekämpfung. Interview mit Carlos Fazio zu Industrialisierung, Geopolitik und US-Interessen in Mexiko

Rubrik: US-Imperialismus; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:08

Carlos Fazio publizierte in den vergangenen Monaten als Kommentator der Tageszeitung La Jornada mehrere Analysen über ein Industrialisierungsprojekt, den Plan Puebla-Panamá, das Süd-Mexiko und Zentralamerika intensiver in die globalisierte Produktion einbinden soll. In ihm sieht er eine neue Etappe des Krieges niederer Intensität gegen die Zapatistas und ein geopolitisch für die USA bedeutsames Projekt. Fazio zählt zu den renommiertesten Journalisten in Mexiko. Während der Militärdiktatur in Uruguay war er nach Mexiko ins Exil geflohen. Mit Fazio sprachen Marta Durán und Lars Stubbe.

Bisher hat man noch nicht viel Genaues über den Plan Puebla-Panamá gehört. Um was handelt es sich dabei?

Fazio: Obgleich der Puebla-Panamá-Plan (PPP) im April 2001 in Mexiko veröffentlicht wurde, gibt es noch keine offiziellen Informationen, selbst der vom Präsidenten Fox benannte Verantwortliche, Florencio Salazar, präsentiert ihn auf jeder Pressekonferenz als Entwurf. Das gaukelt vor, dass derzeit nichts geschehe. Salazar selbst betont, der Plan würde mit den betroffenen Menschen abgestimmt. Aber das stimmt nicht. Ich habe zu bisher unveröffentlichten Dokumenten, die vom Team des Präsidenten Vicente Fox im vergangenen November erarbeitet wurden, Zugang gehabt. Darin wird die von Puebla in Zentralmexiko bis Panama reichende Region als ideal für den Wettbewerb mit den "asiatischen Tigern" bezeichnet. Als Standortvorteil wird unter anderem die Möglichkeit der intensiven Ausbeutung billiger Arbeitskraft betrachtet. Beim PPP handelt es sich um ein Projekt in sehr fortgeschrittener Planung. Es wurde nicht von Fox, sondern von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) entwickelt und deckt sich völlig mit den Positionen der Weltbank (WB). Bereits unter dem vorigen Präsidenten Ernesto Zedillo wurde daran gearbeitet.

Wie sieht die konkrete Planung aus?

Offiziell sieht der PPP vor, die Region in den nächsten 25 Jahren in einen "amerikanischen Jaguar" zu verwandeln, um so mit den "asiatischen Tigern" konkurrieren zu können. Es geht grundsätzlich um die Schaffung von Maquiladoras, Billiglohnfabriken. Dabei soll als Anreiz für Investitionen transnationaler Unternehmen das Angebot an billiger, unqualifizierter Arbeitskraft wirken. Durch die Maquiladoras und die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen, sollen ausländische Investitionen angezogen werden. Mexiko soll dem Weg des erbarmungslosen internationalen Wettbewerb, um ausländische Investitionen weiter folgen. Wenn man sich die Gestaltung des Projekts anschaut, dann wird deutlich, dass für die Anwerbung von Investitionen ein ganzes Straßen-, Eisenbahn- und Flughafennetz entworfen wurde. Die Landenge zwischen Atlantik und Pazifik am Isthmus von Tehuantepec soll besser erschlossen werden. Flughäfen, ein mehrknotiges Straßennetz, was direkt bis zu den Hafenkaien an beiden Meerseiten führen wird, sind geplant. Damit sich die Agrarindustrie etabliert, werden Investoren fruchtbares Land und Bewässerungssysteme zur Verfügung gestellt. Es werden eine ganze Reihe von Bedingungen geschaffen, die den mexikanischen Landarbeitern und Bauern in den letzten Jahrzehnten nie zur Verfügung standen, da sie keine Kredite erhielten und stattdessen ausgepresst wurden. Die Regierung wird eine Infrastruktur auf dem Niveau der Ersten Welt für die Investoren von außen schaffen, damit sie in aller Ruhe die lokale Arbeitskraft ausbeuten kann.

Ein Projekt dieser Tragweite muss in einem kontinentalen Maßstab betrachtet werden. Welches Interesse haben die USA?

Wenn man eine Karte der USA betrachtet, dann sieht man, dass der größte Teil der Industrie im Osten konzentriert ist. Im Zentrum gibt es keine Industrie, weil sich dort die zentralen Bergketten befinden. Heutzutage richtet sich der Handel aber auf den Pazifik aus. Die USA müssen ihre Waren in Richtung Pazifik bringen. Die Lösung zur Überwindung dieser Berge besteht darin, aus Texas herauszugehen, um an der Grenze zu Mexiko längs nach San Diego in Kalifornien, zu gelangen. Eine weitere Möglichkeit ist der Panamakanal, wo allerdings die Schiffe wegen des vielen Verkehrs bis zu acht Tage zur Überquerung brauchen. Die USA möchten ein Straßennetz in Mexiko und Mittelamerika errichten, was es ihnen ermöglicht, ihre Waren zum Pazifik zu bringen. Außerdem möchten sie eine große Maquiladora-Zone errichten, damit in

Mexiko in Nähe zu den pazifischen Häfen produziert werden kann. Das ist eigentlich der Hintergrund des Projektes.

Die Privatisierung der Eisenbahn, die von Präsident Zedillo (1994-2000) verkauften Linien, laufen alle in Richtung der USA. Es wird eine Autobahn geben, die den ganzen Golf von Mexiko längsläuft, von Texas aus herunter. Eine weitere wird von Tapachula an der guatemaltekischen Grenze bis hin nach Lázaro Cárdenas in Michaocán laufen. Die USA versuchen, den Golf von Mexiko in ein Mare Nostrum zu verwandeln. Die Regierung wird alle für das Privatkapital unrentablen Infrastrukturmaßnahmen finanzieren, und auch die besten Länderein für den Anbau bereitstellen. Um das Kapital anzuziehen, werden die entsprechenden Bedingungen geschaffen, wie etwa die Bereitstellung von Wasser. Zwei große Komplexe, ein energetischer und ein agrarindustrieller sollen aufgebaut werden. Der energetische wird in Cotzacoalcos sitzen, wo eine Reihe von Kleinunternehmen die petrochemische Industrie versorgen sollen. Alle Energie, sowohl Gas als auch Strom, wird auf den Bedarf der Unternehmen ausgerichtet. Die Investoren werden des weiteren Unterstützung bei der Entwicklung von Ausbildung und Technologie erhalten. Den Armen dagegen wird die Subvention für die Tortilla gestrichen.

Das Projekt wird zur Folge haben, dass die Landbevölkerung verstärkt in die Städte ziehen muss. Wenn die Landbevölkerung aber in die Städte zieht, werden die Böden aufgekauft oder angeeignet, also bedeutet das auch eine agrarische Gegenreform. Wenn Fox ankündigt, dass jeder Landarbeiter einen VW, einen Fernseher und ein kleines Geschäft bekommt, dann bedeutet das, die Landbevölkerung in Kleineigentümer, Kleinunternehmer verwandeln zu wollen, was allerdings zum Scheitern verurteilt ist. Denn durch die Ausgabenkürzungen kann es überhaupt keine Investitionen für kleine Unternehmen geben. In Wirklichkeit geht es darum, die Bauern von ihrem Land zu vertreiben, während gleichzeitig Verfassungs(gegen)reformen in Bezug auf den Besitz des Bodens und die Bodenschätze vorbereitet werden.

Im Südosten Mexikos gibt es außer Öl, Gas, Uran auch Wasser und eine hohe Biodiversität. Es ist vorgesehen, verschiedene Staudämme zur Stromgewinnung zu bauen. Die Biodiversität von den Chimalapas bis zu den Montes Azules setzt sich über den ganzen mesoamerikanischen Korridor bis Panama fort. Angesichts dessen, dass die Spitzentechnologie des 21. Jahrhunderts die Biotechnologie und die genetisch veränderten Anbausorten sind, und wenn man bedenkt, dass sich die nächsten Kriege um den Zugang zu Wasser drehen werden, dann begreifen wir, warum dieses geostrategische Projekt, welches mit der Amerikanischen Freihandelszone (FTAA) in Zusammenhang steht, umgesetzt werden soll.

Neben dem PPP ist der Plan Colombia das zweite Standbein des gleichen Planes, nämlich der Schaffung der amerikanischen Freihandelszone für die Vermarktung der Produkte der großen transnationalen US-Unternehmen. Dies schreibt sich ein in die wachsende Konkurrenz zwischen den drei großen Wirtschaftsblöcken USA, Europäische Union und Ostasien.

Chiapas liegt im Gebiet Puebla-Panamá. Welche Rolle spielt der PPP für den EZLN-Aufstand?

Im PPP gibt es eine Achse der Aufstandsbekämpfung, in dem Sinne, dass er acht mexikanische Staaten umfasst, in denen es in wenigstens drei Guerillas gibt. Den Kriegshandbüchern des Pentagons zufolge, soll sich, sobald ein Konflikt ausbricht, an die Repression und den schmutzigen Krieg - Phasen, die wir in Chiapas schon kennen gelernt haben - eine Phase anschließen, in der die Regierung und Unternehmer in die Zone investieren müssen. Also Arbeitsplätze schaffen, um den Fischen das Wasser abzugraben, die Guerilla zu isolieren, die Gemeinden zu spalten. Der PPP ist die letzte Phase des Krieges.

Welche Beziehung sehen Sie zwischen dem kürzlich von der Abgeordneten- und der Senatorenkammer verabschiedeten Gesetz über die Rechte und die Kultur der indigenen Bevölkerung und dem PPP?

Wenn wir uns die Verstümmelung des ursprünglichen Gesetzentwurfes vergegenwärtigen, dann hat sie genau in den Teilen stattgefunden, die mit der Autonomie und dem Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu tun haben. (vgl. ak 450) Alles was den indigenen Völkern Rechtsansprüche auf die Gebiete, die sie bewohnen und deren Naturschätze gab, wurde blockiert oder unter Verschluss gehalten. Wir sehen hier, dass ihnen das Recht auf Zugang zu den Wäldern, dem Wasser und die geostrategischen Ressourcen, nicht zugestanden werden sollte. In den Verträgen von San Andrés sagen die Zapatistas, dass keine der Ressourcen, die per Verfassung der Nation gehören, in Händen der Gemeinden verbleiben soll. Die Zapatistas haben eine Art Riegel vorgebaut, indem sie gesagt haben, dass sie als indigene Völker jedes Mal

befragt werden müssen, wenn das Wasser, die Bodenschätze und die geostrategischen Ressourcen privatisiert werden sollen, da diese ja der Nation gehören. In Bezug auf das jetzt von beiden Kammern verabschiedete Gesetz haben sich die Abgeordneten der regierenden PAN, der ehemaligen Staatspartei PRI und auch einige der linksgerichteten PRD wie Anwälte der Grundbesitzer verhalten. Florencio Salazar hat in einem Zeitungsinterview gesagt, dass eine neue Reform des Verfassungsartikels 27 nötig wäre, um so die Investoren zu beruhigen, dass die Sicherheit ihrer Investitionen gewährleistet ist. Der veränderte und verstümmelte Gesetzentwurf der Parlamentarischen Vermittlungskommission Cocopa zielt auf eine neue Gegenreform. Die Frage Chiapas, Oaxaca, Guerrero, die Frage der Bauern allgemein, ist weiterhin die Frage des Landbesitzes, und eine neue agrarische Gegenreform kündigt sich an.

Am Ende der Verhandlungen von San Andrés einigten sich beide Parteien darauf, dass das Thema des Landbesitzes noch offen sei. Ich habe Fox dazu direkt befragt, ob er, der so gerne Reformer ist und sich angeblich mit Marcos so gut versteht, angesichts dessen, dass der Konflikt in Chiapas nur über eine Agrarreform lösbar ist, denn zu diesem Schritt bereit sei. Woraufhin er mir antwortete: "Nicht mal, wenn ich bescheuert wäre." Denn eine Agrarreform habe es in Mexiko ja bereits gegeben. Wenn man also das Gesetz, den PPP und den Druck, den die USA zur Privatisierung des Energiesektors ausüben, betrachtet, dann wird deutlich, wie dringend Fox eine Übereinkunft mit den Zapatistas brauchte. Nach der Mobilisierung der Zapatistas und der anschließenden Verabschiedung des Gesetzes gibt es viele Debatten in den zapatistischen Gemeinden. In einigen Gemeinden wird scheinbar daran gedacht, die Verhandlungen abzubrechen. Kräfte wie die EPR und die ERPI, die auch in Chiapas präsent sind, scheinen mehr Sympathien zu gewinnen. Kurzum, die Situation in Chiapas ist kompliziert. Es kommt zusätzlich zu verstärkter, wenn auch unbewaffneter, paramilitärischer Präsenz, die den Konflikt anheizt. Die gesellschaftlichen Widersprüche befinden sich in Chiapas ganz offensichtlich auf einer neuen Stufe. Während es einerseits Fox nützen würde, möglichst schnell den Konflikt zu befrieden, so schafft auf der anderen Seite die Dynamik der einzelnen Gruppen vor Ort selbst einen stark instabilen Rahmen für die weitere Entwicklung. In gewissem Sinne lässt sich sagen, dass Mexiko einer möglichen Spaltung, einer antagonistischen Polarisierung, gegenübersteht. Auf der einen Seite haben wir diejenigen, die das Privatisierungsprojekt der jetzigen Regierung unterstützen, und auf der anderen Seite lässt sich ein wenig konturiertes, demokratisches und noch schwaches Gegenprojekt finden.

22. Kolumbianische Arbeitsteilung. Regierung, Ultra-Rechte, EU und USA gemeinsam gegen Guerilla

Regierung, Ultra-Rechte, EU und USA gemeinsam gegen Guerillas

Autor: Raul Zelik · Rubrik: US-Imperialismus; Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:12

Während der Europa-Rundreise des konservativen Präsidenten Andrés Pastrana im April zeigte sich die kolumbianische Regierung von ihrer friedlichsten Seite. Man werde die Verhandlungen mit der Guerilla fortführen, die Drogenbekämpfung nicht weiter militarisieren und verstärkt auf soziale Hilfsprogramme setzen, erklärte Pastrana. Die Absicht hinter dem moderaten Auftreten war leicht zu durchschauen: Jene Kritiker, die den im Wesentlichen von US-Militärberatern entwickelten Plan Colombia für einen verkappten Interventionsplan halten, sollten besänftigt werden.

Und tatsächlich kamen Pastranas Erklärungen in Europa gut an. Die EU-Verantwortlichen zeigten sich zwar auch nach dem Besuch skeptisch gegenüber der US-Politik in der Andenregion, verpflichteten sich gleichzeitig aber zu einer finanziellen Unterstützung Pastranas in Höhe von über 300 Millionen Euro.

Dabei kann der Kontrast zwischen Außendarstellung der Regierung und der Wirklichkeit im Land kaum extremer ausfallen: Noch nie zuvor begingen Armee und die mit ihnen verbündeten Paramilitärs in Kolumbien so viele Menschenrechtsverletzungen wie im Jahr 2001. Die Aufrüstung der Streitkräfte geht dank der US-Finanzspritze in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar in Riesenschritten weiter, und ein immer größerer Teil der kolumbianischen Eliten, darunter auch Minister der Pastrana-Administration, plädiert für eine militärische Lösung des Konflikts. Gleichzeitig stehen die Friedensprozesse mit den Guerillaorganisationen vor dem Scheitern. Das guevaristische Nationale Befreiungsheer (ELN) erklärte noch vor Pastranas Abflug Richtung Stockholm die Gespräche für ausgesetzt, der Sprecher der größeren, kommunistischen Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), Raúl Reyes, zog Anfang Mai nach und bekundete, dass weitere Gespräche keinen Sinn machten, solange die Regierung bereits getroffene Vereinbarungen nicht umsetze. Reyes bezog sich dabei auf ein im Januar unterzeichnetes Abkommen, das den Austausch kranker Kriegsgefangener vorsieht und von der Regierung seitdem einfach ignoriert wird.

FARC und ELN beenden Gespräche

Tatsächlich hat die Pastrana-Administration trotz gegenteiliger Bekundungen in den drei Jahren ihres Mandats sehr wenig für eine politische Lösung des Bürgerkriegs getan. Besonders deutlich wird das beim Konflikt mit der ELN, der sich auf den Süden des Departments Bolivar fokussiert, eine 350 Kilometer nördlich von Bogotá gelegene Verwaltungsprovinz. Dort, in den verkehrstechnisch kaum erschlossenen Bergwäldern der Serranía San Lucas, besitzt die ELN seit Anfang der 70er Jahre ihre wichtigste Bastion. Etwa ein Fünftel der 6.000 ELN-Guerilleros sind hier konzentriert, und es war lange Zeit die ELN, die als eine Art Parallel-Regierung in der Region Sozialprogramme finanzierte, Mindestlöhne fest setzte und zumindest Teile des Regenwalds vor Kahlschlag schützte. Die Lebensbedingungen der Kleinbauern, Indígenas und Goldschürfer hatten zwar wenig mit den romantischen Vorstellungen eines "befreiten Gebiets" zu tun, aber immerhin existierte im Einflussgebiet der ELN eine Ordnungsmacht, die gewisse Mindeststandards garantierte und der Korruption einen Riegel vorschob.

Seit 1998 ist es mit dem relativen Frieden im Department Bolívar vorbei. Damals formierte sich ein skurril anmutendes, für Kolumbien jedoch nicht untypisches Bündnis zur Rückeroberung der Region: Dem US-kanadischen Unternehmen Corona Goldfields ging es um den freien Zugang zu den Goldvorkommen der Serranía, die als die reichsten auf dem amerikanischen Kontinent gelten. Die Strategen im kolumbianischen Generalstab setzten sich zum Ziel, einen von der Grenze Panamas bis nach Venezuela reichenden Militärkorridor zu etablieren, um so die Versorgungswege der Guerilla dauerhaft zu unterbrechen. Und die mit der Armee kooperierenden Paramilitärs interessierten sich schlichtweg für die zum Koka-Anbau bestens geeigneten Täler der Bergwaldregion.

Die anlaufenden Operationen richteten sich - ganz nach dem Motto "dem Fisch das Wasser entziehen" - gegen die Zivilbevölkerung. Geschützt von Luftwaffe und Streitkräften sickerten Paramilitärs in das Gebiet ein

und veränderten etappenweise die Sozialstruktur der Region. Es war wie so oft: Zunächst werden selektive Morde an Aktivisten sozialer Organisationen verübt, dann folgen Massaker und Vertreibungen, und schließlich wird eine neue Bevölkerung angesiedelt, die über die Koka-Produktion mit den Paramilitärs ökonomisch verbunden ist.

USA und EU - Aufgabenteilung

Als Reaktion auf diese Politik setzten sich im August 1998 10.000 Menschen aus dem Department Bolívar in Bewegung, um die damals neu angetretene Regierung Pastrana in die Pflicht zu nehmen. Doch der selbst ernannte "Friedenspräsident" ließ gegen die Protestierer nicht anders vorgehen, als es die Regierungen vor ihm gemacht hatten. Vor der US-Botschaft in Bogotá protestierende Goldschürfer wurden vertrieben und - auf Veranlassung des Erzbischofs - auch aus der Kathedrale der Hauptstadt geräumt. Den 10.000 Demonstranten in der Erdölstadt Barrancabermeja hingegen, die zu zahlreich waren, um verhaftet zu werden, machte Pastrana im Oktober 1998 weit reichende Versprechungen. Er unterzeichnete ein Abkommen zum Schutz der Menschenrechte im Department Bolívar und verpflichtete sich zum Kampf gegen die Paramilitärs.

Wie die meisten Vereinbarungen, welche kolumbianische Regierungen in den vergangenen 20 Jahren unterschrieben, wurde allerdings auch dieses nie in die Tat umgesetzt. Die in Menschenrechtsverletzungen verwickelten Armee-Einheiten wurden nicht, wie versprochen, zurückgezogen, sondern vielmehr die Präsenz der Paramilitärs ausgedehnt. Unmittelbar nach der Rückkehr der Bauern in die Dörfer gab es eine neue Welle selektiver Morde. Edgar Quiroga, Anführer der Proteste, wurde von der Armee verhaftet, gefoltert und ermordet. Insgesamt sind seit 1998 in der Region 600 Menschen von Sicherheitskräften und ihren Todesschwadronen getötet worden, viele Tausend Bauern sind auf der Flucht.

Doch das paramilitärische Projekt in Kolumbien beschränkt sich nicht mehr nur auf Repression. Da sich der Süden Bolívars im Zusammenhang mit den Friedensgesprächen mit der ELN zum Politikum verwandelte, begann die Ultra-Rechte auch mit "politischen" Aktivitäten. Während die FARC auf bilaterale Gespräche mit der Regierung setzte, schlug die ELN einen breit angelegten gesellschaftlichen Dialog, in Form einer so genannten Nationalkonvention, vor. In acht, über ein Jahr verteilten Sitzungen sollten 300 Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in einem von der ELN kontrollierten Gebiet, der so genannten zona de encuentro über die Aspekte der kolumbianischen Krise und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung diskutieren.

Um die Demilitarisierung eines Gebiets für die Gespräche zwischen Gesellschaft und der ELN zu verhindern, blockierte eine so genannte "Bewegung gegen die Räumung" mehrmals die Überlandstraßen zwischen Landesinnerem und Atlantikküste. In den Medien war von Bevölkerungsprotesten gegen die Guerilla die Rede. Wer jedoch in der Region nachforschte, konnte feststellen, dass die Protestbewegung von Armee und Paramilitärs inszeniert worden war. In den betroffenen Gemeinden wurden Bauern mit gezogener Waffe zur Teilnahme an den Protesten gezwungen, der Transport wurden von den Streitkräften organisiert, und aus dem Verteidigungsministerium gab es unverhohlene Solidaritätsbekundungen.

Die ELN-Guerilla versuchte daraufhin mit politischem und militärischem Druck die Demilitarisierung des südlichen Bolívars zu erzwingen. Sie trug den Krieg in die Großstadt Cali, wo sie in einem Villenviertel mehr als 100 Kirchgänger entführte, blockierte wochenlang die wichtigsten Straßenverbindungen, und bemühte sich gleichzeitig auf internationalem Parkett um die Einrichtung einer Überwachungskommission für die geplante demilitarisierte Zone. Das Konzept schien zunächst aufzugehen: Ähnlich wie im Fall der FARC zwei Jahre zuvor reagierte die Pastrana-Regierung auf Druck und unterzeichnete im Dezember 2000 ein 100 Punkte umfassendes Dokument zur Einrichtung der so genannten Zona de Encuentro, die anders als die von den FARC kontrollierte Zone im Süden des Landes nicht als militärisches Rückzugsgebiet genutzt werden dürfte. Doch obwohl die Vereinbarung unter Beteiligung der "Gruppe befreundeter Länder" (Spanien, Frankreich, Norwegen, Kuba und der Schweiz) zu Stande kam, beließ es die Pastrana-Regierung auch in diesem Fall bei einer Verlautbarung. Anstatt den Rückzug der Armee anzuordnen, ließ sie die Militärs im März 2001 eine neue Offensive in der Region starten. Die Ortschaft Vallecito, in der sich kurz zuvor Regierungsunterhändler mit der ELN-Führung getroffen hatten, wurde zum dritten Mal innerhalb von 18 Monaten völlig zerstört; gleichzeitig besprühten Polizei-Flugzeuge im Rahmen des Anti-Drogen-Programms das Gebiet mit Herbiziden - und zwar auch in Tälern, in denen es gar keinen Koka-Anbau gibt.

Pastrana: Opfer der Ultra-Rechten?

Seitdem wird darüber spekuliert, ob sich Präsident Pastrana in der Frage der Friedensverhandlungen nicht gegen die Militärs durchsetzen will oder es nicht kann. Tatsache ist, dass die Ultra-Rechte in Kolumbien explosionsartig wächst und sich auch als politische Kraft zu profilieren versucht. Die wichtigsten Köpfe dieser vom deutschstämmigen Industriemagnaten Ardila Lülle unterstützten Bewegung sind (neben dem Paramilitärkommandanten Carlos Castaño) der Ex-General Haroldo Bedoya sowie der ehemalige Gouverneur von Antioquia, der Liberale Alvaro Uribe Vélez. Dank ausführlicher Interviews in Ardila Lülles Fernsehsender RCN haben alle drei in den vergangenen Monaten immens an Popularität gewonnen. Selbst Carlos Castaño, der einen erheblichen Teil des kolumbianischen Drogenhandels kontrolliert und für Hunderte von Massakern verantwortlich ist, genießt in den städtischen Mittelschichten wachsenden Zuspruch.

Das Bedrohlichste an der Ultra-Rechten ist jedoch nicht die wachsende Unterstützung im Land selbst, sondern die Tatsache, dass sie zumindest teilweise auf Rückendeckung von den US-Geheimdiensten zählen kann. So wurde Carlos Castaño Ende der 80er Jahre im Krieg gegen den Drogenbaron Pablo Escobar regelrecht von der DEA aufgebaut und unterhielt, nach Angaben des Miami Herald, über seinen Vertrauten Nicolás Vergonzoli in den vergangenen Jahren mehrfach Kontakt zur US-Justiz und der DEA. Haroldo Bedoya gehört zu den von den US-Streitkräften ausgebildeten Offizieren, und Ex-Gouverneur Uribe Vélez schließlich hat unter anderem bei der Festnahme des deutschen Agenten Mauss eng mit US-Sicherheitsdiensten zusammengearbeitet.

Ob Präsident Pastrana von dieser Ultra-Rechten nun intern entmachtet worden ist oder einfach eine Art Arbeitsteilung zwischen den beiden Seiten - hier die Militärs für die schmutzigen Aufgaben, da der Demokrat, der die finanzielle Unterstützung im Ausland organisiert - existiert, ist vor diesem Hintergrund keine allzu entscheidende Frage. Tatsache ist, dass Pastrana zu den traditionellen Eliten des Landes gehört und letztlich immer für die Aufrechterhaltung des Status Quo gearbeitet hat. Und aus diesem Grund hat der Friedensprozess auch kaum noch eine Chance. Dank Pastranas Politik besitzt das kolumbianische Establishment so viele Mittel wie noch nie für ihre militärische Lösung.

EU-Kommissar Chris Patten betonte zwar unlängst, Kolumbien sei für die EU der Testfall einer gegenüber den USA eigenständigen (sollte wohl heißen: einer weniger militärischen) Außenpolitik, aber auf einen Konflikt werden es die europäischen Regierungen nicht ankommen lassen. So wie sich Pastrana und seine Generäle die Aufgaben teilen, werden auch die USA und die EU "friedlich" koexistieren. Während die ersten die kolumbianische Armee aufrüsten, zahlen die zweiten jene Sozialprogramme, die die Regierungspolitik gegen Proteste absichern soll.

Raul Zelik

23. "Du willst es nicht wahr haben." Ein neuer Film dokumentiert das "Verschwindenlassen" in Kolumbien

Autor: Matthias Döring · Rubrik: Kolumbien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:16

300 Oppositionelle, Studierende, GewerkschafterInnen, AnwältInnen, Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen oder militanten Gruppen werden in Kolumbien jährlich verschleppt und ermordet. Menschenrechtsorganisationen schätzen die Gesamtzahl der Verschwundenen auf etwa 4.200. Meist werden die Opfer auf offener Straße mit Waffengewalt in ein wartendes Auto gezerrt; ihnen bleibt manchmal gerade noch Zeit, Umstehenden ihren Namen oder eine Telefonnummer zuzurufen. Ihre Leichen werden selten gefunden oder aber die Opfer sind gefoltert, verbrannt und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, so dass sie nur schwer identifiziert werden können.

Ein neuer Dokumentarfilm versucht das Thema zu enttabuisieren und den politischen Kampf der Verschwundenen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Der 53-minütige Film "Den Verschwundenen eine Stimme!" von Erick Arellana Bautista und Pedro Campoy beschreibt die unermüdliche Arbeit der Angehörigen der Verschwundenen, wie sie versuchen, die Fälle öffentlich zu machen und gegen die Straflosigkeit zu kämpfen. Der vergangenes Jahr fertig gestellte Film liegt jetzt auch in Deutschland vor.

Das gewaltsame Verschwindenlassen ist spätestens seit der von den USA entwickelten Doktrin der "Nationalen Sicherheit" in Lateinamerika Teil staatlicher und militärischer counter insurgency. In Guatemala wurde das Verschwindenlassen erstmals 1963 registriert, in Brasilien 1964. In Chile verschleppten Militärs nach dem Sturz Allendes Hunderte von RegimegegnerInnen, in Argentinien verschwanden nach dem Militärputsch 1976 mindestens 25.000 Oppositionelle. 1999 verzeichnete die Arbeitsgruppe Erzwungenes oder Unfreiwilliges Verschwinden (AGEUV) der UNO gewaltsames Verschwindenlassen durch Militär, Polizei und andere Sicherheitskräfte in mindestens 63 Ländern, darunter neben vielen lateinamerikanischen Staaten auch die Türkei, Ruanda, Indonesien, Irak oder Sri Lanka. Die Guerillera Omaira Montoya war 1977 die erste, deren Verschwinden in Kolumbien dokumentiert wurde

"Du brauchst Gewissheit"

1978 wurde Turbay Ayala zum neuen Präsidenten Kolumbiens gewählt. Ayala schuf ein immer repressiveres politisches Klima. Er erließ das sogenannte "Sicherheitsstatut", das den Militärs neben anderen Kompetenzen erlaubte, paramilitärische Einheiten aufzubauen. Zusammen mit Geheimdiensten und Polizei systematisierten sie das Verschwindenlassen als Teil der Aufstandsbekämpfung. Der ab 1982 amtierende Präsident Betancur ließ der Opposition wieder größeren Spielraum und bemühte sich scheinbar um die Legalisierung verschiedener Guerillas. Seine Politik diente allerdings dazu, dem Widerstand Namen und Gesicht zu geben und die Opposition dadurch zur Zielscheibe von Attentaten und Verschwindenlassen werden zu lassen: Tausende wurden ermordet oder verschleppt, allein die linke Union Patriotica verlor über 4.000 ihrer Mitglieder.

Die betroffenen Familien können zwar den Tod ihrer Angehörigen vermuten, die Möglichkeit, die Verschwundenen zu bestatten und damit ihren Tod zu verarbeiten, bekommen sie aber selten: "Du brauchst Gewissheit, du weißt zwar, dass er tot ist, aber du willst es nicht wahrhaben. Dein Gefühl lässt das nicht zu", erzählt Yolanda Rodriguez, Ex-Guerillera der M-19. So suchen die Angehörigen oft jahrelang zunächst in den Krankenhäusern, Leichenhallen, Müllhalden, in den Straßen oder der Umgegend; sie rufen FreundInnen und Bekannte an und drucken Plakate. Oft wagen sie nicht, die Fälle öffentlich zu machen oder anzuzeigen in der Hoffnung, dass die Angehörigen noch am Leben sind und freigelassen werden. Viele werden unter diesen Umständen traumatisiert und krank. NachbarInnen, Bekannte und sogar Verwandte ziehen sich zurück aus Angst, selbst in die Nähe verschwundener politischer AktivistInnen gerechnet zu werden. Aber auch das politische Umfeld wird verunsichert: Niemand weiß, was die Verschleppten unter Folter über die Strukturen preisgaben; wer als nächstes zum Verschwinden gebracht wird. "Das Verschwindenlassen ist vernichtend: Es schwächt das soziale Netz, denn du triffst damit auch die Freunde und Angehörigen. Das gewaltsame Verschwindenlassen hat eine wichtige Funktion in einer Politik radikaler Aufstandsbekämpfung", kommentiert die Anwältin der kolumbianischen Juristenkommission, Tatiana Rincón.

Auch Josefa Joyas Sohn Edilbrando verschwand. 1982 wurde er zusammen mit 13 anderen Studierenden verschleppt. In dieser Zeit begannen sich die Angehörigen zu organisieren, sie gingen auf die Straße, um die Freilassung der in Haft vermuteten Verschleppten zu fordern. Josefa Joya gehörte zu den Gründerinnen der kolumbianischen Angehörigenorganisation Vereinigung der Angehörigen der verschwundenen Verhafteten ASFADDES. Sie unterhält ein nationales Büro in Bogotá und mehrere Regionalbüros. Die Organisation wurde zum letzten Strohhalm für viele, die bis dahin keine politischen Einflussmöglichkeiten hatten; alle kamen durch persönliche Betroffenheit zur politischen Arbeit bei ASFADDES: "Ich wusste nichts vom politischen Leben, nichts über den Staat und nichts von politischen Dingen. Die Suche nach unseren Angehörigen war für uns eine Schule", erzählt die spätere Geschäftsführerin Josefa Joya. ASFADDES versucht seitdem, die Fälle öffentlich zu machen und die Angehörigen zu unterstützen.

In Leichenhallen, Krankenhäusern und Müllhalden

Die Arbeit von ASFADDES gliedert sich in vier Tätigkeitsfelder: Dokumentation und Unterstützung (Verfolgen jedes Falles angefangen bei der Suche, der Beweissammlung und ZeugInnen bis hin zur Erstattung der Anzeigen); das Verschwindenlassen anzeigen (gegenüber staatlichen Behörden sowie Nichtregierungsorganisationen, UNO, OEA. Urgent Actions, Mobilisierung durch öffentliche Proteste, Demonstrationen, friedliche Aktionen); Bildung und Erziehung (Beratung, Ausbildung der Angehörigen von Verschwundenen, moralische und psychische Unterstützung); Finanzielle Hilfe (Unterstützung der Angehörigen in Krisensituationen. Solange beispielsweise keine Leiche gefunden wird, ist es mühsam, den Status als Witwe oder Waise anerkennen zu lassen).

"Wir haben die Anzeige bei den Henkern gemacht", erzählt Josefa Joya über den Versuch, das Verschwindenlassen ihres Sohnes Edilbrando durch die Polizei aufklären zu lassen. Tatsächlich gibt es in sehr vielen Fällen Indizien oder Aussagen von ZeugInnen, die belegen, dass die Polizei, das Militär oder deren Geheimdienste F2, B2, DIJIN oder SIJIN verwickelt sind. Vor allem auf dem Land sind die Akteure paramilitärische Gruppen, in jüngster Zeit auch mehr und mehr Viehzüchter und Angehörige des Drogenhandels.

Die Aufklärungsquote ist gering, 99% aller Fälle bleiben straflos. Etwaige ZeugInnen haben Angst, selbst zum Opfer zu werden, und machen bei der Polizei keine Aussagen. Ohne ZeugInnen allerdings kann nicht einmal eine Anzeige wegen Entführung erstattet werden. Bloße Vermisstenanzeigen nimmt die Polizei nicht ernst und argwöhnt, die Verschleppten seien untergetaucht und hätten sich klandestinen Gruppen angeschlossen. Oder die Beamten werten das Verschwindenlassen als Indiz, dass die Betroffenen gegen den Staat gearbeitet haben. Andere Anzeigen werden manipuliert oder in Abwesenheit der Angehörigen kommentiert; die Behörden benutzen sie, um im Nachhinein belastendes Material über die Verschwundenen zu sammeln.

Die Angehörigen bekommen oft keine Kopie der Anzeige ausgehändigt. So erging es Maria Helena Ruíz de Ospina, ebenfalls Mitglied von ASFADDES, als sie das Verschwinden ihres Mannes bei der Bundespolizei DAS anzeigen wollte. Ihr wurde nach zwei Wochen mitgeteilt, dass der Geheimdienst der Polizei F2 ihn entführt hätte, sie aber nichts ausrichten könnten, weil es zwischen DAS und F2 "Diskrepanzen gibt". In einem anderen Fall fand sich ein Taxi, in welches das Opfer gezwungen wurde, auf dem Parkplatz der Bundespolizei DAS wieder. Es wurde bekannt, dass ein Agent des DAS zusammen mit 18 anderen Polizisten in den Fall verstrickt ist. Er war bis dahin Chef einer Anti-Entführungseinheit und als "ehrenhafter Ermittler" ausgezeichnet. Als Haftbefehle erlassen wurden, floh er. Ein anderer der Gruppe ist nun Chef einer paramilitärischen Einheit im Magdalena Medio.

Mehr Glück hatten die Angehörigen der 1987 verschwundenen Nydia Erika Bautista: Ein Oberst des Militärs, der selbst um sein Leben fürchtete, wandte sich an den Menschenrechtsbeauftragten Kolumbiens, um Schutz im Austausch gegen Informationen zu finden. Durch seine Aussagen wurde drei Jahre nach dem Verschwindenlassen die Leiche der Ex-Guerillera auf einem Friedhof gefunden. Sie war als Namenlose bestattet worden. Die Angehörigen erreichten gemeinsam mit dem Menschenrechtsbeauftragten Hernando Valencia Villa nach langwieriger Öffentlichkeitsarbeit, dass der Fall 1995 wieder aufgenommen und ein Jahr später ein verantwortlicher General vom Militär suspendiert wurde - ein bis dahin einmaliger Vorgang. Dem zum Trotz wurde der entlassene General im gleichen Jahr mit der höchsten militärischen Auszeichnung des Landes für "gute Führung" geehrt - ein "blutiger Scherz", so der damalige Menschenrechtsbeauftragte, er "spottet der Justiz und der staatlichen Autorität".

Seit 12 Jahren arbeitet ASFADDES daran, das Verschwindenlassen als strafrechtlich relevantes Delikt anerkennen zu lassen, damit die Polizei auch ohne Leiche oder ZeugInnen gezwungen ist, Ermittlungen aufzunehmen. Das Militär konnte entsprechende Gesetzentwürfe, die von den Kammern zuvor beschlossen wurden und denen lediglich die Unterschrift der jeweiligen Präsidenten fehlte, durch gezielte Lobbyarbeit immer wieder torpedieren. Im Sommer 2000 erließ die Regierung Pastrana endlich ein Gesetz, das das Verschwindenlassen als "Verbrechen gegen die Menschheit" anerkennt. Das Verschwindenlassen hat dennoch nicht aufgehört.

"Die Suche war für uns eine Schule"

Wegen der unermüdlichen Arbeit gegen die Straflosigkeit sind die Mitglieder von ASFADDES selbst massiver Repression ausgesetzt. 1997 wurde beispielsweise in Medellín eine Bombe mit der Sprengkraft von fünf Tonnen Dynamit gelegt, die das Büro von ASFADDES zerstörte. Am 11. Juli 2000 wurde in Barrancabermeja Elizabeth Cana Cano ermordet, die als Zeugin vor dem Internationalen Meinungstribunal fungierte. Am 28. September 2000 lancierte die paramilitärische Organisation Autodefensas Unidades de Colombia AUC Todesdrohungen, die sich vor allem gegen Mitglieder der Menschenrechtsorganisationen CREDHOS und ASFADDES richten. Beide stünden auf einer "Säuberungsliste", die Guerilleros betreffe, die ermordet würden, wenn sie sich nicht zurückzögen. Das "Kommuniqué" bezieht sich auf "über zwanzig" Mitglieder von CREDHOS und drei von ASFADDES. Am 10. Oktober 2000 erhielt eine Mitarbeiterin von ASFADDES in Barrancabermeja einen Anruf, in dem sie unter Gelächter mit dem Tode bedroht wurde. In dieser Zeit wurde das Büro immer wieder auffällig von Männern in Autos und auf Motorrädern beobachtet. Im Herbst 2000 entschloss sich ASFADDES, wegen der Repression sechs Regionalbüros zu schließen.

Im Fall des Verschwindenlassens der 14 Studierenden, das 1982 zur Gründung von ASFADDES führte, wurde letztes Jahr Anklage gegen 54 Angehörige des Militärs und der Polizei erhoben. Daraufhin bekam auch die damalige Mitbegründerin Josefa Joya wieder anonyme Anrufe, Autos mit getönten Scheiben fuhren um den Block, verfolgten die Familienmitglieder oder parkten vor dem Haus. "Das Leben ist nicht mehr auszuhalten, sie verfolgen uns und werden uns umbringen." Zusammen mit vielen GenossInnen teilt Josefa Joya nun das Schicksal des Exils. Sie musste mit ihrer Familie nach Kanada fliehen.

Matthias Döring

"Den Verschwundenen eine Stimme!" von Erick Arellana Bautista und Pedro Campoy, Kolumbien 2000. (53 min.)

Verleih: Iska, Lausitzerstr. 10, 10999 Berlin, arellana@yahoo.com.

24. Abu Sayyaf meldet sich zurück. Erneute Geiselnahme in den Südphilippinen

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:23

In den frühen Morgenstunden des 27. Mai nahm die Abu Sayyaf generalstabsmäßig erneut 20 Geiseln (darunter drei US-amerikanische Staatsbürger), schipperte sie durch die Sulu-See und demonstrierte, dass Totgesagte länger leben. Und das nicht schlecht - mit Lösegeld und Duldung staatlicher Instanzen. Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo kündigte ein drakonisches Vorgehen an. Wenn das mal nicht voreilig war.

Die Abu Sayyaf-Truppe setzt sich aus desillusionierten Ex-Kombattanten der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) mit Kampferfahrungen in Afghanistan zusammen und wird protegiert von Regionalpolitikern und lokalen Geheimdienststellen auf den Inseln Basilan und Jolo. Sie betritt merkwürdigerweise immer dann die Bühne, wenn es gilt, die legitimen Autonomieforderungen der muslimischen Bevölkerung im Süden (der Moros) zu desavouieren und von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Das ist heute nicht anders als vor einem Jahr, als die Abu Sayyaf 21 Personen (darunter mehrere aus westlichen Ländern) auf der ostmalaysischen Insel Sipadan kidnappte und 139 lange Tage gleichermaßen Unterhändler, Militärs und Medienleute foppte.

Manila erklärte damals den Terroristen den "totalen Krieg" und lehnte kategorisch jede Lösegeldzahlung ab. Erst als die letzten westlichen Geiseln gegen Zahlung von ca. einer Million Mark pro Person freigekommen waren, entfesselte das Militär am 16. September 2000 eine Großoffensive gegen die vermeintlichen Stellungen von Abu Sayyaf. Resultat: Die Zivilbevölkerung geriet in die Schusslinie. Die Drahtzieher des Kidnapping, Ghalib Andang alias Commander Robot und seine Gefolgsleute deckten sich derweil mit neuen Schnellbooten und Waffen ein. Die Teilung der Beute zwischen Abu Sayyaf und dem damaligen Chefunterhändler Manilas, Roberto Aventajado, bescherte beiden Seiten volle Taschen und der Abu Sayyaf neue Anhänger.

Den libyschen Krisenmanager Abdul Rajab Azzarouq brachte so viel Politposse auf die Palme. Aventajado nämlich hatte hinter den Kulissen gemeinsame Sache mit einem anderen Dream-Team der Jolo-Unterwelt gemacht: mit Ernest Pacuno, einem Armeeoberst im Ruhestand mit dem Codenamen Dragon (Drache) und Onkel von Robot, sowie Samil Jumaani alias Dragonito (Kleiner Drachen), dessen Frau die Schwester eine der Ehefrauen Robots ist. Dieser Lösegeld-Poker gefährdete damals das Wohl und die schnellstmögliche Freilassung der Sipadan-Geiseln.

Nicht nur ist die Abu Sayyaf putzmunter wie eh. Sie agiert heute auf gehobenem Niveau und arbeitsteilig in drei Kommandos - als Patikul-, Talipao- und Basilan-Fraktion, benannt nach den Orten ihrer jeweiligen Operationsbasis auf Jolo und Basilan. Ihre Führer Commander Robot & Co. sowie Khadafy Janjalani (ein Bruder des erschossenen Abu Sayyaf-Gründers Abdurajak Janjalani) sind wohlauf und verfügen über eine bemerkenswerte Logistik. Unbehelligt erklärte ein Abu Sayyaf-Sprecher über Radio, Janjalani habe die drei amerikanischen und sieben philippinische Geiseln in seiner Obhut, während Commander Robot die restlichen zehn Geiseln "betreue". Unterstützung fanden und finden sie von einflussreichen lokalen zivilen und militärischen Kräften.

Bei den Militärs handelt es sich um einstige Kämpfer der MNLF, die im September 1996 mit Manila Frieden geschlossen hatte und seitdem einen Teil ihrer Kombattanten in die regulären Streitkräfte integrieren musste. Die Ex-MNLFler verbinden jedoch Freundschaften und verwandtschaftliche Bande mit der Abu Sayyaf und die wachsende Ablehnung ihres einstigen Idols Nur Misuari. Als Mitbegründer und Vorsitzender der MNLF hatte sich Misuari 1996 endgültig mit Manila arrangiert, erhielt im Gegenzug politische Posten und Pfründe und steht nach harscher Kritik vor einem Scherbenhaufen. Seit einigen Wochen, so ist aus internen MNLF-Kreisen zu erfahren, sei er faktisch kaltgestellt.

So war es kein Zufall, dass sich Manilas "totaler Krieg" seit Frühjahr 2000 vor allem gegen die zwischenzeitlich erstarkte Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) richtete, die nach wie vor für Unabhängigkeit eintritt. Etwa vier Mrd. Pesos (zirka 200 Mio. Mark) kostete dieser Waffengang, der nach offiziellen Verlautbarungen in Zentralmindanao und auf Jolo über eine halbe Million und nach Schätzungen kirchlicher und anderer NGO etwa 800.000 interne Flüchtlinge hinterlassen hat. Und ausgerechnet jene Kräfte in den Streitkräften und der Nationalpolizei, die bis vor kurzem noch als "Falken" agiert hatten, "drohen" der MILF nun erneut mit

Friedensverhandlungen, die sie im Sommer letzten Jahres einseitig torpediert hatten. Mitte März wurde nach einigen Ränken mit Generalleutnant Diomedio Villanueva ein Mann neuer Generalstabschef, der im Sommer letzten Jahres als Chef des Südkommandos (SouthCom) für die operativen Einsätze der ihm unterstellten 80.000 Mann (inklusive paramilitärischer Verbände) auf Mindanao und Jolo verantwortlich war und sich brüstete, die Infrastruktur der Abu Sayyaf genau zu kennen.

Diesen Kräften innerhalb der Regierung geht es um die Befriedung der MILF im Rahmen neuer Verhandlungen. Die bedeutsamen inner- wie außerparlamentarischen Getreuen des im Januar geschassten Präsidenten Estrada wollen zugleich seine Nachfolgerin als illegitim und durch die jüngsten Kommunal- und Kongresswahlen geschwächt vorführen. Im Kalkül beider Seiten lässt sich mit der Abu Sayyaf mal wieder innenpolitisch pokern. Erneut zum Leidwesen der Zivilbevölkerung im Süden.

Bleibt als Unbekannte die Reaktion der USA. Da nunmehr gleich mehrere ihrer Staatsbürger als Geiseln genommen wurden, soll die Schlagkraft der Counter-Terrorist Force (CTF) getestet werden. Die CTF, eine "Entwicklungshilfe" Washingtons an Manila nach dem Ende des Sipadan-Geiseldramas, ist eine aus zwei Kompanien der philippinischen Streitkräfte bestehende und eigens von US-amerikanischen Counterinsurgency-Experten gedrillte Eliteeinheit, die im Bedarfsfall von Marines unterstützt werden soll.

25. Präsidenten als nationale Sicherheitsrisiken. Folgt Wahid (Indonesien) Estrada (Philippinen) in den politischen Orkus?

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Asien allgemein; Indonesien; Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:24

Der erst seit Oktober 1999 amtierende indonesische Präsident Abdurrahman Wahid gerät ins Straucheln. Das Parlament hatte Wahid bereits Ende April ein zweites Mal wegen Korruptionsvorwürfen gerügt. Ende Mai nun wurde in Jakarta im Parlament erneut über ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten beraten. Die Beratende Volksversammlung, das höchste Organ der Legislative, soll nun im August über die Amtsenthebung Wahids entscheiden.

Angeblich soll Wahid, der dies kategorisch bestreitet, umgerechnet zirka sechs Millionen US-Dollar von der staatlichen Logistikbehörde Bulog und an Zuwendungen des Sultans von Brunei eingestrichen haben. Was unter Suharto "Peanuts" gewesen wären, kann heute dem Land neben einer latenten Staatskrise zusätzlich eine akute Regierungskrise bescheren.

Verschwindet nach dem philippinischen Ex-Schauspieler-Präsidenten Joseph Estrada nunmehr auch sein benachbarter Amtskollege im politischen Orkus? Einiges spricht dafür, wenngleich beide Personen unterschiedlicher kaum sein könnten. Estrada war ein Zögling der Marcos-Diktatur und setzte wie sein Mentor in Zeiten innenpolitischer Krisen auf den "totalen Krieg" gegen seine politischen Gegner. Wahid hingegen, der zivile Umgangsformen und Dialog favorisierte, um Krisen zu entschärfen, entstammt einer angesehenen Gelehrtenfamilie.

Estrada verfing sich im Gestrüpp elitärer Vetternwirtschaft und führte am Ende seiner nur zweieinhalbjährigen Amtszeit die Staatsgeschäfte in mafioser Manier. "Erap für die Armen", des Präsidenten Lieblingsslogan in besseren Zeiten, ebnete anstelle der Marginalisierten früheren Spießgesellen des Marcos-Regimes (1966-86) erneut den Weg zu politischen Ämtern und Pfründen. Wahid war ein taktisch versierter Widersacher des Terrorregimes und darauf bedacht, dessen katastrophales wirtschaftliches, soziales und politisches Vermächtnis zu beseitigen. Allerdings sind nirgendwo sonst in so kurzer Zeit so viele Menschen verarmt und durch interethnische Konflikte ins Elend gestürzt worden, wie das in Indonesien seit dem Suharto-Rücktritt vor drei Jahren der Fall ist.

Wenngleich Wahid Umbesetzungen an der Spitze der Streitkräfte erwirkte, gegen Offiziere sowie Mitglieder des Suharto-Clans wegen Menschenrechtsverletzungen und Veruntreuung von Staatsgeldern ermitteln ließ (was Estrada nicht im Traum eingefallen wäre), verfügen die Sachwalter des ancien régime nach wie vor über ein Arsenal offener und verdeckter Destabilisierungsmethoden. Vor allem die erstarkten Unabhängigkeitsbestrebungen in Aceh, Westpapua (Irian Jaya) und den Molukken arbeiten den Militärs und von ihnen tolerierten paramilitärischen Banden in die Hände. Sie verweisen auf den drohenden Zerfall des Zentralstaates und präsentieren sich als dessen einzig intakte Instanz zur Wahrung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung.

Unabhängig von Wahids exzentrischem, streckenweise - wohl auch krankheitsbedingt - unberechenbarem Amtsstil besteht sein eigentliches Dilemma darin, dass er in prekären Zeiten wie diesen nicht auf Dauer gegen das Militär regieren kann - dieses freilich sehr wohl ohne ihn. Das musste er vor allem in den vergangenen Tagen erfahren. Sollte man ihn absetzen wollen, erklärte der Präsident, erwäge er die Ausrufung des Notstands und würde das Militär anweisen, entsprechend zu handeln. Doch warum sollte dieses ausgerechnet für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen? Zwischenzeitlich unternahm Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri, den Mythos ihres Staatsgründer-Vaters im Rücken, eigene Avancen. Sie, die sich niemals kritisch über das Militär und deren Rolle geäußert hatte, traf mehrfach mit Armeekommandeuren zusammen, um sich deren Rückhalts zu vergewissern, sollte sie Wahid im Amt ablösen. Damit wäre wiederum das Militär aufgewertet: Kein gutes Omen, mit dessen Hilfe die komplexen Probleme auf dem Archipel zu lösen.

Estrada hingegen erlebte bereits, was vor ihm keinem philippinischen Präsidenten widerfuhr: Ende Juni 1998 euphorisch in den Präsidentenpalast zu Manila eingezogen, musste er Mitte Januar 2001 unzeremoniell durch

dessen Hintertür entweichen. Massendemonstrationen und die Abkehr hochrangiger Sicherheitskräfte von ihrem Oberkommandierenden besiegelten sein vorzeitiges politisches Aus. Schockierend ist für viele Filipinos, den kürzlich noch obersten Repräsentanten des Staates und ihr einstiges Idol nunmehr wegen "wirtschaftlicher Plünderung" in U-Haft sitzen zu sehen. Bereits nach gut 100 Tagen im Amt wurde die neue Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo von zum Unheil bringenden Mob hochstilisierten "masa" (Massen) herausgefordert, die mit Haumessern Estradas Comeback erzwingen wollen.

Hinter den gewaltsamen Demonstrationen zogen die noch immer agilen inner- wie außerparlamentarischen Restposten der Marcos-Ära die Strippen. Sie sehen in Arroyo ein illegitimes Staatsoberhaupt, wittern, wie Juan Ponce Enrile (unter Marcos Verteidigungsminister), Gregorio Honasan und Ex-Polizeichef Panfilo Lacson, Morgenluft und spekulierten nicht zu Unrecht auf ein gutes Abschneiden ihrer Günstlinge der Puwersa ng Masa (Stärke der Massen)-Koalition bei den Kongress- und Kommunalwahlen. Tatsächlich öffnete die Präsidentin mit der Festnahme ihres Vorgängers vor den Wahlen am 14. Mai und der zeitweiligen Ausrufung des Notstands die Büchse der Pandora. Das ihr nahe stehende People Power Coalition-Wahlbündnis musste eine Schlappe hinnehmen, die Arroyo jetzt durch Scharwenzeln um ihren prominentesten Häftling wettzumachen sucht. Eine Farce; das Eigentliche, die überfällige Aufarbeitung der Marcos-Ära, droht im traditionellen Politikaster unterzugehen und die Lage auf Dauer zu destabilisieren.

Kurzum: Schwere Zeiten auch für (Vize-)Präsidentinnen - zumal wenn Kräfte des Alten in Verbindung mit dem Militär eine dringend notwendige neue Politik konterkarieren.

Rainer Werning

26. Gewaltkonflikte im Südpazifik (Teil II). Salomonen zwischen Krieg und Frieden

Autor: Vo · Rubrik: Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:14

Vor ziemlich genau einem Jahr, am 5. Juni 2000, putschten auf den Salomonen Teile der Polizeikräfte gemeinsam mit der Miliz "Malaita Eagle Force" (MEF), übernahmen die Macht in der Hauptstadt Honiara und setzten die demokratisch gewählte Regierung des Premierministers Ulufa'alu ab. Danach eskalierten die Kämpfe zwischen der MEF und einer gegnerischen Miliz, dem Isatabu Freedom Movement (IFM). Im Oktober 2000 kam es zu Friedensgesprächen in Townsville, Australien, die mit dem "Townsville Peace Agreement" (TPA) abgeschlossen werden konnten. Die Lage ist gleichwohl auch heute noch unsicher, der Ausgang der Bemühungen um eine Wiederherstellung des Friedens ungewiss.

Seit Mitte 1998 waren auf den Salomonen Spannungen zwischen der Bevölkerung der Hauptinsel Guadalcanal und Zuwanderern von der Nachbarinsel Malaita gewaltförmig eskaliert. Vom dicht besiedelten Malaita kamen mit der Zeit fast 60.000 Menschen nach Guadalcanal. Sie ließen sich in der Hauptstadt Honiara und Umgebung nieder und suchten Beschäftigung im modernen Sektor, d.h. auf den Plantagen, in der Fischerei (Thunfisch), der einzigen Goldmine des Landes, im Handel und insbesondere auch im Staatsapparat. Letzteres führte dazu, dass MalaitanerInnen in Politik, Verwaltung und Polizei der Salomonen überrepräsentiert sind. Zu Problemen kam es wegen des von den Zuwanderern für Siedlungszwecke beanspruchten Landes. Land ist auf den Salomonen auch heute noch zu mehr als 85% im gemeinschaftlichen Besitz von Clans. Es ist in der noch weitgehend auf Subsistenzwirtschaft beruhenden salomonischen Gesellschaft ebenso wie auf Bougainville (s. Teil I in der letzten ak) und in Melanesien generell von großer ökonomischer und sozialer, aber auch kultureller und spiritueller Bedeutung. Landkonflikte sind daher äußerst brisant und eskalationsträchtig. Die Zuwanderer aus Malaita ließen sich in und um Honiara in ausgedehnten "squatter settlements" nieder. Die rechtliche Seite dieser malaitanischen Landnahme war oft unklar. Land wurde sowohl ohne rechtliche Grundlage besetzt als auch erworben bzw. zur Nutzung überlassen.

Krieg zwischen MEF und IFM

Eine Zuspitzung der Problemlage ergab sich dadurch, dass sich die Regierung Ulufa'alu angesichts dramatisch ansteigender Auslandsverschuldung und auf Grund von IMF und Weltbank auferlegten Strukturanpassungsprogrammen zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen sah. Verdienst und Beschäftigungsmöglichkeiten im modernen Sektor gingen in der Folge zurück; im öffentlichen Dienst, dem größten Arbeitgeber des Landes, kam es zu Lohnstopp und Personalabbau. Die Konkurrenz um die relativ wenigen Arbeitsplätze im formalen Sektor verschärfte sich. Freigesetzte Arbeitskräfte waren gezwungen, in die Subsistenzwirtschaft zurückzukehren, was wiederum den Druck auf das Land erhöhte.

In großen Teilen der Bevölkerung Guadalcanals entwickelte sich unter diesen Bedingungen die Wahrnehmung, von den negativen sozialen Prozessen besonders hart betroffen zu sein, während sich die MalaitanerInnen auf Grund ihrer Positionen und Beziehungen im Geschäftsleben sowie in Staat und Verwaltung zu schützen wußten. Und zu allem Überfluss hatten sich diese Zuwanderer auch noch auf guadalcanalesischem Land festgesetzt. Unter der indigenen Guadalcanal-Bevölkerung entstand eine militante Bewegung, das Isatabu Freedom Movement (Isatabu ist ein lokaler Name für Guadalcanal) , die die bereits lange schwelenden (Land-) Konflikte aktualisierte und als "Lösung" die Rückkehr der MalaitanerInnen auf ihre Heimatinsel forderte und mit einer Gewaltkampagne gegen die Zuwanderer begann. Die malaitanisch dominierte Polizei (eine Armee haben die Salomonen nicht) nahm daraufhin den Kampf gegen das IFM auf.

Mehr als 30.000 MalaitanerInnen mussten 1998/99 von Guadalcanal zurück auf ihre Heimatinsel fliehen. Anfang 2000 formierte sich auf ihrer Seite die MEF, die das IFM bekämpfte und nun ihrerseits Guadalcanalesen drangsalierte. Am 5. Juni 2000 übernahmen die MEF und Teile der Polizeikräfte in einer sog. "joint operation" die Macht in Honiara.

Die MEF erklärte dem IFM den "totalen Krieg". Durch die Übernahme von Waffen, Fahrzeugen und anderem Gerät der para-militärischen Polizeieinheiten und insbesondere der modern ausgerüsteten Patrouillenboote der Polizei war sie dem Gegner militärisch klar überlegen. Die IFM-Kämpfer behielten allerdings die Kontrolle

über die ländlichen Gebiete Guadalcanals; zudem brachten sie die Gold Ridge Mine (und die dort lagernden Sprengstoffvorräte) in ihre Gewalt.

Die MEF-Kämpfer gebärdeten sich in der Hauptstadt als die neuen Herren. Da im Zuge des Putsches auch das Gefängnis in Honiara von der MEF geöffnet und aufgelöst worden war, konnten sich nun auch zahlreiche kriminelle Elemente als Trittbrettfahrer betätigen. Kriminelle, aber auch MEF-Mitglieder plünderten Geschäfte, "beschlagnahmten" Privatautos und brannten Häuser nieder. Guadalcanalesen, zusehends aber auch andere Nicht-MalaitanerInnen waren Freiwild; viele Menschen flohen aus der Hauptstadt und der MEF-kontrollierten Umgebung. So teilten nunmehr Tausende von Guadalcanalesen das Schicksal der MalaitanerInnen als Flüchtlinge und Vertriebene (bis zu 10.000 Personen).

Ende Juni kam es auf Betreiben der MEF-Führung zur Bildung einer neuen Regierung unter Premierminister Sogavare, die faktisch von der MEF abhängig war. Gleichwohl gelang es Sogavare, in sein "Coalition Government of National Unity, Reconciliation and Peace" auch Mitglieder der ehemaligen Regierung Ulufa'alus einzubeziehen und die Tolerierung durch die parlamentarische Opposition sowie die Provinzregierungen zu erreichen. Auch Australien und die anderen Nachbarstaaten erkannten die neue Regierung relativ rasch an.

Zur Hauptaufgabe machte es sich Sogavare, einen Waffenstillstand zwischen IFM und MEF zu vermitteln. Ein solcher trat am 5. August 2000 in Kraft. In dem Abkommen wurden sog. "Areas of Influence" für die MEF und das IFM festgelegt, in denen sie die Kontrolle hatten, die sie aber nicht überschreiten durften. "Area of Influence" der MEF war im wesentlichen Honiara, mit bestimmten zusätzlichen Gebieten unmittelbar östlich und westlich der Hauptstadt. Überwacht werden sollte der Waffenstillstand von einem "Cease-Fire Monitoring Council", dessen Mitglieder einvernehmlich von Regierung, IFM und MEF bestellt wurden.

Es kam zwar zu vereinzelten Waffenstillstandsverletzungen, doch konnte der "Ceasefire Monitoring Council" jeweils erfolgreich intervenieren und die Lage wieder beruhigen. Gleichwohl war Guadalcanal auch nach der Waffenstillstandsvereinbarung noch weit von Sicherheit, Ordnung und Frieden entfernt. Guadalcanalesen konnten sich nicht in MEF-beherrschtes Gebiet trauen, MalaitanerInnen nicht in IFM-Gebiet.

Mitte Oktober 2000 begannen in Townsville unter australischer Vermittlung Friedensgespräche. An ihnen nahmen Delegationen des IFM, der MEF und der Regierung teil.

Nach sechstägigen Verhandlungen kam man schließlich am 15. Oktober zu einem Übereinkommen, dem TPA. Es sah u.a. die Einrichtung von entmilitarisierten Zonen, die Abgabe der Waffen durch die Milizen innerhalb von 30 Tagen, die Rückkehr der Kämpfer in ihre Heimatprovinzen und die Eingliederung ehemaliger Kämpfer in öffentliche Arbeitsprogramme vor. Überwacht werden sollte die Entwaffnung und die Einhaltung des Abkommens generell durch den Ceasefire Monitoring Council, welcher zum Peace Monitoring Council umgewandelt wurde, in Kooperation mit - unbewaffneten - australischen und neuseeländischen Soldaten und Polizisten, die ein International Peace Monitoring Team (IPMT) bilden und alle Waffen und Munition von MEF und IFM unter ihre Kontrolle nehmen sollten. Im Austausch gegen ihre Waffen wurde den Kämpfern der verfeindeten Milizen eine Amnestie zugesichert (ein entsprechendes Amnestiegesetz wurde Anfang April 2001 vom salomonischen Parlament verabschiedet). Schließlich einigte man sich auf eine detaillierte Untersuchung der Landkonflikte auf Guadalcanal und Verhandlungen zwischen der Zentralregierung und den Provinzregierungen von Malaita und Guadalcanal über besondere Hilfen und Entwicklungsprojekte für die beiden Provinzen.

Nach seiner Rückkehr aus Townsville erklärte der Führer der MEF, Andrew Nori, dass der Krieg vorbei sei, dass die MEF innerhalb von Tagen oder höchstens Wochen ihre Lager und Stellungen auflösen werde und dass die MEF-Kämpfer Honiara verlassen würden. Dem folgten allerdings keine Taten. Zwar beruhigte sich die Lage in der Hauptstadt etwas, doch faktisch blieb die MEF dort alleiniger Machtfaktor. Die Polizei war weiterhin durchsetzungsunfähig, weil sie Waffen und Gerät nicht zurückbekam. Die Frist, innerhalb derer die Kämpfer ihre Waffen aushändigen sollten, wurde mehrfach verlängert. Die Mitglieder des IPMT trafen zwar Mitte November in Honiara und auf Malaita ein, und es wurden von Australien Container angeliefert, in denen die abzugebenden Waffen eingelagert werden sollten. Doch begann die Aushändigung der Waffen nur äußerst schleppend.

Es ist davon auszugehen, dass selbst bis heute das Gros der Waffen nicht abgeliefert worden ist. Der Peace Monitoring Council und das IPMT (39 Mann) sind auf den guten Willen und die Kooperation der Kommandeure

der bewaffneten Gruppen angewiesen, durchsetzen können sie die Waffenabgabe ebenso wenig wie die Polizei. Deswegen ist mittlerweile auch auf Malaita die Sicherheitslage prekär. Denn mit heimkehrenden MEF-Kämpfern gelangten immer mehr Waffen auf die Insel, und in der Folge wurden Zwistigkeiten zwischen Familien und Dörfern sowie innerhalb von Familien und Dörfern zusehends ausgeschossen. Der Zustrom von Waffen hat mithin auf Malaita zu einer Militarisierung örtlicher (Land-)Konflikte und zur Zunahme von Gewaltakten geführt. Malaitanische Rückkehrer aus Honiara wurden von den Eingesessenen zudem nicht immer freundlich aufgenommen, weil dieser Zustrom Druck auf das Land, die Ernährungsbasis und die infrastrukturellen Einrichtungen mit sich brachte (zu wenig Unterkünfte, Schulen, Gesundheitsposten, Beschäftigungsmöglichkeiten für die massiv angestiegene Zahl von Menschen). Oft verwehrten die Einheimischen den Neuankömmlingen den Zugang zu Land und Wasser und deren Kindern den Zugang zu den Schulen. Spaltungen innerhalb der MEF und zwischen MEF und MEF-kritischen MalaitanerInnen bergen zudem die Gefahr zusätzlicher künftiger Gewaltanwendung.

Im ländlichen Guadalcanal hat sich die Lage demgegenüber beruhigt; viele IFM-Kämpfer sind in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt und haben ihre Waffen, wenn nicht abgegeben, so doch zumindest niedergelegt bzw. ihren Kommandeuren übergeben. Allerdings haben sich nicht alle IFM-Einheiten dem Friedensprozess angeschlossen. Eine Gruppe von der Südwestküste hat sich als GRA (Guadalcanal Revolutionary Army) vom IFM gelöst. Zwischen der GRA auf der einen und Polizei sowie ehemaligen IFM-Bundesgenossen auf der anderen Seite ist es in den letzten Wochen zu Kämpfen gekommen, die wiederum zu neuerlicher Flucht und Vertreibung von ZivilistInnen geführt haben.

Prekäre Sicherheitslage auf Malaita

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Entwaffnung und Auflösung der bewaffneten Gruppierungen, die als unabdingbar für die Wiederherstellung von Frieden, Sicherheit und Ordnung angesehen wird, erst äußerst unvollständig vollzogen ist; und auch die anderen Bestimmungen des TPA wurden bisher kaum umgesetzt (abgesehen von der - äußerst problematischen - Amnestie für die Ex-Kombattanten - bleiben dadurch doch selbst schwerste Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen ungesühnt, was wiederum Quelle für neue rächende Gewalt werden kann).

Die Salomonen stehen vor der Gefahr des politischen Zerfalls und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Mehrere Provinzen, offensichtlich entnervt vom gualdalcanalesisch-malaitanischen Konflikt, haben bereits angedroht, sich aus dem salomonischen Staatsverband zu lösen und jeweils ihren eigenen "Staat" aufzumachen. Das Staatseinkommen ist um über 50% zurückgegangen; die großen Wirtschaftsunternehmen - die Goldmine, Palmölplantagen, Thunfischfang- und verarbeitung - liegen nach wie vor still. Schul- und Gesundheitswesen sowie andere staatliche Dienstleistungen sind in großen Teilen zusammengebrochen. Noch sind Zehntausende von Flüchtlingen und Vertriebenen nicht heimgekehrt; viele fristen in Dschungelverstecken ihr Dasein. Für den Wiederaufbau ist man vollständig auf ausländische Hilfe angewiesen. Potenzielle Geberländer aber halten sich angesichts der (Un-)Sicherheitslage zurück.

Gegenwärtig konzentrieren sich die politischen Auseinandersetzungen auf die Frage von Neuwahlen. Turnusmäßig stünden in diesem Jahr welche an; die Regierung Sogavare will sie jedoch mit Hinweis auf Sicherheitsprobleme und finanzielle Engpässe um ein Jahr verschieben; die parlamentarische Opposition und die für eine dauerhafte Friedenskonsolidierung arbeitenden Nichtregierungsorganisationen hingegen bestehen auf Wahlen in diesem Jahr, um endlich wieder eine demokratisch legitimierte Regierung bilden zu können.

Im Vergleich zu Bougainville (s.Teil I) stehen die Salomonen noch ganz am Anfang des Übergangs von Krieg zu Frieden - mit ungewissem Ausgang.

In der nächsten ak: Fiji.

Vo

Salomonen: Unabhängiger Staat - gegliedert in neun Provinzen - seit 1978, vorher britische Kolonie. Ca. 440.000 EinwohnerInnen, davon mehr als 95% melanesisch, aufgeteilt auf rund 120 ethno-linguistische Gruppen. 915 Inseln, davon 100 bewohnt; die beiden größten: Guadalcanal (rund 5300 qkm) und Malaita (4200 qkm). Mehr als 50% der Bevölkerung leben auf diesen beiden Hauptinseln. Hauptstadt Honiara, ca.

50.000 EinwohnerInnen. Bevölkerungswachstum von 3,3%, mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter 25 Jahre, ca. 8.000 SchulabgängerInnen jährlich stehen ca. 600 freie Stellen gegenüber.

27. Bilanz der Nietzsche-Debatte

Den Glauben an ideale "Endziele" aufgeben!

Autor: Th. Seibert, K-P Lehmann, D. Hartmann · Rubrik: Diskussion; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:10

Kann die Linke von Nietzsche lernen? Drei ak-Autoren - Thomas Seibert, Klaus-Peter Lehmann und Detlef Hartmann - haben in ausführlichen Artikeln ihre Positionen dargestellt und begründet. (vgl. ak 445, 447, 448 und 449). In den folgenden Beiträgen fassen die Diskutanten ihre Sichtweisen noch einmal zusammen - kurz, knapp und auf das Wesentliche beschränkt. Auch wenn die Kontroverse bestehen bleibt, soll die ak-Debatte um Nietzsche damit fürs Erste beendet sein. Kurze Meinungsäußerungen von Leserinnen und Lesern (siehe auch Seite 35) sind natürlich weiterhin willkommen.

Den Glauben an ideale "Endziele" aufgeben!

Alle Geschichte, sagt Hegel, ist die Geschichte der Anerkennungskämpfe zwischen Herren und Knechten. Wer dem Tod im Kampf ausweicht, verurteilt sich zur Knechtschaft der Arbeit. Die freiwillige Knechtschaft aber wird zur "List der Vernunft", mit der die arbeitenden Knechte sich die innere und äußere Natur unterwerfen. Die wesentlichen Stationen dieses "Bildungsgangs" sind die griechische Philosophie, die christliche Religion, das römische Recht, die Reformation und die französische Revolution. Mit der Tötung des Königs wird die gegenseitige Anerkennung der arbeitenden Wesen zum Prinzip einer Republik, die die Gleichheit aller vor dem Gesetz der Gleichen garantiert. Ende der Geschichte.

Während die liberalen Ideologen seither zu beweisen suchen, wie der bürgerlich-demokratische Staat die welthistorische Dialektik erfolgreich vollendet, wollten SozialdemokratInnen und KommunistInnen dieselbe Dialektik eine Windung weiterdrehen: Erst im sozialdemokratischen "Volksstaat" bzw. unter der parteikommunistischen "Diktatur des Proletariats" wäre die Emanzipation des menschlichen Gattungswesens erreicht. Obwohl Theorie und Praxis der sozialen Revolten in der einfachen "Umstülpung" Hegels nicht aufgehen, vollenden auch im sozialdemokratischen und parteikommunistischen Selbstverständnis der Staat, die Arbeit und das Wissen den Fortschritt der Weltgeschichte. Ein hegelianisches Selbstmissverständnis, das nicht wenig zur historischen Niederlage der Linken im 20. Jahrhundert beigetragen hat. Ende der Geschichte?

Als Meisterdenker der Gegenrevolution hat Nietzsche den Hegelianismus und seine Derivate in den modernen Ideologien erbittert bekämpft. Deshalb wurde er für die Linke von dem Moment an relevant, in dem ihr das eigene Hegelsche Erbe problematisch geworden war. Nietzsche gründet seine Kritik der bürgerlichen Moderne auf eine bis in die Antike zurückverlegte Kritik des europäischen Rationalismus. Dabei dekonstruiert er die Fiktion einer unilinearen Weltgeschichte und eines in deren dialektischem Fortschritt sich selbst erzeugenden universalen Subjekts Weltgeist, menschliches Gattungswesen, universelle Klasse als Versatzstücke unüberwundener Theologie: "Gott ist tot!" Im zweiten Schritt deckt seine Genealogie der Moral auf, wie die christlichen, bürgerlichen und sozialistischen Ideale nicht die Abschaffung von Herrschaft, sondern deren fortlaufende Rationalisierung begleiten. Resultat der "genealogisch", d.h. nicht auf vorgeblich ideale "Endziele", sondern auf ihre materiellen Entstehungsbedingungen hin entzifferten Geschichte war ihm deshalb die Einsicht, dass sich in der Einheit von Staat, Arbeit und Wissen nicht die Emanzipation des menschlichen Gattungssubjekts, sondern der Nihilismus des europäischen Rationalisierungsprozesses vollendete.

Nietzsches Genealogie gipfelt in einer Wette: Den Nihilismus übersteht nur, wer ihn nicht aufhalten, sondern über sich hinaustreiben will. Eine gefährliche Wette, weil sich bald erweist, dass auch die aufgeklärte Immoralität seines "freien, sehr freien Geistes" dem Fortgang der Herrschaftsgeschichte nicht entkam. Indem Nietzsche seinen Teil der Wette verlor, hat er den Einsatz erhöht für alle künftigen MitspielerInnen.

Was die Linke mit Nietzsche anfangen kann? Sie kann seine Wette an die Wette binden, die Marx und Engels in der dritten Feuerbach-These formuliert haben. Auch diese Wette resultiert aus einer Genealogie, die den Glauben an ideale "Endziele" durch die Kritik der materiellen Entstehungsbedingungen ersetzt. Anders als die nietzscheanische fordert die marxistische Wette nicht allein den ultranihilistischen "Freien Geist", sondern eine "umwälzende Praxis" heraus, in der das Ändern der Umstände, deren Produkt die sozialen Lebensweisen sind, mit der Änderung dieser Lebensweisen selbst "zusammenfällt". Dass "umwälzende Praxis" ihre Wette nur

gegen den Staat, die Arbeit und das Wissen gewinnen kann, ist zuletzt der Einsatz, mit dem "nietzscheanische Kommunisten" (Foucault) beide Wetten annehmen. Faîtes vos jeux!

Thomas Seibert

Ein gutes Gewissen für Mörder

Allerlei Nietzsche-Interpretationen waren für mich wie weggeblasen, nachdem ich im Nachlass seine eigenen Worte über sein philosophisches Bemühen gelesen hatte: "Dem bösen Menschen das gute Gewissen zurückgeben - ist das mein unwillkürliches Bemühen gewesen? Und zwar dem bösen Menschen, insofern er der starke Mensch ist? ... Der starke Mensch, mächtig in den Instinkten einer starken Gesundheit, verdaut seine Taten ebenso wie er Mahlzeiten verdaut... Der Gewissenbiss: Zeichen, dass der Charakter der Tat nicht gewachsen ist." Was Nietzsche der Nachwelt wie eine dämmernde Selbstentdeckung mitteilt, ist tatsächlich der Fokus, in dem sich alle Motive seines Denkens problemlos sammeln. Ich skizziere vier Motive, die sich von seinem Frühwerk bis zu seinem Tod verfolgen lassen.

Erstens. Das Dionysische ist die Formel für die Bejahung einer mörderischen Welt. Ihr Grundgedanke ist das abstrichlose Gutheißen von allem, was auf der Welt geschieht. Moralische Werte zählen nicht. Alles ist gleichermaßen Selbstbehauptungswillen. In der dionysischen Welt sind der Quäler und der Gequälte eins. "Schmerz ist auch eine Lust. Sagtet ihr jemals ja zu einer Lust? ... so sagtet ihr ja zu allem Wehe." Das Dionysische ist die Formel für ein "Leben ohne Güte... Jeder Augenblick frisst den vorhergehenden, jede Geburt ist der Tod unzähliger Wesen, Zeugen, Leben und Morden ist eins."

Zweitens. Nietzsches kulturgeschichtliches Idealbild der Antike zielt auf ein mitleidloses Herrentum. Er bewundert an der frühgriechischen Antike die brutale Konsequenz, mit der sie die Notwendigkeit unbarmherziger Sklaverei für den Aufbau einer großen, von Genien getragenen Kultur erkannt und umgesetzt hatte. "Wir müssen uns dazu verstehen, als grausam klingende Wahrheit hinzustellen, dass zum Wesen der Kultur das Sklaventum gehöre... Das Elend der mühsam lebenden Menschen muss noch gesteigert werden, um einer geringen Anzahl olympischer Menschen die Produktion der Kunstwelt zu ermöglichen. Hier liegt der Quell des Ingrimms, den die Kommunisten und Sozialisten und auch ihre blasseren Abkömmlinge, die weiße Rasse der Liberalen ... gegen das klassische Altertum genährt haben."

Drittens. Nietzsches Antisemitismus zielt auf die Ausschaltung des Judentums als der kulturgeschichtlichen Kraft, die Moral und Mitleid unter die Menschen gebracht hat. Nietzsche spricht dem Judentum die Existenzberechtigung ab, weil es mit seiner moralischen Kultur und ihren Ausläufern in Christentum, Sozialismus und Liberalismus die Menschheit durch die Erfindung des Phantoms der sozialen Frage von ihrer dionysischen Natur entfremdet hat, weil "mit den Juden der Sklavenaufstand in der Moral beginnt: Jener Aufstand, welcher eine zweitausendjährige Geschichte hinter sich hat und uns heute nur deshalb aus den Augen gerückt ist, weil er - siegreich gewesen ist."

Viertens. Als Kämpfer gegen das Christentum stilisiert Nietzsche sich selbst zum Zarathustra-Propheten eines Zeitalters ohne Moral. Die Lehre von der Wiederkunft des Gleichen, die er als Kreislauf der Notwendigkeit bei Plato entdeckte, richtet sich gegen die Vorstellung eines Sinns und Ziels der menschlichen Geschichte: "Die Mitte ist überall; krumm ist der Pfad der Ewigkeit." Er wendet sich gegen die Idee eines endzeitlichen Gerichtes, deren Bedeutung in der Behauptung liegt, dass Moral und Gerechtigkeit das letzte Wort behalten werden. Interessant und wenig beachtet sind die Voraussetzungen einer Weltauffassung, die Grausamkeit, Unrecht und Unterdrückung in der Geschichte zu einer dionysischen, mörderischen Komödie ästhetisiert, moralisches Aufbegehren prinzipiell diffamiert und amor fati predigt. Diese Liebe zum Schicksal meint im Extremfall das jubelnde Ja zum eigenen grausamen Leid, wie Nietzsche es im Gott Dionysos verkörpert sieht, dem "Tänzer in der Schlacht, unter Kriegern der Heiterste, unter Siegern der Schwerste... erzitternd darob, dass er siegte, jauchzend darob, dass er sterbend siegte." Zweifellos zielt das Dionysische darauf, den eigenen Schmerzen einen Lustrausch abzugewinnen. Philosophisch hat das zur Konsequenz, die Moralfähigkeit der Subjektivität und das menschliche Erkenntnisvermögen als Instrumente im dionysischen Weltspiel von Wille, Macht und Überleben auszulegen und ihnen jede eigenständige humane Bedeutung, die sie für die menschliche Zivilisation zweifellos haben, abzusprechen. Nietzsches Idee einer "Kultur" ohne Moral destruiert die Humanität. Sie zielt auf den barbarischen Schlachtenrausch eines brutalen Sklavenstaates

jenseits tragfähiger Sozialität. Ich halte es prinzipiell für abwegig, Nietzsches Gedanken für eine humane Sozialkritik verwenden zu wollen.

Klaus-Peter Lehmann

Für eine Philosophie der Befreiung

Von Nietzsche kann die revolutionäre Linke nichts lernen, an ihm umso mehr. An ihm und an den aktuellen Diskursen zu seinem Revival. Sie kann an ihnen ablesen, wie ein jeweils neues Herrentum seine Emanzipation zu neuer Macht über die Massen inszeniert; wie es die Entfesselung gewalttätiger Energien in der schöpferischen Zerstörung des alten Regimes, seiner produktiven und sozialen Strukturen, seiner Ideologien, der von unten erkämpften Garantien kultisch überhöht; wie es sich in der Gewalt gegenrevolutionärer Entfesselung und im neuen Willen zur Macht philosophisch feiert; wie es - auch jetzt wieder, wenn auch noch verschwommen - seine protonazistischen Phantasien generiert. Die Linke kann bis ins Einzelne verfolgen, wie die von Nietzsche inspirierten Diskurse mit zentralen Strategien des sozialen Kriegs von oben korrespondieren, in denen ein neues Arsenal von Waffen wertschöpfender Unterwerfung zum Einsatz gelangt: Strategien technologischer Unterwerfung (in den Bio- und Kommunikationstechnologien), Strategien des sozialen Kommandos über die zu neuen Massen mobilisierte Arbeitskraft (heute gerade in den Formen neuer Scheinselbstständigkeit), Strategien einer neuen Vergesellschaftung (im produktiven, sozialen Management) etc. Die Wiederkehr Nietzsches in der aktuellen Umbruchsphase ist nur Ausdruck und Symptom der Zyklik in der Geschichte des Kapitalismus. Sie formuliert den philosophischen Begleitdiskurs zur Reorganisation kapitalistischer Gewalt in einem neuen historischen Take-off.

Ich bestreite nicht, dass eine Linke, die die Vergesellschaftungsstrategien kapitalistischer Inwertsetzung zum sozialistischen Baumaterial auf dem Weg in die Revolution und die kommunistische Gesellschaft erklärt, sich von Nietzsche noch darüber belehren lassen kann, dass ihre Propaganda nur eine Spielart der ideologischen Verbrämungen des Willens zur Macht, von Gewalt und Unterwerfung darstellte. Aber wer tut das noch, nach den Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts? Ich denke, wir haben inzwischen genug über die Manöver technokratischer Eliten und ihrer ideologischen Intelligenz gelernt, in denen sie die nachholende Modernisierung rückständiger Peripherien an die Innovationsoffensiven aus den Metropolen des Kapitals anschlossen, um sie noch als "Revolutionen" misszuverstehen. Gibt es Linke, die noch immer nicht die sozialrevolutionären Bewegungen des Vormärz von der Paulskirche unterscheiden können, die zapatistischen Basisbewegungen von der "sozialistischen" Reaktion des Jahres 1916, die revolutionären Prozesse der Jahre 1912 bis 1917 in Russland von der "sozialistischen" Reaktion des Jahres 1918 gegen sie? Gibt es Linke, die den Begriff der Klasse noch immer aus dem Verhältnis zum Kapital und der Schule seiner Fabrik herleiten, anstatt aus dem Kampf gegen die Strategien der Arbeitsunterwerfung? Die in der kapitalistischen Maschinerie bis hin zur IT dem Gebrauchswert huldigen, anstatt die in ihnen verkörperten Kriegs- und Unterwerfungsstrategien zu bekämpfen? Sie vielleicht könnten wirklich bei Nietzsche noch etwas darüber lernen, warum die von ihnen behauptete Neutralität von Logik, Technologie und Vergesellschaftung reiner Schein ist, warum diese vielmehr gesellschaftliche Gewalt im Willen zur Macht darstellen, auch im "linken". Und gegen Nietzsche, der diesen Gedanken gnadenlos unterdrückte, könnte sie lernen, warum der Kampf um Befreiung von unten gegen sie der Motor der Geschichte und des Reichtums ihrer Entwicklungen ist. Für eine revolutionäre Linke, die dieses weiß, taugt Nietzsche nur zum Gegenstand historischer Analyse. Seine Verzweiflungen, sein in wahnsinnige Zuspitzungen getriebener Nihilismus sollten sie wenig rühren, sie sind langweilig. Es sind die typischen Ausweglosigkeiten des praxislos radikalisierten Denkens, die dem alten Elend der Philosophie nur ein neues drastisches Exempel zugesellen. Sein monströses Scheitern ist das Scheitern des Herrenmenschen.

Wir werden Nietzsche richtig verstehen, wenn wir den Kampf gegen das führen, wofür er steht. Aber er wird uns nichts dabei zu sagen haben.

Detlef Hartmann

28. Globale Dörfer & europäische Häuser. Warum eine internationale Bewegung lokale Fundamente braucht

Autor: gruppe arachne · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:09

Die Mobilisierung gegen den EU-Gipfel in Göteborg bewegt sich im Spannungsfeld von "Globalisierung" und "Europa". In den vergangenen Jahren sind verschiedene Bewegungen entstanden, die mehr oder weniger ausdrücklich die kapitalistischen Verhältnisse in das Zentrum ihrer Kritik gerückt haben. Vor allem die so genannte Anti-Globalisierungsbewegung ist nach den Protesten gegen den WTO-Gipfel in Seattle zum Symbol für eine internationale Bewegung geworden, in der linke Positionen zumindest Relevanz haben. Gleichermaßen hat ein Prozess begonnen, in dem Fragen nach der genaueren Bestimmung des Begriffes "Globalisierung" an Gewicht gewonnen haben.

Die Kritik an "Europa" fällt nicht zufällig mit dem Widerstand gegen die "Globalisierung" zusammen. So wird nach den Mobilisierungen gegen die EU-Gipfel in Essen 1994, Amsterdam 1997, Köln 1999 oder Nizza 2000 in diesem Jahr gegen den Gipfel in Göteborg mobilisiert. Vom 14. bis zum 16. Juni treffen sich dort die Regierungschefs, Außenminister und ein ganzer Tross von Staatssekretären und Verwaltungsbeamten, um auf dem Gipfel die "left overs" von Nizza zu bearbeiten. Thematisch wird es dabei um die notwendigen Umstrukturierungen innerhalb der EU gehen, um die Gewichtung der Stimmanteile, um die Fragen der Osterweiterung und nicht zuletzt an zentraler Stelle um Fragen einer einheitlichen europäischen Sicherheits-, Verteidigungs- und Flüchtlingspolitik. Gegen diesen Gipfel gibt es eine europaweite Mobilisierung, die von verschiedenen Bündnissen getragen wird und in der ein Gegengipfel und verschiedene Aktionen vorbereitet werden. Es soll dabei, so das Bündnis linker und linksradikaler Gruppen, um die Formulierung einer grundlegenden und radikalen Kritik an den kapitalistischen Ausbeutungs-, Herrschafts- und Repressionsstrukturen gehen, die sich innerhalb der Europäischen Union entwickelt haben.

Auch wenn wir diese Kritik teilen und die Idee einer europaweiten Mobilisierung gegen dieses Großereignis richtig finden, werden wir uns nicht direkt daran beteiligen, sondern uns stattdessen zeitlich parallel in Hamburg an Aktionen und Veranstaltungen beteiligen und sie inhaltlich zum Ereignis in Göteborg in Beziehung setzen. Denn das Manko solcher Mobilisierungen liegt darin, sie in die Realität vor Ort rückzuübersetzen. Genau dies ist die Idee bei den Aktionstagen in Hamburg.

Globalisierung heißt alles und nichts

"Globalisierung" findet heute anscheinend überall gleichzeitig statt. Der Verkehr von Waren und Informationen globalisiert sich, politische Entscheidungsstrukturen globalisieren sich, die Geschmäcker und Vorlieben globalisieren sich. Man soll auch schon von globalisierten Menschen gehört haben, die sich vorzugsweise auf internationalen Flughäfen zusammentun, ihre Geschäfte über das Internet abwickeln und auch ansonsten einen völlig neuen Typus des vergesellschafteten Individuums darstellen. Dies ist in sehr groben Zügen die positive Vorstellung, die im Alltagsdiskurs von "Globalisierung" herrscht. Die entsprechende negative Variante heißt "Globalisierung" von Gefahren, wie Umweltverschmutzung, Kriminalität, Terrorismus und global agierenden Flüchtlingsströmen. "Globalisierung" wird verstanden als ein quasi naturwüchsiger Prozess, der niederreißt, vereinheitlicht, unübersichtlich macht und unvorstellbare Chancen für eine gerechtere Welt in sich trägt - und das alles gleichzeitig.

Jenen, die die "Globalisierung" umjubeln, wie auch denjenigen, die in ihr die Projektionsfläche für all ihre Ängste vor einer Welt ohne sozialen Halt gefunden haben, fehlt das grundlegende Misstrauen gegenüber dem inflationär gebrauchten Begriff der "Globalisierung". Die Vorstellung von der Welt als einem "globalen Dorf" wie das Gefühl, Teil einer globalen Gefährdungsgemeinschaft zu sein, gehören jedoch zusammen, und man sollte misstrauisch werden, wenn sich wieder an irgendeiner Stelle etwas "globalisiert". Genau dieses Misstrauen gegenüber dem Begriff fehlt oft genug auch den GegnerInnen der "Globalisierung".

Nicht selten werden in der Anti-Globalisierungsbewegung, in der sich sowohl linke Positionen als auch RegionalistInnen und VerteidigerInnen des Wohlfahrtsstaates finden, die positiven Bilder von "Globalisierung" einfach negativ gewendet. Umstritten ist dann nicht, ob es diese "Globalisierung" überhaupt in dem unterstellten Maße gibt, sondern einzig und allein die Frage, wie der Prozess, den alle für ausgemacht halten,

zu bewerten sei und auf welche Weise der "Globalisierung von oben" mit der "Globalisierung von unten" geantwortet werden muss.

Vom flachen Land zum Gipfelsturm

"Globalisierung" kann weder als ein Begriff verstanden werden, der von Freihandel, dem "Sieg der Demokratie" bis hin zu MTV alles und damit nichts bedeuten kann, noch als ein Prozess, in dem der Kapitalismus die nationalstaatlichen Räume verengt und zerstört. Wer den Begriff der "Globalisierung" benutzt, muss ihn auf seine verschiedenen Formen und Dimensionen hin untersuchen. Neue Techniken der Informationsverbreitung, die Verallgemeinerung des westlichen Demokratiemodells, die Angleichung von Wert- und Konsummustern oder die Liberalisierung des Geld- und Warenverkehrs - all diese Prozesse bezeichnen dabei nicht nur unterschiedliche Sachverhalte, sie sind auch räumlich und zeitlich fragmentarisch und exklusiv zugleich. Sie vollziehen sich weder global im selben Tempo, noch setzen sie sich überhaupt global durch. So werden im Prozess, der "Globalisierung" genannt wird, ganze Weltregionen politisch und ökonomisch abgekoppelt, in den Zentren entstehen Inseln relativer Armut, und die Angebote zum Mitmachen im globalen Dorf sind an zahlreiche Voraussetzungen wie Geschlecht, Nationalität und Verfügung über Kapital gebunden. Der Prozess der "Globalisierung" erzeugt somit faktisch eine Reihe von Ausgrenzungsverhältnissen, die global und innerhalb der nationalstaatlich organisierten Gesellschaften wirksam werden.

Trotz dieser Einschränkungen mag "Globalisierung" zumindest in ihrer ökonomischen Dimension oft als zweifelsfreie Tatsache gelten. Firmen werden durch Zusammenschlüsse zu multinationalen Unternehmen, die als globale Spieler in den Weltmarkt treten. Die Geschichte des Kapitalismus war aber schon immer global, weil im Kapital selbst die Tendenz zu seiner grenzenlosen Verwertung angelegt ist. In der Praxis wurden und werden die Grenzen für diese Globalisierungsdynamik politisch in und von den Nationalstaaten gesetzt. Die spezifische Form der Grenzziehung bis in die frühen 90er Jahre hinein resultierte aus der in der Nachkriegszeit entstandenen bipolaren Aufteilung der Welt. In der Konkurrenz zwischen zwei politischen Systemen entstand in den westlichen Industrienationen eine stabile Struktur von Wohlfahrtsnationalstaaten, die sich durch mehrere gemeinsame Merkmale auszeichneten. In ihrem Inneren versprachen sie einen hohen Grad an materieller Sicherheit und sozialem Kompromiss. Das Wirtschaftsmodell des Keynesianismus als zentrale Ideologie stand für Massenkonsum und für eine Regulierungspolitik des Staates in einer binnenwirtschaftlich ausgerichten Ökonomie.

Nach außen hin legitimierte sich dieser fordistische Staat gegenüber allen nicht-kapitalistischen Gesellschaftsentwürfen gerade über seine Fähigkeit, gesellschaftlichen Konsens herzustellen und soziale Konflikte weitgehend stillzulegen. Global engagierte er sich politisch und militärisch im Wettstreit um den Ausbau von Macht- und Einflusssphären und die Verfestigung internationaler Ausbeutungsstrukturen.

Nicht zuletzt auf Grund der Sättigung der nationalen Märkte, der zunehmenden globalen Verflechtung von Handels- und Kapitalströmen, der technischen Entwicklung und der sich abzeichnenden Endlichkeit von natürlichen Ressourcen geriet dieser Typus des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates Anfang der 70er Jahre in eine tiefe Krise, die sich im Zusammenbruch des sozialistischen Machtblocks Ende der 80er Jahre noch einmal verschärfte. Der Siegeszug von Formeln wie "Deregulierung" und "Neoliberalismus" fällt in diese Phase: Sie bezeichnen politische Strategien, die in die Krise geratene kapitalistische Regulation wieder zu stabilisieren. In diesem Kontext ist "Globalisierung" weniger ein realer Prozess als ein Fetisch und Drohbegriff, mit dem sich staatliche Strategien wie der Abbau von sozialen Rechten, die Flexibilisierung von Arbeit und Arbeitsverhältnissen, die permanente Androhung von Produktionsverlagerung, die ideologischen Angriffe auf "Faulenzer" oder die Mobilisierung der nationalen Standortgemeinschaft im internationalen Konkurrenzkampf legitimieren lassen.

Widersprüchliches Projekt "Europa"

Das Projekt der Europäischen Union lässt sich mit dem Begriff der "Globalisierung" verknüpfen, weil es auch hier um das Verhältnis zwischen Nationalstaat und Supranationalität, also der Herausbildung neuer globaler Formen der politischen Regulation, geht. Während in der "Anti-Globalisierungsbewegung" die Funktion der Nationalstaaten weitgehend ausgeblendet bleibt, formulieren die EU-GegnerInnen erst gar keine Kritik am Nationalstaatskonzept. Einigkeit herrscht in der Regel nur, was die Bewertung der repressiven Facetten der Europäischen Union betrifft. Und davon gibt es ohne Zweifel genug: Die in verschiedene nationale Varianten

segmentierte Flüchtlingspolitik der "Festung Europa", die europaweite Vernetzung der Strafverfolgungsbehörden, das militärische Programm der Westeuropäischen Union (WEU) und die unübersehbare Hegemonie Deutschlands in der EU. Dies sind Dimensionen des europäischen Einigungsprozesses, die in den letzten Jahren zu verschiedenen Protesten geführt haben.

Am Bild, das die linke Kritik an Europa oft genug zeichnet, fällt jedoch zweierlei auf: Zum einen wird unterstellt, es handle sich um gradlinige Prozesse, die im Inneren der EU konfliktfrei auf den Weg gebracht werden, zum anderen bleibt bei aller richtigen Kritik am repressiven Charakter der "Festung Europa" weitgehend unreflektiert, dass der Kern des europäischen Projektes zuerst in der Schaffung einer einheitlichen wirtschaftlichen und erst daran anschließend einer politischen Union bestand. Diese Geschichte reicht bis in die 50er Jahre zurück, wo die ersten Verträge über eine gemeinsame Zollunion verabschiedet wurden. In den 70er Jahren kam es in einem zweiten Schritt zu Diskussionen um eine gemeinsame europäische Währung. Die angestrebte Währungsunion war dabei eine direkte Reaktion auf den Zusammenbruch eines internationalen Währungssystems, in dem der US-Dollar stellvertretend für alle anderen Währungen an den Goldstandard gebunden war und damit einen stabilen Rahmen für die internationale Handels- und Finanzpolitik unter der politischen Führung der USA garantierte. Der Abschied von diesem System warf um so dringlicher die Frage auf, wie die europäische Integration zu vollziehen sei und vor allem, wie es gelingen könnte, die Kosten für Finanz- und Warengeschäfte nachhaltig zu senken.

Es geht also bei der Währungsunion, die jetzt - 30 Jahre später - endgültig realisiert ist, um zweierlei: Zum einen um die Anpassung der ökonomischen Leistungen der beteiligten Nationalstaaten, zum anderen um einen Prozess, in dem die Bedingungen für die notwendigen Angleichungen politisch erst geschaffen werden müssen. Nicht zuletzt diesem Ziel dienten die im Vertrag von Maastricht formulierten Konvergenzkriterien, die in allen beteiligten Staaten mit Hilfe umfangreicher Deregulierungsmaßnahmen erfüllt werden mussten. Darunter fällt sowohl die als "Verschlankung des Staates" bezeichnete Privatisierung von Betrieben wie auch die Kürzung sozialer Leistungen.

Bis heute ist der Weg der Europäischen Union von politischen Brüchen gekennzeichnet. Politische Einigungen werden nur in einzelnen Feldern erzielt. Sie sind mit nationalstaatlichen Privilegien, Zuwendungen und Kompromissen erkauft. Diese unterschiedlichen Interessenlagen und die hierarchische Grundstruktur der EU zeigen sich auch in der Diskussion um die EU-Osterweiterung. Die ursprüngliche Konzeption eines politisch und wirtschaftlich vereinigten Europas ist nicht zuletzt mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Machtblocks am Ende der 80er Jahre an ihre Grenzen geraten, um in den 90er Jahren in zwei gegenläufigen und sich dennoch einander ergänzenden Prozessen zum Ausdruck zu kommen. Auf der einen Seite werden weiterhin die Bemühungen zur Integration "Kerneuropas" verfolgt, auf der anderen Seite werden Strategien diskutiert, wie in einem "Europa der zwei Geschwindigkeiten" osteuropäische Beitrittskandidaten assoziiert werden können. Die aussichtsreichsten Anwärter auf eine EU-Mitgliedschaft wie Polen, Ungarn oder Tschechien haben sich dabei weit reichenden "Strukturanpassungsprogrammen" unterziehen müssen, ein besseres Wort für die radikale Öffnung für den Weltmarkt und hemmungslose Deregulierung. Andere Länder wie Rumänien, Bulgarien oder Albanien werden im Prozess der europäischen Konsolidierung voraussichtlich nicht einmal als Billiglohn-Standort mitspielen dürfen, sondern schlichtweg abgekoppelt oder - finanziell alimentiert - auf die Rolle von Vorposten gegen unerwünschte Migration verpflichtet.

Kein Ende des Nationalstaates

Insgesamt ergibt sich ein Bild von Europa, das mehrere Dimensionen aufweist. Zum einen stabilisiert sich ein nach außen gerichteter Abschottungszusammenhang, der allen Beteiligten unterschiedliche Rollen zuweist. Zum anderen vollzieht sich parallel im Inneren des EU-Projektes ein über nationalstaatliche Grenzen hinausreichender Harmonisierungsprozess, der vor allem ökonomisch und sicherheitspolitisch stattfindet. Ausschließung und Integration, europäische Harmonisierung und Bedeutungszuwachs der Nationalstaaten sind damit Teile ein und desselben Prozesses.

Mit dem Begriff der "Globalisierung" verbindet sich in der Regel die Vorstellung, der klassische Nationalstaat sei angesichts der aktuellen Entwicklungen entmündigt, hilflos, im Mindesten aber Opfer eines Prozesses, der von den "Herren der Welt" oder in multinationalen Konzernetagen ausgedacht wird oder gleich ganz ohne steuernde Zentren und Akteure auskommt. Dies ist keine exklusive Meinung von Konservativen und NationalistInnen, die angesichts der drohenden Unübersichtlichkeiten an der Renaissance eines

Nationenbegriffs arbeiten. Mit Abstufungen findet sich diese Vorstellung auch in linken Positionen, die den Sozialstaat als Bastion gegen die Herrschaft des Kapitals verteidigen wollen.

Dabei kann von einem Funktionsverlust der Nationalstaaten keine Rede sein, es handelt sich eher um eine Repräsentationskrise. Insofern beschreiben "Neoliberalismus" und "Deregulierung" das Gegenteil ihrer wörtlichen Bedeutung: Statt Rückzug des Staates meinen sie die zunehmende innergesellschaftliche Durchstaatlichung. Diese Einflussnahme zeigt sich an verschiedenen Punkten: Während der Abbau von Hemmnissen für die Verwertung des Kapitals propagiert wird, wird die Migration von Menschen unterbunden oder nach den eigenen Bedürfnissen reguliert. Während an die Selbstverantwortung appelliert wird, werden demokratische Mitbestimmungsrechte eingeschränkt. Während von freier Kommunikation in der vernetzten Welt gesprochen wird, werden die Begriffe "Sicherheit" und "Überwachung" zunehmend zu Leitmotiven des politischen Apparates. Diese Aspekte fallen in das Aufgabengebiet der Nationalstaaten. In den supranationalen Entscheidungsstrukturen gehen die nationalstaatlichen Einzelinteressen nicht auf, vielmehr kommen sie noch direkter zur Geltung. So sind die Auseinandersetzungen um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die nationalistische Leitkulturdebatte und die rassistische Abschottungspraxis, die die politische Situation in Deutschland kennzeichnen, keine Widersprüche, sondern Bedingungen eines Prozesses, in dem Vereinigung und "Globalisierung" faktisch Ausgrenzung bedeuten.

Wer das Verhältnis zwischen Nationalstaaten und den von ihnen besetzten supranationalen Entscheidungs- und Machtstrukturen auf ein Ausschließungsverhältnis bringt, kann somit nur in einem konservativen Diskurs landen, in dem der Nationalstaat nicht als Zwangsverband erscheint, sondern als Idyll. Die soziale Spaltung von Gesellschaften und die ethnische Aufladung von Konflikten erscheint dann nicht mehr als politisches Programm, sondern als letzte Meldung aus einer Welt, die es nicht mehr gibt.

Die Politik der "Anti-Globalisierungsbewegung" wie auch die Proteste gegen die Europäische Union sind durch eine starke Ausrichtung auf Events charakterisiert. Wenn sich die Praxis jedoch darin erschöpft, sind die vereinfachte Wahrnehmung und der ritualisierte Ablauf bereits angelegt. Auf der einen Seite finden sich die Regierungschefs und MinisterInnen oder ManagerInnen, auf der anderen Seite die Bewegung, die den Apparat mit ihrer Kritik konfrontiert.

Dabei sind am gesamten Prinzip des Gipfelsturms zwei Dinge auffällig. Zum einen lässt man sich auf die Logik der Inszenierung von Events ein, von denen man längst selbst ein Teil geworden ist. Der Protest der GipfelstürmerInnen wirkt in seiner radikalen Variante repressiv ausgrenzend, in seiner konstruktiven Variante wird er dialogisch vereinnahmt, wie die Videokonferenz zwischen dem Weltsozialgipfel in Porto Allegre und dem World Economic Forum in Davos zeigt. Zum anderen überlagert sich in der Konzentration auf die Gipfel nicht nur das eine oder andere theoretische Defizit, sondern es zeigt sich auch die Abwesenheit radikaler linker Kritik an "Globalisierung" und "Europa" an den lokalen Orten. Eines der größten Probleme der "Anti-Globalsierungsbewegungen" besteht darin, den Widerstand und die Kritik in einen lokalen Bezug zu setzen. Es entstehen Fragen, die in der Bewegung zwar gestellt, jedoch nicht so recht beantwortet werden können: Mit wem mag man demonstrieren? Welche gemeinsamen Grundlagen kann es zwischen einer radikalen antikapitalistischen Kritik, RegionalistInnen und VerteidigerInnen des Sozialstaates geben?

Während die ökonomische "Globalisierung" in der Konkurrenz des Kapitals und der Nationalstaaten tatsächlich einen gemeinsamen Nenner aufweist, haben es Bewegungen, die Widerstand gegen diese Prozesse entwickeln wollen, schwer, sich selbst auf einen Nenner zu bringen, denn der Ort ihrer Kritik ist eigentlich nicht der Gipfel, an dem sie "Globalisierung" von unten demonstrieren, sondern vor Ort, weil aus den Verhältnissen vor Ort heraus ihre Kritik entsteht. Und die sind vor allem unterschiedlich.

Widerstand braucht lokalen Bezug

Die dümmste Konsequenz, die aus der Besichtigung der Welt heute gezogen werden kann, lautet, Alternativen zum Kapitalismus seien schlichtweg undenkbar geworden. Dass aber der Kapitalismus den autoritären Staatssozialismus überlebt hat, beweist zunächst einmal nicht viel. Und dass die Linke politischen Entwicklungen vielfach ratlos oder auch marginalisiert gegenüber steht, beweist höchstens, dass sie zu klein ist, gegen die Gemeinheit zu kämpfen, wie es bei Brecht heißt. Und diese Gemeinheit betrifft nicht nur den globalen Siegeszug des Kapitalismus als vorherrschende Vergesellschaftungsform, sondern ebenso die

Vervielfältigung von rassistischen, sexistischen und sozialen Spaltungsprozessen, die in den kapitalistischen Verhältnissen entstehen, aber nicht einfach aus ihnen ableitbar sind.

Eine solche Totalität verlangt nach einer fundamentalen Kritik, die noch nicht formuliert ist. Sie wird sich weder damit begnügen können, den Nationalstaat als Bastion gegen die "Globalisierung" zu verteidigen, noch in einem vermuteten Ende der nationalstaatlichen Aufteilung den ersten Schritt zu einer Weltzivilgesellschaft zu begrüßen. Die Kritik und die Praxis, die sich aus ihr ableitet, wird nach dem inneren Verhältnis verschiedener Spaltungsverhältnisse fragen müssen.

Ohne Zweifel unterscheiden sich diese Bedingungen erheblich - nicht nur global, sondern selbst innerhalb der "Festung Europa". Es geht darum, diese Festung als realen Ort der Abschottung nach außen und als Metapher für ein innergesellschaftliches Spaltungsverhältnis anzugreifen. Die Kritik hat somit eine Außen- und eine Innenperspektive. Die Außenperspektive ist die Herausbildung einer neuen globalen Architektur der Macht, in der die Europäische Union ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ambitionen deutlich macht. Die Innenperspektive ist die ihr zu Grunde liegende nationalstaatlich verfasste Wirklichkeit.

Wenn "Globalisierung" und Supranationalität Entwicklungen sind, die sich auf dem Boden der nationalstaatlichen Aufteilung der Welt vollziehen, dann ist dies der Ansatzpunkt, Kritik vor Ort zu verankern. Abschottung, Überwachungsszenarien, militärisches Potenzial, Formierung gegen äußere Gefahren - all dies sind keine spezifischen Entwicklungen, die im Projekt der Europäischen Union aufbewahrt sind. Sie gehören allesamt zum Prozess der nationalstaatlichen Herrschaftstechniken und haben ihre Grenzen immer dort gefunden, wo sich ein breiter gesellschaftlicher Protest Gehör verschafft hat. Kontinuierlich und lokal verankert.

gruppe arachne

Die Auftaktveranstaltung "Stadt - Land - Fluss" für die Aktionstage in Hamburg findet am Donnerstag, den 14.6.01 um 20 Uhr im Haus 3 (Hospitalstr. 107) statt.

Weitere Infos unter www.indymedia.de

29. Ein Ja zur bürgerlichen Realpolitik. Winfried Wolf zum "drohenden Programm-Putsch" in der PDS

Autor: Winfried Wolf · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:13

Linke haben bereits des öfteren und immer zu früh vorhergesagt, die PDS befinde sich am entscheidenden Wendepunkt hin zu einer sozialdemokratischen Partei. In der gegenwärtigen Situation lässt sich darauf verweisen, dass es der Bundesgeschäftsführer der PDS selbst ist, der diese Schlussfolgerung aufdrängt - siehe den Spiegel (20/2001):

"Spiegel: Herr Bartsch, in Ihrem Zimmer hängt nicht nur ein Porträt des Kommunisten Karl Marx, sondern auch des Sozialdemokraten Herbert Wehner. Ist das ein Indiz dafür, wie gespalten Ihre Partei ist?

Bartsch: Nein, ich sehe da sogar eine direkte Linie.

Spiegel: Von Marx zu Wehner?

Bartsch: Ja, sicher. Wehner hatte eine widersprüchliche Biografie, die aber zum großen Teil auf marxistischen Ansätzen fußte...

Spiegel: In welcher Partei wäre Wehner denn heute?

Bartsch: In der PDS."

Wehner weist den Weg

Bei Wehner, dem als Kommunist auftretenden Stalinisten und dem stalinistisch wirkenden Sozialdemokraten war durchgängig, dass er Macht vor Moral stellte und seit Anfang der fünfziger Jahre alles einem einzigen Ziel unterordnete: die SPD zur Regierungspartei zu machen bzw. dort zu halten. Dafür musste die SPD Bundeswehr und Nato akzeptieren, das "Godesberger Programm" verabschieden, Ja zu den Notstandsgesetzen und zu einem Kanzler Kiesinger mit Nazi-Hintergrund sagen und zehntausendfach Berufsverbote umsetzen. Als Willy Brandt als Kanzler für eine solche harte bürgerliche Linie zu weich erschien, knurrte Wehner: "Der Herr badet gerne lau" und trug wesentlich dazu bei, dass Brandt durch Helmut Schmidt abgelöst wurde.

All das ist Dietmar Bartsch bekannt. Dennoch oder deshalb reklamiert er am Beginn der PDS-Programmdebatte: Wehner wäre heute PDS-Mitglied. Bartsch drängt so förmlich die Folgerungen auf: Gesucht wird jemand mit der Härte, dem taktischen Geschick und der Skrupellosigkeit eines Herbert Wehner, um in der PDS ein Programm durchzusetzen, das einen Richtungswechsel nach rechts zum Ausdruck bringt und dabei allein ein Ziel kennt: diese Partei auch auf Bundesebene regierungsfähig zu machen.

Nun gilt auch hier die Marxsche Erkenntnis: Geschichte wiederholt sich nicht - es sei denn als Farce. Sie besteht in der Annahme, die PDS habe eine Option als Regierungspartei auf Bundesebene. Eine solche Perspektive gibt es aus mindestens drei Gründen nicht:

Da ist zum ersten der spezifische politische Charakter der PDS: Ihr aktueller Rechtskurs - Lafontaine spricht von den "Häutungen der PDS" - muss diese Partei in eine Zerreißprobe führen. Die Mitgliedschaft in Ost- und Westdeutschland wird spätestens ab dem Zeitpunkt scharenweise von den Parteifahnen gehen, wenn die PDS als Regierungspartei oder als tolerierende Partei auf Bundesebene in irgendeiner Weise mitverantwortlich wird z.B. für die Politik der Militarisierung und der Kriegstreiberei - nicht zuletzt auf dem Balkan. Ohne eine massive außerparlamentarische Bewegung ist jedoch keine Bundesregierung vorstellbar, die nicht die Politik der Militarisierung fortsetzen würde. Die SPD der sechziger Jahre war gegenüber einem "militärischen Beitrag" weit aufgeschlossener als die PDS heute. Vor allem aber ließ sich dies damals weit eher als "Landesverteidigung" vermitteln. Heute geht es darum, Ja zu sagen zu einer expansiven Militärpolitik.

Zum zweiten steht der Perspektive einer PDS als Regierungspartei auf Bundesebene die organisatorische Struktur und Stärke der SPD im Wege. Die SPD war 1959, zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Godesberger Programms, eine bundesweite, einheitliche Alternative zu CDU/CSU. Die heutige PDS kann nur in Ostdeutschland teilweise als Alternative zur CDU/CSU verstanden werden. Aber selbst hier konkurriert sie

mit der SPD. Je mehr die PDS sich "sozialdemokratisiert", desto weniger lässt sie sich von der SPD unterscheiden. Sie wird auf diese Weise massiv Wählerstimmen verlieren, zu allererst dort, wo sie mitregiert oder toleriert. In den alten Ländern droht ihr der komplette organisatorische Zusammenbruch.

Zum dritten konnte die SPD in den sechziger Jahren mit einem Rechtskurs zur Regierungspartei vor dem Hintergrund einer guten Konjunktur mit sinkender Arbeitslosigkeit aufsteigen. Hier wirkte das Godesberger Programm mit seinem Bild der "modernen Gesellschaft" ohne antagonistische Klassengegensätze teilweise glaubwürdig. Am Beginn des 21. Jahrhunderts bietet sich uns ein völlig anderes Bild: Rekord-Erwerbslosigkeit, rückläufige Reallöhne, erneut sich vergrößernde Ost-West-Kluft, neoliberale Offensive.

Diese Rahmenbedingungen bieten "eigentlich" große Chancen für eine konsequent sozialistische Politik. Umgekehrt wird jede linke Partei, die in dieser Situation den Kapitalismus zur "modernen Gesellschaft" verklärt, massiv an Profil, das heißt an Wählern und Mitgliedern verlieren.

Der Programmentwurf, der von André Brie, Dieter Klein und Michael Brie erarbeitet und von der Parteivorsitzenden Gabi Zimmer in die Programmdiskussion als richtungweisender Text eingebracht wurde, stellt eine Steilvorlage für die Rechtswende der PDS dar. Eine Parallele mit dem "Godesberger Programm" verbietet sich zwar in formaler Hinsicht: Der SPD-Text von 1959 war lesbar, kurz und prägnant - drei Kriterien, die dem Brie-Klein-Brie-Text völlig fehlen. Inhaltlich ist die Parallele aber gerechtfertigt. Der Text stellt ein Ja zur bürgerlichen Realpolitik dar; er öffnet die PDS für die Politik der Militarisierung und er verklärt die aktuellen Tendenzen des Kapitalismus zu einer reformerischen Moderne.

Der extrem umfangreiche Brie-Klein-Brie-Text enthält für fast jeden Geschmack etwas; also meist auch die Infragestellung von Zitaten, die nachfolgend wiedergegeben sind. In einem Programm-Entwurf muss jeder Satz stimmig sein. Mit der späteren - teilweisen - Negation von Aussagen wird dem gesamten Text das Prädikat ausgestellt, es handle sich um ein verquastes Bauchladen-Programm.

Die meisten Blätter zitierten den Satz: "Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz." Es geht nicht nur um ein Hohes Lied auf Unternehmertum und Gewinninteresse; diese werden auch als Bedingung für Innovation und Effizienz gesehen. In der weiteren Debatte dürfte dies wieder relativiert werden. Doch das Wichtigste war, diesen Satz als "Botschaft der Reformer" der Öffentlichkeit zu übermitteln.

Es handelt sich jedoch nicht um ein einzelnes Beispiel für bürgerliche Realpolitik. Im Kapitel zur EU findet sich der für diese Ebene vergleichbare Satz: "Die Europäische Union ist die notwendige politische und wirtschaftliche Ergänzung, um einen über die neoliberale Globalisierung vermittelten Abbau von Sozialstaatlichkeit abzuwehren und ... die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ... zu sichern." Die EU wird hier nicht nur idealisiert und in ihr Gegenteil verklärt - sie wird sogar als "notwendige Ergänzung" angesehen, um Globalisierung und Sozialabbau abzuwehren. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die EU ist selbst Teil des Prozesses, der missverständlich als Globalisierung bezeichnet wird.

Steilvorlage für die Rechtswende der PDS

Es ist bereits eine Freudsche Fehlleistung, wenn in einem Programm für eine sozialistische Partei die viertgrößte Armee der Welt, die des eigenen Landes, erst gar nicht auftaucht. Das Wort "Bundeswehr" gibt es im Brie-Klein-Brie-Text nicht. Die vielfach bestätigte Position der Ablehnung von Kampfeinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta ist nicht enthalten. Es findet sich, wenn auch versteckt, umgekehrt ein Ja zu solchen Einsätzen im Text. So, wenn die USA wegen ihrer "Missachtung des internationalen Gewaltmonopols des Sicherheitsrats der UN" kritisiert wird. Der Münsteraner Parteitag soll durch die kalte Küche kassiert werden.

Der Text verklärt die "Informationstechnologien" und die darauf aufbauende "Revolution der technologischen Produktionsweise der hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaft". In dem entsprechenden Abschnitt findet sich fast jeder Unsinn, den uns die sozialdemokratischen Vertreter der "neuen Mitte" einreden wollen. Kostproben: "Wichtigste produktive Kraft des neuen Kapitalismus sind die Wissens- und Informationsarbeiter ... Die neue Informationsarbeiterschaft ist durch Individualisierung, Streben nach selbstbestimmten ... Beziehungen und offene Lebensplanung geprägt." All das über einen Berufsstand, zu dem die Süddeutsche Zeitung dieser Tage titelt: "Mit 35 Jahren schon zu alt". Das mündet konsequent darin, dass die Gewerkschaften im Brie-Klein-Brie-Text fast vollständig fehlen und z.B. im umfangreichen Kapitel "Arbeit"

überhaupt nicht auftauchen. Gleichzeitig wird Blairs und Schröders "neue Mitte" verklärt: "Das politische Projekt der ‚neuen Mitte` bietet ... neue Formen sozialer Integration an. Im Unterschied zum klassischen Neoliberalismus erkennt es die Legitimität der Vertretung sozialer Interessen gegenüber dem Kapital an ... Die Einbindung von Gewerkschaften und Umweltorganisationen kann zur Vertretung von wichtigen sozialen und ökologischen Interessen führen."

PDS geht auch Westlinke an

Der Brie-Klein-Brie-Text soll auf dem Dresdener Parteitag am 6./7. Oktober 2001 in Form einer Richtungsentscheidung zur weiteren Programmdebatte, die bereits für das Wahlprogramm 2002 maßgeblich sein soll, durchgepeitscht werden. Real wird es bis dahin acht bis zehn Wochen Diskussionszeit zu diesem Entwurf gegeben haben (seit Ende April bis Ferienbeginn Ende Juni; Antragsschluss: Mitte August). Auch maßgebliche PDS-Mitglieder, die kaum zur Parteilinken zählen und beispielsweise den Vorstoß der Parteiführung auf dem Münsteraner Parteitag zur Durchlöcherung der strikten antimilitaristischen Linie mittrugen, ahnen, dass der drohende Programm-Putsch den erforderlichen Wahlsieg in 2002 - und damit die PDS substanziell - gefährdet. Eine ernsthafte Opposition gegen das Brie-Klein-Brie-Parteiselbstmordkommando geht derzeit von denen aus, die sich hinter dem Gegenentwurf ("Programmentwurf II") versammeln. Zum ersten Mal in der PDS-Geschichte zeichnet sich dabei die Chance ab, dass die unterschiedlichen linken Strömungen in der PDS - die Basis von Kommunistischer Plattform und Marxistischem Forum und eine wie auch immer zu charakterisierende "Westlinke" - ein positiv formuliertes Projekt, einen Programm-Entwurf, gemeinsam unterstützen. Die Programmdebatte 1993 endete mit einem - tragbaren - Kompromiss zwischen "Reformern" und der Linken. In Münster einigte sich die Linke "nur" auf die Position, "Nein" zu sagen zur Aufweichung der strikten antimilitaristischen Grundhaltung.

Es kann durchaus sein, dass der Versuch einer solchen linken Einheit zu spät kommt und erfolglos bleibt. Es ist jedoch die einzige sinnvolle Option für sozialistische Politik in der PDS. Die Apparatfraktion weiß, dass eine solche ausformulierte Gegenposition eine gewisse Chance hat, weswegen sie faktisch die Programmkommission ausschaltete, dadurch ein Minderheitsvotum zu verhindern versuchte, und nun, wo es dennoch zu einem Gegenentwurf kam, diesem die adäquate Verbreitung für die Mitgliedschaft (Abdruck als Beilage zum ND wie "Entwurf I") verweigert.

Die westdeutsche Linke hat, wie eingangs bemerkt, die PDS bereits des öfteren und verfrüht als sozialdemokratisiert abgeschrieben. Sie sollte in der aktuellen Zuspitzung der PDS-Diskussion zwei weitere, miteinander verbundene Fehler vermeiden:

1) Die Programm-Diskussion in der PDS als PDS-interne Angelegenheit abzutun: Diese Debatte ist von erheblicher Relevanz für die gesamte bundesdeutsche Linke. Brächte sich diese Linke ein, wäre dies für die PDS-Linke ebenso von Gewinn wie für die sozialistischen Kräfte, die sich nicht zur PDS zählen.

2) Die Perspektive der PDS als irrelevant für die übrige Linke zu verstehen: Ein Erfolg der Apparatfraktion in der PDS, eine Niederlage der linken Kräfte in dieser Partei und ein Verschwinden der PDS als sozialistischer, im Parlament vertretenen Kraft, wäre ein Verlust für die gesamte bundesdeutsche Linke und hätte entsprechende Auswirkungen auf das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis. Das würde spätestens mit dem nächsten Krieg mit Bundeswehr-Beteiligung (der so sicher wie das Amen in der Kirche kommt) deutlich.

Winfried Wolf ist Bundestagsabgeordneter der PDS und Mitverfasser des Programmentwurfs II. Dieser Entwurf ist kostenlos zu beziehen über:

W. Wolf, MdB, Bundestagsfraktion der PDS, Jägerstr. 67, 10117 Berlin;

Tel.: 030/227 71788;

e-mail: Mittelgrosser.Ratschlag@gmx.de

30. Lufthansa canceled. Vom Streik der Piloten und gewerkschaftlichen Neidern

Autor: gw. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:44

Mit zwei ganztägigen Streiks haben Piloten der Lufthansa versucht, ihre Forderung nach einer Gehaltserhöhung um 35 Prozent durchzusetzen. Da ihre Einkünfte am oberen Ende der Gehaltsskalen zu finden sind, war schnell von "Luxusstreik" die Rede. Doch dieses Mal war es nicht die gegnerische Seite, die zur Waffe der Denunziation im Arbeitskampf griff, sondern SpitzenfunktionärInnen der Gewerkschaften. Ein ungewöhnlicher Tarifkonflikt, um dessen Schlichtung sich nun Ex-Vielflieger Hans-Dietrich Genscher bemüht. Insofern ist alles wieder in den üblichen (Flug-)Bahnen.

Anfang der neunziger Jahre steckte Lufthansa in einer erheblichen Gewinnkrise. In die Krisenbewältigung wurden, wie fast immer in solchen Situationen, alle Beschäftigten einbezogen. Durch Lohn- und Gehaltsverzicht und Entlassungen wurden Personalkosten gespart, der Kranich flog wieder in die Gewinnsphäre. Der Umsatz stieg kontinuierlich (von 16,1 Mrd. DM 1991 auf 29,7 Mrd. DM in 2000), die Gewinne beliefen sich auf 1.233 Millionen DM (1999) bzw. 1.347 Millionen DM (2000). Die AktienbesitzerInnen wird es gefreut haben; weniger erfreulich waren die "Ausschüttungen" an die Beschäftigten. Die letzte Tariferhöhung für das Bodenpersonal, abgeschlossen im März dieses Jahres, lag bei 3,5 Prozent. Das war zwar deutlich über den sonstigen Abschlüssen, Jubelstürme konnte der Abschluss aber nicht auslösen.

Zumal dann nicht, wenn kurz danach die Berufsgruppe der Piloten eine Gehaltsforderung von 35 Prozent auf den Tisch legt und mit einem ersten Warnstreik zeigt, dass es ihr mit dieser Forderung durchaus ernst ist. Sicherlich stand die Vereinigung Cockpit (VC) gegenüber ihren Mitgliedern unter erheblichem Legitimationsdruck. Die Piloten organisierten sich in der VC neu, weil sie befürchten, dass ihre Interessen innerhalb von ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden. Vor der ver.di-Gründung war die DAG für die Piloten, die ÖTV für das Bodenpersonal bei der Lufthansa zuständig.

Wohl wissend, dass sie gegenüber Lufthansa am längeren Hebel sitzt, nutzte die VC diese strategische Stärke und forderte 35 Prozent Gehaltserhöhung. Als Vorbild dienten dabei die KollegInnen der United Airlines, die ein Gehaltsplus von 28 Prozent durchsetzen konnten. Dass die Verhandlungsführer aus den DGB-Gewerkschaften angesichts der sonstigen Abschlüsse blass um die Nase wurden, verwundert also nicht. Ihre Reaktionen waren vom Allerfeinsten: "Wir lassen nicht zu, dass sich Besserverdienende zu Lasten der unteren Einkommensgruppen bereichern. Wir lehnen die von Cockpit angestrebte massive Umverteilung des für die Lufthansa-Beschäftigten insgesamt zur Verfügung stehenden Anteils am Einkommen ab," verkündete der Landesbezirksleiter von ver.di Hamburg und ehemalige ÖTV-Ortschef Wolfgang Rose. (Hamburger Abendblatt, 17.5.) Durchaus erhellend, was der ver.di-Gewerkschafter da über sein Verständnis von Verteilungskämpfen von sich gibt. Vielleicht sollte er vor der nächsten Tarifrunde bei Lufthansa den "insgesamt zur Verfügung stehenden Anteil" der Beschäftigten mal quantifizieren - bei einem Unternehmensgewinn von 1.347 Millionen DM. Margret Mönig-Raane, stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende, sprach gar von "blankem Sozialdarwinismus" (Berliner Zeitung, 17.5.) und giftete, das Auftreten der Piloten würde "jedem Gedanken an Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen." (Handelsblatt, 16.5.)

Klaus Zwickel sah durch die Forderung der Vereinigung Cockpit die "Gemeinwohlinteressen" gefährdet und benannte damit den Kern der vorherrschenden gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Wer sich angesichts des Auseinanderdriftens von Gewinnen und Löhnen mit Tarifabschlüssen von 2 bis 3 Prozent zufrieden gibt, dem kann es nur um "Gemeinwohlinteressen" des Standortes Deutschland gehen. Dass es wegen der steigenden Inflation auch an der IGM-Basis rumort, bleibt einem Klaus Zwickel natürlich nicht verschlossen. "Es ist doch verständlich, dass ein Metaller am Fließband fragt, warum er mit weniger zufrieden sein soll", gab Zwickel zu bedenken. (Handelsblatt, 16.5.) Und Hubertus Schmoldt von der IG Bergbau, Chemie, Energie warnte, die "überzogenen" Forderungen der Piloten würden "Begehrlichkeiten wecken".

Sorge bereitet der DGB-Führungsetage, dass es nun zu Nachschlagforderungen kommen könnte. Allerdings fehlen innergewerkschaftliche Strukturen, die dies transportieren könnten. Nach einer Zunahme spontaner Arbeitskämpfe sieht es zur Zeit nicht aus. Der Frust und die Unzufriedenheit über die Tarifpolitik wird eher durch Gewerkschaftsaustritt ausgedrückt werden. An der einen oder anderen Stelle wird es darüber hinaus zu

einer stärkeren berufsständischen Organisierung außerhalb des DGB kommen (wie jetzt auch beim Flugbegleitpersonal). Angesichts der gewerkschaftlichen Politik ist diese Entwicklung nicht verwunderlich.

In der Zwischenzeit ging VC mit ihren Forderungen schon auf 24 Prozent runter und wird wohl eher im 10-Prozent-Bereich abschließen. Aber egal welcher Abschluss bei Lufthansa nun zu Stande kommen wird - die Streiks der Piloten haben gezeigt, dass, an strategischen Stellen angesetzt, mit wenig Aufwand große Wirkung erzielt werden kann. Das wissen auch die Herrschaften Zwickel, Mönig-Raane, Rose oder Schmoldt. Aber Umverteilung zu Lasten der Unternehmen und der AktionärInnen ist in diesen Kreisen nicht gewollt - die "solidarische Tarifpolitik" der DGB-Gewerkschaften orientiert sich am "Gemeinwohl".

gw.

2.6.01

31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nichtbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:42

Netzbewegungen

1991 gegründet, ist Pixelpark in Berlin der größte deutsche Internet-Dienstleister, der Branchenführer unter den hippen Start Ups. Inzwischen vom Bertelsmann-Konzern übernommen und seit 1999 an der Börse, hat die Firma mittlerweile Dependancen in Hamburg, Köln, Paris, London und New York. Pixelpark ist gleichzeitig auch der Vorreiter in Sachen gewerkschaftlicher Organisierung von Internet-ArbeiterInnen. Anfang Mai haben 68% der Pixelpark-Beschäftigten in Berlin einen Betriebsrat gewählt, nicht zuletzt unter dem Eindruck einer E-mail der Geschäftsleitung "an die lieben Pixels", in der im Rahmen eines "Effizienzsteigerungsprogramms" die Entlassung von 200 "MitarbeiterInnen" angekündigt wurde. Auch in Köln werden Betriebsratswahlen vorbereitet, und ganz im Stile der "Old Economy" steht dann auch die Wahl eines Gesamtbetriebsrats ins Haus.

Gewerkschaftsprojekte wie Connex oder TIM erleben ungeahnten Zuläuf, und die Zahl der Betriebsräte in der IT-Branche nimmt zu. Laut WSI-Angaben gibt es inzwischen 200 Betriebsräte, d.h. jede zweite Firma in der Branche hat eine organisierte Interessensvertretung der Beschäftigten. Ein Drittel der Betriebsräte ist dabei erst in den letzten fünf Jahren gewählt worden, vor allem in älteren, bisher betriebsratsfreien Firmen. Auch in Bezug auf die Wahlbeteiligung nähert sich die Branche der "Old Economy" an.

(www.labournet.de)

Traumgagen Fehlanzeige

Der Deutsche Multimediaverband (dmmv) veröffentlicht regelmäßig einen Gehaltsspiegel für die Internet-Branche auf der Basis von 100 befragten Unternehmen. Wie bereits in den Jahren zuvor lautet das Ergebnis für das Jahr 2001: Die Gehälter in der Internet- und Multimediabranche sind mit denen in der Werbe-Branche vergleichbar. "Ein Berufsanfänger sollte nicht denken, dass er hier richtig abzocken kann", so Lutz Görtz vom dmmv. Während Mitglieder der Geschäftsleitung ca. 139.000 DM im Jahr verdienen, sind es bei ProjektleiterInnen nur noch 73.000 DM. "Universal-ProgrammiererInnen" und Beschäftigte in der Konzeption können immerhin noch mit Jahresgehältern von 81.000 bis 82.000 DM rechnen, bei Text- und BildredakteurInnen sind es schon nur noch 69.000 DM. Und GrafikerInnen oder VideodesignerInnen gehen mit 67.000 DM brutto im Jahr nach Hause. Wem das trotz allem noch viel erscheint, der/die möge sich den Spaß machen und bei einer 50-80 Stunden-Woche die Stundenlöhne ausrechnen.

(www.heise.de)

Scheiße oder nicht Scheiße

Wer seinen Job als "Scheiß-Job" bezeichnet und "seine" Firma als "miese Bude", kann sich schnell vor einem bürgerlichen Gericht wiederfinden. Und wo "Scheiß-Bulle" noch mit 100-200 DM relativ billig ist, kann "Scheiß-Job" 500.000 DM kosten. Diese Erfahrung hat die Homepage "Prol-Position - ArbeiterInnenstandpunkte" gemacht. Die Seite beschäftigt sich mit den Arbeitsbedingungen in Call Centern und ist bei www.free.de beheimatet. Gegen diesen Provider hat die Bochumer Firma ISI Marketing beim Landgericht Bochum eine einstweilige Verfügung erwirkt, nach der gegen Androhung eines Ordnungsgeldes von eben 500.000 DM oder sechs Monaten Haft ein Flugblatt und ein Bericht zu ISI nicht veröffentlicht werden sollten. www.free.de wurde untersagt, "1. das Unternehmen als ‚miese Bude` zu bezeichnen oder einer solchen gleichzusetzen und/oder 2. Die dort angebotenen Arbeitsstellen als ‚Scheißjobs` zu bezeichnen."

ISI Marketing ist ein Telefon-Marketing-Unternehmen mit Call Centern u.a. in Bochum, Essen und Düsseldorf. Und ISI befindet sich auf Expansionskurs, will in Kürze als ISI AG an die Börse. Da liegen die Nerven offenbar blank.

(www.labournet.de)

Faule weg

Erwerbslose unter der rot-grünen Bundesregierung haben es nicht leicht. Erst werden sie als Faulenzer beschimpft und dann ganz einfach abgeschafft. Offenbar wird im Bundesarbeitsministerium im Zuge der geplanten SGB III-Änderung auch daran gedacht, die Arbeitslosenstatistik gleich mit zu verändern. In Zukunft sollen nur die "wirklich Erwerbslosen" gezählt werden. Menschen in Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes gelten demnach in Zukunft genauso wenig als arbeitslos, wie Leute, die "nur kurzfristig" arbeitslos sind, was immer das heißen mag. Gleichzeitig gibt es im Finanzministerium auch Überlegungen zu einer Neugestaltung der Sozialhilfe. Die soll es demnach in vollem Umfang nur noch dann geben, wenn die Betroffenen keine Möglichkeiten haben, sich durch Erwerbsarbeit "etwas dazu zu verdienen". Wie das aussehen könnte, wird im Hamburg vorexerziert: Unter Berufung auf eine allgemeine Arbeitsmarktlage, bei der "jeder in kürzester Zeit" einen Job finden könne, wird ganz pauschal aufstockende Sozialhilfe bis zu 400 DM verweigert. In diesem Umfang, so die Sozialämter, kann jeder und jede erstmal Erwerbseinkommen erzielen.

(FAZ)

Daimler-News

Im Januar hatte DaimlerChrysler die Katze aus dem Sack gelassen: Weltweit 26.000 Arbeitsplätze, rund 20% der gesamten Belegschaft, sollen in den nächsten Jahren abgebaut werden. Der größte Teil, nämlich 75%, bereits zum Ende diesen Jahres. Insgesamt sollen sechs Firmen vor allem der US-Sparte der DaimlerChrysler AG geschlossen werden. Werksschließungen in Mexiko, Argentinien und Brasilien stehen bevor. Im brasilianischen Campo Largo kam es darauf hin bereits zu Warnstreiks, in deren Verlauf auch zum Rathaus demonstriert wurde.

In den bundesdeutschen Produktionsstandorten startet der Konzern gleichzeitig eine breit angelegte Flexibilisierungsoffensive. Je nach Bedarf soll die Personalkapazität um 25% nach oben oder unten variiert werden. Erreicht werden soll das durch den verstärkten Einsatz von Leiharbeitsfirmen: Allein für das Bremer Mercedes-Werk bedeutet das eine Umwandlung von 2.500 regulären Arbeitsplätzen in ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse, entweder im Rahmen von Leiharbeit oder durch befristete Arbeitsverträge. Gegenüber einem jetzigen Stundenlohn von 31,26 DM bekommen die LeiharbeiterInnen in Zukunft für die gleiche Arbeit nur noch 13,50-15 DM.

Etwas deplatziert wirkt daher eine Meldung aus Brasilien. Bei Mercedes in Campinas ist vom 10.-21. Mai gestreikt worden und zwar ganz offensiv für eine Reduzierung der Arbeitszeit (auf 40 Stunden in der Woche) sowie für mehr Geld in Form einer Ergebnisbeteiligung. KollegInnen aus dem benachbarten Werk in Sao Bernardo hatten sich daraufhin geweigert, sich als StreikbrecherInnen einsetzen zu lassen und sich mit den Streikenden in Campina solidarisiert. Die ca. 150 Streikenden haben mit ihrer Aktion vor allem eine erhöhte Ergebnisbeteiligung durchgesetzt (von 1.000 auf 1.700 Reais). Über die Arbeitszeitverkürzung wird hingegen zu einem anderen Zeitpunkt weiter verhandelt.

(www.labournet.de)

32. Darf's ein bißchen liberaler sein? Das WTO-Abkommen GATS liberalisiert den Dienstleistungssektor

Autor: Heiko Wegmann · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:29

Vom 9.-13. November diesen Jahres wird in Doha (Katar) die vierte Ministerkonferenz der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation (WTO) stattfinden. Fast genau zwei Jahre wird dann der gescheiterte Versuch zurückliegen, mit der Konferenz in Seattle eine umfassende Verhandlungsrunde zur weiteren Liberalisierung des Welthandels einzuleiten. Seattle machte nicht nur die harten Konfliktlinien zwischen verschiedenen Gruppen von Mitgliedsstaaten sichtbar, sondern wurde auch zum weithin sichtbaren Symbol für eine neue Anti-Globalisierungsbewegung. In der WTO (z.Z. 141 Länder) konnte daraufhin über ein Jahr kein Land gefunden werden, das bereit war, die nächste turnusmäßige Konferenz auszurichten. Lediglich in Katar, wo auch Parteien und Parlament verboten sind, schien man sich schließlich sicher zu sein, Probleme mit Protestierern nicht zu bekommen.

Eine gewisse Legitimationskrise des Neoliberalismus ist unverkennbar. Auch andere Ereignisse wie z.B. die Asienkrise trugen ihren Teil dazu bei. Die führenden Akteure in der WTO - die USA, die EU und dessen Sekretariat - gelobten deshalb organisatorische Verbesserungen, die Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer und größere Transparenz. Diese ist mittlerweile in einem gewissen Maße realisiert worden (vgl. www.wto.org). Gleichzeitig hält die WTO strikt an ihrem neoliberalen Kurs fest. An ihrem Sitz in Genf laufen seit Anfang 2000 Verhandlungen über die weitere Liberalisierung des Weltagrarhandels (Agreement on Agriculture) und des Dienstleistungshandels im Rahmen des General Agreements on Trade in Services (GATS).

Stop the GATS Attack now!

Die Erbringung von Dienstleistungen ist im Allgemeinen viel stärker durch Qualifikationsanforderungen, Lizenzen, staatliche Monopole usw. reguliert als der internationale Warenhandel. Deshalb gerät beim GATS auch stärker als beim GATT die innerstaatliche Politik ins Visier, wenn die Systeme der sozialen Infrastruktur vom Gesundheits- bis zum Bildungswesen betroffen sind und unter Privatisierungsdruck geraten. Weitere Sektoren sind Telekommunikation, der Finanzsektor, Tourismus, Transport, Bau, Softwareproduktion, Medien und Kultur. Der Geltungsbereich ist derartig breit definiert, dass es um die Stärkung von Investorenrechten, um Kapital- und Personenverkehr sowie weltweiten Zugang zur öffentlichen Auftragsvergabe, Subventionen, Wettbewerbspolitik und die Formulierung von Sicherheits- und Qualitätsstandards geht. Bestehende Regelungen zur "innerstaatlichen Regulierung" sollen dahingehend ausgebaut werden, dass ein Staat bei jeglichen Maßnahmen "wissenschaftlich" beweisen können muss, dass diese erstens unbedingt nötig und zweitens den Handel nur im geringst-möglichen Maße störend sind. Konsequenzen könnten sein, dass Umweltstandards im Energie- und Umweltsektor von der WTO als unzulässig handelsstörend beschieden werden. Es könnte argumentiert werden, dass die ausschließliche Lizenzierung von nicht-profitorientierten Organisationen im Bildungsbereich (so in Japan) den Handel unnötig beschränkt, weil die Schulqualität auch in privaten Schulen gewährleistet werden kann, auch wenn sich dadurch soziale Ungleichheiten verstärken.

Das GATS enthält Regeln zu Investitionen, die ausgebaut und auf immer mehr Sektoren bezogen werden sollen und in die Richtung des gescheiterten Abkommens MAI gehen. Dabei geht es darum, den Transnationalen Konzernen (TNC) weltweit freien Zugang zu Anlagemöglichkeiten (z.B. bei der Privatisierung staatlicher Infrastruktur) und Schutz vor staatlichen (z.B. entwicklungspolitischen) Steuerungsinstrumenten zu verschaffen. Ggf. könnte die Einführung von Mindestlöhnen oder Umweltschutzgesetzen als "schleichende Enteignung" gewertet werden, die den Staat zu Schadensersatzleistungen an Konzerne verpflichtet (wie real sich so etwas auswirkt, ist an der Diskussion über den Atomausstieg in der BRD zu sehen).

Das Thema Dienstleistungen wurde von den USA bereits 1982 mit Nachdruck auf die Tagesordnung des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) gebracht. Dies stieß auf Widerstand einer Reihe von Entwicklungsländern, die über dieses Thema zunächst gar nicht verhandeln wollten. Sie fürchteten, bei einer Öffnung der Märkte der übermächtigen Konkurrenz durch TNC aus den westlichen Ländern nicht standhalten

zu können und entwicklungspolitische Handlungsspielräume aufgeben zu müssen. Nach schwierigen Verhandlungen wurde mit dem GATS 1994 das erste multilaterale Handelsabkommen über Dienstleistungen beschlossen. Die Struktur des Vertrages ist überaus komplex. Allgemeine Regelungen, die für alle Mitgliedsstaaten gelten, überlagern sich mit Verpflichtungen, die Staaten "individuell" und "freiwillig" eingehen und die in Listen rechtlich bindend niedergelegt werden. Viele Artikel sind (noch) schwammig. Damit hängt die Beurteilung der Reichweite zunächst auch von ggf. entstehenden Handelsstreitigkeiten und der verbindlichen Rechtsinterpretation durch die Gerichtsbarkeit der WTO ab.

Im GATS ist eine Dynamik eingebaut, die periodische Verhandlungen mit dem Ziel fortschreitender Liberalisierung zwingend vorschreibt. Dies könnte geradezu als eine neoliberale Unumkehrbarkeitsklausel bezeichnet werden (abgesehen davon, dass ohnehin von Regierungen einmal eingegangene Liberalisierungsverpflichtungen später nur noch bestenfalls gegen Kompensationszahlungen zurückgenommen werden können). In der Tat wurde das GATS inzwischen durch mehrere Zusatzabkommen angereichert (z.B. zu Telekommunikation und Finanzdienstleistungen). Seit Februar 2000 laufen nun allgemeine Verhandlungen zur Revision (d.h. Ausbau) des Vertragswerks und Erweiterung der konkreten Liberalisierungspflichten. Dabei haben manche scheinbar technische, klassifikatorische und sprachliche Veränderungen eine große Tragweite. (1) Dies begünstigt die von Entwicklungsländern kritisierte Asymmetrie in den Verhandlungen: Wer über viele finanzielle, wissenschaftliche und personelle Ressourcen verfügt, kann die Ergebnisse im eigenen Interesse bestimmen, auch ohne direkten Druck auszuüben. Andere Länder können dagegen nicht einmal eigene Vertretungen in Genf unterhalten.

In den Verhandlungen gibt jeder Staat Angebote für und Forderungen nach konkreten Liberalisierungsverpflichtungen ab, die für einzelne Zielländer und Dienstleistungen konkretisiert werden. In allen offiziellen Verlautbarungen wird ein genereller Wohlfahrtsgewinn durch freien Handel propagiert. Es zeigt sich jedoch, dass jede Regierung i.d.R. nur dann daran glaubt, wenn sie die Gewinne durch zunehmende Exportmöglichkeiten in einem Sektor höher einschätzt als die Verluste durch Importe. Unbeschadet des multilateralen Charakters der Verhandlungen, den manche für sich schon als Fortschritt gegenüber einem tatsächlich oder vermeintlich rabiateren Bilateralismus erklären (2), setzen alle Staaten ihre - höchst ungleich verteilte - Macht auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Ebenen ein, um ihre Ziele durchzusetzen, d.h. in relevanten Sektoren Marktöffnungen, Investitionsschutz und eine möglichst günstige Regulierung für "ihre" Konzerne zu erreichen. Die EU-Kommission schreibt die Beteiligung der "Zivilgesellschaft" an der Ausarbeitung der eigenen Ziele groß. Dies drückt sich vor allem in der äußerst engen Kooperation mit den europäischen Konzernen der Dienstleistungsbranche und ihren Lobbyorganisationen wie dem European Services Forum (ESF; www.esf.be) aus. Dabei wurde die Kommission keineswegs von den Lobbyisten belagert und genötigt, sondern initiierte diesen Prozess selbst. (3)

Der Fortgang der Entwicklungen in der WTO und beim GATS wird von den Basisbewegungen, die nach Seattle zu anderen Großereignissen wie den IWF/Weltbank-Gipfel 2000 in Prag mobilisierten, relativ wenig zur Kenntnis genommen. Eine Reihe von NGOs arbeitete unterdessen an der Akkumulation von Detailwissen. Folgerichtig versuchten sie z.B., bei von der EU-Kommission organisierten Treffen, ihre vorsichtig warnenden Statements in den politischen Willensbildungsprozess der Exekutive einzubringen. Allerdings zeichnen sich mittlerweile auch die Konturen einer internationalen Kampagne ab. Bis Anfang April unterzeichneten 430 Organisationen aus 53 Ländern die Erklärung "Stop the GATS Attack now!" (die Erklärung und Links zur Anti-GATS-Kampagne gibt es unter www.xs4all.nl/~ceo/gatswatch/).

Mythos

der Sozialen Marktwirtschaft

Die Aktivitäten dieser Kampagne(n) werden von WTO und Konzernen aufmerksam verfolgt. Die Angst geht um, das GATS könne eine solch negative Öffentlichkeit bekommen, wie einst das MAI. WTO-Generaldirektor Mike Moore sagte, angesichts der von NGOs verbreiteten Irrtümer, erfundenen Schreckgeschichten und Lügen über das GATS werde ihm übel. Im März 01 sah sich die WTO genötigt, ein 19-seitiges Pamphlet "GATS - Facts and Fiction" zu veröffentlichen, in dem sie die Kritik zu diskreditieren versucht. Zu der GATS-Tagung "Zu wessen Diensten?" vom Forum Umwelt & Entwicklung Mitte Mai in Bonn zog es auch Vertreter von EU-Kommission, ESF, BDI, BMWi und OECD.

Die NGO-Erklärung hebt sich einerseits positiv von primär technokratischen Forderungen wie der zur Einführung der Tobin-Steuer ab, indem sie sich für soziale und wirtschaftliche Grundrechte stark macht. Mit der Privatisierung sozialer Sicherungs- und Versorgungssysteme, der Verankerung des Verbots handelsstörender innerstaatlicher Regulierungen im internationalen Recht und der brachialen Öffnung von "Märkten" des Südens werden durchaus abzulehnende Entwicklungen thematisiert. Andererseits ist der überaus positive Bezug auf das, was als bedrohte "demokratische Regierungstätigkeit" bezeichnet wird, nicht zu übersehen. Wieder wird der bürgerliche Fetisch des Staates als neutraler Mittler der gesellschaftlichen Interessen angebetet. Die Politik befindet sich so scheinbar nur auf einem Irrweg, fehlgeleitet von den Konzernen. Entsprechend wird die aktive Rolle der demokratischen Institutionen im nationalistischen "Standortkrieg" ausgeblendet, während die Beschränkung der Handlungsoptionen von Regierungen und die Aushöhlung "der Demokratie an sich" beklagt wird. Dann wundert es nicht, wenn am Ende an "unsere Regierungen" appelliert wird, im Rahmen des GATS [sic!] und unter Beteiligung der Bürgergruppen aller Mitgliedsländer wieder alles zum Guten zu richten. Diese Kritik speist sich nicht aus einer Verkennung der Rolle von und Fixiertheit auf Kampagnenpapiere. Ohne ein Freund der von Inhalten unterbrochenen Dauerwerbung privater Sender zu sein: Der tosende Beifall, den WDR-Chef Fritz Pleitgen auf der genannten Tagung für seine Vergötterung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens (4) erhielt, spricht Bände. Der "Bürgerrundfunk" garantiere gegenüber dem Einheitsbrei amerikanischer Mediengiganten kulturelle Nachhaltigkeit, d.h. gleichzeitig Pluralität und deutsche Identität (!). Wenn die Anti-Globalisierungsproteste im Juli in Genua in ARD und ZDF wieder auf Gewalt reduziert werden, erinnern wir uns.

Die mangelnde Staatskritik der Kampagne hat etwas gestriges - wer wünscht sich schon Fremdbestimmung durch autoritäre Behörden? - und transportiert den Mythos der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei könnte in Bezug auf die Forderung, die Rolle und Verantwortung der Regierungen in der neuen globalen Ökonomie für die Garantie von umfassenden Grundrechten gemäß älteren UN-Deklarationen erneut festzuschreiben, gegengefragt werden: warum hamse denn nich', als se noch konnten, d.h. vor dem definitiven Sozial-staatsverbot des WTO-Abkommens?

Heiko Wegmann

Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft

des BUKO, www.buko24.de

Anmerkungen:

1) Wenn beispielsweise in die Definition von Finanzdienstleistungen neuartige "Produkte" aufgenommen werden, steigt automatisch das Niveau der Liberalisierung bei den Ländern, die Verpflichtungen in dem Sektor eingegangen sind.

2) So auch Christoph Scherrer bei der Eröffnungsdiskussion zum BUKO 23 im Oktober 2000 in Berlin. Damit wird verkannt, dass in diesen Multilateralismus institutionell die Bedingungen der sozialen Polarisierung und ökologischen Zerstörung eingeschrieben sind. Viele multilaterale Verhandlungen finden überhaupt erst auf Grund unilateraler Drohungen statt, wie die Entstehungsgeschichte des GATS beweist.

3) Dieser Prozess wurde mit Nachdruck vom vormaligen EU-Handelskommissar Leon Brittan vorangetrieben, der auf die Kommission heute selbst als Lobbyist eines britischen Finanzkonzerns einwirkt.

4) Dessen Privileg der Gebührenfinanzierung könnte im GATS früher oder später als wettbewerbsverzerrende Subvention angegriffen werden, ebenso wie die Beschränkung von Werbezeiten als Verhinderung von Marktzugang gelten könnte.

33. Querstellen ohne Ende. Castortransporte aus Brunsbüttel und Stade gestört

Autor: DSe · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:25

Die Geheimhaltung der AKW-Betreiber über die Abfahrtstermine ihrer Castortransporte ist inzwischen löchrig wie ein Käse. Bis zum letzten Moment versuchten HEW, e.on und die Einsatzleitungen von Polizei und BGS gegenüber JournalistInnen und anderen Interessierten die Abfahrt der radioaktiven Frachten als "Geheime Verschlusssache" zu behandeln, ohne Erfolg. Allein 500 Menschen demonstrierten am späten Nachmittag in Hamburg-Harburg, wenige Stunde, bevor die Castortransporte aus den AKWs Stade (Niedersachsen) und Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) sich auf den Weg zur französischen Wiederaurfarbeitungsanlage nach La Hague machen sollten.

Insgesamt wohl an die 1.000 AtomkraftgegnerInnen an verschiedenen Orten in Norddeutschland warteten am Montag den 14. Mai auf die Abfahrt der Transporte. Wie viel Polizei und BGS insgesamt im Einsatz waren, ist bislang nicht bekannt. Nach dem vollkommen überzogenen Polizei-Aufgebot mit über 6.000 Einsatzkräften anlässlich der Transporte von Rheinsberg in das Zwischenlager Greifswald wollten weder BGS noch Polizei irgendwelche Zahlenangaben machen. Nach Informationen des Sprechers der BI Lüchow Dannenberg sollen es aber rund 4.500 gewesen sein.

In Hamburg-Harburg, wo die Castoren aus den Hamburg umgebenden AKWs zusammenlaufen und von wo es über den Rangierbahnhof in Maschen dann Richtung Süden weiter geht, hatte das neue Hamburger Bündnis Arbeitskreis gegen Atomkraft (AGA) zu Kundgebung, Demo und anschließenden Aktionen aufgerufen. Weil im Unterschied zu Gorleben auf den Bahnstrecken um Hamburg viel normaler Personen- und Güterverkehr rollt, war die Demo in Harburg auf die Bahngleise Richtung Stade ausgerichtet. Dort ist vergleichsweise weniger Verkehr als auf der Hauptachse, und über diese Strecke durchfährt der Stade-Castor den Raum Harburg. Außerdem ist ein Großteil der Bahnstrecke mit lebensgefährlichen Stromschienen auf Kniehöhe ausgestattet, über die die S-Bahnen mit Strom versorgt werden. Auf der Strecke vom Harburger Bahnhof befindet sich jedoch ein etwa ein Kilometer langes Gleisstück, wo keine S-Bahn verkehrt und daher auch diese Stromschienen fehlen. Die Aktionsplanungen in Harburg konzentrierten sich vor allem auf dieses Stück - der Castor aus Brunsbüttel sollte nicht blockiert werden.

Bedenkt man, dass der konkrete Auftakttermin für den sogenannten Tag X erst am vorherigen Freitag endgültig festgelegt und über die Internetseiten der Regenbogen-Gruppe und von nadir.org sowie per Jingle über das Freie Sender Kombinat (FSK) verbreitet wurde, dann darf eine Beteiligung von 500 Menschen getrost als großer Erfolg gewertet werden.

Das Medieninteresse an den Hamburger Aktivitäten war enorm. Vom frühen Morgen bis in den Abend hinein klingelten die Handys der Presseverantwortlichen nahezu ununterbrochen, wollten Kamerateams, JournalistInnen, Radioleute und Agenturen wissen, wann denn die Abreise bevorstehe, wo am besten zu filmen sei, was die AGA denn noch so vor hätte, wer für Interviews zur Verfügung stehe und so weiter.

Wer am nächsten Tag eine Presserecherche zu den Castoren aus Stade und Brunsbüttel durchführte, hatte jede Menge Lesestoff für den Rest des Tages. Bereits im Vorfeld der Transporte hat es in Hamburg eine ausführliche Berichterstattung gegeben. Per Presseerklärung hatte die Regenbogen-Gruppe u.a. die genauen Fahrtstrecken des Atommülls durch Hamburg bekannt gemacht. Erstmals erfuhren viele HamburgerInnen, dass sie direkt an Gleisen von Castortransporten wohnen und diese ihnen quasi durch den Garten hinterm Haus rollen.

Was die Abfahrtstermine der Transporte aus Stade und Brunsbüttel anging, behielten die AGA-Leute recht: Gegen 23 Uhr starteten die beiden Behälter samt BGS-Begleitwaggon aus dem AKW Brunsbüttel. Fast eine Stunde brauchte der Transport bis in das nur ca. acht Kilometer entfernte Wilster. Dort wurde er von einer ersten Blockade für einige Minuten aufgehalten. So gegen ein Uhr nachts machte sich dann auch der Castor aus Stade auf den Weg - und kam nicht weit. Schon nach wenigen Minuten wurde er durch eine Gleisblockade von Robin Wood zum Stehen gebracht. Einige AktivistInnen hatte ihre Hände in einem Stahlrohr an die Gleise gekettet, so dass die Spezialkräfte insgesamt 70 Minuten brauchten, um die Schienen zu entfernen, die Leute

rauszuziehen und anschließend die Gleise wieder zusammenzuschrauben. In Harburg, wo immer noch rund 300 Leute auf den Transport warteten, kam bei dieser Nachricht richtig gute Laune auf.

Leider nicht für lange. Denn der Aufbruch zu einer geplanten Blockade verzögerte sich dermaßen, dass es am Ende zu spät war. Zahlreiche organisatorische Mängel im Laufe des Nachmittags und Abends (die zugesagten Lautsprecherwagen kamen nicht, eine Absprache mit dem Infowagen hatte vorher nicht stattgefunden, Leute von X-1000-mal quer, die bestimmte Aufgaben zugesagt hatten, kamen einfach nicht.). So scheiterte die Aktion, weil im Laufe des Abends viel zu viele vermeintliche Delegierte in die Beratungen einbezogen wurden und damit die Entscheidungsfindung verzögerten und andererseits unklare Informationen über die Anwesenheit von Polizei am vorgesehen Aktionsort bestanden. Als die Leute noch auf dem Weg zu diesem Ort waren, kam ihnen der Castor schon mit großem Tempo entgegen, so dass die Strecke per Helikopter und vermutlich mit Infrarot-Sichtgeräten überwacht worden sein muss.

Dennoch ändert diese Panne nichts an dem Erreichen des von den CastorgegnerInnen gesteckten Zieles. Der ökonomische Preis ist angesichts eines enormen Polizeiaufgebotes ohne Frage weiter gesteigert worden, viele Menschen haben mitbekommen, dass der Atommüll mitten durch die Hansestadt rollt. Für die nächsten Transporte haben weder Polizei, noch die AKW-Betreiber oder aber ein rot-grüner Senat in Hamburg einen Grund anzunehmen, dass sie die enormen Sicherungsmaßnahmen reduzieren können. Das dürfte auch LeserInnen des Hamburger Abendblattes klar machen, dass es mit dem Atomkonsens, den die Bundesregierung behauptet, nicht sonderlich weit her ist. Besonders unangenehm muss das für die mitregierende GAL sein, denn im September wird in Hamburg die Bürgerschaft gewählt, und der grüne Umweltsenator Porschke muss bis dahin die Aufgabe übernehmen, die Castortransporte durch die Hansestadt als Transporte für den Ausstieg zu rechtfertigen. Das dürfte viele GAL-WählerInnen nicht überzeugen, zumal die AtomkraftgegnerInnen noch viele Möglichkeiten haben, gegen die Castortransporte zu mobilisieren. Aus dem AKW Stade werden bis Ende dieses Jahres noch insgesamt sieben weitere Transporte rollen (nicht 16 wie im letzten ak behauptet!). Die HEW haben für das AKW Brunsbüttel beim Bundesamt für Strahlenschutz insgesamt sechs weitere Transporte mit je zwei Behältern beantragt. Dadurch wird es rechnerisch zu mindestens zwei Atomtransporten pro Monat durch Hamburg kommen mitten im Wahlkampf. Und die AGA arbeitet schon an dem nächsten Tag X.

DSe

Informationen über die Castortransporte aus den AKWs Stade und Brunsbüttel unter: www.regenbogen-hamburg.de und www.nadir.org/castor.

Gemeinsam dezentral gegen Castor

Nicht nur in der Nähe der AKWs kam es zu Behinderungen der Castortransporte, sondern auch während der Fahrt Richtung französische Grenze. Hier ein knapper Überblick:

Blockade 2: In Lüneburg wurde der Zug erneut von DemonstrantInnen gestoppt, die die Gleise besetzt hatten.

Blockade 3: In Suderburg bei Uelzen überlegten sich Leute spontan, den Lokführer eines haltenden Zuges darüber zu informieren, dass sie jetzt dem Castor entgegen gehen würden - auf den Gleisen! Luftlandetruppen des BGS mussten eingeflogen werden, um sie zu räumen.

Allein in Rheinland-Pfalz waren nach offiziellen Angaben rund 3.000 Beamte von Polizei und BGS im Einsatz. Dies allein ist schon ein Erfolg für die AtomkraftgegnerInnen. Aber ist es auch kein Wunder, dass die rund 50 AktivistInnen im Süden keine erfolgreichen Blockaden durchführen konnten. Dass sich der Widerstand erst wieder auf den WAA-Transport am 5. Juni in Biblis konzentrieren will, war natürlich keine Sicherheit für die "Grünen".

So hieß es in der Pressemitteilung der Polizei: "... im Wald bei Hagenbach wurden fünf Menschen in Gewahrsam genommen. Bei Lingenfeld legten Unbekannte eine zwei Meter große, in weiße Laken gehüllte aufblasbare Puppe mit einem Anti-Castor-Aufkleber auf die Gleise. Weiter verzeichnete die Polizei fünf Identitätsfeststellungen und neun Platzverweise. 129 Menschen und 29 Autos wurden kontrolliert. Insgesamt wurden etwa 30 Transportgegner gesichtet."

30 weitere AktivistInnen nutzen den Tag, um sich zur Abwechslung mal auf der anderen Seite des Rheins umzusehen und beteiligten sich nahe Strasbourg an der ersten von vier erfolgreichen Blockadeaktionen in Frankreich (siehe nebenstehenden Artikel dazu).

Bis vor 1998 waren die Transporttermine und Routen größtenteils unbekannt, Aktionen eher die Ausnahme. Insgesamt also ein sehr erfolgreicher Widerstand und Protest für einen Transport in die WAA.

Markus Pflüger

34. Renaissance der französischen Anti-Atom-Bewegung. Überraschende Blockaden und Proteste gegen Castortransporte in Frankreich

Autor: Markus Pflüger · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:20

Der Zug hatte anderthalb Stunden Verspätung, - "besser als die Deutschen ...", so der Kommentar eines französischen Atomkraftgegners, nachdem die Castoren aus Brunsbüttel und Stade schließlich in La Hague eingetroffen waren. Tatsächlich war die Verspätung sogar noch größer, denn die Polizei hatte Verzögerungen durch AtomkraftgegnerInnen von vorneherein eingeplant. Ziel der Ordnungshüter beider Länder schien vor allem die Einhaltung des Zeitplans zu sein: "Der Transport verließ pünktlich um", "erreichte ohne Behinderungen", "kam ohne Beeinträchtigung im Zeitplan an": Die Presseagenturen wiederholen dies gerne ungeprüft. Die neue Qualität des grenzüberschreitenden Protests und Widerstandes lässt sich so besser klein reden. Dabei erlebt Frankreich gerade einen Aufschwung an Anti-Atom-Aktivitäten, besonders was Atomtransporte anbelangt.

Die Castorblockaden der letzten Jahre, vor allem die Blockaden in Gorleben und Ahaus, waren in den französischen Medien präsent. So konnten die französischen AtomkraftgegnerInnen sehen, wie sich relativ wenige Menschen der Atomlobby wirkungsvoll in den Weg stellten. Das in Deutschland als atomkraftfreundlich geltende Frankreich kennt durchaus Massendemonstrationen gegen Atomkraft, angefangen 1977 in Maville mit 60.000 DemonstrantInnen, 1980 in Plogoff/Pentecôte mit 100.000; 1997 in Le Carnet mit 15.000 und beispielsweise im Jahr 2000 in Le Blayais mit 2.000 Menschen. Bei Demonstrationen gegen das Endlagerprojekt im lothringischen Bure wurden während der letzten Jahre auch spontan Zäune umgeknickt oder eine Einfahrt mit Geröll zugekippt. Militante Aktionen sind in Frankreich ja durchaus bekannt und haben Tradition. Doch Blockaden waren bisher das Privileg von professionellen Greenpeace-Gruppen und nicht im Repertoire der einzelnen Anti-Atom-Initiativen. Lange schien in Frankreich der Widerstand gegen die Atomenergie geschwächt, doch spätestens seit Gründung des Frankreich-weiten Netzwerkes für den Atomausstieg (1996), das inzwischen auf 613 Organisationen mit rund 10.000 Anhängern gewachsen ist, erlebt der Anti-Atom-Protest eine Renaissance.

Durch deutsch-französische Kontakte, Konferenzen und gemeinsame Aktionen wurden die Möglichkeiten und Chancen von Castorblockaden und das dazugehörige Know-how zunehmend bekannt. Seit 1996 gibt es wieder gute deutsch-französische Kontakte auf Grund des Widerstandes gegen das Endlagerprojekt Bure in Lothringen, nur 150 km von der deutsch-französischen Grenze entfernt. 1997 beteiligten sich zwei französische Anti-Atom-Aktivisten in Saarbrücken an der Blockade eines WAA-Transportes nach La Hague und an Aktionen am AKW Krümmel in Norddeutschland, 1998 und 1999 gab es symbolische Streckenbesetzungen, Gleisfrühstücke sowie Demonstrationen im Dreiländereck bei Perl-Apach, 2000 schließlich ein deutsch-französisches Blockadetraining in Saarbrücken und eine symbolische Blockade mit viel deutschem und französischem Medieninteresse zum Jahrestag der Castorentgleisung bei Perl-Apach.

Zusammenarbeit belebt das Geschäft

Eine französisch-deutsche Unterschriftenaktion gegen eine neue Reaktorgeneration in Frankreich (das deutsch-französische EPR-Projekt), eine Informations- und Protestfahrt der BI Lüchow-Dannenberg nach La Hague und der Beginn einer Partnerschaft zwischen Gorleben und Bure sind weitere Meilensteine der Anti-Atom-Kooperation der letzten Jahre. Sowohl 1999 als auch 2001 waren deutsche Vertreter bei den Vollversammlungen des französischen Netzwerks eingeladen. Hier wurde 2001 eine Arbeitsgruppe zu Atomtransporten eingerichtet: Beobachtung, Blockademöglichkeiten und eine Vernetzung innerhalb Frankreichs und mit Deutschland wurden besprochen. Greenpeace startete im Frühjahr eine Infotour mit einem großen Castormodell.

Damit standen die Atomtransporte auf der Tagesordnung auch der französischen Anti-Atom-Bewegung, gute Gewerkschaftskontakte und Kooperationen mit Greenpeace kommen hinzu. All dies sind Faktoren für den aktuellen Aufschwung der Castorblockaden in Frankreich. Kurz vor dem Rücktransport nach Gorleben Ende

März gab es Solidaritätsbekundungen aus Frankreich, Redebeiträge in Ahaus und Lüneburg sowie eine gemeinsame Auftaktdemonstration mit 1.500 Teilnehmerinnen in Kehl/Strasbourg.

Bisher war klar: Rücktransporte "deutschen Atommülls" von La Hague nach Gorleben können kaum blockiert werden, sie sind im Gegenteil zu begrüßen, um die illegale Lagerung in La Hague zu beenden. Daher schien in Frankreich eine Blockade dieser Transporte nicht vermittelbar. Trotzdem erklärten die französischen Grünen schon vorsichtig, dass sie zwar für die Rückkehr des Atommülls in ihre Ursprungsländer sind, aber nicht für weitere Fuhren in die Wiederaufarbeitung. Doch auch hier eine entscheidende Veränderung: Jean-Yvon Landrac vom französischen Netzwerk auf der Vollversammlung Ende Januar 2001 in Rennes: "Wenn nicht blockiert wird, liegt Ende 2001 mehr Atommüll in La Hague als jetzt!" Und in einem Offenen Brief vom 8. Februar an die deutschen Grünen werden deren Behauptungen, Deutschland müsse den Müll aus Solidarität mit den französischen Atomkraftgegnern und aus nationaler Verantwortung zurücknehmen, widerlegt: "Wir stellen uns gegen dieses von der Regierung vorgeschlagene Schwindelgeschäft, wobei der Rücktransport eines Castors die Lagerung zehn neuer Castoren in La Hague ermöglicht." - Dass dies der Wahrheit entspricht, hat sich sehr schnell bestätigt - und weiter: "Der nötige Rücktransport der in La Hague rechtswidrig gelagerten Atomabfälle darf auf keinen Fall die Fortsetzung der Wiederaufbereitung ermöglichen. Nur ein Exportstopp des deutschen Atommülls würde deutlich zeigen, dass Deutschland - oder genauer gesagt, seine Atomstromerzeuger und seine Regierung - seinen moralischen Verpflichtungen nachkommt." 12 Behälter sollen pro Jahr zurückgehen, also im besten Fall 48 bis 2004 gegen 500 Hintransporte bis 2004.

Blockaden jetzt auch in Frankreich

Waren es bisher vor allem Greenpeace-Aktivisten, die vor La Hague blockierten, sind die jetzigen Akteure auch Aktivisten aus den Reihen des Reseau sortir du nucléaire und der französischen Grünen. Erster Beweis der funktionierenden internationalen Zusammenarbeit war die Veröffentlichung des Zeitplans und der Route des Castortransportes aus La Hague nach Gorleben durch das französische Netzwerk. Wie sie an diese Informationen gelangten, bleibt ihr Geheimnis. Sowohl bei den Aktionen zwischen Lauterbourg und Wörth als auch vor Gorleben beteiligten sich einzelne Aktivisten aus Frankreich. Und schon vorher hatte es Aktionen in Frankreich gegeben: Beispielsweise blockierte Greenpeace die Abfahrt in Cherbourg und unterwegs gab es kleinere Protestaktionen.

Bei den folgenden WAA-Transporten wurden weiterhin Protest- und Blockadeaktionen in Frankreich durchgeführt. Selbst ein Transport von Biblis und Neckarwestheim nach Sellafield, der Frankreich nur als "Transitland" durchquerte, wurde blockiert. Mitte Mai wurde der Castortransport von Stade und Brunsbüttel nach La Hague, nachdem er in Deutschland schon drei Mal gestoppt wurde, in Frankreich weitere vier Male aufgehalten: Im elsässischen Hoenheim brachten ein einzelner Demonstrant sowie weitere Protestierer mit bengalischen Feuern den Zug zum Stehen. Dadurch konnten weitere französische und deutsche BlockiererInnen an einer Kette irritierter Polizisten vorbei gelangen und sich ebenfalls auf die Gleise begeben.

Opposition der Bürgermeister

Trotz inzwischen später Stunde (2 Uhr nachts) musste der Transport im lothringischen Bar le Duc noch mal eine Viertelstunde anhalten, da Demonstranten die Strecke unsicher machten. Im nordfranzösischen Amiens waren erneut Menschen auf den Gleisen. Da es zudem Gerüchte über Materialblockaden gab, wurde der Zug noch einmal anderthalb Stunden aufgehalten. In Audrieu (Calvados) ketteten sich schließlich Greenpeace-Aktivisten an die Gleise. Die Polizei brauchte 20 Minuten, um sie von den Schienen zu entfernen. Weitere symbolische Protestaktionen fanden beispielsweise in Nancy statt. "Chasse aux castors" - Castorjagd - nannten die französischen AtomkraftgegnerInnen ihre Aktivitäten und stellten fest: "Eine gute nächtliche Mobilisierung gegen den Atomtransport überall auf der Strecke." "Wenn drei Blockaden in Deutschland und vier in Frankreich mit Verzögerungen von jeweils 20-70 Minuten schon als ‚weitgehend ungehinderter Transport` (Pressezitat) durchgehen, dann sind wir schon relativ weit! Darauf können wir aufbauen." So ein Kommentar aus der deutschen Anti-Atom-Bewegung.

Natürlich darf man gespannt sein, was sich bei den nächsten Transporten in Frankreich tut. Allerdings ist auch hier nicht bei jedem Transport die gleiche Mobilisierung zu erwarten. So wie sich die deutsche Anti-Atom-Bewegung auf bestimmte AKWs und Transporte konzentriert, wird wahrscheinlich auch in Frankreich nicht jeder Transport mit der gleichen Intensität behindert. Doch neben dem

außerparlamentarischen Widerstand tut sich auch auf kommunaler Ebene einiges. Seit alle Atommülltransporte über Wörth/ Lauterbourg fahren, fühlen sich die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden zwischen Lauterbourg und Strasbourg uninformiert und sehen eine Gefährdung ihrer BürgerInnen. Atomkraftgegner veröffentlichten die gemessene Strahlung bei der Durchfahrt eines Castors (bis zu 36 microSieverts/Std.) und in der Lokalzeitung Derniers nouvelles d'Alsace vom 18. Mai lautete die Überschrift: "Verstrahlte Abfälle: Opposition der Bürgermeister". Die beunruhigten Bürgermeister wollen keine Durchfahrt radioaktiven Mülls durch ihre Gemeinden.

Kommunen weiter nördlich von Strasbourg überlegen inzwischen Ähnliches. Bei einem Treffen Ende Mai sollen die französischen Bürgermeister und ihre Kommunen beruhigt werden: Vertreter der COGEMA (Betreiberin von La Hague) und vom staatlichen IPSN (Institut für Atomschutz- und Sicherheit) wollen ihnen die Ungefährlichkeit dieser Transporte erläutern. Ein ähnliches Treffen fand schon vor dem letzten Transport nach Sellafield statt, wobei selbst ein Vertreter der britischen Transportgesellschaft BNFL zugegen war. Die französischen Grünen laden zu einem Gegentreffen ein.

Auf deutscher Seite sieht es ähnlich aus: Die neue Atommülldrehscheibe Wörth löst Bedenken und Protest aus, neben opponierenden Grünen sind auch hier uninformierte Bürgermeister wenig begeistert von ihrer neuen Rolle als Transitgemeinde für die strahlende Fracht.

In Frankreich scheint sich jedenfalls was zu tun. Der "nationale Konsens" über die Atomkraft bröckelt. Und die französische Anti-AKW-Bewegung, die früher eher neidisch auf die Blockaden und Demonstrationen diesseits des Rheins schaute, hat beschlossen, sich den Atommülltourismus nicht mehr bieten zu lassen. So kommt es, dass auch im europäischen "Mutterland der Atomkraft" neuerdings zwei Waggons der französischen Polizeisondereinheit CRS bei Castortransporten mitfahren. Beim Gorlebentransport wurde sogar die Anti-Terroreinheit RAID gesichtet. Ein Hubschrauber überwacht die Strecke vor und während des Transports und bekannte Aktionsorte werden vorab von zahlreichen Polizisten gesichert.

Ein Blockadetraining inklusive Ankettungsübungen ist in Frankreich für Mitte Juni geplant; ebenso soll es während des Aktionscamps gegen das Endlager im lothringischen Bure Ende Juli ein Blockadetraining geben. Auf Aktionen in Frankreich bei den nächsten Transporten aus deutschen AKWs nach La Hague oder Sellafield darf man also gespannt sein.

Markus Pflüger

Initiative für den Atomausstieg Trier

Eine grenzüberschreitende Anti-Atom-Radtour zur großen Demo am 22.7.01 in Bure (frz. Endlagerprojekt in Lothringen) mit anschließender Aktionswoche findet von Trier, über Merzig, Saarbrücken und Nancy vom 16.7. bis 21.7.01 statt.

Infos: IfAT, Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr.1, 54290 Trier, Tel. 0651/9941017, atomausstieg@yahoo.de

Infos in Frankreich:

http://www.sortirdunucleaire.org/

http://www.multimania.com/burestop/

35. Wessen Müll? Plädoyer für eine Anti-Nationalismus-Debatte in der Anti-AKW-Bewegung

Autor: Daniel K. Manwire · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:33

Wenn ein grüner Minister mit Polizeigewalt Atom-Transporte durchsetzt, ist dass für die aus der Anti-Kernkraft-Bewegung hervorgegangene Partei ein politischer Gau." (Mannheimer Morgen, 31.1.01.) Die Brisanz des sich im Januar abzeichnenden ersten rot-grünen Castortransportes war nicht nur der Redaktion des Mannheimer Morgen bewusst. Auch grüne Führungskader hatten zu diesem Zeitpunkt schon mit der ideologischen Vorfeldarbeit zur Durchsetzung ihrer "Ausstiegscastoren" begonnen. Zwei zentrale Motive wurden dabei in Verlautbarungen der "Öko-Partei" sichtbar. Zum einen das grüne Bekenntnis zum sogenannten Atomkonsens und dessen konkreter Umsetzung in der (symbolischen) Durchsetzung der Atomtransporte. Zum Anderen betonte vor allem Jürgen Trittin " ... unsere internationale und moralische Verpflichtung: Deutschland muss den Atommüll aus Frankreich und Großbritannien zurücknehmen" (so der Umweltminister in seinem "Brief an die niedersächsischen Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen" vom 30.1.2001).

Gerade das Motiv der "nationalen Verantwortung" verfing während des ersten rot-grünen Castortransportes in weiten Teilen der bürgerlichen Öffentlichkeit. Ob FR, Zeit, ZDF oder Sat1, kaum ein Kommentar kam ohne den Verweis auf die "nationale Verantwortung" oder die "völkerrechtlichen Verträge" aus. Kaum ein Interview, in dem Anti-AKW-AktivistInnen nicht mit der Frage behelligt wurden, was sie denn bitte mit "unserem" Müll anfangen wollten, wenn er schon nicht nach Gorleben solle.

Erfreulicherweise schlug die von Rot-Grün aufgestellte Integrationsfalle "nationale Verantwortung" bei den AKW-GegnerInnen ebenso wenig an, wie jene des "Atom-Konsens" - die Bilder des entschlossenen Widerstandes im Wendland zeigten dies eindrücklich. Lediglich der Vorsitzende des Naturschutzbundes (NABU), Jochen Flaßbarth, stimmte in den Chor jener ein, die zwar grundsätzlich Atomkraft ablehnen, bei "Transporten aus Frankreich" jedoch einen Ausnahmefall gegeben sehen.

Dass "die nationale Verantwortung - ein billiger Trick" zur Durchsetzung des ersten rot-grünen Atomtransportes ist, wie die BI Lüchow-Dannenberg titelte, erwies sich spätestens durch die dem Transport La Hague - Gorleben folgenden Transporte aus den AKWs Stade, Brunsbüttel, Biblis, Philippsburg, Neckarwestheim und Grafenrheinfeld. Weit über vierzig WAA-Fuhren sind alleine für dieses Jahr genehmigt. Erstaunlich dabei: vor allem jene grünen ProtagonistInnen, die sich noch im März für eine "nationale Verantwortung Deutschlands" gegenüber Frankreich stark machten, sind wie vom Erdboden verschwunden. Und dies obwohl eine aktuelle Studie des Öko-Institutes Darmstadt zweifelsfrei nachweist, dass in der Bundesrepublik geltende Grenzwerte in La Hague und Sellafield bis zum zwanzigfachen überschritten werden. Darauf angesprochen, kann das Umweltministerium plötzlich nur noch "privatwirtschaftliche Verträge" zwischen Betreibern und WAA erkennen, gegen die man keine Handhabe habe.

Irgendwo zwischen Salpetersäurebädern und den tiefblauen Abklingbecken von La Hague muss sich also eine wundervolle, geradezu metaphysische Wandlung vollziehen, die aus privatwirtschaftlichen, abgebrannten "Brennelementen" "deutschen Atommüll" werden lässt. Wahrscheinlich ist die Sozialisierung der Folgen privatkapitalistischen Wirtschaftens nur an wenigen Stellen so plastisch nachzuvollziehen wie in den weitläufigen Atomanlagen am Kap de La Hague.

So erfreulich es ist, dass sich die Anti-AKW Bewegung dieses beeindruckenden Aktes der "nationalen Verantwortung" Trittinscher Machart verweigert hat, bleibt doch ein Wermutstropfen. Nicht wenige AktivistInnen begründen ihren Widerstand gegen die nun anstehenden Transporte nach La Hague mit einer vermeintlich "richtigen", gar "wahren" "nationalen Verantwortung" gegenüber den FranzösInnen. "Kein Gramm Atommüll mehr nach Frankreich" stand folgerichtig auf einem großformatigen Transparent, mit dem sich Greenpeace vor einem WAA-Transport von einer Brücke über den Rhein abseilte. Zwar lässt sich der hier zu Tage tretende Nationalismus nicht mit jenem der Berliner Regierungsparteien gleichsetzen, doch sollte die Macht dieses Identitätsprojektes nicht unterschätzt werden.

Die gesellschaftliche Integrationskraft, die das "bessere Deutschland" entfalten kann, ließ sich vor nicht all zu langer Zeit im Rahmen der Debatte um Fischers linksradikaler Vergangenheit beobachten. Springer Blockade, Häuserkampf und die eigenen Schlägereien mit der Staatsmacht wurden kurzerhand zu einem Akt patriotischen Revolte für ein besseres Deutschland erklärt.

Nicht zuletzt der Krieg gegen Jugoslawien und die multikulti-rassistische Greencarddebatte haben gezeigt, wohin der Wettstreit um den Titel der "verantwortungsbewusstesten Deutschen" führen kann. Die Kritik am Trittinschen Nationalismus erschöpft sich in der Anti-AKW-Bewegung zumeist in dessem Aufzeigen, nimmt diesen jedoch nicht zum Anlass, "Nation" als Kategorie grundsätzlich in Frage zu stellen. So wurde die "nationale Verantwortung" von den meisten AktivistInnen lediglich als strategischer Trick Trittins wahrgenommen und blieb daher als Kritik affirmativ.

Angesichts der Integrationsgeschichte bewegungsgrüner Anti-AKW-AktivistInnen und der Folgen ihrer marodierenden Verantwortung erscheint es in der Anti-AKW-Bewegung angebracht, sich mit Nationalismen, auch der der "verantwortungsvollen" Art, ernsthafter auseinander zu setzen. Mit "Der Störung" hat Walter Moßmanns bereits einen ersten, sehr lesenswerten Debattenbeitrag hierzu geleistet.

Daniel K. Manwire

36. Troubled MOX. Frankreich will Plutoniumfabrik schließen

Autor: DSe · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:26

Während die rot-grüne Bundesregierung im Rahmen der anstehenden Novellierung des Atomgesetzes den Einsatz von Plutonium-Brennelementen in den hiesigen Atommeilern rechtlich vorschreiben will, kommt die atomare Entsorgung an anderer Stelle ins Wanken. Möglicherweise schon im kommenden Jahr könnte die französische Plutoniumfabrik in Cadarache stillgelegt sein. Dort werden so genannte Mischoxid-Brennelemente (MOX), in die das aus der Wiederaufarbeitung stammende Plutonium eingebaut wird, ausschließlich für deutsche Empfänger hergestellt.

Seit dem Ende der MOX-Fertigung im hessischen Hanau Mitte der 90er Jahre beziehen die deutschen Atommeiler die Plutonium-Brennelemente aus der Anlage in Cadarache und aus dem belgischen Dessel. Der atomwaffenfähige Brennstoff stammt aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente, die die hiesigen AKW-Betreiber per Castor nach La Hague liefern. Von dort wird der hochgefährliche Stoff in das südfranzösische Cadarache transportiert und verarbeitet.

Schon seit Jahren gibt es heftige Auseinandersetzungen zwischen der französischen Atomaufsicht und den Betreibern, der Cogema. Hintergrund ist die Gefährdung durch Erdbeben in dem Gebiet um die Anlage. Mehrere Studien belegen - fast unumstritten - dass es hier zu schweren Beben kommen könnte, für die die MOX-Anlage mit einer Verarbeitungskapazität von rund 40 Tonnen jährlich nicht ausgelegt ist. Eine Umrüstung hatte die Cogema zwar immer wieder angekündigt, aber aus Kostengründen nicht durchgeführt.

Inzwischen hat sich - nicht zuletzt auf Grund der Regierungsbeteiligung der französischen Grünen - der Druck so weit erhöht, dass die Cogema sich vor wenigen Wochen grundsätzlich zur Stilllegung bereit erklärte. Doch während von Regierungsseite das Jahr 2002 genannt wird, machen die Betreiber derzeit keine konkreten Angaben. Dennoch gibt es bereits Pläne, die MOX-Fertigung für die deutschen Empfänger von Cadarache nach Marcoule zu verlegen. Hier ist in den letzten Jahren eine neue MOX-Anlage entstanden, die derzeit etwa 115 Tonnen MOX jährlich verarbeiten kann. Laut Presseagentur ap sollen die MOX-Brennelemente für Deutschland künftig dort hergestellt werden. Dazu müsste die Kapazität der Anlage in Marcoule aber ausgeweitet werden. Dagegen steht eine Regierungsabsprache, dass die Anlage in Marcoule nicht mehr erweitert werden darf.

Mit Interesse dürfte Russland die weitere Entwicklung in Frankreich betrachten. Russland bemüht sich seit einiger Zeit, das aus Atomwaffen abgetrennte Plutonium in Form von MOX-Brennelementen für westliche Reaktoren zu liefern. Dazu will Russland die ehemalige MOX-Fabrik von Siemens aus Hanau kaufen und im eigenen Land wieder zusammensetzen. Hier steht zwar noch eine Entscheidung der Bundesregierung aus (die erforderlichen Kredite zu sichern), aber das hindert die Russen nicht, bereits Gespräche mit hiesigen Atom-Betreibern über mögliche Lieferungen dieses Brennstoffes zu führen.

Was hier als Kulisse entsteht, macht den kompletten atomaren Wahnsinn deutlich. Das waffenfähige Plutonium lagert im Tonnenmaßstab in Frankreich (und England) und muss angesichts seines enormen Gefährdungspotenzials in irgendeiner Weise verarbeitet werden. Macht Frankreich die Schotten dicht, schließt Cadarache und lässt eine Erweiterung in Marcoule nicht zu, könnten hiesige AKW-Betreiber auf den Gedanken kommen, dass WAA-Plutonium per LKW einmal quer durch Europa nach Russland zu transportieren, um es dort in der alten Siemens-Anlage zu MOX verarbeiten zu lassen und dann wieder zurück nach Deutschland zu holen. Schreibt die rot-grüne Bundesregierung tatsächlich - wie geplant - den MOX-Einsatz in den Reaktoren rechtlich zwingend vor, dann erhöht sie selbst den Druck auf die Betreiber eben derartige Szenarien durchzuspielen und möglicherweise auch anzuwenden. Es wird langsam Zeit, dass Rot-Grün endlich kapiert, dass sie diesen Weg sofort abbrechen muss - will sie den Wahnsinn nicht immer weiter verlängern. Die Transporte zur WAA müssen sofort beendet werden, der MOX-Einsatz verboten und dann nach vernünftigen Lösungen für eine direkte Endlagerung des Plutoniums gesucht werden. Das beste ist, einfach gleich alles stillzulegen, wo Atom zur Energiegewinnung gespalten werden. Alles andere kalkuliert die Katastrophe.

DSe

37. Haubentaucher und Flamingos. Walter Mossmann und die Anti-AKW-Bewegung

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:31

Wenn man von Wyhl und dem Widerstand Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts im Kaiserstuhl spricht (und von der erfolgreichen Verhinderung dieses AKW-Standortes schwärmt), ist der Name Walter Moßmann nicht weit. Das nicht etwa, weil große Teile der Linken von den auf akustischer Gitarre vorgetragenen Widerstandsliedern zwischen Die andere Wacht am Rhein über den KKW-Nein-Rag hin zum Lebensvogel in seltener Eintracht begeistert waren, sondern weil die Anti-AKW-Bewegung auch als liedermachende soziale Bewegung mit diesem Namen aufs engste verbunden ist. Der Verlag die brotsuppe hat jetzt in einem kleinen Buch (96 Seiten) plus beigefügter CD Die Störung, Tonstücke und Texte zur Anti-AKW-Bewegung veröffentlicht, die Walter Moßmann mit Cornelius Schwehr gemeinsam gemacht hat. Die enthaltenen vier Texte sind in der Zeit von 1974/75 bis 1991 entstanden. Das Buch stellt insofern einen Beitrag zur Geschichte der Anti- AKW-Bewegung in der Region da, von der aus sich diese Bewegung über das ganze Land, über Brokdorf, Grohnde, Kalkar bis hin nach Gorleben ausgebreitet hat.

Der Text Die Störung entstand 1990 anlässlich der Verleihung des Reinhold-Schneider-Preises für Musik durch die Stadt Freiburg (Schneider erhielt 1956 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels: "Das Wort Nation ist mir jeden Sinnes bar ..."). Das damit verbundene Stipendium wurde in einem Festakt im November 1990 an Moßmann vergeben. Moßmann selbst sagt, dass ihm dieser Preis zwar eine Ehre gewesen sei und er vor allem das Geld gut brauchen konnte, dass er aber dennoch äußerst misstrauisch war, dass man ihn als alten Bauzaun-Kämpfer 15 Jahre später von offizieller Seite auszeichnete. Deshalb entstand Die Störung, die er mit Schwehr bei der Preisverleihung aufführte. Moßmann räumt darin mit der Vorstellung auf, dass es sich bei der Ökologiebewegung per se um eine emanzipatorische Bewegung handelt und untersucht diese auf nationalistische Töne.

Auf der CD erzählt er, untermalt von Geräuschen, Tönen und szenischen Klangbildern, zunächst die scheinbar harmlose Geschichte von einem Mann, der sich in einem Naturschutzgebiet aufhält, Haubentaucher und Eisvogel betrachtet und sich von einigen zivilisatorischen Geschehnissen gestört zeigt. Der Mann vertreibt einen Flamingo, der seiner Meinung nach "hier nicht hingehört". Von diesem Punkt aus gräbt Moßmann weiter, tiefer, nach links und rechts und holt auf diese Weise eine überaus komplizierte Realität hervor. Vom Naturschutzgebiet über den Gesang der Buckelwale zum Bauzaun und zur türkischen Moschee: "Noch ist diese Raumschaft ja intakt. Aber kommt das Atom, kommt auch die Industrie. Und kommt die Industrie, kommt auch der Türke. Und kommt der Türke, kommt auch die Moschee. Mitten in diese Raumschaft."

Zu dem Text Ein Pfahl im Löss (1991), der als Reaktion auf die Zerstörungen auf dem jüdischen Friedhof in Ihringen geschrieben wurde, stellt Moßmann fest: "Das Thema Nationalismus hatte sich keineswegs erledigt. Die Grenze, das Eigene und das Fremde - ein furchtbarer Dauerbrenner." Der Text berichtet davon, dass auf dem jüdischen Friedhof 177 von 200 Grabsteinen umgeworfen wurden. Moßmann lässt einen älteren Herrn "mit großen Verdiensten aus den Kämpfen gegen das AKW Wyhl" über die Frage nach den Tätern zu Worte kommen: "Wahrscheinlich waren es die Juden selber, dass sie noch mehr aus uns herauspressen können!" Das zeigt die Aktualität der Thematik und die dürfte auch der Grund gewesen sein, warum der Verlag diese Textsammlung herausgibt, obwohl der jüngste Text immerhin 10 Jahre alt ist.

Auch andere AtomgegnerInnen - wie etwa die Marburger Gruppe Anna Liese - arbeiten seit längerem daran, innerhalb der Anti-AKW-Bewegung (und darüber hinaus) eine Debatte über Grenze und Nation zu initiieren. Wenn ein Jürgen Trittin als Bundesumweltminister den Widerstand gegen die Castortransporte ins Wendland damit rechtfertigt, dass "wir Deutschen unseren Atommüll" eben aus Frankreich zurücknehmen müssen, dann hat das nicht so sehr mit internationaler Solidarität zu tun. Vielmehr wird deutlich, warum es sich lohnt, sich mit Nationalismus zu beschäftigen. Moßmann regt dazu auf interessante Weise an.

Dse

Walter Moßmann und Cornelius Schwehr: Die Störung, Tonstück und Texte zur Anti-AKW-Bewegung,

erschienen im Verlag die brotsuppe, Postfach 1317, 79303 Emmendingen,

96 Seiten plus CD, 34,00 DM

38. Lachen über Auschwitz? Kritische Anmerkungen zum Internationalen Symposium "Filmkomödien und Holocaust"

Autor: Susanne Kunte · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:04

Sind Groteske, Satire oder Komödie bislang zu Unrecht marginalisierte Versuche, sich dem Holocaust im Spielfilm zu nähern? Sind das Absurde und das Lächerliche nicht nur legitime, sondern gar notwendige Perspektiven im Blick auf die Shoah? Diese Fragen standen im Rahmen eines internationalen Symposiums Ende April zur Diskussion, das vom Frankfurter Fritz-Bauer-Institut, der Universität Frankfurt und der Evangelischen Akademie Arnoldshain initiiert wurde. WissenschaftlerInnen aus den Bereichen der Psychoanalyse, der Film-, Literatur- und Sozialwissenschaft unternahmen den Versuch einer theoretischen und historischen Einordnung.

Die Absicht der frühen antifaschistischen Satiren wie Chaplins "Großer Diktator"(1940), Ernst Lubitschs "To be or not to be"(1942) oder auch Heinrich Manns Filmroman "Lidice"(1942) war eine konkret politische. Der Kriegseintritt der USA und der Kampf gegen die Deutschen sollten unterstützt werden. Es war der Versuch, mit dem Mittel der Satire neben der Gefährlichkeit auch die Bezwingbarkeit der Nazis vorzuführen. Die Projekte blieben allerdings umstritten. "Hätte ich von den Schrecken in den deutschen Konzentrationslagern gewusst, ich hätte ‚Der große Diktator' nicht zu Stande bringen, hätte mich über den mörderischen Wahnsinn der Nazis nicht lustig machen können", schrieb Chaplin später in seiner Autobiografie.

In Deutschland wurde "Der große Diktator" erstmals 1946 gezeigt. Das Publikum, ein ausgewählter Kreis deutscher Filmhersteller und Schauspieler, empfahl, der Film solle noch viele Jahre nicht in Deutschland gezeigt werden, da für "das deutsche Volk die Vergangenheit eine zu ernste Angelegenheit sei, als dass es heute schon über eine satirische Darstellung dieser Zeit lachen könne." (1) Hanno Loewy vom Fritz-Bauer-Institut sieht in Deutschland vor allem die Tragödie als Deutung des Holocaust hoch im Kurs. Seiner Ansicht nach steht dies in engem Zusammenhang mit der beliebten Erzählweise von Stalingrad und dem verlorenen Krieg als der eigentlichen deutschen Tragödie.

Nazis als lächerliche Figuren

Eine andere Beobachtung machte ein Kritiker 1959 bei einer Aufführung von Brechts "Schweyk im 2. Weltkrieg" in Frankfurt. Er kommentierte die Publikumsreaktionen: "So, wie die Leute beim Betrachten alter Wochenschauen vor Lachen nicht aus noch ein wissen, obwohl ein Teil der Lacher damals mit aufmarschierte, und nun über sich selbst lacht, als würde mit der wechselnden Staatsform auch jedes Mal die Einheit der Person gebrochen (...), so lachte man hier über Schweyks Scharmützel mit der SS oder über seinen Spaziergang nach Stalingrad." (2) Lachen über Hitler? In den Tagungsbeiträgen wurden die kritischen Stimmen gegenüber Satiren in der deutschen Nachkriegsgesellschaft mehrheitlich als Tabuisierungen gewertet, die einer Aufarbeitung des NS im Weg gestanden hätten. Aufarbeitung sei ein kollektiv-psychologisches Moment, "das durch Gefühlsverbote und Gesinnungsrichtlinien überhaupt nicht in Gang kommen kann", so beispielsweise Prof. Burkhardt Lindner. Damit unterstellte er, dass den Deutschen eine wichtige, wenn nicht entscheidende Möglichkeit einer an sich gewollten Auseinandersetzung vorenthalten geblieben ist. Über Hitler und Nazis zu lachen sei antiautoritär, antiheroisch und damit aufklärerisch, so wurde immer wieder argumentiert.

Dabei passt eine Distanzierung von den Führungsfiguren doch gut in die Geschichte vom verführten und betrogenen deutschen Volk. Nazis als lächerliche Figuren - warum dies auch heute eine potenziell kritische Perspektive sein soll, blieb unklar. Mel Brooks, Autor und Regisseur von Filmkomödien wie "The Producers", in denen Hitler als Schwuler über die Bühne stolziert, äußerte sich in einem Interview wie folgt: "Der posthume Tanz auf dem Grab von Hitler" sei angesichts der nicht verheilenden Wunden des Holocaust "wie Balsam" und ein schadenfrohes Lachen über die Nazis "oft die einzige Waffe gegen das Böse." Das deutsche Publikum dürfte die Einladung gern annehmen, sich kollektiv auf der Seite der Guten einzurichten und sich gegen das personifizierte "Böse" das Unbehagen vom Leib lachen.

Roberto Benignis Film "Das Leben ist schön" fand unter den TagungsteilnehmerInnen viel Zuspruch als gelungenes Beispiel, sich Faschismus, Antisemitismus und KZ mit Mitteln der Komödie und des absurden Theaters zu nähern. Nach Ansicht von Prof. Silke Wenk ist dies kein Film über Auschwitz, sondern über die Bilder, die davon gemacht wurden. Diese würden mittels ironischer Verfremdung reflektiert und in Frage gestellt. Die Kritik, Auschwitz würde verharmlost, wies sie zurück. Voyeuristische Zuschauererwartungen würden thematisiert, ohne sie zu bedienen. Die Opfer würden nicht durch entwürdigende Darstellungen einer "sekundären Traumatisierung" ausgesetzt.

Dr. Kathy Laster und Dr. Heinz Steinert gingen noch weiter: "... es geht im Rückblick darum, die menschliche Würde der entwürdigten Opfer wiederherzustellen." (3) Benignis Hauptfigur bleibe "Akteur" - "er kann zwar nicht sein Leben, aber seine Menschlichkeit retten". Mit diesem Argument teilen sie die Vernichtung der Juden quasi auf. Körperlich wurden Juden umgebracht. Moralisch aber haben sie überlebt und blieben in diesem Sinne ihren Mördern gewachsen, wenn nicht gar überlegen. Eine merkwürdige Unterscheidung, die den wiederkehrenden Wunsch nach Entlastung und Wiedergutmachung bedient: So ganz vernichtend waren die Deutschen dann doch nicht. S. Wenk wertete Benignis Produktion als Tabubruch, weil er ein populäres Medium einsetzen und gegen das ungeschriebene Gesetz verstoßen würde, dass eine Darstellung des Holocaust der "ernsthaften Kunst" vorbehalten bleiben müsse. Diese Analyse teilte auch K. Laster, die den KritikerInnen vorwarf, sie würden eine Art von "Hochkultur" in der Holocaust-Darstellung verteidigen, der Publikumserfolg per se verdächtig vorkomme. Dabei bezog sie sich im Wesentlichen auf die US-amerikanische Rezeption. Eine Kritik der Reaktionen auch in Deutschland wurde nicht vorgenommen.

Lachend die Last der Geschichte abwerfen

Das ist unverständlich, denn seit "Das Leben ist schön" scheinen sich auch die Kommentierungen nachfolgender Filme wie "Zug des Lebens", "Comedian harmonists" etc. verändert zu haben. Eine Auswertung der deutschen Rezeption wäre auch notwendig, um eine weitere These von Silke Wenk zu diskutieren. Ihrer Ansicht nach wird eine mögliche Identifikation des Publikums mit Benignis Hauptfigur immer wieder durchbrochen. Das ist anzuzweifeln. Der Film erlaubt sehr wohl eine Identifizierung mit dem jüdischen Verfolgten oder auch seiner nicht-jüdischen Frau, die ihm freiwillig ins KZ folgt. Benigni erzählt von dem Versuch zu überleben, indem die Wirklichkeit umgedeutet wird. Das bietet dem deutschen Publikum die Möglichkeit, sich in die gleiche Rolle hineinzuprojizieren. Denn die Geschichte ist weiter im Umlauf, nach der auch die Deutschen im Grunde alle SystemgegnerInnen waren und angesichts der Übermacht und Brutalität der Nazis nur mitspielten, um zu überleben.

Einen verstörenderen Ton schlug der Schriftsteller und Psychiater Dr. Hans Keilson an. An ihn ging die Frage nach der Rolle des schwarzen Humors und des Lachens jüdischen Kinder, die Ghetto und Konzentrationslager überlebt hatten. (4) Er selbst überlebte die nationalsozialistische Verfolgung in Holland, wo er untergetaucht war und als Arzt für die Widerstandsbewegung gearbeitet hatte. Als einziger Referent war er nicht in erster Linie mit einer Bewertung und Analyse von Holocaust-Darstellungen beauftragt. Die VeranstalterInnen selbst ließen ungeklärt, was ihr Interesse am "Witz der Überlebenden" war. "Ich muss Ihnen sagen, dass mir nicht zum Lachen zumute war." Mit dieser Erinnerung an Hitler brachte Keilson seine Zweifel an der Frage nach dem "Lachen über Hitler" zum Ausdruck. Er kritisierte Begrifflichkeiten wie "Holocaust-Comedy" oder den Tagungstitel "Auschwitz-Gelächter". Unklar bleibe, wessen Gelächter gemeint sei. Das Wesen des Holocaust würde aus der Sprache genommen.

Keilson beschrieb den "schwarzen Humor" überlebender Kinder und Jugendlicher als Teil schwerer Depression, als Ausdruck von Schizophrenie und tiefsitzender Angst. Sein Vortrag konnte als Weigerung verstanden werden, über Traumatisierung und Überleben zu sprechen unter der Vorgabe, die Funktion des Lachens und des "schwarzen Humors" herauszuisolieren. War es in der Diskussion um Benignis Darstellung noch möglich, am Humor der Verfolgten als Mittel des Überlebens teilzuhaben, so tat sich hier ein Graben auf. Keilsons Argumente wurden nicht mehr diskutiert, sondern beredt übergangen. Der nicht zeitgemäße Zeitzeuge wurde freundlich exkommuniziert.

Nicht nur in Komödien, auch in den Melodramen der späten 90er Jahre wie "Comedian harmonists" oder "Gloomy sunday" wird gelacht. "Lachender Unernst", kritisierte Prof. Lutz Koepnick, "spielt eine wichtige Rolle, die Geschichte des Holocausts neu zu erzählen". (5) So bleibe die Heiterkeit der Schlussszene aus "Aimée und Jaguar" dem Publikum unauslöschlich in Erinnerung. Die Ausgelassenheit der Liebe zwischen der Jüdin

Felice Schragenheim und der treudeutschen Lilly Wust werde hier zu einer Inszenierung deutsch-jüdischer Symbiose. Der Ort ist die private Beziehung, in der Krieg und NS kaum Spuren hinterlassen. "Das zwanglose Lachen der beiden Frauen fungiert als Medium, Juden und Deutsche als Mitglieder ein und derselben Schicksalsgemeinschaft zu integrieren, in der sowohl Träume als auch Traumas miteinander geteilt werden". Das Publikum darf teilhaben. Seiner Beobachtung nach findet gerade dann Versöhnung in multikultureller Eintracht statt, "wenn die Zensurinstanz rationalen Denkens scheinbar ausgeschaltet wird, um dem Körper freien Lauf zu geben." Lachend können die Lasten der Geschichte abgeworfen werden. "Wer nicht mitlacht, ist ein Spielverderber, ein Störenfried, ein Außenstehender, der am Konsens der Gruppe nicht teilhaben kann oder teilzuhaben verdient", merkte Koepnick kritisch an. Er wies darauf hin, dass annähernd zeitgleich mit der Uraufführung von "Aimée und Jaguar" die Rede Martin Walsers diskutiert wurde, in der dieser das Ende öffentlichen Gedenkens zur Bedingung deutsch-jüdischer Versöhnung machte.

In den meisten Tagungsbeiträgen wurde davon ausgegangen, dass das Lachen in filmischen Darstellungen des Nationalsozialismus und des Holocausts ein fortbestehendes Tabu sei. Doch auch schon Ende der 80er Jahre, im geistigen Klima nach dem bundesdeutschen Historiker-Streit, hatten Wissenschaftler und Künstler in einer Fernsehsendung über die Frage "Lachen über Hitler?" debattiert. Die Filme, die während der Tagung zur Diskussion standen, waren international erfolgreich. Sie flankierten vielmehr eine gesellschaftliche Entwicklung, die schon längst stattgefunden hatte.

Das "Tabu" ist längst gebrochen

Die Plädoyers für Satire und Komik waren weit weniger kritisch und provozierend, als sie von sich behaupteten. Meist basierten sie auf der Ansicht, dass Holocaust-Darstellungen vielfältiger werden müssten und dass "neue Konstellationen der Generationen" neue Darstellungsformen erfordern würden. Über lächerliche Nazis lachen - wo liegt darin die Provokation für eine Gesellschaft, die inzwischen in den Krieg zieht, um "humanitäre Hilfe" zu leisten, weil sie das als Lehre aus Auschwitz gezogen hat?

An "Das Leben ist schön" sei bemerkenswert, dass die Darstellung ohne die bekannten Bilder der Grausamkeiten auskomme, die meist den Täterblick auf die Opfer reproduzieren würden. Was bedeutet diese Argumentation vor dem Hintergrund von Diskussionen wie die um Goldhagens Untersuchung der "willigen Vollstrecker"? Dessen Blick auf die emotionale Beteiligung der Mörder und die unnachgiebigen Beschreibungen der Grausamkeit ihrer Verbrechen hatten in Deutschland massive Gegenangriffe zur Folge gehabt. Mit Walser wird das Recht der Deutschen aufs Wegschauen öffentlich verhandelt. Aber diese Debatten waren auf der Tagung kein Thema, eine Reflexion der ideologischen Tendenzen in der deutschen Narration des Holocaust blieb die Ausnahme.

Susanne Kunte

Anmerkungen:

1) zitiert nach Prof. Burkhardt Lindner, Tagungsmitschnitt.

2) J. Kaiser, 1959, zitiert nach Dr. Stephan Braese, Tagungsmitschnitt

3) Vgl. auch K. Laster, H. Steinert, "La vita è bella", Mittelweg 36, 4/99

4) Veröffentlichungen u.a. "Komödie in Moll", 1947, "Wohin die Sprache nicht reicht", 1998

5) Lutz Koepnick, Tagungsmitschnitt. "Dark mirror - German cinema between Hitler and Hollywood", wird demnächst auf Englisch erscheinen

39. Kommunist ohne Parteibuch. Am 19. Mai starb Hans Mayer. Nachruf auf einen freien Intellektuellen

Autor: Js. · Rubrik: Philosophie; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:43

Wenige Wochen nach seinem 94. Geburtstag verstarb am 19. Mai der Literaturwissenschaftler und Essayist Hans Mayer. Als Jude, Linker und Homosexueller gehörte er gleich drei verfolgten Minderheiten an. Die Jahre der Nazi-Diktatur überlebte er in der Schweiz. 1948 wurde er Professor in Leipzig, 1963 kehrte er, zunehmend angefeindet, von einer Westreise nicht in die DDR zurück. Bis zu seinem Tod lebte Mayer in Tübingen.

In den Chor der dankbaren Nachrufer reihte sich auch der Spiegel ein, für den der Schriftsteller Christoph Hein seinen großen Meister lobte. Noch zu Mayers 90. Geburtstag hatte das selbe Blatt den "Mythos im Ruhestand" gnadenlos niedergemacht: "Ernst Jünger vergleichbar", habe Mayer eine Fan-Gemeinde um sich versammelt, er sei "dermaßen von sich eingenommen", dass er sich Diskussionen um sein Werk verweigere. Autor des Verrisses war der notorische Antikommunist Henryk M. Broder, der sein Motiv nicht verbarg: Mayer lasse keine Gelegenheit aus, "die DDR postum schönzureden" (Der Spiegel, 9.6.1997).

In Wahrheit war Hans Mayers Verhältnis zur DDR sehr viel differenzierter, wie das 1991 erschienene Buch Der Turm von Babel zeigt, in dem Mayer seine "Erinnerungen an eine Deutsche Demokratische Republik" notiert hat. Der "Turm von Babel", die DDR, schreibt er, "wurde nicht demoliert wie die Bastille. Ein Erdbeben ließ ihn zusammenstürzen. Es kam aus dem Osten." An der "friedlichen Revolution" der DDR aber hatten auch SchriftstellerInnen Anteil, "die es müde waren, in der Sklavensprache zu schreiben." Dass ihn die 15 fruchtbaren Jahre in der DDR dennoch nicht gereut haben, hatte er schon in seinem bekanntesten Buch, den zweibändigen Erinnerungen Ein Deutscher auf Widerruf, zu Protokoll gegeben.

Mayer war ein Deutscher "auf Widerruf", weil er Jude war. 1933, kurz nach der Großen Juristischen Staatsprüfung, wurde er aus dem Staatsdienst entlassen - gemäß dem Gesetz "zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"; 1938 wurde ihm auch die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. In der Schweiz, wo Mayer bis Oktober 1945 lebte, wurde die Literatur sein Lebensthema, die "gelebte Literatur" im Dienste der Menschen, allerdings nicht in dem engen Sinne des "sozialistischen Realismus". Seine Wertschätzung auch für die Modernen war der SED verdächtig, die von ihm geschätzten Autoren Kafka, Musil, Beckett u.a. galten im Staat der Arbeiter und Bauern als "dekadent".

Mayers zweibändiges Erinnerungswerk schildert die Zeitumstände, seine eigene geistige und politische Entwicklung, wenig "Privates", dafür umso mehr Erlebnisse mit Literatur und LiteratInnen. Namentlich die im gymnasialen Deutsch-Unterricht strapazierten "Klassiker" (die des 20. Jahrhunderts eingeschlossen) werden von Mayer auf neue Weise als zeitlos spannende AutorInnen präsentiert.

Auch als brillanter Vortragskünstler gelang es ihm, das Interesse des Publikums vor allem auf den Gegenstand seiner Rede zu lenken. Das waren nicht nur immer wieder SchriftstellerInnen und ihr Werk, sondern auch die Musik, "das eigene Land", Städte und politische Ereignisse, in einer Rede aus dem Jahr 1987 dann "die Beredsamkeit der Deutschen". Eine kurze Passage daraus könnte auch als Grundregel für linken Journalismus gelten: "Über die Sprache zu reden, das ist immer der Rede wert. Was heißen soll: Alle Aufklärung und alles klärende Denken beginnt damit, dass man die Worthülsen, die Sprechblasen, die Klischees, die gedankenlosen Floskeln der Umgangssprache vermeidet, als solche erkennt, wenn möglich bekämpft."

Auch im engeren politischen Sinne hat Mayer Anregendes zu bieten. Da sind zunächst seine eigenen Aktivitäten in einer viel zu wenig bekannten Strömung der deutschen Linken. Ab 1928, nach seiner "Erweckung" durch Lukacs' Buch Geschichte und Klassenbewusstsein, engagierte er sich in dem Spektrum zwischen KPD-Opposition und Sozialistischer Arbeiterpartei (SAP). Ende 1931 trat er der SAP bei, zusammen mit seiner Kölner Gruppe um die "Marxistische Arbeiter-Zeitung" mit dem schönen Namen "Der Rote Kämpfer". Die Gruppe betrieb einen "fröhlichen Eklektizismus", orientierte sich an originellen Köpfen wie August Thalheimer und Karl Korsch.

Wenn es in der Fülle der Mayerschen Schriften so etwas wie ein "politisches Vermächtnis" gibt, dann ist es das 1994 erschienene Buch Der Widerruf. Über Deutsche und Juden. Der Widerruf hat ein Datum: den 30. Januar

1933, als Hitler Reichskanzler wurde. Widerrufen wurde das ohnehin zweifelhafte Angebot aus der Zeit der Aufklärung, "assimilierte" Juden als Deutsche zu akzeptieren. Dieser Widerruf war problemlos möglich, weil die "Assimilation" der Juden an die deutsche Gesellschaft, die zwar zur Freundschaft von Mendelssohn und Lessing führte, am Judenhass der Mehrheit nichts ändern konnte. Und der Widerruf von 1933 - die Ausbürgerung, Verfolgung und Ermordung der Juden - wurde seinerseits nicht widerrufen: Alle deutschen Regierungen nach 1945 verzichteten auf eine Einladung an die überlebenden Juden, nach Deutschland zurückzukehren. Im Deutschland des Jahres 1993 sah Mayer, der kein Deutscher mehr war und auch keiner mehr sein wollte, eine "zahlenmäßig ernst zu nehmende ‚Sehnsucht nach dem Dritten Reich`" und einen "angreiferischen Judenhass".

Hans Mayer war nicht nur der bedeutendste deutschsprachige Literaturwissenschaftler des 20. Jahrhunderts. Er war auch ein durch Erfahrung geschulter Warner vor dem Faschismus. Die BildungsbürgerInnen, die seine Kunst goutieren, sollten auch seine politischen Warnungen ernst nehmen. Die Linken, die in der politischen Analyse mit Hans Mayer konform gehen, tun sich selbst einen Gefallen, wenn sie von seinem tiefen Verständnis für die Literatur zu profitieren suchen.

Js.

40. Afrikanisches Kaleidoskop. Die Ausstellung "The Short Century" im Berliner Martin-Gropius-Bau

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Kultur; Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:18

In seinem Werk "Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts" hat Eric Hobsbawm Afrika einfach vergessen. Diese Lücke nimmt Okuwui Enwezor, der künstlerische Leiter der documenta XI, zum Anlass, eine Ausstellung zu konzipieren. Dabei übernimmt der gebürtige Nigerianer Hobsbawms Begriff "The Short Century", der für die rasche Abfolge von Revolutionen, Kriegen und technischen Entwicklungen im 20. Jahrhundert steht.

Mit der Ausstellung "The Short Century. Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in Afrika 1945 bis 1994" hat Enwezor sich nichts geringeres vorgenommen, als eine "zeitgenössische, kritische Biografie Afrikas" vorzulegen. Schlaglichtartig beleuchtet die Ausstellung Malerei, Fotografie, Literatur und Architektur im Afrika des 20. Jahrhunderts. Auch politische Plakate, Musik von Kwela bis Township Jive sowie zahlreiche Videoinstallationen sind zu sehen und zu hören.

Die lockere Klammer dieser Ausstellung sind die Eckdaten 1945 und 1994: Kwame Nkrumah, Jomo Kenyatta und Peter Abrahams veranstalteten im Oktober 1945 den Fünften pan-afrikanischen Kongress in Manchester. Er mündete in der einstimmigen Forderung nach einem unabhängigen Afrika. Die zweite Jahreszahl markiert mit der Wahl Nelson Mandelas zum Präsidenten Südafrikas das Ende der Apartheid.

Nach München ist die Ausstellung jetzt in jener Stadt zu sehen, in der unter der Regie von Otto von Bismarck, als Vorsitzender der Berliner Konferenz 1884, das Wettrennen um die Kolonisierung Afrikas in geordnete Bahnen gelenkt werden sollte. Portugal, Großbritannien, das Deutsche Reich, Frankreich und Belgien teilten sich den gesamten Kontinent auf. Nur Marokko, Äthiopien und Liberia wurden als unabhängige Einheiten anerkannt.

Wie gelang es Afrika, eine eigene Modernität zu verwirklichen? Welchen Einfluss hatte der Kampf gegen die Kolonialisierung auf Intellektuelle und Künstler in Afrika? Das afrikanische Kaleidoskop im Berliner Martin-Gropius-Bau zeigt, dass die afrikanische Moderne weder eine Ideologie mit universalem Anspruch ist, noch dass sie auf einer einfachen Übernahme einer europäischen Moderne gründet.

Die Ausstellungsmacher präsentieren keine geschlossene Erzählung und geben keine klaren Antworten. Wie ist der Prozess der Unabhängigkeit in den einzelnen Kolonien abgelaufen und wie ist er zu bewerten? Oder, wie eigneten sich afrikanische Künstler die europäische Kultur an und wo setzte eine afrikanische Neuinterpretation ein? Die Ausstellung gibt Hinweise, durchkreuzt das breite Feld der Dekolonisierung und mischt künstlerische Interpretationen mit historischen Dokumentationen. Keine chronologische Abfolge wird geboten, sondern ein Marktplatz der Vielstimmigkeit und Ambivalenz.

Bei der Betrachtung von Georges Adéagbos Werk "Afrikanischer Sozialismus" zeigt sich die Komplexität und scheinbare Unordnung der Ausstellung besonders deutlich: Ein kleiner Raum ist voll gestopft mit Erinnerungsstücken: Fotos von Rock'n Roll Partys und Kopien afrikanischer Kunst sind an die Wand gepinnt. Neben einer Postkarte von Patrice Lumumba hängt das Plattencover "Da kommt Freude auf" von Gottlieb Wendehals. Eine Flasche Jägermeister, ein Atlas der deutschen Kolonien und Carl Einsteins Buch "Negerplastik" liegt auf dem Boden zwischen ausgelatschten Cowboystiefeln und "Heia Safari" von General Paul von Lettow-Vorbeck.

Ein solch hybrides Sammelsurium wäre für die Verfechter des Pan-Afrikanismus oder der Negritude sicher undenkbar gewesen. Sie beriefen sich in den Sechziger und Siebziger Jahren auf eine authentische afrikanische Kunst. Afrikanische Intellektuelle diskutierten, ob ein Gedicht afrikanisch sein kann, wenn sich der Autor, so wie das der Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka getan hat, der Sprache der Kolonisatoren bedient. Jener kritisierte übrigens den Essentialismus der Negritude und neckte: "Ein Tiger proklamiert nicht seine Tigritude."

Allgegenwärtig sind die Vertreter dieser Richtung in den Räumen dennoch, schließlich waren sie Pioniere und treibende Kraft bei der Unabhängigkeitsbewegung: Léopold Sédar Senghor, Dichter und Senegals erster Präsident, der Schriftsteller Aimé Césaire oder Kwame Nkrumah, Ghanas erster Premierminister.

Enwezor präsentiert noch weitere Poeten und Politiker: Kenneth Kaunda, Chinua Achebe, Fela Kuti und zahlreiche andere Männer. Die afrikanische Moderne wäre sicher keine Moderne, würde sie Frauen als historische und künstlerische Subjekte wahrnehmen: Kein Buch der südafrikanischen Autorin Miriam Tlali weit und breit. Kein Zitat der Feministin Nawal El Saadawis neben den vielen Kurztexten von Franz Fanon, Julius Nyerere oder Ahmad Sekou Toure, die sich wie ein roter Faden durch die Ausstellung ziehen. Lediglich Isaac Julien und Mark Nash thematisieren in ihrem Film über Franz Fanons "Black Skin, White Mask" den ambivalenten Befreiungsprozess algerischer Frauen.

"Wie tragen wir der Erfahrung des Anderen Rechnung?", fragt sich Enwezor. Zumindest ist ihm mit der Ausstellung gelungen, das zweigeteilte Denken vom absoluten Selbst und dem Objekt, dem abgeleiteten Anderen, zu verlassen. Afrikanische Kunst ist hier von dem Etikett der Township-Kunst und Souvenir-Schnitzerei befreit: Expressive Ölmalerei des Südafrikaners Ernest Mancoba, Kupferstiche von Twins Seven-Seven, Seydou Keitas Porträtfotografie oder Kunstwerke aus afrikanischen Stoffen belegen die Vielfalt.

Die Ausstellung hat in den Ruinen des Kolonialismus gewühlt und eine neues, anders sortiertes Archiv eröffnet. Es ist voll von Indizien, die helfen, sich ein Bild davon zu machen, welchen Einfluss die Kolonialisierung und der Widerstand dagegen, auf die Produktion neuer Modelle kultureller Expression hatte. "The Short Century" repräsentiert ein Afrika der Imagination. Gleichzeitig nähert sich die Ausstellung aber auch dem Afrika im Kontext seiner gelebten Erfahrungen und Wirklichkeiten. Und sie verweist auf das unvollendete Projekt der Dekolonisation Afrikas.

Anke Schwarzer

Okwui Enwezor: The Short Century. Independence and Liberation Movements in Africa 1945-1994. München, London, New York, Prestel 2001, 496 Seiten, 128 DM

Ausstellung im Martin-Gropius-Bau, Berlin bis 29. Juli 2001 (Katalog 78 DM)

41. Vertrauensbildende Maßnahme. "Black Box BRD" im Kino

Autor: Tim Gallwitz · Rubrik: RAF; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak451/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:30

Die "Black Box" ist der Flugschreiber, auf den sich nach Abstürzen regelmäßig die Hoffnung richtet, den Ursachen, dem Warum der Katastrophe auf den Grund zu kommen. "Black Box BRD" nennt sich der Film von Andres Veiel, der seinen Blick auf eine der härtesten Konfliktlinien innerhalb der BRD wirft. Wolfgang Grams, der sich am 27.6.1993 angeblich selbst die Pistole auf den Hinterkopf setzt und abdrückt, sowie Alfred Herrhausen, der am 30.11.1989 bei einem RAF-Attentat ums Leben kommt, sind die Personen, um die es in dem Film geht. Eine Paarbildung, die misstrauisch macht. Deutsche "Karrieren", wie sie wohl kaum unterschiedlicher sein könnten. Der eine Topmanager der Deutschland AG, der andere Topterrorist der dritten RAF-Generation - und diese beiden vereint in einem Film.

"Black Box BRD" - ein Titel, der die objektive Aufzeichnung einer Maschine impliziert, frei von menschlichen Irrtümern. Somit eine Film gewordene, zweifelsfrei präsentierbare Story über eine Geschichte der BRD, die aber eine der offenen Fragen, Unaufgeklärtheiten und Ungereimtheiten ist. Insofern tut Andres Veiel gut daran zu erklären, dass "Black Box" für ihn auch der "schwarze Kasten ist, in den kein Licht kommt, das die Geschehnisse aufhellte und zugleich ein schwarzer Kasten im Sinne einer Projektionsbox, in die wir alles hineinprojizieren können, was wir kennen und glauben." Diese Aussage kommt dem Film sehr viel näher als das Bild des Flugschreibers. Denn aus dem Kino kommend, bleibt eine Frage stehen, bohrt unentwegt und anhaltend: Was will dieser Film eigentlich?

Eine Dokumentation des Persönlichen, der Intimität. Super-8-Filme, die Wolfgang Grams und seinen Bruder im Teenageralter am Strand zeigen. Aussagen von Alfred Herrhausens Witwe Traudl (heute CDU-Abgeordnete im hessischen Landtag), der Tochter und von Managerkollegen. Grams' Vater, der sich als Kriegsfreiwilliger zur Waffen-SS bewarb, aus dem "inneren Zwang heraus, dem Staat zu dienen". Die Freunde, Freundinnen und Gefährten, die den Weg der letzten Konsequenz nicht mitgingen. Dazu filmische Dokumente, die Persönliches in Gesellschaftliches betten: Otto Schily am Grab von Holger Meins, Joseph Fischer bei Frankfurter Straßenkämpfen - unsre Minister fürs Äußere und Innere in ihrer wilden Zeit. Und immer wieder rauschen drei schwere Daimler-Limousinen zwischen die Bilder, die Ikonographie der Macht, sich ebenfalls spiegelnd in den Glastürmen der Deutschen Bank, wo im Konferenzzimmer die Sekretärin Bleistifte auf Schreibblöcken dem Firmenlogo entsprechend ausrichtet.

Wer eine kohärente Geschichte, wer letzte Aufklärung über den aufgesetzten Schuss in den Hinterkopf oder eine mögliche Konspiration gegen den "Entschuldner" der so genannten Dritten Welt erwartet, wird unbefriedigt aus dem Kino gehen. Hier wirft "Black Box BRD" mehr Fragen auf als beantwortet werden. Und auf der anderen Seite gibt er Antworten auf Fragen, die sich erst gar nicht so aufdrängten.

Aus dem Gesagten der Befragten entwickeln sich Bilder der Protagonisten, Mosaiken gleichend, biografische Annäherungen mehr als "das, was gewesen ist". Herrhausen, auf einer NS-Eliteschule geprägt, vom Elternhaus geimpft, dass nur der, der immer mehr sich einsetzt als die Masse, es auch zur Elite bringt. Ambition und Ehrgeiz: Triebfedern seiner fast beispiellos steilen Karriere. Ein Mann, der im Bonanzastil ritt, sich verliebte und scheiden ließ, dabei berufliche Nachteile in Kauf nehmend. Der eine Woche nach der Schleyer-Entführung einen Brief für den Fall seiner Entführung hinterlegte, in dem er heroisch verlangte, dass auf unverantwortliche Erpressungen des demokratischen Rechtsstaates nicht einzugehen sei. Und er wird aus dem Munde von Bänkerkollegen zum "Siegfried" des Geldes, der aufräumte mit dem schlechten Gewissen, den Verhuschtheiten und Verschämtheiten, die bis dahin angeblich die Sachwalter des Mammons in den Türmen des Geldes plagten. Ein Idol für die jüngere Bänkergeneration, ein Visionär des Global Playing, ein Schmied des Weltkonzerns, der mit leichter Hand Fusionen erledigte: "Mit MBB hat Daimler alles, was schießen kann!" Herrhausen - ein Idealist der Macht und des Machbaren.

"Durch die Geschichte der Deutschen Bank zieht sich die Blutspur zweier Weltkriege und millionenfacher Ausbeutung, und in dieser Kontinuität regierte Herrhausen an der Spitze dieses Machtzentrums der deutschen Wirtschaft; er war der mächtigste Wirtschaftsführer in Europa", heißt es in der Erklärung der RAF vom

2.12.1989. Das Aufbegehren gegen deutsche Blutspuren, der Kampf gegen die Funktionäre und die Repression der Nicht-Einverstandenen im Deutschland der blühenden Landschaften, folgt in ihrer filmischen Repräsentation gern dem Brandzeichen persönlicher Pathologisierung oder Pubertärisierung: Terrorismus als persönlicher Defekt, als jugendlicher Leichtsinn oder überinterpretierter Idealismus, der nur in Gewalt sich entladen kann.

Wohltuend, dass Andres Veiel eben nicht dieser Art gestanzten Subjektivierung des Terroristen folgt, sondern aus den Sätzen der Freunde und Verwandten ein Substrat extrahiert, dass das Adjektiv persönlich tatsächlich auch verdient. Das Bemerkenswerteste an dieser Methode ist, dass sich Deutungen erschließen, die stringente Faktenhuberei gar nicht zu erfassen in der Lage ist. So ergeben sich ungeahnte Berührungspunkte dieser so verschiedenen deutschen Karrieren, etwa in beider Unbeirrbarkeit, im auf-der-Strecke lassen derer, die nicht folgen können oder wollen: Die Luft in der Chefetage scheint hier ähnlich dünn wie im Untergrund.

Und so wandelt sich die vermeintliche Schwäche von "Black Box BRD", nicht zu wissen, was er will, in die Stärke, Ausrufezeichen nicht nötig zu haben. Und wenn ein Film es schafft, auch nach dem Abspann anhaltend im Kopf zu bleiben, anzuregen und sich zu reiben an Bestehendem, ist das mehr wert als die bloße Bestätigung des Altbekannten.

Tim Gallwitz

42. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak451/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:28

Geschichte der Friedensbewegung

Gibt es noch eine Friedensbewegung? Zumindest in kleinen Grüppchen treffen sich noch einige AktivistInnen, die in den 80er Jahren spektakuläre Großaktionen, vor allem gegen die NATO-"Nachrüstung", mit organisiert haben - so auch der Arbeitskreis für Friedenspolitik (vormals: Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa). Wenn die Stimmung für Massenaufmärsche fehlt, macht man eben Bildungsarbeit - auch über die eigene Geschichte. Das ist verdienstvoll und nicht nur für die Jüngeren lehrreich, die nun in einer Broschüre die Aktionen der bundesdeutschen Friedensbewegung verfolgen können. Die Darstellung, geschrieben von Oliver Goers, beginnt Ende der 40er Jahre mit der Auseinandersetzung um die "Wiederbewaffnung". Kaum war die Bundeswehr gegründet, erklärte Adenauer seinen Willen, die neue Armee gegen den Feind im Osten mit Atomwaffen auszurüsten. Der Autor arbeitet hier auch die schäbige Politik der Sozialdemokraten gut heraus: SPD und DGB schlossen sich der Protestbewegung zunächst an, um ihr dann die Spitze zu brechen. Mit dem Ende der Blockkonfrontation ist auch die Friedensbewegung - als Massenbewegung - verschwunden, obwohl ihre Arbeit keineswegs getan ist, wie die Herausgeber hervorheben. An einigen Stellen schimmert die Sympathie des Autors für militärische "Defensivkonzepte" durch, die allerdings heute "illusorischer" denn je seien. Die Konsequenz allerdings scheut er. Wenn NATO und Bundeswehr offensichtlich nicht (im friedenspolitischen Sinne) reformierbar sind, kann man sich alle noch so "konstruktiven" Gedankenspiele schenken - die Bundesrepublik braucht keine Armee und die Welt keine NATO!

Oliver Goers/ Arbeitskreis für Friedenspolitik - Atomwaffenfreies Europa e.V.: Geschichte der Bundesdeutschen Friedensbewegung; Bezugsadresse: Steffen Rogalski, Kilstetter Str. 48, 14167 Berlin; 61 Seiten

Ethnizität

und Migration

Das Buch "Ethnizität und Migration" ist in der Reihe "Einstiege, Grundbegriffe der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie" erschienen. Die Einführung ist ein Rundumschlag: Migrationsgeschichte der BRD, postkoloniale Theorieansätze, Rassismus, Globalisierung, Ethnizität, Differenz und Identität. Auch wenn Kien Nghi Ha (Jahrgang 1972) zahlreiche "Groß-Themen" anspricht - oberflächlich ist das Buch nicht. Es gibt einen Überblick über die jüngste Migrationsforschung und zeigt deren Defizite auf. Vor allem kritisiert der Autor, dass die unterschiedlichen Erfahrungen der türkischen MigrantInnen, auf die er sich im ersten Teil des Buches bezieht, in der wissenschaftlichen Literatur unterbelichtet bleiben. Geschlecht, soziale Herkunft oder politische Einstellung werden ignoriert. Damit wird eine "homogene, türkische Ethnizität" als zentrales, gemeinsames Merkmal der MigrantInnen aus der Türkei konstruiert. Die Kernthese des Buches lautet, dass Ethnizität keine angeborene Identität ist, sondern ständig im Alltag, in der Literatur und in der Politik konstruiert wird - sei es als Fremdzuschreibung oder als Eigenentwurf. Kien Nghi Ha widerspricht der Behauptung, dass einheitlich und starr in uns unsere Identität ruhe. Die binäre Vorstellung von kultureller Identität, die das "Wir" von dem "Anderen", das "Eigene" von dem "Fremden" trennt und sich dabei in eine privilegierte Position setzt, soll aufgehoben werden. Nach der Einführung in die deutsche Migrationsgeschichte verlässt der Autor den deutschen Schauplatz und konzentriert sich auf den US-amerikanischen und karibischen Kontext, der auch den "postcolonial studies" zu Grunde liegt. Die VertreterInnen dieser Richtung - zum Beispiel Homi Bhabha, Gayatri Spivak, Stuart Hall und bell hooks - thematisieren insbesondere Fragen der Repräsentation von Marginalisierten und Migranten in der Sprache, der Literatur und in der Politik. Sehr gründlich werden mögliche Widerstandsformen gegen herabwürdigende Repräsentationen von MigrantInnen beleuchtet: Klassische Identitätspolitik und subversive Strategien wie Mimikry oder Hybridität werden vorgestellt und auf innere Widersprüche und Fallstricke hin kontrolliert. Das Buch ist sehr dicht und reizt dazu, sich einzelne Ansätze und TheoretikerInnen vorzuknöpfen und in eigener Lektüre zu vertiefen.

Kien Nghi Ha: Ethnizität und Migration. Westfälisches Dampfboot, Münster, 1999; 216 Seiten, 29, 80 DM

Kaffeehaussängerin der Revolution

Die Revolutionärin Sophie Lapierre ist Gegenstand einer kürzlich im Verlag "die brotsuppe" veröffentlichten CD mit dickem Beiheft, für die Walter Mossmann und Joschi Krüger verantwortlich zeichnen. Heute kommt die Geschichte, die sie erzählen, mit Klavier-Begleitung daher, 1985 schrammelte Walter Mossmann das Ganze noch auf der Gitarre. Gut, dass sich die Zeiten ändern. CD und Beiheft erzählen die Geschichte einer Frau, die im nach-revolutionären Paris an der Seite der "Gleichen" für die Abschaffung des Eigentums streitet. Die ehemalige Dorfschullehrerin schlägt sich in Paris als Näherin durch. In den Cafés, in denen sich Umstürzler, Revolutionäre, Deserteure und viele andere Linke treffen und Aufstände planen, tritt Sophie Lapierre als Sängerin auf. Ihre Lieder sind nicht nur stimmungsvoll, sie geben auch Einblick in die Doktrin der Gerechten. Aktiv trommelt sie im Umfeld von Babeuf (Verschwörung der Gleichen, 10. Mai 1796) und ihrem Onkel Joseph Monnard für einen Aufstand in Faubourg St. Antoine, beteiligt sich an der Anwerbung von Soldaten und Polizei-Legionären in den Kneipen, versteckt diese vor Spitzeln. Wenige Tage nach der Verhaftung von Babeuf im Mai 1796 werden auch Sophie Lapierre und ihre GenossInnen festgenommen. Die Regierung, der ein Prozess gegen sie in Paris zu gefährlich ist - allerorts gibt es umstürzlerische Gruppen -, bringt die Gefangenen in das 150 Kilometer entfernte Vendôme, wo sie vor ein Sondergericht gestellt werden.

Sophie Lapierre, Chantstory von Walter Mossmann und Joschi Krüger, Verlag die brotsuppe, Postfach 1317, 79303 Emmendingen, Tel.: 07641 - 934740, Fax: - 934741 oder per Mail: diebrotsuppe@t-online.de, ISBN 3-935240-01-5, 34 DM

Unternehmen Stadt

Es gibt Städte, die sollte mensch am besten weiträumig umfahren. Eine davon ist die 225.000 EinwohnerInnen zählende Ruhrgebietsstadt Oberhausen. Fast nirgendwo wurde in den letzten Jahren so nachhaltig umstrukturiert. In einem groß angelegten Umbauprojekt wurde in Oberhausen seit Beginn der 90er an dem Projekt "Neue Mitte" gearbeitet. Herausgekommen ist ein großflächiger Gewerbepark, der als CentrO eingefleischten Fans von Arnold Schwarzenegger bekannt sein mag. Das CentrO mit seinen gigantischen Multiplexkinos, Shoppingtempeln und durchdesignten Nahrungsaufnahmestationen verkörpert in seiner sterilen Künstlichkeit den Traum einer Stadt, die nur ein einziges Gesetz kennt: den totalen Konsum. Einmal im Jahr gibt es jedoch einen Grund, nicht an Oberhausen vorbeizufahren: die Internationalen Kurzfilmtage, auf denen sich jährlich das who is who der KurzfilmkünstlerInnen versammelt. Im April 1999 entstand im Rahmen des Festivals ein Vortrags- und Kurzfilmprogramm zum Thema Stadt, dessen unterschiedliche Ergebnisse und Anregungen jetzt auch in dem Buch bignes? zusammengefasst werden. Dort kommen verschiedene künstlerische und politische Initiativen zu Wort, die sich in ihrer theoretischen und praktischen Arbeit mit der Umstrukturierung von Städten zu Image-Citys auseinander setzen: Wie kritisiere ich die herrschende Tendenz zur unternehmerischen Stadtplanung? Wie kann der Widerstand gegen die Vermarktung von Städten aussehen? Und wie soll unsere Stadt eigentlich aussehen? Kulturelle und politische Projekte wie die Bremer city.crime.control-Initiative, das Hamburger Park-Fiction-Projekt, die Reclaim-the-Streets-Bewegung und der autonome Kopenhagener Stadtteil Christiania versuchen auf sehr unterschiedliche Weise, dem dominanten Armutsurbanismus die Stirn zu bieten. Auch wenn die verschiedenen Ansätze und Projekte lediglich kleine Widerstandsoasen im groß angelegten Architekturgeprotze der Big Citys darstellen, so zeigt das von Jochen Becker herausgegebene Buch doch, dass der Bereich der Stadtplanung und -entwicklung ein wichtiges Aktionsfeld der Linken sein kann. In der Eroberung neuer subkultureller Räume bzw. in der Verteidigung nichtkommerzieller Räume liegt jede Menge Widerstandspotenzial, das vor Ort aktiviert werden muss. Und vielleicht finden sich ja auch in Oberhausen noch ein paar Leute ...?!

Jochen Becker (Hg.): bignes? Size does matter. Image/Politik. Städtisches Handeln. Kritik der unternehmerischen Stadt. b-books Berlin 2001, 32 DM

43. LESERBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak451/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:35

Zusätzlicher

Hinweis

Betr.: Beiträge über Nietzsche

Zwar habe ich Nietzsche bislang nur flüchtig gelesen und kann deshalb nicht in die Debatte über diesen Philosophen eingreifen. Doch habe ich vor einiger Zeit einen Roman geradezu verschlungen, in dem Nietzsche eine maßgebliche Rolle spielt: Irvin D. Yalom, When Nietzsche wept, BasicBooks: New York 1992 (auf Deutsch: Und Nietzsche weinte, Goldmann - btb, DM 18). Der Autor lehrt Psychiatrie und Psychotherapie an der Universität Stanford in Kalifornien und entwirft in seiner auf Tatsachen beruhenden Begegnung zwischen dem Arzt Theo Breuer (Freund von Sigmund Freud und mit diesem an der Entwicklung der Psychoanalyse beteiligt) und Nietzsche ein mitreißendes Psychodrama. Daraus ergeben sich nicht nur wertvolle Einsichten in zentrale psychologische Mechanismen, sondern auch, so will mir scheinen, wichtige Erkenntnisse über die Person und das Werk Nietzsches.

Insbesondere zwei Gedanken halte ich für bedeutsam. Zum einen könnten die körperlichen Beschwerden Nietzsches und namentlich seine Migräneanfälle auf einem ausgeprägten Macht- und Kontrollbedürfnis beruhen. Zum anderen erklärt sich das philosophische Werk Nietzsches womöglich als Versuch, ein gescheitertes "Privatleben" intellektuell zu kompensieren. Jedenfalls scheint Nietzsche bei und mit Frauen wenig erfolgreich gewesen zu sein. (Vielleicht lässt sich das auch auf sein Machtverlangen zurückführen.) Und die Philosophie Nietzsches stellt sich vor allem als Abrechnung mit der Gesellschaft und den vorherrschenden Mächten dar. M. a. W.: Um sich seine Misserfolge auf dem Gebiet der zwischenmenschlichen Beziehungen nicht eingestehen zu müssen und sein Selbstwertgefühl nicht zu beeinträchtigen, steigert Nietzsche sich in ein intellektuelles Aufbegehren hinein. Vielleicht ist es sein Machtstreben, das diese Revolte in die ihr schließlich so charakteristische Machtverherrlichung drängt.

Christopher Pollmann

Mit der Bitte

um Stellungnahme

Betr.: "Who the fuck is ..." ak 450

Handelt es sich bei o.g. Artikel um

a: eine als Dylan-Verriss getarnte Attacke gegen John Paul II und Mrs. Thatcher?

b: ein als Dylan-(Teil)Diskographie getarntes Neill-Young- oder Phil-Ochs-Feature?

c: den vergeblichen Versuch, einen sakrosankten Mythos zu demontieren?

d: eine bittere Klage über den Verrat der Ideale in der Post-Woodstock-Epoche?

e: einen kritisch-distanzierten Geburtstagsgruß nach dem Motto: "Früher war alles besser"?

f: ein treffendes Beispiel für Wolf Biermanns Spruch: "Nur, wer sich ändert, bleibt sich treu."?

g: einen feministischen Aufschrei gegen den allgemeinen Machismus im Musikbetrieb?

h: den Beweis der Fähigkeit, persönliche Enttäuschung als Medienkritik zu verkaufen?

i: die dadaistische Variante, sich als Co-Autor für ein Rock-Lexikon zu profilieren?

j: die verzweifelte Bemühung eines Musik-Redakteurs, ein historisches Datum abzuhandeln?

k: ein peinliches Plädoyer gegen (oder für?) das Abkupfern von Musikstücken?

l: ein polemisches Fake der Aktion "Volksmusik statt Folk Musik"?

m: ein Pamphlet der "Final Vinyl"-Kampagne?

n: einen kafkaesken Aufsatz zum Thema "Drogen im Musikbusiness"?

o: der Ausdruck einer cleveren Marketing-Strategie der Firma CBS?

p: eine trojanische Kritik an der US-amerikanischen Musikindustrie?

q: einen traurigen Abgesang auf die Ära der Singer/Songwriter?

r: die späte Erkenntnis, dass man/frau mit Protestsongs doch nichts ändern kann?

s: einen subtilen Angriff der Kaffee-Mafia auf die KonsumentInnen von Vanille-Tee?

t: eine umständliche Mitglieder-Werbung der Partei "Graue Panther"?

u: eine nahezu geniale Kombination der Punkte a bis t?

v: Bob Dylan's selbstkritische Autobiografie unter dem Pseudonym Tommy Schroedter?

w: or is it just a hoax?

Nikolaus Mietze

44. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak451/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:40

"Stop deportation.class!"

In der Plakatausstellung "Stop deportation.class - Gegen das Geschäft mit der Abschiebung" werden Plakate verschiedener KünstlerInnen und GrafikerInnen zu diesem Thema gezeigt, die für einen Plakatwettbewerb von Kein mensch ist illegal entstanden sind. Neben Stellwänden mit Hintergrundinformationen zur Kampagne gegen Lufthansa läuft begleitend dazu ein abendliches Filmprogramm.

Köln, 11.-20.6. im Filmhaus-Kino Köln, Maybachstr. 111

Naturwissenschaften

Dass Naturwissenschaften irgendwie patriarchal sind, ahnt frau schon, wenn sie in der Oberstufe den Physik-Grundkurs abwählt. Mittlerweile gibt es viele feministische Forscherinnen, die sich intensiv mit den patriarchalen Prämissen der Naturwissenschaft auseinander setzen. An der TU Berlin gründet sich nun ein autonomer Arbeitskreis zum Thema "Alternative Naturwissenschaft - Naturwissenschaftliche Alternativen", der die herrschende Naturwissenschaft kritisch unter die Lupe nimmt. Denn: "die Utopie und Praxis einer anderen, herrschaftsfreien Gesellschaft braucht eine andere Naturwissenschaft!"

Berlin, 12.06, um 19 Uhr im Cafe TelQuel, ehem. Telefunkengebäude TU, Ernst Reuter Platz 7. Kontakt:

joachim-genge@hotmail.com

Call Center

Flexibler Arbeitseinsatz, befristete Arbeitsverträge, kaum kollektive Interessenvertretungen und dazu noch strenge Überwachungen - von diesen und anderen Seiten der Arbeit in Call Centern berichtet die Gruppe Blauer Montag in ihrer Reihe "Schöne, neue Arbeitswelt".

Hamburg, 14.6., um 19.30 im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz

Bonzenparade 2001

Die studentische Initiative Kaiserswerther Straße ruft zum Spektakel auf:

"Ja, wir wollen sie, die totale Überwachung! Ihr gilt unser Loblied, zärtlich preisen wir die Videokameras und privaten Sicherheitsdienste, Bewegungsmelder und BGS, Gentests und Datenbanken. Denn nur dort, wo der Pöbel umfassend überwacht wird, herrscht Ordnung! Huldigen wir auf der Bonzenparade 2001 den Reichen, ihren Politikern und ihren Sicherheitskräften!"

Düsseldorf, 16.6., Treffpunkt um 11.55 Uhr, am Worringer Platz

Stadt - Land - Schluss

Während die einen nach Göteborg tingeln, bleiben die anderen in Hamburg. Denn Widerstand ist global und lokal. Am Freitag hält Sebastian Schädlich von der Osteuropa AG Berlin einen Vortrag zur EU Osterweiterung und zur Rolle der deutschen Außenpolitik. Samstag folgt dann der Hafenaktionstag unter dem Motto "Stadt - Land - Schluss".

Hamburg, Freitag, 15.06 um 19 Uhr in der Brigittenstr. 5

16.06., Treffpunkt um 12 Uhr am U/S Bahnhof Landungsbrücken

Zwangsarbeit bei der Deutschen Lufthansa

Eine Veranstaltung mit Jan Matusiak, ehemaliger Zwangsarbeiter aus Lodz/Polen, im Rahmen der Aktionswoche gegen Lufthansa.

Köln, 18.6., um 20 Uhr im Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3

Medien und Rassismus

In der Reihe "Dialog der Kulturen" referiert Mekonnen Mesghenna von der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin über Medien und Rassismus im Einwanderungsland Deutschland.

Hamburg, 20.6., um 19.30 Uhr in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Eintritt DM 3

Wanderkirchenasyl

Verschiedene Formen, wie Aufenthaltsrechte durchgesetzt werden können, sollen in der Veranstaltung mit Martin Rapp (Wanderkirchenasyl, Köln) und Eva Schaarf (Kein mensch ist illegal, Köln) diskutiert und hinterfragt werden. Als ein Beispiel hierfür sollen Fälle des Wanderkirchenasyls besprochen werden.

Hamburg, 21.6., um 19 Uhr im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz, Eintritt DM 3

Papiere jetzt!

Die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V veranstaltet eine Konferenz der Flüchtlingsgruppen, -organisationen und -initiativen zur Legalisierung von Illegalisierten.

In den vergangenen Jahren wurden in verschiedenen europäischen Ländern diverse Legalisierungskampagnen diskutiert. Dennoch ist es in der Bundesrepublik bisher nicht zu einer öffentlichen Diskussion um Legalisierungsprogramme gekommen. Auf der bundesweiten Konferenz sollen daher Konzepte zur Legalisierung von Menschen ohne Aufenthaltstitel unter verschiedenen Gesichtspunkten erarbeitet und anschließend als Forderungskatalog der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Bochum, 23.6., von 9 bis 17 Uhr im Bahnhof Langendreer

Stadtrundgang zur Kolonialgeschichte

Branntwein, Bibel und Bananen - unter diesem Titel geht der alternative Stadtrundgang den Spuren von Hamburgs kolonialer Vergangenheit nach. Alte Speicher, Kaufmannshäuser und Hafenanlagen, Missionsgebäude und Denkmäler erzählen Geschichten etwa von Schnapsexporten nach Westafrika oder der hanseatischen Kanonenboot-Politik in Chile.

Hamburg, 23.6., Treffpunkt um 15 Uhr am Uhrturm der St. Pauli Landungsbrücken

Globe 2001 - Friedenspolitik

Das Friedensforschungszentrum Schlaining lädt zur Internationalen Sommerakademie "Friedenspolitik an der Schwelle eines neuen Jahrtausend" nach Österreich ein. Auf der Burg Schlaining soll die bisherige Friedenspolitik selbstkritisch reflektiert werden: "Für das kommende Jahrtausend bedarf es eine grundlegende friedenspolitische Neuorientierung, um den neuen Anforderungen Rechnung tragen zu können". Na denn.

Schlaining (Österreich), 8.-14.7., Burg Schlaining. Infos: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, e-mail: aspr.vie@aspr.ac.at, Homepage: http://www.aspr.ac.at

Va Banque

Ein immer aktueller Dauerbrenner: die bekannte Veranstaltung zur Theorie, Praxis und Geschichte des Bankraubes mit multimedialer Performance der Herausgeber besagten Buches.

Celle, 14.7., um 20 Uhr im Bunten Haus, Hannoversche Str. 30

45. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak451/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:41

Unsere Chef-Korrekturleserin war und ist eigentlich immer noch im Urlaub. Zwischen Zypern und Schwäbischer Alb hat sie extra einen Zwischenstopp in unserem Hamburger Kellerloch eingelegt, um ihre Leseschichten abzureißen. Jüngere Redakteurinnen behaupten, durch solche Beispiele von aufopferungsvollem, der Sache dienendem Verhalten hätten sie erstmals einen Eindruck davon gewonnen, was revolutionäre Disziplin eigentlich bedeutet.

Nicht der Revolution, geschweige denn dem Volk, sondern der besseren Lesbarkeit dienend, hat sich jetzt erstmalig die Arbeitsgruppe "Schönere ak" getroffen. Deren Ziel ist es, die Zeitung noch lesbarer zu machen und sie klarer zu strukturieren. Gedacht ist dabei an eine Reduzierung der Rubriken, gleichzeitig sollen sie in einer feste Reihenfolgen im Blatt erscheinen. Ebenso Bestandteil des Plans: Einführung neuer journalistischer Formen, und der bewusstere Umgang mit ihnen. Bevor es zur Umsetzung kommt, hat allerdings auch die Layout-AG noch ein Wörtchen mitzureden. Wie die Pilze im Spätsommer überall aus dem Waldboden sprießen, so sind im Frühsommer zahlreiche AGs nach der ak-Zukunftskonferenz entstanden. Ganz klar: Der sozialistische Wettbewerb lebt! Das Ziel ist hell und klar: ak lesen soll noch mehr Spaß machen.

In dieser Ausgabe findet ihr wie angekündigt unseren Schwerpunkt zu Identitätspolitiken. Bei der intensiven Diskussion des Themas haben wir den festen Vorsatz gefasst, zukünftig mehr Gender-Themen ins Blatt zu nehmen.

Während langsam die Mobilisierung zum G8-Gipfel in Genua in die Gänge kommt, bereiten wir den Schwerpunkt der Juli-Ausgabe vor, in dem wir auf die Antiglobalisierungsproteste eingehen werden.

Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass unsere Berichterstattung zum Berliner RZ-Prozess jetzt auch vom Berliner Kammergericht gewürdigt wird. Wie wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen erfahren haben, plant der 2. Strafsenat ein Interview, das im Januar 2000 zu diesem Thema in ak veröffentlicht wurde, im Prozess zu verlesen. Na, wenn da keine prozess- und beweisrelevanten Tatsachen bei herauskommen ... Auch für Bundesanwälte und Richter gilt: ak lesen, bildet.

Eure Redaktion

P.S.: Apropos revolutionäre Disziplin, wir freuen uns schon tierisch auf die Sommerpause - ähm, aber natürlich nur, um endlich nach Genua und auf die vier Grenzcamps zu düsen.

46. Quelldatei liste.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak451/liste.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:liste

Kanak Attak im Gespräch Seite 14

Krise in Mazedonien: UCK gewinnt an Einfluss Seite 17

Lauscher an der Wand: BND hört mit Seite 4

"Short-Century" Afrika-Ausstellung in Berlin Seite 34

Zwangsarbeit bei I.G. Farben Seite 9

Winni Wolf: PDS auf Abwegen? Seite 27

Italien hoffnungslos verloren? Seite 3

Bilanz der Nietzsche-Debatte Seite 24

Frankreich: Anti- Atom-Blockaden Seite 31

US-Interessen in Mexiko - Interview mit Carlos Fazio Seite 19

47. Quelldatei titelbu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak451/titelbu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:titelbu

Vom 14. bis zum 16. Juni geht es auf dem EU-Gipfel in Göteborg unter anderem um die EU-Osterweiterung und die europäische Sicherheits- und Flüchtlingspolitik. Wie schon in den Jahren davor in Amsterdam, Köln, Nizza und Prag mobilisiert die "Antiglobalisierungsbewegung" gegen diesen Gipfel. Auch wenn das Wort "Globalisierung" durch alle politischen Diskussionen geistert, herrscht auch bei den GlobalierungsgegnerInnen Uneinigkeit darüber, was dieser Begriff eigentlich meint. So finden sich unter den Gegen-demonstrantInnen nicht nur linke Gruppen, sondern auch RegionalistInnen und NationalistInnen. Seite 25

48. Identitätspolitik: Entwicklung und Zerstörung von Kollektivsubjekten

CD-Datei: daten/aksuche/ak451/titelun.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:451:titelun

Über Jahrzehnte war für kommunistische Parteien und Organisationen das Proletariat die zentrale Richtschnur allen Handelns. Dem Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit wurde jegliches kommunistische Sein untergeordnet. Andere Unterdrückungsverhältnisse im Kapitalismus wie Sexismus oder Rassismus (in den real existierenden sozialistischen Staaten waren sie angeblich abgeschafft) wurden, wenn sie denn überhaupt als Unterdrückungsverhältnis wahr genommen wurden, vom "Hauptwiderspruch" abgeleitet. Die KPs haben sich mittlerweile weitestgehend verabschiedet. Der Streit um den Stellenwert von Identitätspolitik ist geblieben. Dass wir uns in unserem Schwerpunkt den unterschiedlichen Sichtweisen auf und von Identitätspolitik widmen, hat viel damit zu tun, dass es darum in der Linken (welcher Linken?) immer noch und immer wieder heftige Auseinandersetzungen gibt. Bei Identitätspolitik geht es darum, so der Tenor, das eigene Politikverständnis immer wieder zu hinterfragen. Eine Übung, die insbesondere herrschenden Identitäten (zum Beispiel männlich, weiß, heterosexuell) schwer fällt. So verwundert es nicht, dass vor allem in feministischen und antirassistischen Diskussionen Identitätspolitiken einen zentralen Stellenwert haben. Der Charme identitätsstiftender Politik liegt nicht nur darin, dass sie Instrumente schafft, um in zwischenmenschliche Herrschaftsverhältnisse eingreifen zu können. Sondern sie ist auch notwendig um mit dem "kollektiven wir" politisch handlungsfähig zu sein. Gleichzeitig müssen diese geschaffenen Identitäten immer wieder hinterfragt werden. Wie umstritten Identitätspolitiken wiederum sind, wird auch deutlich im Interview, das wir mit Menschen von Kanak Attak führten.

Eines bleibt: Die Erkenntnis, dass es sich weder bei Identitätspolitik noch bei der Dekonstruktion derselben um "das ultimative Programm zur effektiven Bekämpfung aller Herrschaftsverhältnisse" handelt. Seite 11-16